

# **ZÜRCHER BEITRÄGE**

*zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*

*Heft Nr. 27*

*Kurt R. Spillmann (Hrsg.)*

## ***Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte II***

***Vorlesung für Hörer aller Abteilungen  
Sommersemester 1992***

*Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse  
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich*

© 1992      Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zentrum,  
8092 Zürich

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische oder elektronische Wiedergabe,  
auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Forschungsstelle.

Die in den "Zürcher Beiträgen zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" wiederge-  
gebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 3-905641-28-3

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort.....</b>	<b>1</b>
Prof. Dr. Kurt R. Spillmann <b>Aufbruch in eine neue Weltordnung? .....</b>	<b>2</b>
Dr. Gerhard Simon <b>Die Nationalbewegungen und das Ende der Sowjetunion.....</b>	<b>12</b>
Dr. Andreas Oplatka <b>Konflikte in Ost- und Mitteleuropa.....</b>	<b>28</b>
Prof. Dr. Werner-Gabriel Zimmermann <b>Die Serben im jugoslawischen Kräftespiel .....</b>	<b>37</b>
Dr. Manfred Pohl <b>"Konflikt" oder "Konfrontation" - Japan und die USA vor der Neudefinition ihrer Beziehungen? .....</b>	<b>56</b>
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel <b>Japans Rolle in einer neuen pazifischen Ordnung.....</b>	<b>69</b>
Dr. Gerhard Will <b>Kambodscha: Frieden durch Einsicht oder durch Abnutzung? .....</b>	<b>81</b>
Dr. Arnold Hottinger <b>Iran am Kreuzweg: Eine neue Phase der iranischen Politik? .....</b>	<b>92</b>
Prof. Dr. Bassam Tibi <b>Neudefinition des Arabismus nach dem Golfkrieg.....</b>	<b>101</b>
Erich Gysling <b>Keine "neue Weltordnung" im Nahen Osten .....</b>	<b>113</b>
Dr. Mohamed Suliman <b>Der Bürgerkrieg im Sudan: Die Rolle der Ressourcenkrise.....</b>	<b>124</b>
Prof. Dr. Peter J. Opitz <b>Migration und Konflikt .....</b>	<b>142</b>
<b>Die Autoren dieses Heftes .....</b>	<b>153</b>

## **Vorwort**

Die vorliegende zweite Ausgabe von "Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte" besteht aus den redaktionell nur leicht bearbeiteten Vorträgen, die im Laufe des Sommersemesters 1992 an der ETH Zürich für Hörer aller Abteilungen und Studierende der Universität sowie eine breitere Öffentlichkeit gehalten wurden.

Bedauerlicherweise haben auch in diesem Jahr einige Manuskripte etwas länger gebraucht als andere, so dass wir erst knapp vor Jahresende zur Auslieferung dieses Heftes gelangen. Verschiedene Konflikte haben sich unterdessen weiterentwickelt, neue sind dazugekommen. Mit diesen werden wir uns im Sommersemester 1993 beschäftigen.

Ich möchte an dieser Stelle der Schulleitung der ETH für die grosszügige materielle Unterstützung dieser Veranstaltung herzlich danken. Ebenso den Vortragenden, die uns in uneigennütziger Weise ihre Manuskripte zur Verfügung gestellt haben.

Zürich, den 22. Dezember 1992

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann  
Leiter der Forschungsstelle  
für Sicherheitspolitik und  
Konfliktanalyse

**Kurt R. Spillmann**

## **Aufbruch in eine neue Weltordnung?**

Das Wort von der "neuen Weltordnung" beschäftigt die Welt seit dem Golfkrieg. Präsident Bush hat es wieder in die Diskussion geworfen, erstmals am 16. Januar 1991, als er das Eingreifen amerikanischer Truppen gegen den Irak ankündigte und diese Aktion mit der höheren Zielsetzung einer neuen Weltordnung begründete, einige Tage später in seiner "State of the Union"-Botschaft und systematisch dann in seiner Rede vom 13. April 1991, wo er ausführte:

"Zweimal in diesem Jahrhundert wurde ein auf den Schlachtfeldern Europas geborener Traum zunichte gemacht. Der Traum von einer Welt, in der führende Mächte zusammenarbeiten, um den Frieden zu sichern, um ihre Streitigkeiten durch Kooperation und nicht durch Konfrontation beizulegen. Mit dem Ende des Kalten Krieges aber ergab sich die Möglichkeit neuer Wege der Zusammenarbeit mit anderen Nationen, um Aggressionen abzuschrecken und Stabilität zu erlangen, um Wohlstand und vor allem Frieden zu schaffen. Die neue Weltordnung erwächst aus Hoffnungen auf eine Welt, die auf einem von kleinen und grossen Nationen geteilten Engagement für eine Reihe von Prinzipien gründen.

- Friedliche Beilegung von Konflikten,
- Solidarität gegen Aggression,
- Reduzierte und kontrollierte Waffenarsenale und
- Gerechte Behandlung aller Völker.

Diese neue Weltordnung hat im Golfkrieg ihre erste Prüfung bestanden. Befreit vom Zusammenprall der Ideologien des Kalten Krieges, funktionierte zum ersten Mal der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Zugleich aber haben wir erkannt, dass uns das Ende des Kalten Krieges kein Zeitalter des ewigen Friedens beschert. Neue Bedrohungen treten auf den Plan, und die Suche nach einer neuen Weltordnung ist eine Herausforderung, um die Gefahren der Unordnung zu zügeln."

Präsident Bush sprach in dieser Vision einer neuen Weltordnung einerseits ein sehr amerikanisches Thema an, griff aber zugleich eine alte Vision der Menschheit auf, die sich seit Beginn der Kulturgeschichte in immer neuen Bildern artikulierte.

Es scheint mir sinnvoll, zu Beginn dieser Vorlesungsreihe über "Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte" die Frage zu stellen, ob wir nicht unter dem Titel der neuen Weltordnung jetzt eine besondere historische Chance haben, über die blossе Feuerwehrrarbeit der Bekämpfung von aktuellen Bränden hinauszugelangen und nach Beendigung des Kalten Krieges einen Zustand der Welt zu erreichen, der mehr ist als das bisherige prekäre Gleichgewicht der Kräfte und der "Nicht-Krieg" der gegenseitigen tödlichen Abschreckungsdrohung.

Ich werde im Folgenden in gebotener Kürze die Entwicklung des Traums der

Menschheit von einer Weltfriedensordnung nachzeichnen, um dann in einem zweiten Teil zu fragen, welche Faktoren heute das Entstehen einer neuen Weltordnung begünstigen oder behindern.

Im Grunde versucht bereits jedes zu Bewusstsein gelangte Naturvolk, die Welt in einem geordneten Zusammenhang zu deuten und damit eine Weltordnung herzustellen. Seit Menschen denken können, wollen sie ordnen und gestalten, aus der Kakophonie der auf sie einwirkenden Reize und Erfahrungen ein geordnetes Ganzes, aus dem Chaos einen Kosmos konstruieren. Seit jeher empfindet der Mensch sich als Mächten und Gesetzen unterworfen - Gesetzen der Natur, der Naturgewalten bzw. der Götter - und gleichzeitig fühlt er sich frei, in gewissen Bereichen selbst zu entscheiden und Ordnungen zu setzen.

Während die Ordnung der Natur als von der Ewigkeit *festgefügt* galt, wurde die Ordnung unter den Menschen als *eingesetzt* betrachtet, und zwar von den Göttern, den Vorfahren, allenfalls den eigenen Königen oder sogar den Volksvertretern.

So waren die altorientalischen Könige mehr als nur Könige, sie waren immer auch Mediatoren zwischen Göttern und Menschen, Gottkönige also, die etwas von der göttlichen Ordnung den Menschen vermittelten, so z.B. der altbabylonische Herrscher Hammurabi in seiner Gesetzgebungstätigkeit oder die ägyptischen Pharaonen bei der feierlichen Stiftung des neuen Jahreszyklus.

Jede Mythologie ist im Grunde genommen ein Versuch, die Entstehung der Ordnung zu erzählen, die zur Zeit der Lebenden die Welt bestimmt.

Bei den Griechen entfaltete sich der Glaube an die freie Gestaltbarkeit der gesellschaftlichen Ordnung. In den griechischen Stadtstaaten entstanden die ersten reflektierten und selbstgestalteten politischen Gemeinwesen (Poleis), allen voran der demokratische Stadtstaat Athen. Politisch bewusste Mitglieder der Gemeinschaft gaben sich selber soziale und politische Beziehungsformen und unterwarfen sich nicht mehr überlieferten höheren Instanzen. So entwickelten sich die Demokratie und die lokale und regionale Ordnung.

Zur Zeit des Hellenismus (gegen Ende des 4. Jahrhunderts v. Chr.) versuchte Alexander der Grosse sein Weltreich, das von Griechenland bis nach Indien reichte, unter einem geistigen Konzept zu gestalten. Überall in diesem Reich wurden Städte mit einer griechischen Oberschicht gegründet, Koine-Griechisch war die Reichsverwaltungssprache und natürlich zugleich die Kultursprache. Auf der Basis der überlegenen griechischen Sprache, griechische Werte, Kunst und Kultur sollte die gesamte damals bekannte zivilisierte Welt (Oekumene) friedlich zusammenleben können, ungeachtet kultureller Unterschiede. Der frühe Tod Alexanders liess das Reich in die Hand rivalisierender Diadochen fallen und verhinderte die Realisierung dieser ersten, auf einem kulturellen Konzept basierenden Weltordnung.

Die Römer realisierten mit ihrem Imperium Romanum im Mittelmeerraum eine ähnliche Zusammenfassung verschiedenster Völker und Kulturen. Nach jahrzehntelangen Bürgerkriegen und der Eroberung Ägyptens im Jahre 30 v.

Chr. brach eine Epoche langersehnten Friedens an, den der Sieger von Actium feierlich als die Pax Augusta verkündete: der Janustempel - in Kriegszeiten jeweils geöffnet - wurde geschlossen und der Senat errichtete im Jahre 9 v. Chr. zu Ehren des Augustus die Ara Pacis, den Friedensaltar, und zwar mit Bedacht auf dem Marsfeld, d.h. an jenem Ort, wo bisher immer die militärischen Musterungen und die Heeresversammlungen stattgefunden hatten. Die Pax Romana, die für über zwei Jahrhunderte Bestand haben sollte, stellt einen weiteren realisierten Entwurf einer Weltordnung dar, indem sie eine Rechtsordnung aufrechterhielt, die den friedlichen Umgang der verschiedenen Völker und Kulturen in Toleranz und gegenseitiger Achtung ermöglichte.

Als das Römische Reich und die hohe Kulturblüte dieser Zeit im Chaos der Völkerwanderungen des 4./5. Jahrhunderts versanken, zerfiel die römische Kulturwelt - ähnlich dem Reich Alexanders - in eine grosse Zahl nie wieder zusammengefügter Fragmente.

Erst Jahrhunderte später versuchte der Franke Karl der Grosse (747 - 814), das römische Imperium zu erneuern. Jetzt sollte der gemeinsame christliche Glaube die Basis einer neuen Weltordnung werden. Dieses Konzept blieb zwar über viele Jahrhunderte lebendig, scheiterte aber in der praktischen Verwirklichung immer wieder am mangelnden Organisationsgrad, an den fehlenden technischen Durchsetzungsmöglichkeiten und an den partikularen Interessen regionaler Potentaten. Die Idee der "Renovatio Imperii Romani" lebte im "Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation" als Fiktion weiter, bis Napoleon mit der Rücksichtslosigkeit des Emporkömmlings uralte historische Strukturen zerschlug, über hundert deutsche Fürstentümer im Reichsdeputationshauptschluss aufheben liess, den letzten Deutschen Kaiser im Jahre 1806 zur Abdankung veranlasste und das Heilige Römische Reich für untergegangen erklärte.

Die Konzeption einer europäischen Weltordnung auf christlicher Basis blieb eine blossе Theorie, eine Vision, die auch als Vision unterging.

Seit dem späten Mittelalter waren in Europa die Nationalstaaten erstarkt. Sie prägten in ihrem über Jahrhunderte dauernden Kampf um die Hegemonie die europäische Geschichte tief. Erst Napoleon gelang es zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Europa wieder zusammenzufassen, diesmal durch effiziente Militärgewalt, mit der Absicht, Europa eine neue, französisch geprägte Weltordnung überzustülpen. Aber diese Weltordnung hatte keinen Bestand, auch wenn etwa durch den Code Civile viele aufklärerische bzw. revolutionär-moderne Rechtsprinzipien in weiten Teilen Europas verbreitet wurden.

Aufklärerische Weltordnungsideen, wie sie in rein theoretischer Form schon seit längerer Zeit zirkulierten, blieben Theorie. Besonders berühmt geworden ist Immanuel Kants Abhandlung über den ewigen Frieden aus dem Jahre 1795, in der er als erster die Errichtung eines Völkerbundes zur Sicherung einer friedlichen Weltordnung forderte.

In der politischen Welt folgte auf den Blitzerfolg Napoleons die Wiederherstellung der traditionellen nationalstaatlichen Ordnung, angeführt durch die legitimen Häupter der europäischen Dynastien. Da sich die Sieger über Napoleon in Wien auf dieses System geeinigt hatten, trug jene neue Weltordnung den

Titel der "Wiener Ordnung" und prägte einen guten Teil der europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts. Ihr zugrunde lag das Prinzip des Gleichgewichtes, wie es de facto - mit Ausnahme des kurzen napoleonischen Intermezzos - schon seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert praktiziert worden war. Keine europäische Macht, kein europäischer Nationalstaat sollte nach diesem Ordnungsprinzip die Hegemonie über ganz Europa erringen können. Dieses zu einem global gültigen erklärte Ordnungsprinzip war das Gegenteil der von Alexander und den Römern praktizierten Vorstellungen, die eine - wenn nötig gewaltsame - politische Zusammenfassung angestrebten hatten.

Die Wiener Ordnung war die Wiederherstellung des europäischen Konzertes ohne Hegemonie, aber auf einer gemeinsamen Wertebasis, nämlich der Anerkennung der traditionellen Herrschaftsansprüche der alten Herrscherhäuser und Dynastien. Dass ausgerechnet ein Schweizer, der Berner Patrizier Karl Ludwig von Haller, in seiner Abhandlung "Restauration der Staatswissenschaft" (Winterthur 1825) die entscheidende theoretische und juristische Rechtfertigung dieses Prinzips lieferte, mag als Ironie der Geschichte betrachtet werden.

Die Wiener Ordnung wurde durch kein anderes, übergreifendes Konzept ersetzt und blieb auch von den inneren Unruhen, die in den verschiedenen europäischen Nationen einen Übergang von den konservativen Dynastien zu liberaldemokratischen Regierungen anstrebten, bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts unbeeinträchtigt.

Indessen nahm im 19. Jahrhundert die Emotionalisierung der Politik zu. Die Einbeziehung der französischen Volksmassen in die Heere durch die "levée en masse" der Französischen Revolution führte dazu, dass die kleinen Söldnerheere und die Kabinettskriege des 18. Jahrhunderts im 19. Jahrhundert durch Massenheere und Volkskriege abgelöst wurden. Das Volk, aus dem sich die Heere zur Hauptsache rekrutierten, beanspruchte auch politisches Mitspracherecht. Demokratische Bewegungen begannen die Privilegien der Herrschenden in Frage zu stellen, zugleich aber auch Unsicherheit und Emotionalität in die internationalen Beziehungen hineinzutragen. Nationale Egoismen spielten eine immer grössere Rolle, und mit dem Krimkrieg (1853-1856) begann die Wiener Ordnung zu zerfallen.

Ihren Höhepunkt erlebten die nationalen Egoismen dann im Ersten Weltkrieg, der von niemandem gewollt ausbrach, aber dann die ganze Fürchterlichkeit langjähriger militärischer Planungen mit Volkskriegen bis hin zum totalen Krieg zeigte. Die Schüsse grosserbischer Nationalisten auf den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajewo hatten den Auftakt zur Selbstzerfleischung Europas gegeben.

Interessanterweise war es ein Amerikaner, Präsident Woodrow Wilson, der schon zur Zeit der amerikanischen Neutralität (also vor 1917) die Welt davor gewarnt hatte, sich einen solchen Rückfall in die Barbarei, wie den Ersten Weltkrieg, zu leisten. Konflikte sollten unter zivilisierten Menschen ohne Gewaltanwendung gelöst werden, wobei das einzige Verfahren zu diesem Ziel eine völlige Umgestaltung der internationalen Beziehungen im Geiste der Kooperation und der allgemeinen Anerkennung einer Rechtsordnung sei. Einer



seiner Kernsätze für eine neue Weltordnung lautete: "There must be, not a balance of power, but a community of power, not organized rivalries, but an organized common peace." (22. Januar 1917) Nicht das Gleichgewicht der Mächte sollte also wiederhergestellt werden, sondern eine Gemeinschaft der Macht solcherart neu konstruiert werden, dass alle Machtfragen in einem geordneten und gewaltlosen Prozess von den Vertretern aller Mitgliedstaaten entschieden bzw. gelöst werden könnten.

Konkret schlug Wilson bei den Friedensverhandlungen in Paris die Schaffung des Völkerbundes vor, wo alle Nationen der Welt ihre Vertreter haben und ein Tribunal der Völker bilden sollten, vor dem internationale Konflikte und Streitfragen in einem Rechtsvorgang entschieden werden sollten.

Leider verweigerte der amerikanische Senat aus einer unglücklichen Kombination von Gründen dem Präsidenten die Gefolgschaft und ratifizierte den Frieden von Versailles nicht. Damit blieben die USA dem Völkerbund fern und dieser konnte ohne die Führerschaft der USA nicht zu jenem kraftvollen Instrument einer neuen Weltordnung werden, als das er von Wilson konzipiert worden war.

Immerhin umfasste der Völkerbund 32 Siegerstaaten, 13 neutrale Staaten - einschliesslich der Schweiz! -, Deutschland stiess 1926 ebenfalls dazu, und 1934 wurde sogar die kommunistische Sowjetunion aufgenommen. Eine Reihe von Hilfsorganen, vor allem humanitärer Natur, (z.B. die internationale Arbeitsorganisation ILO, der Internationale Gerichtshof von Den Haag, die Kommission für Flüchtlingsschutz, die Kommission für soziale Fragen etc.), entfalteten trotz einer beschränkten Wirksamkeit des Völkerbundes auf der politischen Ebene eine segensreiche Tätigkeit.

In den dreissiger Jahren erwies sich aber die Schwäche dieser neuen Weltordnung. Als Japan 1931 nach China übergriff, Italien 1935 Abessinien überfiel und Deutschland 1938/39 klaren Völkerrechtsbruch gegenüber der Tschechoslowakei beging, konnte sich der Völkerbund in keinem dieser Fälle zu einer klaren und entschiedenen Aktion durchringen. Kraftlose Proteste genügten aber nicht, um die Aggressionen zu stoppen und entsprechend verlor der Völkerbund seine Reputation und seine Bedeutung, auch wenn 1920 im Rahmen des Völkerbundes Konflikte um Vilna und 1923 solche um Korfu erfolgreich hatten beigelegt werden können.

Der Zweite Weltkrieg demonstrierte dann die völlige Bedeutungslosigkeit des Völkerbundes auf politischer Ebene. Trotz seiner Existenz und der Existenz des Briand-Kellogg-Paktes, dem in den zwanziger Jahren alle Nationen der Welt beigetreten waren und der die Ächtung des Krieges als Mittel zur Beilegung von Konflikten proklamiert hatte, brach der bisher verheerendste Weltkrieg aus, und der Völkerbund wurde zu einem blossen Schatten seiner selbst. Richtigerweise wurde der Völkerbund 1946 aufgelöst.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte wiederum der amerikanische Präsident, diesmal Franklin Delano Roosevelt, die Kantsche bzw. Wilsonsche Idee eines Völkerbundes aufgrund der gemachten Erfahrungen in einer verbesserten Neuauflage realisieren. Er war, als alter "Wilsonianer" (er hatte 1920 als Vizepräsidentenskandidat der Demokraten 800 Reden für den Beitritt der USA zum

Völkerbund gehalten), überzeugt, dass ein neuer Anlauf für eine umfassende Weltordnung auf der Basis des Rechtes genommen werden musste.

Nach jahrelangen Vorbereitungen in Planungsstäben des amerikanischen Aussenministeriums konnte dann 1945 die Uno (United Nations Organisation) aus der Taufe gehoben werden.

Der Mangel des Völkerbundes, der nur bei Einstimmigkeit seiner Mitglieder Entscheidungen fällen konnte, wurde aufgehoben, indem der Generalversammlung lediglich beratende Funktion und dem Sicherheitsrat Exekutivfunktion übertragen wurden: Die fünf Grossmächte USA, Grossbritannien, Frankreich, die Sowjetunion und China erhielten im Sicherheitsrat einen ständigen Sitz und ein Vetorecht, wogegen die nichtständigen Mitglieder nur als Mehrheitsstimmen zählen.

Ende Januar/Anfang Februar 1945 war es das grosse Anliegen Präsident Roosevelts, Stalin für die Mitarbeit in der Uno zu gewinnen, was auch gelang. Auch war beabsichtigt, die unterlegenen Gegner so bald als möglich in die Uno miteinzubeziehen.

Schon hoffte man nach beendigtem Zweiten Weltkrieg auf eine neue Chance für eine neue Weltordnung auf einer empirisch überprüften und tragfähigen Grundlage gemeinsamer Werte, wie sie in der Präambel und in den ersten Artikeln der Uno-Charta festgehalten sind. Doch schon weniger als zwölf Monate nach der Kapitulation des Dritten Reiches entzweiten sich die Partner der Anti-Hitler-Allianz. Die Amerikaner hatten ein völlig anderes Bild von der neuen Weltordnung als die Sowjets.

Während die Amerikaner mit Hilfe der Uno ihre neue "One World" auf der Basis des Rechts und der friedlichen Konfliktbewältigung errichten wollten, glaubte Stalin nicht an dieses neue Konzept und versuchte vielmehr an der alten europäischen Tradition der Einflussphären festzuhalten. Überall dort, wo seine Rote Armee stand, sorgte er dafür, dass Regierungen eingesetzt wurden, die der Sowjetunion freundlich gesinnt waren, so in Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und schliesslich 1948 durch Staatsstreich auch in der Tschechoslowakei. So brach schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg der Kalte Krieg aus, und an gemeinsame Aktionen der im Sicherheitsrat vertretenen Siegermächte im Dienste der neuen Weltordnung für Frieden und Sicherheit war nicht mehr zu denken, vielmehr organisierten sich die beiden Hauptkontrahenten, die Supermächte USA und Sowjetunion in verschiedenen Bündnissen und die Sowjetunion erhob durch einige ihrer Sprecher - am kühnsten und visionärsten etwa Chruschtschow in den sechziger Jahren - den Anspruch, eine eigene kommunistische "neue Weltordnung" in Kürze zu realisieren.

Solche Ansprüche auf politischem oder militärischem Weg durchzusetzen erwies sich indessen als Ding der Unmöglichkeit. Bis an die Zähne bewaffnet, jedoch innerlich schwach, kollabierte die Sowjetunion 1989/90 in einer von niemandem erwarteten Schnelligkeit. Mit dem Ende des Kommunismus wurde plötzlich auch die Lähmung der Uno überwunden. Es gab nicht mehr die Vetos der weltanschaulichen Opponenten und ideologischen Gegner, sondern es erwies sich erstmals im Golfkrieg als möglich, dass die USA und ihre westlichen

Verbündeten zusammen mit der Sowjetunion und ohne den Widerstand anderer bedeutender Mächte eine gemeinsame militärische Aktion zum Schutze der völkerrechtlichen Normen der Uno-Charta durchführen konnten. Das war der Sinn des Golfkrieges, der selbstverständlich durch andere Motive - Verhinderung der Hegemonie einer terroristischen Regierung im Gebiete des Persischen Golfs angesichts der dortigen strategisch bedeutenden Erdölvorräte und angesichts der wahrscheinlichen baldigen Verfügung Saddam Husseins über Massenvernichtungsmittel - wesentlich mitbedingt war.

Als Präsident Bush am 16. Januar 1991 die militärischen Aktionen der Allianz im Golf zur Befreiung Kuwaits ankündigte und gleichzeitig die Hoffnung auf eine neue Weltordnung aussprach, war die Welt durchaus bereit, diese neue amerikanische Vision mit einiger Hoffnung aufzunehmen. Es war ja eigentlich nichts anderes, als was vor Bush schon Roosevelt und Wilson zu realisieren versucht hatten, jedesmal ohne Erfolg.

Im Januar 1991 aber befand sich die Welt in einer euphorischen Stimmung. Die Öffnung des Eisernen Vorhanges, die Wiedervereinigung Deutschlands und der Übergang von einer militanten Konfrontation zu einem Geist der Kooperation hatten hohe und höchste Hoffnungen auf eine friedliche Zukunft geweckt. Warum sollten die führenden Mächte der Welt angesichts der grundlegenden historischen Veränderungen die Situation nicht ausnützen können, um endlich wirkungsvoll die "Welt-Aussenpolitik" in eine "Welt-Innenpolitik" (Carl-Friedrich von Weizsäcker) umzugestalten?

Die Aussichten auf eine echte Weltfriedensordnung, gemeinsam getragen von den USA und der Sowjetunion unter Zustimmung aller übrigen bedeutenden Mächte dieser Welt und abgedeckt durch die Charta der Vereinten Nationen, schienen jedenfalls besser als je zuvor.

Damit kommen wir zur Beurteilung von begünstigenden und behindernden Momenten für die Realisierung und Aufrechterhaltung einer solchen neuen Weltordnung in der heutigen Zeit.

Unter den begünstigenden Faktoren haben wir die wichtigsten schon genannt: Der Kalte Krieg ist zu Ende. Die Supermächte stehen sich nicht mehr in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber, sondern sind bereit zusammenzuarbeiten und gemeinsam Verstöße gegen das Völkerrecht zu ahnden. So jedenfalls kann die Unterstützung der Uno-Aktion durch die Sowjetunion gegen die irakische Besetzung Kuwaits interpretiert werden.

Begünstigend erscheint zurzeit auch die Tatsache, dass die Uno eine erhöhte Bedeutung und Anerkennung auch in der Weltöffentlichkeit erlangt hat. Damit sind allerdings auch die Politiker der Weltmächte aufgefordert, dem Völkerrecht und den Menschenrechten, wie sie in der Uno-Charta festgelegt sind, konsequenter und weltweit zum Durchbruch zu verhelfen. Internationale Kooperation im wirtschaftlichen, politischen, militärischen und ökologischen Bereich scheint auf diesem Hintergrund aussichtsreicher denn je.

Zur Begünstigung durch das Ende des Kalten Krieges gehört auch die nunmehr vollzogene Wiedervereinigung Deutschlands. "Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört", sagte Willy Brandt treffend. Ohne die deutsche

Wiedervereinigung und den Rückzug der Roten Armee aus Mitteleuropa wäre die Konfliktsituation im Herzen unseres Kontinents latent geblieben. Mit der Wiedervereinigung haben sich die Probleme vom machtpolitisch-ideologischen auf den wirtschaftlich-sozialen Bereich verlagert.

Begünstigend für die neue Weltordnung wirkt auch die Tatsache, dass die Bereitschaft der Völker Europas und der Welt zu intensiverer internationaler Zusammenarbeit gestiegen ist. Die Verhandlungen der Gatt-Runde verlaufen zwar schleppend, im allgemeinen aber gibt es berechtigte Hoffnungen auf einen erfolgreichen Abschluss in naher Zukunft. Im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) sind bedeutende Abrüstungserfolge erzielt worden, und weitere scheinen bevorzustehen.

Die Nato hat ihre stabilisierende Wirkung ausgeweitet, sie hat ihre defensive Natur im letzten Herbst in Rom bekräftigt und ist daran, in einem Kooperationsrat mit den ehemaligen Feinden gemeinsame Sicherheitsprobleme zu diskutieren. Zweifellos ein sichtbarer und bedeutungsvoller Schritt von der Konfrontation zur Kooperation.

Auch die europäische Integration im Rahmen der EG ist mit den hohen Zielen der Realisierung einer politischen Union noch vor Ablauf dieses Jahrzehnts einer Verstärkung und Intensivierung kooperativer Institutionen verpflichtet.

Die Uno bereitet für diesen Sommer eine erste weltweite Umweltkonferenz in Rio de Janeiro vor, die für die Ökologie eine "Erd-Charta" von ebensolchem Gewicht verabschieden will, wie es die Charta der Uno für die Menschenrechte und das Völkerrecht darstellen. Darüber hinaus haben die Vereinten Nationen mit der Aktion "Provide Comfort" in Nordirak erstmals aus humanitären Erwägungen ein Eingreifen in bisher als "innere Angelegenheiten souveräner Staaten" geltende Konflikte legitimiert - alles dies ganz im Sinne einer "Welt-Innenpolitik".

Von welcher Seite sind nun aber behindernde Einflüsse auf die neue Weltordnung zu erwarten? Die Tatsache, dass wir die Vorlesungsreihe "Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte" in jedem Sommersemester durchführen können, zeigt an sich schon auf, dass die Konflikte in dieser Welt zahlreich bleiben. Bekannt ist die Tatsache, dass es seit dem Zweiten Weltkrieg nur wenige Tage gab, an denen nicht irgendwo auf dieser Welt Krieg geführt wurde. Insgesamt zählt die Konfliktforschung über 150 Kriege, die seit dem Zweiten Weltkrieg ausgetragen wurden, und 45, die gegenwärtig im Gange sind. Wir haben also weiterhin mit einer grossen Zahl von Konflikten zu rechnen, und es wird nicht leicht sein, Konflikte in Afrika und Lateinamerika, wo diese sich bisher hauptsächlich abspielen, unter Kontrolle zu bringen.

Von besonderer Gefährlichkeit scheinen zurzeit in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion und vor allem in den Teilrepubliken Jugoslawiens die wiederbelebten, zum Teil uralten ethnisch-nationalistischen Feindschaften zu sein. Der Spaltpilz des ethnischen Hasses könnte sich von Südosteuropa wieder ausbreiten und andere historische Konfliktlinien wieder aufreissen. Dabei ist daran zu denken, dass sich auch in Westeuropa nationalistische wie auch

fremdenfeindliche Bewegungen wieder verstärkt zu Wort melden. Und "natürlich" kehrte im Gleichschritt mit der Fremdenfeindlichkeit auch die Pest des Antisemitismus wieder nach Europa zurück.

Jene uralten ethnisch-nationalistischen Konflikte waren jahrzehntelang von der eisernen Faust der sowjetischen Herrschaft bzw. der totalitären Herrschaft anderer kommunistischer Regimes unter Kontrolle gehalten worden. Es ist erschütternd und unheimlich zu beobachten, wie dieses Konfliktpotential mit völlig ungebrochener Urkraft sich wieder zu artikulieren beginnt. Die Kriegsgeschehnisse im Süden der Sowjetunion (z.B. zwischen Armeniern und Aserbaidschanern) belegen dieses schwer akzeptierbare Faktum zur Genüge. Es ist noch nicht abzusehen, wie die Spannungen zwischen Russen und Ukrainern, zwischen Russen und Balten, zwischen Rumänen und Russen, zwischen Rumänen und Ungarn, zwischen Ungarn und Slowaken, zwischen Slowaken und Tschechen etc. sich entwickeln werden. Es bleibt zu hoffen, dass alle diese potentiellen Feindschaften nicht explodieren, wie im Balkan die Feindschaften zwischen Serben und Kroaten, Serben und Slowenen, Serben und Muslims in Bosnien, Serben und Kosovo-Albanern zum Teil schon explodiert sind.

Es ist tragisch mitzuverfolgen, wie rationale Problemlösungsstrategien systematisch von hochgetriebenen Emotionen zerstört werden. Es wäre ganz offensichtlich im Interesse aller, konstruktive Strukturen und Kooperation zwischen Ethnien und Nationalstaaten zu stärken, Güter friedlich auszutauschen, statt gegenseitig Landschaften, Häuser, Infrastrukturen zu verwüsten und Menschen umzubringen. Aber die Ängste der aufgeschreckten und verunsicherten Bevölkerung in vielen Gebieten sind gross. Häufig wird der traditionelle Erzfeind allzu voreilig und grundlos zum Schuldigen für alle Mängel und Entbehrungen der Gegenwart und z.B. für die Fehlentwicklung der kommunistischen Planwirtschaft verantwortlich gemacht.

Die Emotionalisierung der Politik, in der ein beträchtliches Störpotential für den Aufbau kooperativer Strukturen liegt, hat auch in Westeuropa ein Pendant: gerade im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Unionsvertrages der EG erleben wir, welche politische Relevanz die diffusen und letztlich unbegründeten Ängste um den Verlust der Identität haben können.

Weitere Störpotentiale liegen in den zahlreichen ökologischen Problemen, die mancherorts durch wirtschaftliche Knappheiten und ungebremste Bevölkerungsentwicklung verschärft werden. Der Druck auf eine fragile Biosphäre wird durch eine galoppierende Bevölkerungsvermehrung immer intensiver, und es sind mittelfristig wachsende Menschenmassen von jungen arbeitslosen und hungernden Menschen abzusehen, die ausschliesslich gruppenegoistische Ziele verfolgen und sich um den Aufbau einer neuen Weltordnung und kooperativer Strukturen wenig kümmern.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass im Laufe der abendländischen Geschichte die Idee einer neuen Weltordnung schon verschiedentlich angestrebt und einige Male auch praktisch realisiert wurde, dass es bis heute aber nicht gelungen ist, eine tragfähige Basis für ein globales System einer auf der Grundlage des Rechts beruhenden Weltordnung zu finden. Noch immer sind die Nationalstaaten die höchsten politischen Instanzen, und sie tun sich schwer

damit, Teile ihrer Souveränität an supranationale Strukturen abzutreten. Auch wenn nach dem Ende des Kalten Krieges eine historische Chance besonderer Art zu bestehen scheint, eine klare Stufe in Richtung Verbesserung und Stärkung kooperativer Strukturen zu nehmen, so dürfen doch die regressiven Kräfte, vor allem im Bereich der emotionalen Regression - die ethnisch-nationalistischen Konflikte, Angstreaktionen auf ökologische Verschlechterung, Überbevölkerung und Migrationen - nicht unterschätzt werden.

Auch wenn unsere Hoffnung ganz dem Ziel der Realisierung der idealistischen Ziele der Uno gilt, so mahnt uns doch der nüchterne Blick auf Geschichte und Realität, eher mit dem Andauern von Konflikten als mit dem Anbruch der grossen Weltfriedensordnung zu rechnen.

Gerhard Simon

## Die Nationalbewegungen und das Ende der Sowjetunion<sup>1</sup>

Was ist mit der Sowjetunion zu Ende gegangen? Welches sind die zentralen Vorgänge der Anti-Revolution in Ostmitteleuropa und auf dem Territorium der Ex-Sowjetunion? Denn es handelt sich um eine Anti-Revolution, d.h. der Umbruch wandte sich gegen die Revolution von 1917 und ihre Folgen. Er ist zugleich der Versuch und das Bestreben, historische Entwicklung dort wieder aufzunehmen, wo sie 1917 von den Bolschewiki gekappt worden war.

Zu Ende gegangen ist vor allem die Herrschaft der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Damit sind die zentralen Strukturen der Machtordnung aufgelöst worden oder befinden sich im Prozess der Auflösung. Der Krise und dem Ende der Einparteienherrschaft gingen allerdings die Krise und der Verfall der Sowjetideologie voraus. Der Marxismus-Leninismus hat seit Jahrzehnten einem Erosionsprozess unterlegen, dessen Konsequenzen in Osteuropa selbst und im Westen nur unzureichend wahrgenommen worden sind. Ohne zumindest minimale Glaubwürdigkeit und Akzeptanz des Marxismus-Leninismus durch die Eliten gibt es keine Rechtfertigung und Legitimität der KPdSU. Der Marxismus-Leninismus erfüllte im Sowjetsystem *die* Funktion, die in demokratischen Systemen Wahlergebnisse haben. Die Degeneration des Marxismus-Leninismus zu einem opportunistischen oder zynischen Ritual, das man akzeptierte und mitvollzog, um Karriere zu machen, signalisierte den bevorstehenden Fall der KPdSU von der Macht. Das Sowjetsystem überstand seine eigene Säkularisierung nicht.

### Gescheiterte Nationalitätenpolitik der KPdSU

Aber am Ende der Perestrojka-Periode brach nicht nur das sowjetische politische System zusammen, sondern der Staat Sowjetunion hörte im Dezember 1991 in aller Form auf zu bestehen. Warum zog der Fall der KPdSU von der Macht die Krise und das Ende des Staates nach sich? Viele Staaten haben in der Geschichte Umbrüche und Revolutionen erlebt, ohne dass deshalb der Staat als solcher in Frage gestellt worden wäre oder gar aufgehört hätte zu existieren.

Aus der Sicht der nichtrussischen Völker waren die Herrschaft der KPdSU und der russisch bestimmte Sowjetstaat identisch. In der Tat hatte sich ja die kommunistische Partei diesen Staat geschaffen. Die Sowjetunion war als Nachfolgestaat des Russischen Reiches das Werk der Bolschewiki. Denn 1917 und in den Jahren danach war das Russische Reich in zahlreiche nationale und regionale Teile auseinandergebrochen; die Bolschewiki hatten im Bürgerkrieg diesen Zerfall zunächst angehalten und dann rückgängig gemacht. Auch Stalins Politik in Osteuropa vor und während des Zweiten Weltkrieges stand wesentlich

---

<sup>1</sup> Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse dankt Herrn Prof. Dr. Hans-Georg Wehling von der Landeszentrale für politische Bildung, Baden-Württemberg, BRD, für die freundliche Genehmigung zum Abdruck dieses Vortrages.

im Zeichen der Wiederherstellung der alten Grenzen des Russischen Reiches. Die KPdSU hatte die Sowjetunion geschaffen und war zugleich die wichtigste Klammer dieses Vielvölkerimperiums. Ohne die kommunistische Partei gab es keine Raison für das Fortbestehen dieses letzten europäischen Kolonialreiches in sozialistischer Form. Die kommunistische Partei hatte es versäumt, andere Integrationsformen als sich selbst zu entwickeln; sie hätte sich sonst überflüssig gemacht.

Die Konstruktion des sowjetischen Zentralstaats war bis zum Schluss im wesentlichen die gleiche, wie sie in den dreissiger Jahren unter Stalin geschaffen worden war. Zwar besaßen die Völker und Regionen eine gewisse Sprach- und Kulturautonomie, und die nationalen Eliten wurden von der Zentralmacht in erheblichem Umfang in die Führungsschichten kooptiert, aber alle wesentlichen und Tausende von unwesentlichen Entscheidungen fielen ausschliesslich im Zentrum in Moskau. Entgegen allen ideologischen Erwartungen wurden die kooptierten Eliten Träger des nationalen Eigenbewusstseins und Kämpfer gegen jenes zentralistische System, aus dem sie selbst kamen. So führte der Zusammenbruch der KPdSU mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zum Zusammenbruch der Sowjetunion.

Nach dem Ende des sowjetischen Zentralstaates waren Nation, Nationalbewegung und nationaler Staat zunächst die einzigen erreichbaren politischen Alternativen. Mit ihnen verbanden sich die Bestrebungen, die Einparteiendiktatur zu überwinden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und damit den Anschluss an die europäische Neuzeit zu gewinnen. Die Antithese zum kommunistischen Pseudointernationalismus war die nationale Demokratie. Nach dem gescheiterten kommunistischen Experiment wandten sich die Völker zu ihrer eigenen Tradition und Geschichte zurück in der Hoffnung, aus dieser Rückwendung Orientierung für die Zukunft zu gewinnen. Dabei zeigte sich sehr rasch das grundsätzliche Dilemma: Nation und Demokratie stehen in einem unaufhebbaren Spannungsverhältnis zueinander, sobald in einem demokratisch organisierten Staat die Angehörigen mehrerer Nationen zusammenleben. Fast alle Nationen auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion sind dazu verurteilt, die Tradition des zerschlagenen Vielvölkerimperiums weiterzutragen: In manchen der neu entstehenden Staaten gehören 40% der Bevölkerung oder mehr nicht der "Staatsnation" an. Der Konflikt zwischen dem nationalen und dem demokratischen Prinzip wird voraussichtlich auf absehbare Zeit die inneren Verhältnisse in den neu entstehenden Staaten prägen und die Staatsbildung erschweren. Andererseits bestätigte sich die Erfahrung des 19. Jahrhunderts, dass nationale und demokratische Bestrebungen sich parallel zueinander entwickeln, einander bestärken und als Emanzipationsbewegung grosse Wirksamkeit entfalten. Es zeigt sich nämlich, dass in den westlichen, europäischen Republiken nicht nur die nationale Renaissance, sondern auch die Demokratie die grössten Fortschritte zu verzeichnen hat, während die östlichen, islamischen Republiken in beidem zurückliegen.

Die Hinwendung zur Nation als zunächst einziger erkennbarer Alternative zum sowjetischen Zentralstaat bedeutet nicht, dass alle Nationen auf dem Territorium der Sowjetunion seit langem und eindeutig einen Kampf um die Einrichtung oder Wiederherstellung von nationalen Staaten geführt hätten.



Das Eintreten für die Nation als Subjekt der Geschichte hatte im einzelnen ganz unterschiedliche Ausdrucksformen. Sie reichten von der Forderung nach einer wenigstens minimalen Bewahrung der Muttersprache im allgemeinen Bildungswesen zum Beispiel bei den Völkern des mittleren Wolgaraumes bis zum Verlangen nach Wiederherstellung der völkerrechtswidrig zerstörten Eigenstaatlichkeit bei den drei baltischen Völkern. In Litauen, Estland und Lettland sind seit den siebziger Jahren - zunächst allerdings nur in Dissidentenzirkeln - klare Forderungen nach Loslösung von der UdSSR und Wiederherstellung der Unabhängigkeit ausgesprochen worden. In manchen anderen Fällen, so vor allem bei der Ukraine, ist das Ziel nationaler Unabhängigkeit und staatlicher Selbständigkeit erst während des Zerfallsprozesses der UdSSR zum beherrschenden Thema der Politik geworden, auch wenn einige Dissidentengruppen insbesondere in Galizien davon bereits seit den sechziger Jahren träumten.

Dennoch ist die Auflösung der Sowjetunion *kein historischer Unfall*, der durch eine umsichtigeren Politik, sei es Breschnews oder Gorbatschows, leicht hätte verhindert werden können. Das Ende des Moskauer Zentralstaates, wie es sich zunächst in der russischen Geschichte und dann nach 1917 in der Form des sowjetischen Zentralstaates herausbildete, hat langfristige Ursachen, zahlreiche Parallelen und damit eine historische Logik. Der Zeitpunkt der Auflösung und die konkreten Umstände wurden selbstverständlich in erheblichem Umfang von den politischen Akteuren an der Spitze mitbestimmt. Die Beherrschung eines Vielvölkerimperiums von einem starken, in Jahrhunderten gewachsenen traditionellen Zentrum aus hat sich in der neueren europäischen Geschichte nirgendwo durchhalten lassen. Volkssouveränität und nationale Selbstbestimmung waren die stärkeren Kräfte. Erst nachdem diese Kräfte zufriedengestellt waren, begann in Westeuropa eine Bewegung in Richtung auf supranationale Integration, deren Erfolgsgeheimnis nicht zuletzt darauf beruht, dass es eben in Westeuropa kein historisch gewachsenes Zentrum gibt, von dem sich die Völker abhängig oder gar beherrscht fühlen.

Die Auflösung der Sowjetunion wird nur verständlich vor dem Hintergrund langfristiger, historischer Vorgänge. Von zentraler Bedeutung ist hierbei das *Heranwachsen eigener Bildungsschichten der Völker* auf dem Territorium der Sowjetunion. Bei manchen Völkern - insbesondere islamischer Tradition - wuchsen nach dem Zweiten Weltkrieg zum ersten Mal quantitativ umfangreiche Schichten heran, die eine qualifizierte säkulare, allgemeine oder berufsbezogene Ausbildung erhalten hatten. Bei vielen Völkern im europäischen Teil der Sowjetunion formierten sich in der Nach-Stalin-Zeit ebenfalls neue Bildungsschichten, nachdem die alten Eliten durch Terror, Deportationen und Krieg weitgehend vernichtet worden waren. Diese zahlenmässig ausserordentlich grossen Bildungsschichten wurden zum sozialen Träger eines neuen nationalen Bewusstseins. Sie verdanken ihre Entstehung einer gezielten sowjetischen Bildungspolitik, die durch den raschen Aufbau eines allgemeinbildenden Schulwesens und eines berufsbezogenen Ausbildungswesens bei allen Völkern innerhalb von wenigen Jahrzehnten eine nach vielen Millionen zählende "Mittelschicht" hat entstehen lassen. Entgegen den aus der Ideologie abgeleiteten Erwartungen liessen sich diese Bildungsschichten nicht in eine

homogene, strukturlose Sowjetgesellschaft einschmelzen. Sie identifizierten sich je länger um so mehr mit den nationalen Traditionen und Kulturen ihrer jeweiligen Völker und wurden zum Sprecher der politischen Hoffnungen und Forderungen. Die Loyalität eines estnischen Arztes, eines russischen Facharbeiters oder eines aserbaidshanischen Dichters galt nicht einer von der Ideologie mythologisierten Klasse, sondern der eigenen Nation. Diese "Mittelschichten" waren in den achtziger Jahren in der Lage, ganze Nationen oder doch wesentliche Teile von ihnen politisch zu mobilisieren.<sup>2</sup>

Die neuen Bildungsschichten drängten überall in die Führungspositionen ihrer Republiken. Es gibt heute in der Regel genügend usbekische Ärzte, turkmenische Lehrer und ukrainische Ingenieure.

Auch wenn die nationalen Intelligenzschichten nicht überall vollständig sind, und zum Beispiel in Zentralasien die Funktionsstellungen in der Industrie noch weitgehend von Russen eingenommen werden, so gilt doch generell die Regel, dass jedenfalls in der Zukunft russische Kader ersetzbar geworden sind.

So vollzog sich in der Sowjetunion schon seit Jahrzehnten ein anfangs eher schleicher Prozess der *Entkolonialisierung*, der erst in den achtziger Jahren in eine militante und politische Phase eingetreten ist. Der beschriebene sozialgeschichtliche Wandlungsprozess hat dazu geführt, dass die meisten Nationen am Ende der Geschichte der Sowjetunion kulturell, bewusstseinsmässig und im Blick auf ihre Sozialstruktur fester gefügt waren als zu Beginn der Sowjetmacht. Eine Partei also und eine Ideologie, die mit dem Anspruch angetreten waren, das Nationalbewusstsein zugunsten des Klassenbewusstseins endgültig auf den Kehrhaufen der Geschichte zu befördern, haben entgegen den eigenen Intentionen wesentlich zur Nationenbildung beigetragen.

Ein Scheitern der Politik der KPdSU ist aber auch in einer anderen, direkteren Hinsicht zu konstatieren. Jene Instrumente, die von der kommunistischen Partei im Laufe von Jahrzehnten entwickelt worden waren, um den Vielvölkerstaat zusammenzuhalten, sind nicht mehr anwendbar bzw. ihre Weiterverwendung bewirkt Desintegration statt Integration.

Das gilt zuerst für die *Sowjetideologie*, die jahrzehntelang ziemlich erfolgreich die Konflikte im Vielvölkerstaat unter den Teppich gekehrt hatte, dann aber zunehmend die Glaubwürdigkeit des Staates unterhöhlte. Die Ideologie hatte verkündet, die "sozialistischen Nationen" würden immer homogener, rückten einander immer näher und würden schliesslich - wie schon Lenin gesagt hatte - in der kommunistischen Zukunft miteinander "verschmelzen". Bereits seit Ende der dreissiger Jahre hatte die Sowjetideologie die nationale Frage in der UdSSR für "gelöst" erklärt. Sogar die Neufassung des Programms der KPdSU wiederholte 1986: "Die nationale Frage, wie sie uns die Vergangenheit hinterlassen hatte, wurde in der Sowjetunion erfolgreich gelöst."<sup>3</sup> Mit diesen selbstverschuldeten Scheuklappen versperrte sich die

---

<sup>2</sup> G. Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 299 ff.

<sup>3</sup> Programm der KPdSU. Neufassung, Moskau 1986, S. 52.

kommunistische Partei den Blick auf die Wirklichkeit; sie wurde Opfer eines Selbstbetruges.

Das zentrale politische Instrument, das die Bolschewiki zur Regelung des Vielvölkerproblems entwickelten, hiess *Sowjetföderalismus*. Diese Kombination von scheinbarer Souveränität der Republiken und Konzentration der realen Macht beim Zentrum hat sich jahrzehntelang bewährt, sich dann aber an seinen schlaunen Erfindern gerächt. Der Sowjetföderalismus, der von Lenin als eine Übergangsperiode auf dem Wege zu einem sozialistischen zentralistischen Staat geplant worden war, erwies sich nicht nur als nicht mehr abschaffbar, sondern er sprengte schliesslich den Sowjetstaat auseinander. Der Schein wurde zur Realität. Jene zum Teil willkürlichen innersowjetischen Scheingrenzen, die föderale Gebietseinheiten voneinander trennten, wurden seit Ende der achtziger Jahre zu Aussengrenzen von Staaten, die kaum noch verrückbar waren. Der Sowjetföderalismus hätte die nationalen Ambitionen auf einer tiefen Ebene zufriedenstellen sollen, statt dessen wurde er zu einem wichtigen Ausgangspunkt der Staatsbildung gegen die Sowjetunion.

Auch in anderen Bereichen zeigte sich, dass sich die Nationalitätenpolitik der KPdSU erschöpft hatte bzw. das Gegenteil von dem bewirkte, was ihre Architekten geplant hatten.

Die *Migrationpolitik* hatte seit Ende der zwanziger Jahre zwei Ziele verfolgt: Die Ausbreitung russischer Kader in der ganzen Union und darüber hinaus eine möglichst hochgradige Vermischung der Völker überhaupt. In fast allen Teilen der Sowjetunion stieg der Bevölkerungsanteil der Russen erheblich an. Während 1926 8,6% aller Russen ausserhalb der heutigen Grenzen der Russischen Föderation lebten, stieg dieser Anteil bis 1959 auf 17,8%. Als die Sowjetunion aufhörte zu bestehen, wohnten etwa 25 Millionen Russen ausserhalb der Grenzen der Russischen Föderation. Sie wurden von Angehörigen der imperialen Nation zu Vertretern einer nationalen Minderheit.

Die tatsächliche Bedeutung dieser grossen Wanderungswelle der Russen in fast alle Teile des Landes war noch bedeutsamer, als die Zahlen allein erkennen lassen, denn es handelte sich zum überwiegenden Teil um Fachkräfte aus allen Bereichen, die von Russland aus an die Peripherie gingen. Die russischen Kader sollten die natürliche Klammer des Imperiums und die Agenten der Zentralmacht in den nichtrussischen Republiken sein. Sie haben diese Funktion über Jahrzehnte erfüllt.<sup>4</sup> Sie haben aber zugleich antizentralistischen und antirus-sischen Widerstand provoziert. Die russische Einwanderung wurde in vielen Republiken zu einem der Hauptanstösse für die nationale Bewegung. Schon seit Ende der sechziger Jahre setzte eine Nettoabwanderung von Russen aus bestimmten Unionsrepubliken ein, die sich in den achtziger Jahren weiter beschleunigte und ausbreitete. Einheimische Kader traten an die Stelle der Russen. Die Staatsbildung in den ehemaligen Republiken der Sowjetunion wird voraussichtlich in den nächsten Jahren den Strom der russischen Rückwanderung beträchtlich anschwellen lassen, so dass mit Hunderttausenden, vielleicht mit Millionen russischer Remigranten insbesondere aus den islamischen

---

<sup>4</sup> G. Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik, S. 135 ff.

Staaten zu rechnen ist.

Aber auch das andere Ziel der Migrationspolitik, möglichst überall einen bunten Flickenteppich der Völker zu schaffen, hat nicht Entlastung, sondern Verschärfung der Konflikte gebracht. Es war ein sozialpsychologischer Irrtum zu glauben, allein durch möglichst enge Berührung würden die Völker einander näherkommen und die Völkerfreundschaft sei sozusagen die mechanische und zwangsläufige Folge von intensiven Kontakten miteinander.

Die *Sprachenpolitik* war seit Mitte der dreissiger Jahre darauf gerichtet gewesen, dem Russischen in möglichst vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zum Durchbruch zu verhelfen und die anderen Sprachen auch mit Hilfe administrativer Eingriffe in der Tendenz auf die Funktion von Privat- und Familiensprachen zu begrenzen. Noch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurden neue aggressive Massnahmen in der Sprachenpolitik ergriffen. Damals wurde das Ziel formuliert, nach und nach das Russische zur einzigen Unterrichtssprache an den Hochschulen zu machen. Ebenso wurde seit dieser Zeit mit dem Russischunterricht bereits in den nationalen Kindergärten begonnen, d.h. in einem Lebensalter, in dem die Kinder noch nicht sicher in ihrer Muttersprache sind.<sup>5</sup> Gerade diese aggressive Sprachenpolitik in der Spätzeit Breschnews bewirkte das Gegenteil von dem, was erreicht werden sollte. Viele Völker hielten ihre nationalen Sprachen für bedroht und reagierten mit Widerstand. Sobald Glasnost die Zensur auch nur ein wenig gelockert hatte, wurden allenthalben der gesetzliche Schutz für die Nationalsprachen und eine Beschränkung des Russischen im öffentlichen Leben gefordert. Überall setzten die Nationalbewegungen noch vor dem Ende der Sowjetunion Gesetze und Verfassungsänderungen in den Republiken durch, in denen die jeweilige Nationalsprache zur Staatssprache auf dem eigenen Territorium erklärt wurde. Das Gegenteil von dem, was ein halbes Jahrhundert sowjetische Sprachenpolitik angestrebt hatte, war eingetreten.

Der neue Ethno-Nationalismus, der in erheblichem Umfang die Folge der gescheiterten sowjetischen Nationalitätenpolitik war, wurde zusätzlich durch eine Reihe von Faktoren verstärkt. Einerseits traten traditionelle Partner des Nationalbewusstseins auf den Plan, die auch unter anderen räumlichen und zeitlichen Bedingungen stets als zusätzliche Katalysatoren des Nationalismus gewirkt haben. Nationalbewegungen haben stets auch eine *wirtschaftliche und soziale Komponente*. Die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung seit Mitte der siebziger Jahre verstärkte den Ethno-Nationalismus. Das zunächst gegen Null tendierende Wirtschaftswachstum und danach der Rückgang des Lebensstandards in den achtziger Jahren haben das soziale Klima im Lande erheblich verschärft. Arbeitslosigkeit, miserable Wohnverhältnisse und die allgegenwärtigen Versorgungsmängel schlugen in nationale Ressentiments und Feindseligkeit um. Sie wandten sich - wie stets - vor allem gegen nationale Gruppen, die angeblich oder tatsächlich besser gestellt waren, wie zum Beispiel die armenische Minderheit in aserbaidshanischen Städten, die Mescheten im Fergana-Tal, die Juden in russischen Grosstädten oder russische Zuwanderer in

---

<sup>5</sup> Ebd., S. 369 ff.

Estland, Lettland und in den islamischen Republiken.

In den achtziger Jahren trat aber auch ein neuer Bündnispartner des Nationalismus auf, den es in der Vergangenheit nicht gegeben hatte: das ökologische Bewusstsein und die *Ökologie-Bewegung*. Sie ist in vielen Regionen des Landes zu einem zusätzlichen mächtigen Schwungrad der Nationalbewegung geworden. Die Katastrophe von Tschernobyl, die Austrocknung des Aralsees oder die Verschmutzung des Baikalsees wurden der unfähigen zentralen Planung und der kommunistischen Zentralmacht überhaupt angelastet, die ohne Rücksicht auf lokale Bedürfnisse die Natur verbrauchte und die Nationen missachtete. Eine Besserung der Lage konnte nach Einschätzung der Ökologie-Bewegung nur aus der Eigeninitiative vor Ort kommen. Nur eine Rückbesinnung auf die Nation als handelndes Subjekt in Geschichte und Politik vermochte Schutz zu bieten vor der allmächtigen, zerstörerischen Bürokratie des Zentrums.

Der Kampf gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke in der Ukraine und in Litauen, gegen den erweiterten Abbau von Phosphoritvorkommen in Nordostestland oder gegen die bedrohlichen Schadstoffemissionen in Jerewan verschmolz mit der jeweiligen Nationalbewegung. Das Zentrum trug nicht nur die Verantwortung für die ökologischen Schäden der Vergangenheit, sondern die Menschen trauten der kommunistischen Zentralmacht auch nicht zu, Wege in eine bessere Zukunft zu weisen.

Ohne Frage hat auch *Glasnost* zur Verschärfung der nationalen Frage beigetragen. Die Aufforderung zum aufrechten Gang und zur Enttarnung von Propagandalügen musste die Nationen dazu ermuntern, lange zurückgestauten Groll und Frustration offen auszusprechen. Glasnost hat die Konflikte nicht geschaffen, sie aber sichtbar gemacht und damit ihre politische Wirksamkeit wesentlich vergrößert. Besonders die offene Konfrontation mit der Geschichte der Sowjetunion hat der Nationalbewegung bei vielen Völkern zusätzliche Schubkraft verliehen. Zum ersten Mal konnte jetzt offen ausgesprochen werden, dass Stalin durch offenen Bruch des Völkerrechts 1940 die baltischen Staaten okkupiert und Lenin durch rücksichtslosen und hinterhältigen Einsatz der Roten Armee im Bürgerkrieg den Selbstständigkeitsbestrebungen der Ukraine und der drei transkaukasischen Republiken ein Ende gemacht hatte. In all diesen Fällen sahen sich die Nationalbewegungen als die Erben und Fortsetzer einer historischen Tradition, die von den Bolschewiki gewaltsam gebrochen worden war.

### **Formen der Nationalbewegung**

Das nationale Selbstbewusstsein der Völker erreichte Ende der achtziger Jahre eine Intensität und entwickelte so wirksame Ausdrucksformen wie nie zuvor seit dem Zusammenbruch des Russischen Reiches 1917. Im Jahre 1988 begann die *Massenmobilisierung* zunächst bei einigen kleineren Völkern - den Armeniern, den baltischen Völkern, den Georgiern und Aserbaidshanern -, ehe der Funke 1989 auch auf die Ukraine und die Republik Moldau übersprang. Hunderttausende gingen zu friedlichen Manifestationen auf die Strasse. Anlässe waren in den meisten Fällen Gedenktage der nationalen Unabhängig-

keit nach 1917 oder deren Liquidierung durch die Sowjetmacht 1939/40 sowie die Jahrestage der Massendeportationen 1940/41 und 1944 bis 1949. Bei den Armeniern und Aserbajdschanern war ihr Konflikt untereinander um Berg-Karabach Haupttriebfeder der Massenmobilisierung. Seit 1989 versammelten sich auch in manchen russischen Grossstädten - vor allem in Moskau und Leningrad/St. Petersburg - Hunderttausende zu politischen Willenskundgebungen gegen das alte sowjetische System, so aus Anlass des Todes von Sacharow im Dezember 1989 und im Februar 1990 im Vorfeld der Wahlen zum Obersten Sowjet der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR). Eine halbe Million Menschen demonstrierten am 20. Januar 1991 in Moskau gegen die Gewaltanwendung in Litauen. Das Nationale spielte bei der Politisierung in Russland allerdings eine sehr viel geringere Rolle als bei den nichtrussischen Völkern. Erst seit dem Sommer 1990 nahmen auch die russischen Demokraten in gemässigter Form das nationale Thema auf, das bis dahin rechtsextremen und chauvinistischen Kräften überlassen worden war.

In vielen Republiken erlebte die *nationale Symbolik* eine umfassende Renaissance. Die nationalen Flaggen, Hymnen und Feiertage wurden durch die Obersten Sowjets seit 1988 wieder eingesetzt; auch hier spielten die baltischen Republiken und Armenien eine Vorreiterrolle. In manchen Republiken - so in Georgien und der westlichen Ukraine - verschwand parallel dazu die kommunistische Symbolik - rote Fahnen, Sowjetstern, Hammer und Sichel, Lenin-Denkmäler - schon 1990 fast vollständig aus dem öffentlichen Leben. In Litauen mussten Lenin-Denkmäler durch Panzer geschützt werden. Die baltischen Republiken sowie Georgien und Armenien waren auch die ersten, deren Oberste Sowjets die Adjektive "sowjetisch" und "sozialistisch" aus ihrer Selbstbezeichnung strichen; alle andere folgten. Auch bei der Einführung der nationalen Symbole und parallel dazu bei der Abschaffung kommunistischer Symbole bildete Russland das Schlusslicht. Erst während des Augustputsches 1991 wurde die russische Trikolore zur offiziellen Staatsfahne erhoben, und erst am 26. Dezember 1991 - nach dem offiziellen Ende der UdSSR - strich der Oberste Sowjet in Moskau die Adjektive "sowjetisch" und "sozialistisch" aus dem Staatsnamen.

Zu den stärksten Ausdrucksformen des nationalen Selbstbewusstseins gehörte stets das Eintreten für die Muttersprache. Die Forderungen nach Rückkehr der *nichtrussischen Muttersprachen* in das öffentliche Leben nahmen einen zentralen Platz ein. Hier bestand ein breiter Konsens von den Reformkommunisten bis hin zu den ehemaligen Dissidenten. Er konnte um so leichter erreicht werden, als in den zwanziger Jahren sowjetische Nationalitätenpolitik die nichtrussischen Sprachen ausdrücklich gefördert hatte und Derussifizierung der nationalen Republiken damals offizielle Parteilinie gewesen war. Forderungen nach besserer Berücksichtigung der nichtrussischen Sprachen im Bildungswesen, in der Kultur und im öffentlichen Leben wurden seit Beginn von Glasnost Mitte der achtziger Jahre in vielen Republiken mit Nachdruck erhoben. Sie fanden ihren gesetzgeberischen Ausdruck in Sprachengesetzen, die in fast allen Unionsrepubliken verabschiedet wurden und die jeweilige Titularsprache zur Staatssprache erklärten. Lediglich die transkaukasischen Unionsrepubliken, die seit langem die Nationalsprachen als Staatssprachen in

ihren Verfassungen verankert hatten, erliessen keine Sprachengesetze. Als erste Unionsrepublik setzte Estland im Januar 1989 ein Sprachengesetz in Kraft, als letzte folgte Turkmenistan im Mai 1990. Im einzelnen unterschieden sich die Bestimmungen dieser Gesetze beträchtlich voneinander und reichten von der weitgehenden Verdrängung des Russischen aus dem öffentlichen Leben in Litauen (Anteil der russischen Bevölkerung 1989: 9,4%) bis zur faktischen Gleichberechtigung der russischen Sprache in Lettland und Kasachstan (Anteil der russischen Bevölkerung 1989: 40% bzw. 37,8%).<sup>6</sup> Dennoch stimmen die Gesetze in einem Punkt überein: In Zukunft wird die Ausübung von Führungsfunktionen in allen Bereichen ohne die Kenntnis der Landessprache nicht mehr möglich sein. Dies trifft vor allem Millionen von Russen, die bisher in aller Regel keine Veranlassung sahen, die jeweilige Landessprache zu erlernen und - gestützt auf die jahrzehntelange Linie in der Sprachenpolitik der KPdSU - die Forderung nach Zweisprachigkeit ausschliesslich auf die Angehörigen nicht-russischer Völker bezogen.

Deutliche Auflösungserscheinungen des Staates manifestierten sich in den *Souveränitätserklärungen der Republiken*. Auch hier machte Estland mit seiner Souveränitätserklärung im November 1988 den Anfang; als letzte Unionsrepublik folgte Kirgisien. Im einzelnen variierte der Wortlaut der Souveränitätserklärungen beträchtlich. Zu den schärfsten Herausforderungen für den Sowjetstaat gehörten die Souveränitätsbeschlüsse in den slawischen Republiken Ukraine und Weissrussland: "Die Ukrainische SSR hat das Recht auf eigene Streitkräfte ... Die Ukrainische SSR erklärt feierlich ihre Absicht, in Zukunft ständig ein neutraler Staat zu werden, der sich keinem militärischen Bündnis anschliesst...". Ausserdem sah die ukrainische Souveränitätserklärung ein eigenständiges Banken- und Steuerwesen und "nötigenfalls" eine eigene Währung vor.<sup>7</sup>

Die beiden Grundelemente fast aller Souveränitätserklärungen sind: 1. die Inanspruchnahme des Alleineigentums an Grund und Boden, Bodenschätzen und allen staatlichen Produktionsmitteln auf dem Territorium der Republik sowie 2. die Feststellung des Vorrangs von Republiksgesetzen gegenüber Unionsgesetzen bzw. die Beanspruchung eines Vetorechts gegenüber den Normativakten von Unionsorganen. Diese beiden Grundelemente standen ebenso wie viele weitere Artikel der Souveränitätserklärungen im Gegensatz zur Unionsverfassung von 1977, die damit faktisch aus den Angeln gehoben wurde. Das hier formulierte politische Programm bedeutete das Ende des zentralistischen Staates Sowjetunion und in der Konsequenz eine Bedrohung für den Fortbestand des Staates überhaupt.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR erklärte am 26. November 1988 die estnische Souveränitätserklärung und die sie begleitenden Änderungen der Verfassung Estlands für ungültig, musste sich jedoch von seiten des Obersten Sowjets der Estnischen SSR vorhalten lassen, dass das

---

<sup>6</sup> H.-J. Uibopuu, *Zakony o jazyke v pribaltijskich sojuznych respublikach: pravovoj analiz*, in: *Sovetskoe pravo*, 6/1989.

<sup>7</sup> *Pravda Ukrainy*, 17. Juli 1990.

Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR keine Kompetenz habe, Gesetze von Unionsrepubliken ausser Kraft zu setzen.<sup>8</sup> Seit diesem Patt entbrannte ein sich ständig verschärfender Krieg der Gesetze in der Sowjetunion. Manche Unionsrepubliken - insbesondere die baltischen, die Republik Moldau, Georgien und Armenien - entfalteten in Durchsetzung ihrer Souveränitätsansprüche eine umfangreiche Gesetzgebungsaktivität. Teilweise erklärten Unionsorgane, insbesondere der Präsident, diese Normativakte für ungültig, oder der Oberste Sowjet bzw. der Volkskongress der UdSSR verabschiedete Gesetze und Beschlüsse, die im Widerspruch zu Unionsrepublik-Gesetzen standen. Diese gegenseitige Blockade führte ab 1990 zu einer teilweisen Lähmung der Staatsgewalt, die sich bei den unteren territorialen Verwaltungseinheiten fortsetzte. Niemand konnte sich eindeutig durchsetzen; die zentralen Organe vermochten dies nicht mehr, und die "souveränen" nationalen und unteren territorialen gesetzgebenden und ausführenden Organe waren dazu noch nicht in der Lage. So änderte zum Beispiel am gleichen Tag (24. Oktober 1990) der Oberste Sowjet in Kiew die ukrainische Verfassung und legte den Vorrang republikanischer Gesetze gegenüber Unionsgesetzen fest, während der Oberste Sowjet der UdSSR in einem Beschluss ausdrücklich die Suprematie von Bundesrecht gegenüber Rechtsakten der Unionsrepubliken bestätigte.<sup>9</sup>

Die Souveränitätserklärungen wurden - mit Ausnahme der Moldau - von Obersten Sowjets verabschiedet, in denen die lokalen Kommunisten über eindeutige Mehrheiten verfügten. Dies zeigte, wie weit der Zerfallsprozess innerhalb der KPdSU fortgeschritten war. Republikparlamente, in denen nichtkommunistische Gruppierungen nach den Wahlen im Jahre 1990 die Mehrheit besaßen, gingen noch einen Schritt weiter und proklamierten die *Unabhängigkeit* (Litauen, 11. März 1990) oder den Beginn einer Übergangsphase, an deren Ende die volle staatliche Unabhängigkeit stehen sollte (Estland, 30. März 1990; Lettland, 4. Mai 1990; Armenien, 23. August 1990; Georgien, 14. November 1990. Georgien erklärte dann am 9. April 1991 förmlich die Unabhängigkeit). Während Souveränität der Unionsrepubliken - jedenfalls in der Terminologie des sowjetischen Staatsrechts - de jure auch innerhalb des Staatsverbandes denkbar war, bedeutete die Erklärung der Unabhängigkeit de facto den Austritt aus der UdSSR. Diesen Schritt vollzogen weitere zwölf Unionsrepubliken in der kurzen Zeit zwischen dem Augustputsch 1991 und Mitte Dezember des gleichen Jahres. Kasachstan war die letzte der ehemaligen Unionsrepubliken, die förmlich die Zugehörigkeit zur UdSSR aufkündigte. Lediglich Russland deklarierte nicht seine Unabhängigkeit, es beanspruchte vielmehr die Rechtsnachfolge der Sowjetunion, deren Ende spätestens seit dem Augustputsch erkennbar war.

Der Kongress der Volksdeputierten der RSFSR hatte allerdings im Jahr zuvor - und zwar früher als zahlreiche andere Unionsrepubliken -, am 12. Juni 1990, eine Souveränitätserklärung verabschiedet, in der sich auch die Russische

---

<sup>8</sup> H.-J. Uibopuu, Die Verfassungs- und Rechtsentwicklung der baltischen Staaten 1988-1990, Berichte des BIOst, 61 - 1990, S. 7-9.

<sup>9</sup> A. Sheehy, Fact sheet on declarations of sovereignty, in: Report on the USSR, 9. November 1990, S. 23.



Föderation "das Recht zum freien Austritt aus der UdSSR" vorbehielt.<sup>10</sup> Dieses Verhalten der RSFSR machte schon im Sommer 1990 deutlich, dass eine Wiederherstellung des imperialen Vielvölkerstaats unwahrscheinlich war. In Russland wuchsen jene politischen Kräfte, die das Imperium abstossen wollten und statt dessen die Zukunft in einer losen Verbindung selbständiger Republiken sahen.

Die Desintegration der Union setzte sich innerhalb mancher Republiken - so in Georgien und der Moldau, vor allem aber innerhalb der Russischen Föderation - fort, ohne allerdings hier die gleiche Intensität und Konsequenz zu erreichen. Immerhin hatten innerhalb der RSFSR bis Oktober 1990 10 von 16 autonomen Republiken, 2 von 5 autonomen Gebieten und 4 von 10 autonomen Kreisen ihre Souveränität erklärt. Dabei beschlossen die autonomen Territorien in der Regel, auch in Zukunft Teil der Russischen Föderation zu bleiben. Das galt allerdings nicht für die Tatarische Republik, wo sich separatistische nationale Kräfte formierten. Auch in Tschetschenien im Nordkaukasus entstand 1991 eine starke politische Bewegung, die die Loslösung von Russland auf ihre Fahnen schrieb.

### **Desintegration von Roter Armee und KPdSU - neue Strukturen**

Zu den stärksten Klammern des Imperiums gehörte die *Sowjetarmee*, in der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs alle nationalen Truppenteile aufgelöst worden waren und die eine Schule des "Internationalismus" sein sollte. Auch hier zeigten sich besonders seit 1989 Auflösungserscheinungen, die bald Massencharakter annahmen. Sie waren besonders sichtbar in der zunehmenden Weigerung Wehrpflichtiger, in die Kasernen einzurücken. Die örtlichen Behörden in den baltischen Staaten, in der Moldau, der Ukraine, in Armenien und Georgien führten de facto die Bestimmungen über die allgemeine Wehrpflicht nicht mehr durch und beriefen sich dabei auf entsprechende Beschlüsse ihrer Obersten Sowjets, die die Wehrpflicht in der Sowjetarmee in der bisherigen Form suspendiert hatten. Teilweise wurde ein ziviler Ersatzdienst eingeführt, aber es wurde auch mit der Aufstellung eigener, aus Freiwilligen gebildeten Bürgerwehren begonnen. Der Oberste Sowjet der Ukraine legte in der Souveränitätserklärung fest, dass Wehrpflichtige aus der Ukraine in der Regel nur dort Dienst tun. Das georgische Parlament schuf im Dezember 1990 und Januar 1991 die gesetzlichen Grundlagen für die Aufstellung einer Nationalgarde, für welche die Wehrpflicht besteht.

Bei den Einberufungen zur Sowjetarmee im Herbst 1990 stellten sich in Armenien nur 28,1% der Wehrpflichtigen, in Georgien 10%, in der Moldau 58,9%, in Lettland 25,3%, in Litauen 12,5% und in Estland 24,5%. Aber auch in Russland entzogen sich viele Tausende von jungen Männern der Wehrpflicht.<sup>11</sup> Vor diesem Hintergrund grenzten die Versuche mancher Militärs und russischer Politiker, sogar nach dem Ende der Sowjetunion noch an einer

---

<sup>10</sup> Sovetskaja Rossija, 14. Juni 1990.

<sup>11</sup> Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 10. Jan. 1991.

gemeinsamen Armee festzuhalten, an Donquichotterie.

Die Nationalbewegungen waren in der Lage, in erstaunlich kurzer Zeit die Grundlagen für *neue politische Strukturen* zu schaffen. Auch hier wiesen die baltischen Republiken den Weg und waren in zeitlicher Hinsicht den anderen voraus. Die wichtigste Institution im Rahmen dieser neuen politischen Strukturen waren die Volksfronten, die 1988 zunächst im Baltikum entstanden und dann in vielen Republiken Nachahmung fanden. Im Oktober 1988 traten die Gründungskongresse der Volksfronten in Wilna, Riga und Tallinn zusammen. Im Juni 1989 folgte der Gründungskongress der weissrussischen Volksfront, und im September 1989 wurde im ukrainischen Kiew "Ruch" (Bewegung) geschaffen. In Armenien hiess die entsprechende Institution "Armenische Allnationale Bewegung", in Usbekistan "Birlik" (Einheit). In den islamischen Republiken blieben die volksfrontähnlichen Organisationen allerdings schwach; sie gerieten hier zwischen die Fronten der vergleichsweise widerstandsfähigen kommunistischen Nomenklatura auf der einen und entstehender fundamentalistischer Gruppierungen auf der anderen Seite. Die Volksfronten waren Sammlungsbewegungen, die einem weiten Spektrum politischer Gruppen von Reformkommunisten über liberale Demokraten bis hin zu extremen Nationalisten ein Dach für politische Arbeit boten. Die Volksfronten wurden durch den gemeinsamen Bezug auf die Nation und die Entschlossenheit, das bisherige politische und wirtschaftliche System abzulösen, zusammengehalten. Seit 1989 entstanden aber - teils innerhalb der Volksfronten, teils neben ihnen - auch neue politische Parteien. Die Differenzierung des politischen Spektrums in Parteien und die bald abnehmende Bedeutung der Volksfronten als einheitliche oppositionelle Bewegung waren nicht zuletzt die Folge davon, dass die gemeinsamen Gegner - die KPdSU und das Zentrum - besiegt worden waren. Nur in Russland gelang es trotz zahlreicher Versuche nicht, eine republikswide Volksfrontbewegung aufzubauen. Statt dessen entstanden hier zahlreiche lokale, miteinander rivalisierende Volksfronten und vergleichbare Organisationen. Dies ist kein Zufall und kann nicht etwa der Unfähigkeit einzelner Aktivisten angelastet werden. In Russland fehlte die nationale Idee als das entscheidende einigende Band. Denn während überall sonst die politischen Kräfte durch die nationale Idee zusammengeführt wurden, trennte diese nationale Idee die politischen Kräfte in Russland. Die einen verstanden unter nationaler Idee das Festhalten am Imperium, die anderen aber im Gegenteil das Abstossen des Imperiums als eine Belastung für die russische Nation.

Ausserhalb und von Anfang an gegen die Volksfronten organisierten sich in den baltischen Republiken und in der Moldau "Interfronten" oder "Interbewegungen". Hier schloss sich ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung mit den reaktionären Vertretern der sowjetischen Apparate zu einem Abwehrbündnis zur Erhaltung der UdSSR, der Einparteienherrschaft und vor allem der sprachlich-kulturellen Privilegien für die russischsprachigen Minderheiten in den Unionsrepubliken zusammen.

Erstaunlich war die *mangelnde Widerstandsfähigkeit der KPdSU* und der Sowjetorgane gegenüber den nationalen Bewegungen. In Armenien gingen sie de facto schon im Februar 1988 auf die Seite der armenischen Nationalbe-

wegung über. Ähnliches wiederholte sich, wenn auch in allmählicherer Form, 1988 und 1989 in den drei baltischen Republiken. Nicht nur viele Mitglieder der kommunistischen Partei, sondern auch zahlreiche Funktionäre arbeiteten aktiv in den Volksfronten mit. Es bedurfte offenbar nur geringer Anstösse, um die bisher zur Schau getragene Loyalität gegenüber dem sowjetischen Zentralstaat in Gegnerschaft umschlagen zu lassen. Im Dezember 1989 spaltete sich die KP in Litauen in einen grossen, national und reformerisch orientierten Flügel unter dem populären Führer Brazauskas - dieser Flügel trat aus der KPdSU aus - und eine kleine moskautreue KP "auf der Plattform der KPdSU". Im März 1990 kam es zu einer ähnlichen Spaltung der KP in Estland und im April in Lettland.

Anfang 1990 war die Volksfront Aserbaidshans drauf und dran, in Baku die Macht zu übernehmen. Dies wurde durch den Einmarsch sowjetischer Streitkräfte am 20. Januar 1990 in die aserbaidshanische Kapitale Baku verhindert; sie setzten den Parteiapparat der KP wieder in die Macht ein. Die offizielle Rechtfertigung für den Einmarsch, weitere Armenierpogrome in Aserbaidshan zu verhindern, war vorgeschoben.<sup>12</sup>

In anderen Unionsrepubliken leisteten die kommunistischen Parteiorgane dagegen anfangs hinhaltenden Widerstand gegen die nationale Bewegung, ehe sie auch hier auf den fahrenden Zug aufsprangen in der Hoffnung, so von der Geschichte nicht überrollt zu werden. Die weissrussische Volksfront musste ihren Gründungskongress im Juni 1989 in der litauischen Hauptstadt Wilna abhalten, weil die weissrussischen Behörden die Organisation der Veranstaltung in Minsk unmöglich gemacht hatten. Der nachmalige erste Präsident der unabhängigen Ukraine (seit dem 1. Dezember 1991) Leonid Krawtschuk war noch 1989 als Parteisekretär für Ideologie in der Parteiführung in Kiew einer der eifrigsten Gegner der entstehenden Nationalbewegung, bevor er 1990 weithin auf die Linie von "Ruch" einschwenkte.

Die kommunistischen Parteiführungen in den zentralasiatischen Republiken gaben erst nach dem gescheiterten Putsch im August 1991 auf. Allerdings wurde nur in Kirgisien die kommunistische Partei aufgelöst; in Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan wechselte sie ihren Namen, behielt aber die Macht fest in der Hand. Auch hier profilierten sich nun die Parteifunktionäre als Verfechter der Selbständigkeit ihrer Republiken, die ihnen die historische Entwicklung unerwartet angetragen hatte.

Während die Sowjetunion noch fortbestand, begann 1990 die Herausbildung *neuer horizontaler Strukturen* anstelle der vertikalen zwischen dem Zentrum und den Republiken, d.h. die Republiken suchten direkte Kontakte zueinander. Die allgegenwärtige Regelungskompetenz des Zentrums wurde damit unterlaufen, und die Zentralbehörden in Moskau in der Tendenz überflüssig gemacht. Die Unionsrepubliken anerkannten in quasi-völkerrechtlichen Verträgen gegenseitig ihre Souveränität und behandelten einander als Völkerrechtssubjekte. So schlossen beispielsweise die RSFSR und die Ukraine am 19. November 1990 als souveräne Staaten einen umfassenden Vertrag über

---

<sup>12</sup> Baku: eto dal'se? in: Moskovskie novosti, 28. Jan, 1990; Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 25. Jan. 1990.

politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit einschliesslich des Schutzes der russischen und ukrainischen Volkszugehörigen in der jeweils anderen Republik. Nach dem blutigen Sonntag von Riga am 20. Januar 1991 vereinbarten die RSFSR und Lettland die Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen zueinander. Die meisten bi- und multilateralen Verträge der Republiken und unteren territorialen Einheiten miteinander waren auf die Fortsetzung und Sicherung der engen wirtschaftlichen Verflechtung gerichtet. Auch wenn manches an diesen Verträgen wegen der kollabierenden wirtschaftlichen Situation Absichtserklärung blieb, so zeigen sich doch auch hier der Wille und die Fähigkeit, Selbstbestimmung zu praktizieren.

Darüber hinaus kam es zu Ansätzen regionaler Zusammenarbeit über mehrere Republiken hinweg. Im Mai 1990 lebte der Baltische Rat wieder auf, eine Institution zur Koordinierung der Politik der baltischen Staaten, die von 1934 bis 1940 bestanden hatte. Regelmässige Treffen der Spitzenpolitiker der drei Staaten sollten vor allem die Aussen- und Wirtschaftspolitik miteinander abstimmen. Nach dem Ende des gemeinsamen Gegners UdSSR und wegen der sich weiter verschlechternden wirtschaftlichen Gesamtlage erwies sich allerdings die Koordinierung der Wirtschaftspolitik als ausserordentlich schwierig, und die nationalen Egoismen und Ängste drängten sich in den Vordergrund.

Auch unter den asiatischen Republiken gab es Ansätze für eine Zusammenarbeit. So trafen sich im Juni 1990 erstmals in Alma-Ata die Spitzenpolitiker der fünf zentralasiatischen Republiken, um über die Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftsregion zu beraten.

Neben die grosse Zahl der zwei- und mehrseitigen Verträge der Unionsrepubliken untereinander traten seit 1990 erste Schritte der Einzelrepubliken in Richtung auf eine *eigenständige auswärtige Politik* gegenüber Staaten ausserhalb der Sowjetunion. Die baltischen Staaten eröffneten im Dezember 1990 Informationsbüros in Kopenhagen. Dagegen wurden ihre Aussenminister noch in brüskierender Weise von der Teilnahme an der Gipfelkonferenz der KSZE in Paris im November 1990 ausgeschlossen. Die europäischen Unionsrepubliken knüpften erste selbständige Kontakte zu Polen, der CSFR und Ungarn mit dem Ziel der Aufnahme förmlicher diplomatischer Beziehungen. So unterzeichnete der polnische Aussenminister Skubiszewski bei seinem Besuch in Kiew und Moskau im Oktober 1990 Verträge mit der Ukraine und der RSFSR, in denen die gegenseitige Anerkennung der Souveränität und der bestehenden Grenzen, Minderheitenschutz, wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorgesehen waren.

### **Gefährdungen und Chancen der Zukunft**

Die Nationalbewegungen haben in erstaunlich kurzer Zeit und insgesamt ohne Gewaltanwendung und Blutvergiessen das Ende des kommunistischen Zentralstaates herbeigeführt.

Werden sie aber in der Lage sein, nach der erfolgreichen Demontage der Vergangenheit auch eine erfolgreiche Zukunft aufzubauen? Werden die

Nationalbewegungen die Demokratie festigen können, oder werden sie im Gegenteil den Weg ebnen für Ethnokratie, Unterdrückung nationaler Minderheiten und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Nachfolgestaaten der Ex-Sowjetunion? Könnte es sein, dass die neuen Staaten, kaum haben sie die Fesseln des kommunistischen Totalitarismus abgeschüttelt, in nationalistische Diktaturen abgleiten?

Die jüngsten Entwicklungen in den südlichen Staaten geben zu pessimistischen Prognosen Anlass. In Georgien entpuppte sich der demokratisch gewählte Präsident Gamsachurdia sehr rasch als ein nationalgeorgischer Diktator, der jene Unterdrückungsinstrumente, unter denen er selbst lange Jahre gelitten hatte, nun gegen seine politischen Gegner anwandte. Er wurde mit militärischer Gewalt aus Tiflis vertrieben. Ob das Anti-Gamsachurdia-Bündnis aus Monarchisten, gemässigten Nationalisten und bewaffneter Nationalgarde - seit Mitte März 1992 mit dem ehemaligen sowjetischen Aussenminister Schewardnadse an der Spitze - in der Lage sein wird, Georgien auf den Weg der Demokratie zu führen, bleibt abzuwarten.

In der Republik Moldau stehen separatistische russische Kräfte links des Dnjestr und Moldauer, die die territoriale Einheit der Republik verteidigen, einander mit der Kalaschnikow in der Hand gegenüber.

Vor allem aber schlug der seit 1989 um Nagorny-Karabach geführte Kleinkrieg zwischen Armeniern und Aserbaidshanern in einen Krieg unter Einsatz schwerer konventioneller Waffen auf beiden Seiten um, in dem seit Beginn des Jahres 1992 Hunderte von Toten zu beklagen sind. Eine politische Lösung scheint vorerst in weiter Ferne, zu weit liegen die Positionen beider Seiten auseinander, obwohl Armenien auf die ursprüngliche Forderung nach Anschluss von Berg-Karabach verzichtet hat.

Sieht man einmal von den ökonomischen Schwierigkeiten ab, so sind es im politischen Raum vor allem drei dornige Problemkreise, die die Staatsbildung erschweren und die Stabilisierung der Demokratie gefährden: die Frage der Staatsbürgerschaft, der nationalen Minderheiten und der Grenzen. Die Staatsbürgerschaftsgesetze in Estland und Lettland verlangen von allen, die nach dem Zweiten Weltkrieg zugezogen sind, eine spezielle Einbürgerung, wenn sie Staatsbürger werden wollen. Dabei werden Sprachkenntnisse, eine Loyalitätsverpflichtung und eine bestimmte Mindestwohndauer auf dem Territorium des Staates verlangt (in Estland 2 Jahre, in Lettland nach dem Entwurf des noch nicht verabschiedeten Staatsbürgerschaftsgesetzes 15 Jahre). Diese an sich durchaus internationaler Praxis entsprechenden Konditionen werden dennoch von jenen Russen, die seit Jahrzehnten in Estland oder Lettland leben, als Diskriminierung empfunden und bieten nationalrussischen Ressentiments in Russland einen guten Hebel.

Von grösserer und genereller Bedeutung ist überall das Problem der nationalen Minderheiten, weil es bestehenbleiben wird, während die Probleme von Staatsbürgerschaft und Einbürgerung voraussichtlich in einigen Jahren gelöst werden können. Auch hier handelt es sich in vielen Fällen - wenn auch keineswegs ausschliesslich - um die Russen ausserhalb Russlands. Breite Schichten der russischen Gesellschaft und der russischen Intelligenz haben den

Verlust des Imperiums keineswegs verkraftet und suchen in der Fürsorge, Anteilnahme und in der stellvertretenden Wahrnehmung der Interessen der "Auslandrussen" Ersatz für das verlorene Imperium. Von dem wachsenden russischen Revisionismus geht eine erhebliche Gefahr für die Stabilität aus.

In vielen Republiken - einschliesslich der Russischen Föderation - sind Status, Autonomie und Selbstbestimmung der nationalen Minderheiten nicht geklärt und gesichert. Minderheitenschutzgesetze gibt es bisher in den baltischen Staaten und in der Ukraine. Sie entsprechen internationalem Standard. Auch die derzeitige kasachische Führung bemüht sich intensiv um die Integration der Russen und die Beruhigung kasachischer Nationalchauvinisten. Im Kaukasus und in der Republik Moldau findet dagegen nationale Segregation statt; Hunderttausende von Flüchtlingen sind die traurige Bilanz.

Die grössten Gefahren gehen von der Infragestellung der Grenzen aus. Viele Grenzen zwischen den neuen Staaten sind zufällig, historisch ungerechtfertigt und umstritten; dennoch sind sie - jedenfalls derzeit - nicht verrückbar, weil es keine Übereinstimmung der betroffenen Seiten darüber gibt, was gerecht ist. Nirgendwo in Osteuropa ist es in der postkommunistischen Periode bisher gelungen, in Verhandlungen und unter Zustimmung aller betroffenen Seiten Grenzen zu verschieben. Dagegen haben in allen Fällen die Versuche zur einseitigen Grenzrevision zu Kriegen oder kriegsähnlichen Zuständen geführt: im ehemaligen Jugoslawien, im Karabach (zwischen Aserbaidschan und Armenien) und in der Moldau. Auch für die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland lauern die grössten Gefahren hinter Forderungen nach Grenzrevisionen.

Vorerst scheint es nur einen Ausweg zu geben: umstrittene und ungerechte Grenzen zu akzeptieren, weil sie das kleinere Übel sind. Allerdings erscheint fraglich, ob sich genügend gemässigte politische Kräfte finden, um diese Position des Status quo durchzusetzen in einer politischen Gesamtlage, die gerade durch die Aufhebung des Status quo in fast allen Bereichen gekennzeichnet ist.

Die Situation auf dem Territorium der Ex-Sowjetunion wird voraussichtlich noch über längere Zeit durch Instabilität gekennzeichnet sein. Auch der Ausbruch von Gewalt ist zumindest in den südlichen Regionen durchaus möglich. Dennoch erscheint ein Weg zurück zu einer kommunistischen Diktatur kaum denkbar. Mehr noch, es bestehen gute Chancen, dass den baltischen und den slawischen Staaten der gewaltfreie Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie und zu einer Marktwirtschaft gelingt, dass sie nicht in eine nationalistische Diktatur hineingleiten und dass sie den Anschluss an die europäische Neuzeit finden.

**Dr. Andreas Oplatka**

## **Konflikte in Ost- und Mitteleuropa**

Gestatten Sie mir, meine Ausführungen damit zu beginnen, dass ich mein wahrhaftig breit gespanntes Thema etwas eingrenze; dies aus mehreren Gründen. Sie haben, erstens, in dieser Reihe bereits einen Vortrag gehört über die Sowjetunion und werden einen über Jugoslawien hören. Es wäre wenig sinnvoll, sollte ich hier von kompetenter Seite bereits Gesagtes wiederholen oder Künftiges vorwegnehmen. Zweitens aber verhält es sich so, dass in dem mir zugeteilten Thema - Konfliktherde in Osteuropa - gegenwärtig leider nur allzu vieles Platz hätte. Dutzende von Spannungsgebieten müssten hier beleuchtet werden, wollte ich erschöpfend referieren, und dazu reicht weder die Zeit, noch reichen - freimütig sei es gestanden - meine Kenntnisse. Dies wiederum hat auch damit zu tun, dass unser Europa- oder eben Osteuropabegriff in den vergangenen Monaten auf eine sonderbare und politisch nicht ganz mühelos nachvollziehbare Weise erweitert worden ist. Ich meine damit das Faktum, dass die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit einer erstaunlichen Schnelligkeit alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion aufgenommen und damit auch vorder- und zentralasiatischen Ländern wie Aserbaidshan oder Kirgisien die Stellung europäischer Staaten verliehen hat. Das widerspricht zwar dem, was wir über den Alten Kontinent und seine Grenzen in der Primarschule gelernt haben, und man kann auch die politische Weisheit dieses Beschlusses in Zweifel ziehen, die Frage soll uns hier aber nicht beschäftigen. Gesagt sei eben lediglich, dass ich persönlich mit diesem Osteuropabegriff nicht Schritt halten und beispielsweise über Konfliktgefahren in Tadschikistan nicht referieren kann. Ich bitte Sie daher, von mir keine Aufzählung, keine Vollständigkeit zu erwarten.

Was ich bei diesem Stand der Dinge unternehmen kann, das ist ein Versuch, aus der Not eine Tugend zu machen und Ihnen einen Überblick zu bieten sowie Beispiele möglicher oder bereits bestehender Konflikte zu zeigen. Gestatten Sie mir, als Vorbehalt hinzuzufügen, dass ich wohl von typischen, charakteristischen Fällen spreche, nicht aber von Modellen - ich liebe dieses, der technischen Sphäre entnommene Wort nicht, da es die mechanische Übertragbarkeit von Verhältnissen von einem Land auf das andere, von einer Region auf die andere suggeriert. Demgegenüber bin ich der Überzeugung, dass bei aller Ähnlichkeit gewisser Situationen und Interessengegensätze die örtlichen, historischen und gegenwartsbezogenen wirtschaftlich-politischen Bedingungen stets für sich geprüft werden müssen. Einfacher und etwas weniger hochtrabend gesagt: Die Eigengesetzlichkeit eines jeden Landes ist zu beachten.

Womit ich am Ende meiner etwas langatmig geratenen Einführung wäre - höchste Zeit, zur Sache selbst zu kommen. Definieren wir grob nur noch soviel, dass wir unter Osteuropa die bis vor kurzem kommunistisch beherrschten Länder verstehen, auch wenn die Leute in Böhmen, aber auch in Polen und Ungarn es mit Recht vorziehen, Mittel- oder allenfalls Ostmitteleuropäer zu heissen. Darüber später noch ein Wort.

Ich sehe in diesem Bereich im wesentlichen zwei Möglichkeiten, zwei Gefahren, die zu Konflikten führen: erstens das Scheitern des Versuches, eine funktionierende Marktwirtschaft ins Leben zu rufen, und - zweitens - die Existenz unvereinbarter Grenzen oder (was in manchem, aber nicht in jedem Fall gleich viel bedeutet) das ungelöste Problem nationaler Minderheiten. Die beiden potentiellen Krisengründe schliessen sich im übrigen keineswegs aus, im Gegenteil: Armut und sozialer Niedergang der Massen geben, wie in diesem Jahrhundert etwa in Deutschland bewiesen worden ist, für nationale Spannungen und nationale Verletzbarkeit den fruchtbarsten Nährboden ab.

Betrachten wir also den ersten Punkt, den Versuch, in den ehemals kommunistisch beherrschten Ländern demokratische Institutionen und eine marktwirtschaftliche Ordnung aufzubauen. Die gewöhnliche Einteilung, die man bei der Prüfung der Region vorzunehmen pflegt, ergibt heute das folgende Bild: zu einer ersten Ländergruppe gehören Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn, die man als "Reformstaaten" bezeichnet - an sich ein falsches Wort, geht es doch nicht darum, das früher praktizierte System zu reformieren, sondern es vielmehr gegen ein neues auszutauschen. Nicht Systemreform, sondern Systemänderung ist das Ziel. Die drei in vorderster Reihe stehenden Staaten verdienen diese Position dadurch, dass in Warschau, Prag und Budapest die politischen Änderungen bereits vollzogen, Mehrparteiendemokratien eingerichtet und alle jene Menschen- und Bürgerrechte garantiert sind, durch welche sich westliche Rechtsstaaten charakterisieren. Es ist dann auch kein Zufall, dass diese drei ehemaligen Oststaaten bisher die einzigen sind, die als Vollmitglieder bereits dem Europarat angehören. Selbst in diesen Ländern aber, welche die politische Umstellung schon vor zwei Jahren haben beginnen dürfen, ist die wirtschaftliche Umwandlung zur Zeit erst noch in ihren Anfängen - so bedeutend (Privatisierung, Umstellung bei den Exportmärkten, Stabilisierung der Währung) einzelne Ergebnisse auch sein mögen. Die Lebens- und Erneuerungsfähigkeit des kommunistischen Systems und in erster Linie der Wirtschaft ist selbst von Kennern der Materie im Westen lange weit überschätzt worden. Daher die Überraschung beim jähen Zusammenbruch des Ostblocks. Daher aber auch heute die Schwierigkeiten beim Aufbau der neuen Wirtschaftsordnung - Probleme, die schwerer zu meistern sind, als dies selbst die Beteiligten, die ersten frei gewählten Regierungen, erwartet haben. Die wirtschaftliche Konkursmasse des Kommunismus ist grösser, als man sich das vorgestellt hatte. Dies ist denn auch, nebenbei gesagt, die Erklärung dafür, warum die Machthaber in den Einparteistaaten von der Bühne zumeist freiwillig und ohne Blutvergiessen abgetreten sind. Sie hätten selber erkannt, dass unter dem politischen System der wirtschaftliche Boden nicht mehr tragfähig war, dass er jeden Augenblick einzubrechen drohte.

Sie wissen alle, dass die Umstellung auf Marktwirtschaft heute selbst in Ländern wie Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei infolge des dringend nötigen Abbaus defizitärer staatlicher Grossunternehmen nun steil steigende Arbeitslosenzahlen produziert und dass die ebenfalls unumgängliche Rückkehr zu wirklichen, das heisst nicht subventionierten Preisen eine Welle der Teuerung auslöst. Zugemutet werden muss das aber einer Bevölkerung, die bisher negative Phänomene solcher Art nicht gekannt hat. Natürlich wirkte die



kommunistische Wirtschaft keine Wunder: es gab eine versteckte Arbeitslosigkeit, und die Finanzierung des Lebensniveaus erfolgte, zumal in den letzten zwanzig Jahren, mehrheitlich aus Anleihen aus dem Westen - daher die allgemein hohe Verschuldung dieser Länder, mit welchem Erbe jetzt wieder die ersten demokratisch gewählten Regierungen fertig werden müssen. Die Schulden bedienen können sie aber nur, indem sie der Bevölkerung weitere Opfer auferlegen.

Dass eine so geartete Situation durch die Gefahr wachsender sozialer Spannungen gekennzeichnet ist, bedarf keiner weitläufigen Erklärungen. Sie treten zum Vorschein selbst in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, in Ländern, die auf dem Weg der Umgestaltung schon ein gutes Stück vorangekommen sind und deren Bevölkerung in ihrer Mentalität Westeuropa am nächsten steht und damit auf Erfolg am ehesten hoffen kann. In Kroatien und Slowenien, die einen Bürgerkrieg gerade hinter sich haben und den Neuaufbruch erst jetzt beginnen, in Bulgarien, das seine kommunistischen Herren erst im Herbst 1991 endgültig von der Spitze verdrängt hat, und in Rumänien, wo nach wie vor eine reformkommunistische Machtelite die Geschicke des Landes bestimmt, besteht auf raschen Durchbruch weniger Hoffnung als in den drei erstgenannten Staaten. Ähnliches, in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen, gilt für die baltischen Länder, die noch geraume Zeit brauchen werden, um sich aus der langjährigen Integration im früheren sowjetischen Staatsverband zu lösen, das heißt neue Absatzmärkte und neue Quellen für Rohstoffe und Energieträger zu finden.

Erst recht aber hat das Gesagte Gültigkeit für die übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in denen - aus historischen Ursachen - gesellschaftliche Bedingungen fehlen, die zur Schaffung einer in demokratischem Umfeld funktionierenden Marktwirtschaft notwendig sind. Das ist, wohlverstanden, keine Aussage, die einen abschätzigen Klang haben will. Die Geschichte hat den ostslawischen Völkern ein anderes Los zugeteilt als dem westlichen Teil des Kontinents, sie hat sie nicht besser und nicht schlechter, sondern anders geformt. Tatsache aber ist, dass es dort weder ein unternehmerisch veranlagtes Bürgertum noch eine selbstbewusste Arbeiterschaft gibt. Oder wenn man es politisch bezeichnen will: es fehlen die liberale und die sozialdemokratische Komponente, diese beiden im 19. Jahrhundert allmählich stark gewordenen Kinder der europäischen Aufklärung. Dass Russland heute das in kürzester Zeit hervorzubringen vermag, was es in zwei Jahrhunderten nicht hat produzieren können, ist zumindest sehr unwahrscheinlich. Kurven auf dem Weg der geschichtlichen Entwicklung lassen sich nicht einfach abschneiden.

Es bliebe die Möglichkeit, und sie ist in der Tat eine Überlegung wert, dass wirtschaftlicher Erfolg vielleicht von demokratischen Bedingungen gar nicht abhängig ist. Das Beispiel von fernöstlichen Ländern wird da oft zitiert, ihr ökonomisches Aufblühen unter Bedingungen einer mehr oder weniger autoritären Herrschaft. Warum sollte Ähnliches für Russland und die Ukraine, die zentralasiatischen und kaukasischen Republiken nicht ebenso gelten?

Hier nun wäre manches zu sagen über den wirtschaftlichen Zustand, in dem sich die Länder der ehemaligen Sowjetunion befinden, über die Investitionsbe-

dürftigkeit der vernachlässigten zivilen Industrieanlagen, über die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit der Konvertierung der Rüstungsbetriebe, die hoffnungslos schlechte Organisation der Landwirtschaft und die Überalterung des russischen Dorfes, vor allem aber über die mangelnde Leistungsfähigkeit des Transportsystems und generell der Infrastruktur. Die Zeit reicht hier nicht zu Einzelheiten. Verwiesen sei aber über diese allgemeinen Feststellungen hinaus auf zweierlei, was Russland von fernöstlichen Gegebenheiten grundlegend unterscheidet. In beiden Fällen handelt es sich um Fragen der Mentalität, um historisch Gewachsenes also, das sich somit nicht mit mechanischen Mitteln und nicht von einem Tag auf den anderen ändern lässt.

Gemeint ist zum einen, dass in Russland eine Fähigkeit und Bereitschaft des Einzelnen fehlt, sich nach fernöstlichem Vorbild als gehorsamer, dem Gesamtvorgang ergebener Teil in einen Arbeitsprozess einzufügen. Für dergleichen ist dort zuviel Individualismus, auch zuviel rebellischer Sinn vorhanden - Eigenschaften, denen wir Sympathien gewiss nicht versagen werden, selbst wenn sie auch die Neigung zu Unordnung, ja sogar zu Anarchie in sich tragen. Dem zweiten Charakterzug Sympathien entgegenzubringen wird uns Westeuropäern aus naheliegenden Gründen weniger leicht fallen. Unsere westliche Art, rastlos tätig zu sein, zu investieren, Gewinne zu erzielen und Handel zu treiben, die Zeit als ein materielles Gut zu betrachten und einzusetzen, ist russischem Gesetz fremd und auch zuwider. Und zutiefst verhasst ist in Russland vor allem der historische Erfolg der auf solcher Handlungsweise beruhenden westlichen Zivilisation, sie wird als eine Herausforderung und sogar Negierung anders gearteter russischer Werte empfunden. In die Alltagssprache der Wirtschaft übersetzt bedeutet das soviel, dass jeder westliche Investor es in Russland schwer haben wird, seine Ideen durchzusetzen, gegen Misstrauen und Missgunst aufzukommen, kurz, dass er für seine Tätigkeit ein ungünstiges Umfeld vorfinden wird.

Nun habe ich nicht vergessen, dass mein Thema "Konflikte" heisst. Was ich hier mit sehr groben Zügen darzulegen versuche, ist eine Grundlage, auf welcher Konflikte heranreifen könnten. Die Menschen in dem gestern noch kommunistisch beherrschten Raum sind Jahrzehnte lang mit Versprechen gefüttert worden, mit uneingelösten Versprechen. Der Zusammenbruch des Einparteistaates ging aber erneut mit einer Illusion einher, mit der Erwartung nämlich, dass nun in kurzer Zeit alle Segnungen der - in ihrer Leistungsfähigkeit über- und in ihrer Arbeitsforderung unterschätzten - westlichen Welt auch über Osteuropa hereinbrechen würden. Die Enttäuschung angesichts der Mühen und Härten des Übergangs ist in all diesen Ländern bereits beträchtlich, und wir haben realistisch festzuhalten, dass die Aussicht auf Erfolg, zumal auf einen Erfolg in nützlicher Frist, nicht überall gegeben ist. Sehr summarisch, aber nicht unzutreffend, lässt sich mit einem Wort des tschechoslowakischen Finanzministers Vaclav Klaus sagen, dass im Raum zwischen Böhmerwald und Wladiwostok Reformbereitschaft und damit Erfolgchancen abnehmen, je weiter man nach dem Osten fortschreitet.

Eine solche Entwicklung bedeutet aber soziale Unzufriedenheit, Verarmung, womöglich Verelendung, und sie schafft damit die idealen Manövriermassen für Demagogen aller Art, denen es nur um eines geht: um die Macht. Die

Motivierung kann dabei sehr verschiedenartig sein, am nächstliegenden ist aber die Anrufung nationaler Werte und Anliegen. Was die Länder der ehemaligen Sowjetunion angeht, darf ich hier auf die Ausführungen von Herrn Dr. Simon verweisen. Folgender Gedankengang mag eine Konfliktmöglichkeit beleuchten: Die Tatsache, dass sieben bis acht Millionen Russen auf ukrainischem Territorium verblieben sind, dürfte in Russland selber früher oder später zur nationalistisch vorgetragenen Forderung führen, diese "Brüder" heimzuholen. Überraschend wäre es im übrigen nicht, wenn ehemalige Kommunisten sich mit chauvinistischen Rechtsextremen zusammenfänden - Anzeichen für eine solche Allianz gibt es bereits jetzt. Ein russischer Präsident - ob er nun Jelzin heisst oder anders - kann in einer solchen Situation zweierlei unternehmen. Er kann der Forderung nachgeben, und dies bedeutet einen externen Konflikt mit der Ukraine. Oder er kann der Forderung wehren, und dann hat er einen internen Konflikt mit Widersachern in Russland selber zu bestehen.

Man hatte sich zu Lebzeiten der Sowjetunion an sich stets schon vorstellen können, dass dieses Imperium sich in fünfzehn selbständige Länder aufteilt. Schwieriger angesichts extremer sowjetischer Zentralisierung nahm sich der Gedanke daran aus, dass es auch fünfzehn selbständige Volkswirtschaften geben sollte. Man war sich aber vollends darüber im klaren, dass die Aufteilung der Sowjetarmee in fünfzehn Teile mit extremen Schwierigkeiten verbunden, ja praktisch unmöglich sein würde, handelt es sich doch bei ihr um ein zentrales, von Moskau beherrschtes Ordnungsinstrument. Die Konsequenzen dieses Tatbestands erleben wir heute, dazu gehört auch der Konflikt um die Krim und die Schwarzmeerflotte. Alles in allem sind dies aber Konflikte, die bereits Ausflüchte zu Nebenanliegen sind, Ausweich- und Ablenkungsmanöver. Sie verdecken die Sicht darauf, dass die dringendsten Aufgaben im Inneren dieser grossen ostslawischen Länder zur Zeit wirtschaftlicher und politischer Art sind; nämlich die Schaffung einer Grundlage, welche die erforderlichen Reformen trägt.

Sind bewaffnete Konflikte, Bürgerkrieg in der ehemaligen Sowjetunion unvermeidlich? Ist das, was sich etwa im Kaukasus und in der Moldau zuträgt, bloss ein Vorspiel zum grossen Drama? Muss das jugoslawische Beispiel in der früheren UdSSR Schule machen? Nicht unbedingt. Vielleicht darf man doch auch einige Hoffnungszeichen registrieren, die keineswegs selbstverständliche Tatsache etwa festhalten, dass der Zusammenbruch eines waffenstarrenden und ideologisch aggressiven Weltreichs - bisher - mit einem Minimum an Blutvergiessen erfolgt ist. Es gab Opfer in den Randgebieten, selbst im Baltikum, der Krieg im Kaukasus fordert leider täglich Menschenleben, die Wirren in der Moldau ebenso, doch hat man die Proportionen nicht aus dem Auge zu verlieren: beim Putsch im vergangenen August, als kommunistische Orthodoxie die Armee gegen die Bevölkerung marschieren liess, blieb es bei drei Toten. Man hat den Eindruck, die Last der in diesem Jahrhundert so schrecklichen Geschichte wiege in Russland und der Ukraine schwer; vielleicht darf man hoffen, dass im slawischen Osten alle Seiten der Gewaltanwendung müde sind, nur allzu gut wissend, wohin sie führt und was sie verursacht. Das Gewicht historischer Erfahrungen solcher Art könnte eine der Erklärungen sein für den glimpflichen Verlauf des Staatsstreichversuchs im Spätsommer 1991.

Doch woher der Ausbruch nationaler und nationalistischer Gefühle in Osteuropa zu einer Zeit, da im westlichen Teil des Kontinents Integration auf der Tagesordnung steht? Woher all dies nicht nur in der früheren UdSSR, sondern auch auf dem Balkan und selbst in Mitteleuropa? Woher die mörderischen Leidenschaften in Jugoslawien, woher der Konflikt um die ehemalige Sowjetmoldau und um das Dnjestr-Gebiet, und wie kommt es, dass selbst eine Föderation wie die Tschechoslowakei, die doch zwischen den Weltkriegen eine wohlfunktionierende Demokratie und ausserdem einer der führenden Industriestaaten der Welt war, heute angesichts des slowakischen Rufes nach Unabhängigkeit nicht mehr sicher sein kann, ihre Einheit zu bewahren? Und eine andere, ebenso gewichtige Frage, die man bei der Prüfung all dieser offenen oder potentiellen Konflikte zu stellen hat: Ist der Nationalismus tatsächlich die primäre Ursache von Gegensätzen, oder allenfalls nur eine ihrer Ursachen, womöglich gar nur ein Vorwand, hinter dem sich andere Motive und Interessen verstecken? Bedeutung kommt dieser Fragestellung in dem hier abgehandelten Zusammenhang insbesondere darum zu, weil ich ja einleitend gesagt habe, neben dem Schicksal der Wirtschaftsreformen seien es Grenz- und Minderheitenprobleme, die für heutige Konflikte die Verantwortung tragen oder an denen sich weitere Auseinandersetzungen entzünden könnten.

Man pflegt in Westeuropa heute bedauernd und auch mit einem Anflug zivilisatorischer Überlegenheit festzustellen, das postkommunistische Osteuropa sei im Begriffe, nach dem ihm auferlegten Schweigen jetzt in die für längst überwunden gehaltenen Zeiten eines intoleranten, gewalttätigen Nationalismus zurückzufallen. Nebenbei nur sei bemerkt, dass bei etwas Selbsterforschung zu Überheblichkeit wenig Anlass besteht, namentlich wenn man bedenkt, dass es westlicher, deutscher Nationalismus war, der vor fünfzig Jahren den Kontinent ins Unglück gestürzt und bewirkt hat, dass die hinter dem Eisernen Vorhang verbliebenen Völker den Versuch erst jetzt, mit vierzigjähriger Verspätung, unternehmen können, den Anschluss an die europäische Moderne zu finden. Die historischen Wurzeln osteuropäischer Andersartigkeit reichen aber in frühere Zeiten zurück. Ohne sie bis in die Anfänge freilegen zu wollen, sei hier - lediglich stichwortartig - folgendes festgehalten:

Bis ins späte 19. Jahrhundert und teils bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts bestanden in dem osteuropäischen Raum keine einheitlichen Nationalstaaten, aber in vielen Fällen noch nicht einmal grosse einheitliche sprachlich-nationale Kulturräume, sondern Vielvölkerimperien. Drei grosse multinationale Reiche lagen in der Region: das zaristische Russland, die österreichisch-ungarische Donaumonarchie und die den Balkan immer noch beherrschende Türkei. Die Existenz und dann der Zerfall dieser Imperien zeitigten zwei - einander widersprechende - Folgen. Zum einen die im 19. Jahrhundert im Zeichen der Romantik geprägte Sehnsucht der einzelnen Völker nach staatlicher Eigenständigkeit. Sie ging spät, teils nach dem Berliner Kongress, zum grössten Teil aber erst nach dem Ersten Weltkrieg, in Erfüllung. Zum anderen hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt in den einzelnen Reichen derart bunte Siedlungsverhältnisse ausgebildet, die Landkarte wies eine solche Völkervermischung auf, dass jede nationalstaatliche Grenzziehung gegenüber

dem einen oder anderen Volk Unrecht bedeuten und die Schaffung nationaler Minderheiten bedeuten musste. Da aber das Streben dieser jungen Staaten nach Selbstbehauptung, nach möglichst grossem territorialen Besitz und der Bildung einer einheitlichen Nation eine sehr schlechte Voraussetzung abgab für Toleranz und für die Respektierung der Minoritäten, da ausserdem westeuropäischer, namentlich französischer, Dilettantismus bei der Grenzziehung in dem Pariser Vorortefrieden nach dem Ersten Weltkrieg zur Verschlimmerung der Lage noch beitrug, konnte Osteuropa seither niemals als ein befriedetes Gebiet gelten. Es kannte vielmehr Unruhe, Spannungen zwischen Nachbarn, Irredentismus und gegen die Minderheiten gerichtete Assimilationsversuche. Alles in allem ist dem summarischen Urteil Golo Manns zuzustimmen, wonach es angesichts der osteuropäischen Strukturen ein Fehler war, dass die Völker in diesem Raum dem westlichen Vorbild nacheiferten und ihre Nationalstaaten schufen. Oder anders gesagt, und auch hier ist westeuropäische Verantwortung angesprochen: Zumindest im Falle von Österreich-Ungarn war es 1918 ein gewaltiger Irrtum der Westmächte, dass sie die Monarchie aufsplitterten, statt dass sie sie - mit oder ohne das Haus Habsburg - dazu zwangen, sich im föderalistischen Sinne zu modernisieren.

Zerstrittenheit und Rivalität im ostmitteleuropäischen Raum boten in den dreissiger und frühen vierziger Jahren Hitler ideale Möglichkeiten zur Einflussnahme in dieser Sphäre und zur Beherrschung ihrer Länder, und im Frühjahr 1945, als die von Nazideutschland ausgelöste Flutwelle aus dem Osten zurückrollte, wurde die Zone von der Sowjetmacht begraben. Internationalistische Ideologie, Bündnistreue der jeweiligen Machthaber, vor allem aber das sowjetische Interesse, im eigenen Vorhof Frieden zu wahren, machten es vier Jahrzehnte lang unmöglich, dass alte Gegensätze zum Vorschein kamen, geschweige denn, dass sie entschärft worden wären. Heute zeigt es sich nun, dass all die offenen Minderheiten- und Grenzfragen nur vertagt worden sind. Und ähnliches gilt für den ehemaligen sowjetischen Raum selber, wo die Grenzziehungen innerhalb der UdSSR oft willkürlich vorgenommen wurden und wo man Minderheitenprobleme herunterspielte, da man - vordergründig - an den einheitlichen Sowjetmenschen glauben wollte und - in Wirklichkeit - als Ziel die Russifizierung verfolgte.

Auf auffallende Weise geht nun der Zusammenbruch des Kommunismus auch mit dem Kollaps von föderalistischen Staatsgebilden einher: mit der Auflösung der Sowjetunion selber, mit der Zersplitterung Jugoslawiens durch den Bürgerkrieg, und selbst die friedliche Tschechoslowakei könnte sich demnächst in zwei Staaten trennen. In all diesen Fällen zeigt es sich, dass diese Länder - zumindest in den letzten Jahrzehnten - ihre Kohäsion insbesondere der kommunistischen Herrschaft verdanken, einer Art der Machtausübung, die definitionsmässig auf den Zentralismus gesetzt hat. Sobald diese durch Zwang einigende Staatsmacht verschwunden ist, kommt die Kraft der Verschiedenartigkeit zur Geltung, eine Divergenz, die historischer Natur ist. Es ist kein Zufall, dass die nordwestlichen Teilrepubliken Kroatien und Slowenien, die den jugoslawischen Staatsverband als erste verlassen haben, jene sind, die Jahrhunderte lang zum Habsburgerreich gehört hatten. Es ist ebensowenig Zufall, dass der Gedanke an eine ukrainische Selbständigkeit aus der

Westukraine, aus Lemberg, auf die übrigen Landesteile ausgestrahlt hat, aus dem alten österreichischen Galizien also. Und selbst die unausgetragene Gegensätzlichkeit in der Tschechoslowakei hat zu einem guten Teil damit zu tun, dass Böhmen und Mähren zu k.-u.-k. Zeiten zum österreichischen, die Slowakei aber zum ungarischen Teil der Monarchie gehört haben. In diesem Licht besehen, handelt es sich eben nicht nur um Nationalitätenkonflikte, sondern auch um den Zusammenstoß historisch verschiedenartig gewachsener politischer Auffassungen. Die Beharrlichkeit der heutigen serbischen Führung in Belgrad, die aus gestrigen Kommunisten besteht, ihre Abneigung gegen Ideen des Anschlusses an den Westen, wie sie in Zagreb und Ljubljana vertreten werden, spielen als Beweggrund in diesem neuesten Balkankrieg eine nicht unbeträchtliche Rolle. Gefochten wird nicht nur um Territorien und Minderheitenrechte, sondern auch um die Ost- oder Westorientierung als Haupttrichtung.

Ich habe zu Beginn gesagt, dass ich einige charakteristische Fälle von Grenz- und Minderheitenkonflikten erwähnen will. Lassen Sie mich das zum Schluss tun. Ein erstes Beispiel wäre die Frage der Zugehörigkeit der Sowjetmoldau. Dieses Gebiet ist zu zwei Dritteln von Rumänen bewohnt, grenzt an Rumänien, war historisch ein Teil des rumänischen Fürstentums Moldau und ist Rumänien 1940 von Moskau durch ein Ultimatum unter Gewaltandrohung weggenommen worden. Dies ist die eine Seite der Medaille. Die andere nimmt sich folgendermassen aus: Rumänien fordert das ganze Territorium Sowjetmoldawiens zurück, doch die Gebiete jenseits des Flusses Dnjestr haben nie zu Rumänien gehört, und dort besteht zu zwei Dritteln eine Mehrheit von Russen und Ukrainern, die sich gegen die Einverleibung in Rumänien wehren. Weder Moskau noch Kiew können die rumänische Territorialforderung gleichgültig hinnehmen, die beiden Länder haben aber auf der Halbinsel Krim selber einen Territorialstreit. Grenzänderungen in der Moldau wären ein Präzedenzfall. Hinzu kommt folgendes: Rumänien fordert von der Ukraine auch die ihm 1940 weggenommene Nordbukowina zurück, ferner die an die Ukraine geschlagenen süd moldauischen Territorien, in denen heute jedoch ethnisch kein rumänisches Übergewicht mehr besteht.

Ein zweites Beispiel wäre die Kosovo-Frage. Das von Serbien und Montenegro nun neugegründete Rest-Jugoslawien - zu deutsch: Südslawien - weist in der Nachbarschaft Albaniens gegen zwei Millionen Einwohner albanischer Nationalität auf, deren Vertreter ihrerseits erklärt haben, sie seien nicht bereit, in einem serbisch dominierten Rumpf-Jugoslawien zu leben. Ihre Forderung nach Gründung einer Teilrepublik war von Belgrad lange abgelehnt worden aus Angst, ein solcher Status wäre nur die Vorstufe des Abfalls und der Vereinigung mit dem albanischen Mutterland. Serbien erhebt aber Anspruch auf das Territorium, weil es im ausgehenden Mittelalter als serbisches Kernland gegolten hat, als eine Wiege der Nation, an die Baudenkmäler und historische Erinnerungen einen jeden Serben binden. Hinzu kommt noch etwas: sollten die Albaner Kosovos von Serbien abfallen dürfen, so wäre in der Tat nicht einzusehen, weshalb die 400'000 Ungarn, die im Norden in der Provinz Vojvodina auf der jugoslawischen Seite der Grenze leben und ebensowenig Slawen sind wie die Albaner, nicht wieder zu Ungarn gehören dürften.

Schliesslich die möglichen, beunruhigenden Folgen einer allfälligen slowakischen Selbständigkeit. Kein Zweifel, dass die Slowakei, sollte die Mehrheit ihrer Bewohner dies wünschen, auf die Gründung eines eigenen Staates ebenso Anrecht hat wie jede andere Nation. In der Südslowakei leben aber als Minderheit über 600'000 Ungarn, die heute die Erhaltung der Tschechoslowakei befürworten, da sie den slowakischen Nationalismus fürchten. Dass wegen dieser Minderheit zwischen Ungarn und einer selbständigen Slowakei alsbald ein Grenzkonflikt aufbrechen würde, ist leider wahrscheinlich. Ebenso wahrscheinlich ist aber auch, dass eine solche Entwicklung Konflikte zwischen Ungarn einerseits und Rumänien sowie Serbien andererseits nach sich zöge. Die Zahl der in Rumänien in Minderheitenstatus lebenden Ungarn beträgt rund zwei Millionen, und allfällige Bestrebungen Ungarns nach Grenzrevisionen gegenüber der Slowakei würden in Bukarest zweifellos die Angst schüren, Budapest wolle die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene Ordnung grundsätzlich in Frage stellen. Die Folgen für die Minderheiten selber könnten unabsehbar sein, schweren Schaden erleiden würde aber auch jede Art der neuen ostmitteleuropäischen Zusammenarbeit, die der Visegrader Drei (Ungarn, Polen, CSFR) ebenso wie die der Hexagonale.

Drängt sich ein Schluss auf am Ende all dieser - zugegebenermassen nicht sehr optimistischen - Ausführungen? Ich denke: ja. Und dieser Schluss, so scheint mir, geht den Westen etwas an, weil die Erhaltung des Friedens und der Stabilität in Osteuropa auch ein vorrangiges westliches Interesse ist. In aller Einfachheit: Wir haben zum einen zu bedenken, dass wirtschaftliche Erholung nationalistischen Leidenschaften den Boden entziehen kann. Und wir müssen uns andererseits mit dem Gedanken abfinden - auch wenn da westliche Abneigung wegen eigener Betroffenheit im Spiel ist -, dass manche neue Grenzziehung in Osteuropa unvermeidlich sein wird und dass sie besser unter westlichem Druck auf friedliche Weise vorgenommen wird als zu spät, nachdem Blut geflossen ist. Der Westen hat auf beiden Gebieten - bei der wirtschaftlichen Hilfe und bei der Lösung von Minderheitenproblemen - Einflussmöglichkeiten, die bisher nur in höchst bescheidenem Mass genutzt wurden.

**Werner G. Zimmermann**

## **Die Serben im jugoslawischen Kräftepiel**

Im gegenwärtigen jugoslawischen Drama spielen Serbien und die Serben die Rolle des Schurken im Stück - so jedenfalls scheint es, wenn wir dem Tenor der internationalen und europäischen Diplomatie, der Politik unserer Nachbarn im Norden und Osten und der täglichen Berichterstattung folgen. Von dieser allerdings erfahren wir nur gerade im groben, was geschieht. Wir stossen, wenn wir mehr wissen möchten, recht unvermittelt an die Grenze von Fragen, für die uns diese Berichterstattung keine oder jedenfalls keine befriedigenden Antworten gibt. Das hängt mit der durchaus unzureichenden Tiefenschärfe der Wahrnehmung zusammen, d.h. mit dem weitgehenden Ausfall der historischen Dimension in ihrer ganzen Ausdehnung vom Gestern bis zu jenen unter Umständen fernen Zeiten mit Geschehnissen und Vorgängen, von denen deutliche, zusammenhängende und gegenwartswirksame Linien bis in die Gegenwart führen. Dieser Mangel bedeutet, dass dieses Geschehen nicht oder nur unzureichend nach dem wahrgenommen wird, was es von innen her, d.h. im längerfristigen Vollzug aus seinen Voraussetzungen und für seine Träger, bedeutet und beinhaltet. Vorherrschend sind aber Betrachtungs- und Verhaltensweisen nach momentaner politischer Opportunität (wie sie etwa in der peinlichen Gleichschaltung der Aussenpolitik der neutralen Schweiz zum Ausdruck kommt), nach ideologischer Abneigung oder Zuneigung, nach humanitären Beweggründen, einem oberflächlich-schematischen Umgang mit Begriff und Phänomen der ethnischen Minderheit folgend und schliesslich dem Sog des Bedürfnisses nach Legitimation und Rechtfertigung entsprechend, das den vollzogenen, eingeleiteten und angekündigten Interventionen anhängt.

Nach dem Stichwort der Vorlesungsreihe, die uns zusammenführt, geht es um die Erhellung zeitgeschichtlicher Hintergründe aktueller Konflikte - um Ereignisse und Vorgänge der letzten fünfzig bis achtzig Jahre also, je nachdem wie wir die Epoche der Zeitgeschichte begrenzen. Dieser Ansatz kommt einem unmittelbaren Informationsbedürfnis ebenso entgegen wie der verständlichen, aber vagen Vorstellung, dass die Bedeutung der Vergangenheit für die Gegenwart etwa proportional zur zeitlichen Nähe zunehme. Es wird sich zeigen, dass der Vorteil dieses Ansatzes für unser Thema gerade umgekehrt darin besteht, uns auf jene tiefer liegenden historischen Schichten zu führen, in denen Anlage und Ursprung der gegenwärtigen Konflikte wurzeln.

Der lange Zeit mehr oder weniger verdeckte, nicht zum Anlass vertiefter Analysen wahrgenommene Konflikt unter den Völkern und Teilstaaten Jugoslawiens ist durch die Souveränitätserklärung erst Sloweniens, dann auch Kroatiens, und durch die anschliessende kriegerische Auseinandersetzung ein Gegenstand des allgemeinen Interesses und ein Traktandum der internationalen Politik geworden. Dabei haben völkerrechtliche Manipulationen (insbesondere die Internationalisierung bisheriger Binnengrenzen), humanitäre Reaktionen, europapolitische Erwägungen und abendländisch-katholisch-nachbarschaftliche Sympathien die beiden nördlichen Republiken begünstigt. Dagegen wirkte belastend für Serbien die Kontinuität der kommunistischen



Führung und die Kosovofrage.

### **Die Abspaltung von Slowenien und Kroatien**

Slowenien für sich allein genommen war und ist kein wirklich brisantes Problem. Es zählt zwei Millionen Einwohner, die eine vom Serbokroatischen klar unterschiedene Sprache sprechen. Es gibt weder historische nichtslowenische Minderheiten innerhalb, noch eine belastende slowenische Diaspora ausserhalb seiner Grenzen. Diese decken sich geradezu ideal mit denen des Ethnikums. Die Slowenen waren vor 1918 zwar politisch, nicht aber territorial organisiert. Erst der Zusammenbruch des Habsburgerreichs entband sie als jene kompakte Einheit, als die wir sie heute kennen. Als solche sind sie Bestandteil des 1918 gegründeten jugoslawischen Staats geworden. Die verschiedenen Veränderungen der Verwaltungseinheiten im Jugoslawien der Zwischenkriegszeit haben daran im Kern nichts geändert. Die klare ethnisch-territoriale Situation, das pragmatische, von historischen Traumata und fixen Ideen freie politische Denken der Slowenen und das geschichtlich nicht belastete Verhältnis sowohl zu den Kroaten wie zu den Serben haben den slowenischen Politikern eine bedeutsame Rolle und Slowenien ein besonderes Gewicht als ausgleichendem Faktor verliehen.

Mit dem Ausscheiden Sloweniens aus dem jugoslawischen Staatsverband geriet Kroatien als katholisch geprägter Teilstaat an den Rand eines föderativen Gebildes, in dem konfessionell die Orthodoxie - sowie schwergewichtig in Bosnien-Herzegowina und in Kosovo-Metochija der Islam - und politisch die besondere Lage, Erfahrung und Tradition Serbiens (am Rande auch Montenegros) wirksam sind. Mit seiner eigenen Loslösung von Jugoslawien hat sich Kroatien der Orientierung Sloweniens angeschlossen, damit aber - im Unterschied zu diesem und auf Grund der ganz anders gearteten ethnischen und historischen Gegebenheiten - den brachialen Konflikt herausgefordert. Das Tischtuch, das zwischen Slowenien und Jugoslawien verhältnismässig leicht und glatt durchschnitten wurde, konnte zwischen Kroatien und dem, was dann von Jugoslawien noch geblieben ist, nicht durchschnitten, sondern nur zerrissen werden. In der Phase dieses Vorgangs befinden wir uns heute. Dazu hat das Ausscheiden von Bosnien-Herzegowina aus dem jugoslawischen Staatsverband und die Anerkennung der Souveränität auch dieses Teilstaates den Konflikt immens ausgeweitet, zusätzlich dynamisiert und ausserdem ein beträchtliches zusätzliches Potential an Überraschungen geschaffen.

Gegenüber der in vielem schwer durchschaubaren Konfliktsituation in Jugoslawien und gegenüber den von der Aussenwelt schon vollzogenen Verurteilungen, Parteinahmen und Interventionen hat der Historiker die Pflicht, auf Wahrnehmung und Verständnis auszugehen und den Versuch zu machen, aus den Wirrnissen des Tagesgeschehens jene Elemente herauszuschälen, die als Grundgegebenheiten von jeder "aufgeklärten", verantwortungsbewussten Politik zu beachten wären.

## Nationalitätengeographie

Zunächst sind einige Angaben zur Bevölkerungsstatistik und Nationalitätengeographie zu machen: Der Anteil der Serben und der sich mehrheitlich dem Serbentum zugehörig fühlenden Montenegriner in Jugoslawien betrug gegen 40% (etwa 9 Millionen). Zusammen waren sie gerade etwa doppelt so stark wie die Kroaten mit rund 20%, also etwa 4.5 Millionen. Von brisanter Bedeutung sind vor allem zwei Tatsachen:

Die eine ist die, dass Serben und Kroaten fast zwei Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten. Dabei lebte von den Serben etwa ein Viertel im Verhältnis von 2:1 in Kroatien und in Bosnien-Herzegowina, von den Kroaten fast der gleiche Anteil im Verhältnis von rund 1:4 in Serbien und Bosnien-Herzegowina. Das Verhältnis von Serben und Kroaten in Serbien ist etwa 32:1, in Kroatien etwa 1:6, in Bosnien-Herzegowina etwa 2:1. Den 2 Millionen Serben in Kroatien und Bosnien-Herzegowina steht 1 Million Kroaten in Bosnien-Herzegowina und Serbien gegenüber. Es ist klar, dass die starke Position der Serben durch das Ausscheiden von Slowenien im Norden und Mazedonien im Süden verstärkt worden ist. Dazu hat Serbien bei einer zahlenmässig doppelt so grossen Diaspora ein gegenüber Kroatien ungleich grösseres exklusiv eigennationales Territorium und dominieren die Serben ausserhalb Serbiens in viel grösseren zusammenhängenden Gebieten als die Kroaten, die nur in der Westherzegowina eine solche Position innehaben. Überwölbt wird diese quantitativ bedeutende, geographisch komplexe und gebietsweise zu politisch-kriegerischer Eigendynamik neigende demographische Verzahnung durch die Sprachgemeinschaft der stokawischen Varianten des Serbokroatischen, die auch mit den übrigen problemlos kommunizieren.

Die zweite politisch schwergewichtige Tatsache ist die Anwesenheit der grössten nichtslawischen muslimischen Minderheit Jugoslawiens auf serbischem Territorium, nämlich der Albaner in den Gebieten von Kosovo und Metochien. Hier sind die Serben und Montenegriner nach einem jahrhundertelangen und noch nicht abgeschlossenen, vielfach und bis in die Gegenwart hinein gewalttätigen Verdrängungsvorgang nur noch mit etwa 10% präsent. Als Kernland des mittelalterlichen Serbien und der serbischen Kirche, als Schauplatz des türkisch-serbischen Entscheidungskampfes im 14. Jahrhundert und als zentrales Thema der bis heute lebendigen epischen Volkspoesie ist diese demographische Situation in ausserordentlicher Weise emotionalisiert.

Mit alledem ist auch schon das Wesentlichste zur Bedeutung von Serbien und der Serben im jugoslawischen Kräftespiel angedeutet: Nach Grösse, Lage und kompaktem Territorium sind die Serben der im Zentrum der Balkanhalbinsel gewichtigste Faktor. Dieses Gewicht wird einerseits durch die bedeutende, vielfach wiederum territorial kompakte Diaspora verstärkt, aber auch durch historische Erfahrungen und Traumata hochgradig sensibilisiert. Eine Politik, die an diesen Gegebenheiten vorbeigeht, macht aus Staat und Ethnikum der Serben einen Störfaktor in Permanenz.

## Kroatien

Das demographische Verhältnis zwischen Serben und Kroaten ist für die heutige Lage konstitutiv. Wenn wir zu einem Verständnis des kroatisch-serbischen Gegensatzes gelangen wollen, gehen wir am besten zunächst von den Hauptmomenten der kroatischen Geschichte aus. Wohl ist vordergründig-zeitgeschichtlich die genozidhaft angelegte antiserbisch-antiorthodoxe Vernichtungs-, Vertreibungs- und Katholisierungskampagne des "Unabhängigen Staats Kroatien" nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens im April 1941 - mit wohl einigen hunderttausend schuld- und wehrlosen Opfern - das Ereignis, ohne das die gegenwärtige gegenseitige Zerstörung von Leib und Gut undenkbar wäre. Das Problem ist jedoch tiefer angelegt.

Das kroatische Königreich des Mittelalters ging 1102 unter Druck eine Personalunion mit der Krone Ungarns ein und teilte mit dieser nach der Niederlage gegen die Türken bei Mohács 1526 sowohl die territoriale Reduktion wie die Personalunion mit dem Haus Habsburg. Geschützt wurde Kroatien vor allem durch den Einsatz mehrheitlich orthodoxer Grenzkrieger, deren Nachkommen den Kern der serbischen Bevölkerung in Kroatien ausmachen. Die kroatische Adelsnation beharrte auch unter den Habsburgern als ungarischen Königen und gegenüber den ungarischen Ständen auf der staatlichen Sonderexistenz ihres Königreichs und auf dessen territorialer wie institutioneller Integrität als Voraussetzung des ungeschmälerten Genusses ihrer Privilegien und Freiheiten. Diese verteidigten sie sowohl gegen den habsburgischen Zentralismus wie gegen die Gleichschaltung mit Ungarn. Der ungarisch-kroatische Konflikt verschärfte sich von 1790 an, beeinflusst vom erhöhten Gewicht Ungarns im Zeitalter der Französischen Revolution und seines neu belebten politischen, kulturellen und sprachlichen Selbstbewusstseins. Dabei spielten die ungarischen Versuche, die gemeinsame und neutrale lateinische Amtssprache durch das Ungarische zu ersetzen, eine immer wichtigere Rolle.

Die Abwehr dagegen wurde von den kroatischen Ständen lange vor allem staatsrechtlich-privilegienpolitisch und nur am Rande sprachpatriotisch geführt, bis 1830 die kroatische Nationalbewegung daran den Kampf um nationale Identität und Freiheit im modernen Sinne anknüpfte. Diese Bewegung junger bürgerlicher und geistlicher Intellektueller und einer geistigen Elite des Adels hatte die Ausstrahlung der deutschen Aufklärung und Romantik und die Impulse der tschechischen und slowakischen Slawophilen mit der mächtigen anregenden Potenz Herders im Hintergrund empfangen. Am Vorabend der Revolution von 1848 führte der Landtag das Kroatische anstelle des Lateins und gegen das Ungarische als Amts- und Parlamentssprache ein. Der Antagonismus zu Ungarn machte aber dann die Kroaten zu Gehilfen der habsburgischen Reaktion, und der absolutistische Frost ertötete rücksichtslos die kurze Blüte der kroatischen Freiheit von Ungarn. Die Aufwertung Ungarns nach der habsburgischen Niederlage gegen Preussen im deutschen Krieg 1866 brachte im Ausgleich mit Ungarn von 1867 die Zweiteilung der Monarchie in eine österreichische und eine ungarische Reichshälfte. Die Aussichten auf einen eigenen kroatischen Staat in einem föderativen Habsburgerreich schwanden bis

auf einen fernen Schimmer. Es folgten das vergebliche Aufbäumen im Aufstandsversuch Eugen Kvaterniks 1871 und das bis 1918 dauernde Ringen um staatliche Integrität, politische Autonomie und kulturelle Eigenart mit den Mitteln staatsrechtlicher Argumentation und politischen Taktierens im Dreieck Zagreb-Wien-Budapest. Die Zielsetzung schwankte zwischen einem Verbleiben bei Ungarn unter loyaler Auslegung des gemeinsamen Staatsrechts einerseits und andererseits der Bildung eines autonomen Grosskroatien unter Einschluss der Slowenen, Dalmatiens und von Bosnien-Herzegowina; zwischen einer engen kroatisch-serbischen politischen Zusammenarbeit im Sinne des übergreifend südslawischen Konzepts des "Illyrismus" der 1830er und 1840er Jahre und einem scharf antiserbischen kroatischen Chauvinismus.

Die dritte Lösung, die Vereinigung aller Südslawen in- und ausserhalb der Doppelmonarchie, war zwar seit der kroatischen Option für eine mit den Serben, Bosniern, Herzegowinern, Montenegrinern und Dalmatinern gemeinsame, wenn auch in Varianten praktizierte Schriftsprache und auch dadurch vorbereitet, dass die Serben seit dem Einbezug von Bosnien-Herzegowina in den Habsburgerstaat (Berliner Kongress 1878) das stärkste, wenn auch auf vier verschiedene Territorien verteilte südslawische Element der Monarchie waren. Diese Lösung setzte Krieg und Zerfall des Habsburgerreiches voraus. Als diese Situation 1914/18 eintrat, fiel die grosskroatische Variante aus dem Spiel, weil diese nur mit Habsburg möglich gewesen wäre. Der Entscheid zugunsten des Eintrittes in das jugoslawische Königreich unter serbischer Dynastie und Dominanz ging von einer gesamtjugoslawisch eingestellten Bildungsschicht in Kroatien und Slowenien aus. Ihr Übergewicht war jedoch nur das Momentum einer flüchtigen Konstellation; denn die gleichzeitige Einführung des allgemeinen Wahlrechts machte die kroatische Bauernpartei mit ihrer obstinaten Frontstellung gegen den zentralistischen Staat des "Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen" zur Beherrscherin der kroatischen Politik. Sie kam aber zu spät, um diese Bildung zu hindern, und vermochte auch nicht, ein jugoslawisches Staatsrecht in föderalistischem Sinne zu erzwingen. Um so heftiger war die Konfrontation zwischen den nationalen Parteien der Serben und Kroaten, die ereignishaft in der Ermordung des kroatischen Bauernführers Radic durch einen serbischen Radikalen (1928) und König Aleksandars durch einen mazedonischen Attentäter im Dienste der vom italienischen und ungarischen Exil aus operierenden extremistischen kroatischen Ustascha-Bewegung (1934) kulminierte.

Der kroatischen Opposition gelang es kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, dem jugoslawischen Staat im sogenannten "Sporazum" (Verständigung, Ausgleich) vom 26. August 1939 eine Sonderstellung abzurufen, indem eine Banschaft Kroatien mit Autonomierechten zunächst in der inneren Verwaltung, in der Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik gebildet wurde. Die streckenweise über das historische Kroatien hinausgehenden, noch nicht endgültigen Grenzen schlossen eine serbische Minderheit von fast 20% ein, unter der sich eine Protestbewegung formierte.

**März 1941**

In Kroatien löste der Verständigungsversuch eine politische Polarisierung zugunsten extremistischer Gruppierungen aus: der "Frankisten", Ustascha-Anhänger und der Kommunisten. Er wirkte so als Aufwind für die zerstörerischen Protagonisten im nächsten Akt des Dramas. In Serbien gab der Ausgleich mit Kroatien patriotischen Kreisen das Signal für eine Gegenpropaganda. Dieselben Kreise wandten sich auch vehement gegen den Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt. Dieses diplomatische Meisterstück, das Jugoslawien unter untadeligen Bedingungen eine reelle Chance verschafft hätte, vom Krieg verschont zu bleiben, erschien ihnen als schändlicher Verrat an den eigenen heroischen Traditionen und an den Verbündeten im Ersten Weltkrieg, die jetzt zum zweiten Mal Deutschland Einhalt zu gebieten hatten. Diese Opposition umfasste auch Gruppierungen, die das bestehende Regime überhaupt ablehnten, wie die Kommunisten. Die wichtigste, weil mit Machtmitteln ausgestattete Gruppe waren hohe Offiziere in Belgrad, von denen einige schon seit längerer Zeit an einen Putsch gegen den eindeutig westlich orientierten, eine realistische Strategie verfolgenden und diplomatisch-taktisch hochbefähigten Prinzregenten Pavle dachten. Die Planung des Putsches, dem tragischen zweiten Schlüsselereignis in der Geschichte des jugoslawischen Staates und der Serben nach dem Attentat von Sarajevo, war begleitet von einer breiten Agitation unter dem Slogan "Bolje rat nego pakt, bolje grob nego rob" (Besser Krieg als Pakt, besser Grab als Sklave). Die Putschstimmung wurde ausserdem über ein Netz von Agenten geschürt und von der britischen Organisation "Special Operations Executive" mit terroristischen Mitteln versehen, während die britische Diplomatie in zivilen und militärischen Kreisen systematisch ins Feuer blies. Diese Einmischung war das Werk von Churchill und Eden, die sich mit militärischen Luftschlössern und moralisierender Brutalität über die Bemühungen der jugoslawischen Staatsführung hinwegsetzten, 16 Millionen Menschen vor den Schrecken des Krieges zu bewahren. Im Gegensatz zur freien Hand, die zur gleichen Zeit Griechenland gewährt wurde, befand Eden, lieber zu riskieren, den deutschen Angriff zu beschleunigen, als Jugoslawien etappenweise in den Machtbereich Deutschlands abgleiten zu lassen. So wurde Jugoslawien gnadenlos in das Feuer einer deutschen Strafaktion geschoben.

Am 25. März 1941 trat Jugoslawien dem Dreimächtepakt bei, am 27. März wurde die Regierung gestürzt, Prinzregent Pavle ausgeschaltet und König Petar II. für volljährig erklärt. Der Vorgang wurde von rauschhaften Demonstrationen in den Strassen Belgrads begleitet. Die tödliche Ernüchterung folgte auf dem Fusse. Die Regierung des putschenden Generals Simovic und seiner Mitverschworenen - verantwortungs- und hilflose Zauberlehrlinge - versuchte zwar, den von Hitler, der nun die Funktion des Erfüllungsgehilfen von Churchill und Eden übernahm, sofort gefassten Angriffsentschluss abzuwenden, indem sie eilends die Treue zu dem Bündnis bekräftigten, gegen das der Umsturz inszeniert worden war - vergeblich. Am 6. April wurde Jugoslawien angegriffen und in wenigen Tagen besiegt und zertrümmert.

## Vernichtung und Bürgerkrieg

Nun verlagerte sich das Epizentrum des Geschehens in der Linie, die wir hier zu verfolgen haben, von Belgrad nach Zagreb. Hier kam mit dem Zusammenbruch Jugoslawiens die terroristische, hypernationalistische und an die katholische Kirche angelehnte Ustascha-Bewegung an die Macht, um unter der Führung von Ante Pavelic und seiner "Banditen" (so benannte sie der italienische Außenminister Ciano) sogleich zu der eingangs erwähnten Vertreibungs- und Vernichtungsaktion gegen die Serben (Juden und Zigeuner dazu) in Kroatien und in Bosnien-Herzegowina, das dem "Unabhängigen Staat Kroatien" einverleibt worden war, anzusetzen. Das erste dazu bestimmte Konzentrationslager wurde am 29. April errichtet, genau zwei Wochen nach der Ankunft von Pavelic aus seinem italienischen Exil.

Parallel dazu lief seit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion der von dem Kroaten Tito geleitete Partisanenkampf, der von der ersten Stunde an primär als Bürgerkrieg gegen den Klassenfeind geführt wurde, sich aber gleichzeitig durch die Rücksichtslosigkeit des Abwehrkampfes gegen die Okkupatoren den Alliierten als der effizientere und dazu der Waffengemeinschaft mit der Sowjetunion besser entsprechende Partner empfahl. Der Mann des Widerstandes der ersten Stunde, der Begründer der "Jugoslawischen Armee im Vaterland" und Verteidigungsminister der jugoslawischen Exilregierung, Draza Mihailovic, als Oberst im Generalstab der eigentliche Vordenker eines Guerillakrieges von einem jugoslawischen Reduit aus und Verfechter einer optimierenden, die Volkssubstanz schonenden Kampfstrategie, wurde unter der Federführung wiederum Churchills fallengelassen, und sogar die alliierten Bombardierungen wurden im Sinne des Partisanen-Bürgerkriegs gelenkt. Dieser richtete sich nicht nur, aber in den gegebenen Verhältnissen schwergewichtig gegen das dem Kommunismus weit überwiegend abgeneigte serbische Element. So gerieten die Serben zwischen zwei Feuer: das der Genozid- und Zwangskonversionsaktion des kroatischen Staates und das des kommunistischen Bürgerkriegs gegen den Klassenfeind, d.h. insbesondere die weit überwiegend monarchisch gesinnten öffentlich und politisch aktiven Serben. Muslimische, bosnische und albanische Verbände flankierten diesen Vorgang hüben und drüben.

Vom Krieg in Jugoslawien blieben vor allem die krassen Mordaktionen der Partisanenarmee bei Kriegsende gegen die slowenischen und kroatischen Verbände haften, die im Dienste der zusammengebrochenen Ordnung gestanden hatten. Grosses Aufsehen erregte der Prozess gegen das Oberhaupt der kroatischen Kirche, Kardinal Stepinac, der aber vom unmittelbaren Anlass her nicht dem obersten Repräsentanten der tief in die verbrecherischen Aktionen gegen die Serben verwickelten katholischen Kirche galt, sondern einem Gegner des kommunistischen Regimes, der öffentlich den Einsatz der Atombombe gegen das - in Belgrad domizilierte - kommunistische Regime gefordert hatte. Zum Aufräumen gehörte zuletzt auch der Prozess des Tito-Regimes gegen Mihailovic, der als Landesverräter hingerichtet wurde und dem von westlicher Seite im Vorfeld des sich schon ankündigenden kalten Krieges wenigstens einige Kameradschafts- und Krokodilstränen nachgeweiht wurden.

## "Föderative Volksrepublik Jugoslawien"

Die Nachkriegsordnung der "Föderativen Volksrepublik Jugoslawien" umgab ihren stalinistischen Kern unter anderem mit einer behutsam geschichtsbezogenen inneren territorialen Gliederung. Ohne auf Retouches einzugehen, die in dem hier gebotenen Zusammenhang keine Rolle spielen, wurden Territorien mit weithin historischen Grenzen wiederhergestellt: so Slowenien in denen von 1918, Bosnien-Herzegowina und das angrenzende Kroatien in den seit 1700 bestehenden. Dem historischen Kroatien wurde das östlich von Belgrad gelegene, mehrheitlich serbisch besiedelte Gebiet der Fruska Gora entzogen, dafür Dalmatien bis an die Bucht von Kotor hinzugegeben (von dem aber nur die Küste bis zur Neretva zum mittelalterlichen Kroatien gehörte).

Einem einmaligen, besonders differenzierten Verfahren wurde Serbien unterworfen. Gegenüber den Grenzen, die es 1912 im Ersten Balkankrieg erreicht hatte, wurde es im Norden durch die 1918 direkt in den jugoslawischen Staatsverband gelangte Vojvodina erweitert, jedoch in der Form einer "Autonomen Provinz", im Süden durch die neugegründete mazedonische Teilrepublik reduziert und durch die Konstituierung des mehrheitlich albanisch besiedelten "Autonomen Gebiets Kosovo-Metohija" ein zweites Mal einschränkend konditioniert. Das "engere" Serbien wurde, mit Ausnahme des Sandzaks von Novi Pazar, auf die Grenzen von 1878 zurückgestutzt.

Mit der Staatsform einer "Föderativen Volksrepublik" trat Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg in den Kreis der Bundesstaaten, dem auch die USA, Deutschland und die Schweiz angehören. Sichtlich unter dem Eindruck der Erfahrungen der Zwischenkriegszeit hatte die jugoslawische Staatsführung auf Formationen aus der Epoche vor 1914 zurückgegriffen und geschichtliche und ethnische Realitäten beachtet, welche vordem geleugnet oder ignoriert worden waren. Die bundesstaatliche Lösung war jetzt möglich, weil das Machtmonopol der durchgehend präsenten und einheitlich doktrinierten kommunistischen Partei und die diktatorische Autorität ihres mit dem Staatsoberhaupt identischen Führers Tito wesentlich stärkere Klammern des Gesamtstaates darstellten, als sie dem Regime der Zwischenkriegszeit zu Gebote gestanden hatten. Das bedeutete aber auch, dass die Form der föderativen Pazifikation ihre wahre Bewährungsprobe erst mit der Schwächung oder gar mit dem Wegfall dieser Klammern zu bestehen haben würde. Denn eines war nicht zu übersehen - und hier erlaube ich mir die kleine Eitelkeit, mich selber aus der Jahreswende 1975/76 zu zitieren: "Endgültig gebannt scheint der kroatisch-serbische Gegensatz in der jugoslawischen Einheit allerdings auch heute nicht, und selbst ein nicht vorbereiteter Beobachter wird immer wieder von Ausbrüchen der Angst und des Hasses, der Verachtung und der Verdächtigung überrascht, die ihm dort begegnen, wo Spontaneität möglich ist."

Eine solche Spontaneität war zu jenem Zeitpunkt nicht nur in Emigrantenzirkeln, zumal in den äusserst aktiven kroatischen, möglich. Zwanzig Jahre nach der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung unter dem Diktat Titos und seines Kreises kehrte die als erledigt erklärte nationale Frage wieder in die jugoslawische Agenda zurück. Nach dem 1948 eingetretenen Bruch zwischen der Komintern und Jugoslawien bzw. zwischen Stalin und Tito

vollzog das Regime aus Gründen der Sicherheit und des wirtschaftlichen Überlebens eine Wendung zum Westen hin und betrat den Weg eigener, von Moskau unabhängiger Interpretationen und Gestaltungen des Sozialismus. Die Arbeiterselbstverwaltung wurde Aushängeschild des titoistischen Jugoslawien in einer Zeit, da die Skepsis gegenüber Modell und Realität der Sowjetunion weltweit auch im linken und kritischen Sektor des politischen Spektrum wuchs und so ein Bedürfnis nach Möglichkeiten eines dritten Weges weckte. In Tat und Wahrheit war aber die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung keine Alternative, sondern der in einem Endlospalaver beschworene, trügerische Überbau einer fremdfinanzierten Scheinblüte. Der im halb nach sozialistischen Grundsätzen gelenkte, halb nach chaotischen partikularen Interessen sich vollziehende Übergang Jugoslawiens von einem rückständigen Agrarland zu einem modernen Industriestaat verstärkte das innere nord-südliche Entwicklungsgefälle. Die sich daraus ergebenden Interessengegensätze äusserten sich von den 1960er Jahren an mehr und mehr in Spannungen und Konflikten, deren Träger einerseits die Teilstaaten und andererseits die - undifferenziert mit einer serbischen Position identifizierte - kommunistische Belgrader Zentrale waren. Die wirtschaftlichen Reformen waren unwirksam, die politischen und staatsrechtlichen wirkten eindeutig desintegrierend und destabilisierend.

Dazu sind noch zwei andere Momente kurz zu streifen: Das titoistische Regime hat zwar der Geschichtsforschung einen verhältnismässig grossen Spielraum gelassen, aber vor allem die Zeit des Zweiten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit davon ausgenommen und sie in eigener Regie weithin falsifiziert. Die Wahrheit und vor allem das Nachdenken darüber hat sich nur langsam Bahn brechen können - zu langsam, um noch im Sinne eines reinigenden Aktes gerade auch in den zwischennationalen Verhältnissen wirken zu können. So ist die Geschichte von 1941 bis 1945 bis heute ein Steinbruch, aus dem jeder sich das herausholt, was ihm passt - Partikel aus einem im einzelnen chaotischen Vorgang, die nun einem anderen, ebenso chaotischen Vorgang eingefügt werden. Hier steht, gleichgültig wie der gegenwärtige Kampf ausgehen mag, eine für jede bessere Zukunft unumgängliche Riesenarbeit noch bevor, zumal vieles von diesen Falsifikationen Eingang auch in das Geschichtsbild im Ausland gefunden hat.

Das andere Moment liegt in der Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit des titoistischen Regimes, Jugoslawien in eine wirkliche politische Integration hineinzuführen. Das wäre nur über einen wie immer beschaffenen demokratischen Prozess möglich gewesen. Ein solcher hat nicht stattgefunden.

Die Folge dieser Mängel sind die Unfähigkeit zur politischen Vorsicht und zum Kompromiss und die Neigung zu primitiver Zerfleischung - illustriert durch austauschbare Reportagen über die gegenseitigen Missetaten der Kampfparteien. Die daraus resultierende Gefahr eines rasch unkontrollierbar werdenden Flächenbrandes nicht rechtzeitig erkannt, vorausgesehen und beachtet, sondern, wenn auch ungewollt, noch gefördert zu haben, hat der europäischen und internationalen Jugoslawienpolitik eine brandstifterische Wirkung verliehen.



## **Staatskrise 1968/71**

Mit den Studentenunruhen von 1968 fand das jugoslawische Malaise Anschluss an die damalige weltweite Protestbewegung. Sie begann in Belgrad, griff auf Zagreb über und richtete sich primär gegen die parasitäre "Neue Klasse" und die grotesken Widersprüche zwischen Theorie und Praxis der Selbstverwaltung. Im serbischen Belgrad wandte sie sich in der Folge der "Neuen Linken" zu. Im kroatischen Zagreb dagegen geriet sie, unter dem Einfluss des unmittelbar vorausgegangenen Sprachenstreits, in ein militant nationalistisches Fahrwasser, dessen Gefälle schliesslich in den gegenwärtigen Sturzbach hineinführen sollte.

Dieser Sprachenstreit, der als Phänomen in die neuen europäischen Sprachbewegungen einzuordnen ist, hatte damit begonnen, dass Ende 1966 slowenische und mazedonische Kommunisten die Gleichberechtigung ihrer Sprachen mit dem Serbokroatischen forderten. Unmittelbar anschliessend kündigten im März 1967 die massgebenden kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen und Verbände in Kroatien mit der "Deklaration über die Benennung und Lage der kroatischen Schriftsprache" die serbokroatische Sprachgemeinschaft auf. Dieser fatale Schritt gab einer ad hoc gebildeten Gruppe serbischer Intellektueller in Belgrad Anlass, für die kulturelle Autonomie der in Kroatien lebenden Serben einzutreten. Damit war einerseits der Wind gesät, aus dem der gegenwärtige Sturm einer noch ungewissen Ernte entgegnet, und andererseits auch schon das Territorium bezeichnet, in dem er sich erheben sollte: die überwiegend serbisch besiedelten Gebiete Kroatiens, die "Schweissnaht" des jugoslawischen Staates.

Es ist hier nicht der Ort, die Unterdrückung der nationalistischen Strömungen und Gruppierungen in Kroatien durch Tito darzustellen, sowenig wie die repressiven Massnahmen gegen die noch gar nicht nationalserbisch orientierte kritische Intelligenz in Belgrad. Die im Anschluss an die politischen Krisenjahre erlassene neue Verfassung der "Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien" von 1974 - mit zehn langatmigen Grundsätzen und 406 Artikeln die wohl wortreichste der Welt - konnte weder die wirtschaftliche Talfahrt, noch den Schwund der unter den Teilstaaten anerkannten Gemeinsamkeiten, noch das Weiterwuchern partikularistischer und fordernder nationalistischer Strömungen aufhalten. Der späte Tod Titos 1980 beschleunigte höchstens eine Entwicklung, die auch er als Gefangener der eigenen sozialistischen Scharlatanerie nicht mehr hätte aufhalten können.

## **Neuer serbischer Nationalismus als Spätfolge**

Im Unterschied zum kroatischen ist der serbische Nationalismus nach 1945 als Massenbewegung sehr spät in Erscheinung getreten. Das hängt mit dem in Belgrad direkter wirkenden Druck von oben, mit der viel grösseren Differenziertheit des politischen Spektrums in Serbien und wesentlich auch damit zusammen, dass für die Serben die Existenz eines jugoslawischen Staates die Garantie für den Schutz ihrer grossen Diaspora war. Dabei ist der wahrscheinlich entscheidende Einbruch nicht im Zusammenhang mit einer

Bedrohung der Diaspora erfolgt, sondern durch die verzweifelten Kundgebungen und Demonstrationen bedrängter serbischer und montenegrinischer Bewohner in den forciert albanisierten Gebieten von Kosovo und Metochija. Die trotz allem demographischen Wandel nach wie vor grosse Bedeutung dieser Gebiete im serbischen Selbstbewusstsein, die nicht mehr zu beschwichtigende Auflehnung des serbischen Volksteils gegen die von der Staatsführung bis dahin teils aktiv geförderte, teils vertuschte und verharmloste Verdrängung haben die serbische Staatsführung unter Slobodan Milosevic halb genötigt, halb befähigt, die staatsrechtliche Sonderstellung des Kosovo zu beseitigen, einen (unter Einbezug auch der Vojvodina) einheitlichen serbischen Gesamtstaat zu schaffen, sich wenigstens äusserlich im Kosmet-Gebiet durchzusetzen und nicht zuletzt an der Macht zu bleiben.

Der Übergang der schweren nationalen Krise zu einem offenen Krieg ist, als das letzte Glied einer zeitlich weit zurückreichenden, äusserst komplexen Verknüpfung von Ursachen betrachtet, die Folge einer doppelten, sowohl formellen als existentiellen Herausforderung der Serben: Die Souveränitätserklärung erst Kroatiens und dann von Bosnien-Herzegowina jeweils mit besonders von Deutschland betriebener, internationaler Anerkennung.

### **Die Serben in der kroatischen Militärgrenze**

Die voraussehbare Konsequenz eines kroatisch-serbischen Krieges hängt damit zusammen, dass in Kroatien eine grosse, in bestimmten Gegenden die Mehrheit bildende serbische Bevölkerung besteht, die vor den jetzigen Ereignissen etwa 16% der gesamten Einwohnerschaft ausmachte. Diese serbische Bevölkerung geht auf die seit dem 16. Jahrhundert von den Habsburgern organisierte Türkenabwehr an der kroatischen Grenze zu Bosnien zurück, für die in grossem Umfange Kriegergruppen herangezogen wurden, die aus dem osmanischen in den habsburgischen Herrschaftsbereich überwechselten und hier die völlig unzureichenden militärischen Kräfte des kroatischen Feudalstaates und die teuren, hauptsächlich deutschen Söldner ergänzten und ersetzten. Diese Verbände bewegten sich mit ihren Familien, hatten ihre eigenen Anführer, die als hartgesottene Kriegsunternehmer auftraten, und vor allem sehr klare, unbeugsam durchgesetzte und verteidigte Vorstellungen über ihren Status. Sie kamen als Krieger, denen der Krieg die Grundlage ihrer Existenz bedeutete, dazu vielfach als nomadisierende Viehzüchter. Sie wiesen jede Einbindung in das kroatische Feudalsystem kategorisch ab und betrachteten sich ausschliesslich dem habsburgischen Herrscher verpflichtet, dem sie Kriegsdienst als Grenzer, sonst aber niemandem etwas schuldeten. Jede feudale Bindung hätte für sie den Abstieg in die Klasse der "seljaci", der Bauern, bedeutet, d.h. von abhängigen, unfreien Leuten.

Als 1623 eine Kommission zur Eingliederung der slawonischen Grenzer in die feudale Ordnung nach Varazdin kam und deren Anführer zu sich berief, versammelten und schworen diese sich, lieber unterzugehen, als sich zu unterwerfen und bei Ausbleiben einer ihnen genehmen kaiserlichen Entschliessung von sich aus Dienstherrn nach ihrem Gusto zu suchen. Ein paar Tage später kam der kaiserliche Befehl an die Kommission, die Übung

abzubrechen. Als fünf Jahre später die Kommission versuchte, die Grenzer zu einer bescheidenen Abgabe zu bewegen, die aber eine Anerkennung der Eigentumsrechte der Grundherren bedeutet hätte, verlangten diese sechs Tage Bedenkzeit. Als die Kommission an ihrem Versammlungsort ankam, wurde sie von 400 Grenzern zu Pferd und 3000 zu Fuss, alle bewaffnet, erwartet. Sie gaben auf den Vorschlag keine Antwort, baten aber, sie dem Kaiser zu empfehlen. Daraufhin wurde versucht, den privilegierten Status auf die Grenzer orthodoxen Glaubens zu beschränken, was entschieden abgelehnt wurde, da sie sich kompromisslos auf den Standpunkt stellten, ihr Status gelte für sie alle, unabhängig von Konfession und Herkunft. Als der Bischof von Zagreb 1642 von den katholischen Grenzern den Zehnten und das Eichelmastgeld forderte, wies ihn der zuständige Vojvode und Grossrichter mit dem Bescheid ab: "Sie wissen wohl, Eure Herrlichkeit, dass wir alle Brüder sind, dass jene [die katholischen Grenzer] nicht wider uns [die orthodoxen Grenzer], wie auch wir nicht wider sie leben können."

Die kroatische Militärgrenze wurde erst 1881 aufgehoben und der zivilen Verwaltung zurückgegeben. Sie war für die Habsburger nicht nur Grenzschutz und Soldatenreservoir gewesen, sondern auch ein den feudalen Ansprüchen entzogener territorialer Faktor auf dem mühsamen Weg ihres Reichs zu einem zentral lenkbaren, gleichmässig und zeitgemäss verwalteten modernen Grossstaat. Die Militärgrenze selbst allerdings blieb hinter der allgemeinen Entwicklung deutlich zurück und bewahrte - um mit dem "Dämon"-Vers der Goetheschen "Urworte" zu sprechen - nach "dem Gesetz, wonach sie angetreten" vieles von kruder Urtümlichkeit, der wir eben auch im Erscheinungsbild eines serbokroatischen Jugoslawentums "avant la lettre" begegnet sind. Für den Bereich des Kriegerischen finden wir einen leider mehr als passenden Beleg in einem ebenso bekannten wie verkannten Text der schweizerischen Literatur: in Henry Dunants "Un souvenir de Solferino". Mit kunstvoll aufgebauter Dramatik schildert Dunant darin das Kampfgeschehen vom 24. Juni 1859, wobei er in absichtsvoller Weise die Exoten der französischen wie der österreichischen Armee zusammenrückt:

"Les zouaves se précipitent à la baïonnette, bondissant comme des bêtes fauves et poussant des cris furieux ... Les Croates égorgent tout ce qu'ils rencontrent; ils achèvent les blessés de l'armée alliée et les font mourir à coups de crosse, tandis que les tirailleurs algériens, malgré les efforts de leurs chefs pour calmer leur férocité, frappent de même les malheureux mourants, officiers ou soldats autrichiens, et se ruent sur les rangs opposés avec des rugissements sauvages et des cris effroyables ... A San Martino, un officier de bersagliers ... est blessé ... les bersagliers ... sont forcés d'abandonner leur chef; aussitôt des Croates, saisissant de grosses pierres qui se trouvent à la porte [de l'église], en écrasent la tête du pauvre capitaine dont la cervelle rejaillit sur leurs tuniques." Und dann, nach gewaltetem Gemetzel: "Tout près, et comme au centre d'un abattis de lanciers et de chasseurs autrichiens, de turcos et de zouaves, et dans son élégant uniforme oriental, gît le cadavre d'un officier musulman ... dont le visage hâlé et bruni repose sur la poitrine déchirée d'un capitaine illyrien à la casaque d'une blancheur éclatante."

Kroaten und Illyrer: das sind die Angehörigen der österreichischen Truppen-

einheiten, teils aus Zivilkroatien, teils aus der Militärgrenze - Serben und Kroaten. Die von Dunant geschilderte Wildheit der Kampfweise hat sich seither offenbar wenig geändert. Was wir als Rückfall in die Barbarei empfinden, ist aber unter der Oberfläche etwas anderes: es ist Ausdruck einer nur äusserlich unsichtbar gemachten Kontinuität von Vorstellungen und Verhaltensweisen, die ganz offenbar, was die gegenwärtige Krise anbetrifft, nicht erkannt und darum auch nicht richtig veranschlagt wurde. Um an diesem Punkt eine Annäherung an diese verdeckte Realität zu gewinnen, müssen wir uns in das Quellgebiet jener grossen demographischen Bewegungen begeben, deren wichtigste Resultate die Besiedelung historisch kroatischer Gebiete durch Serben, die Entstehung des modernen serbischen Staates und das Kosovo-Problem sind.

### **Geschichtsbildende Wanderungen**

Die Erforschung dieser Wanderungen geht auf die Jahrhundertwende zurück und wurde vom serbischen Geographen Jovan Cvijic begründet. Mit ihr wurde vor allem die Herkunft der Bevölkerung im Ursprungsgebiet des modernen serbischen Staates ermittelt, das mit der osmanischen Provinz (Pasaluk) Belgrad identisch ist. Die Erhebungen ergaben, dass die Einwohnerschaft dieses Gebiets von einer zu 80% in den letzten Jahrhunderten in drei Hauptströmen zugewanderten Bevölkerung gebildet wurde. Die zwei östlichen Wanderungen - die Morava-Vardar-Wanderung und die Kosovo-Metochjia-Wanderung - gingen in Richtung Belgrad und in die östliche Hälfte des Pasaluks. Die dinarische - die wichtigste von allen - hatte ihren Ursprung in Raszien, in den montenegrinischen und herzegowinischen Berg- und Karstgegenden und in den zur adriatischen Küste parallelen Dinarischen Alpen. Sie füllte die westliche Hälfte des Pasaluks auf, ging aber im Norden über Donau und Save, im Westen über Una, Kupa und Drava hinaus und erfasste die Vojvodina, Slawonien, Kroatien, Steiermark, Krain, Istrien sowie die nahe dalmatinische Küste samt deren Inseln.

Mit diesen Wanderungen sind nicht nur Menschen, sondern auch Mentalitäten und soziale Formen verpflanzt worden, bestimmte Eigenschaften des Willens und der Vorstellung. Es sind dies die Elemente einer patriarchalen Hirtenkultur, geprägt vom Kampf mit der Natur, dem Nachbarn, dem Räuber, dem Staat; von der Verachtung des Ackerbaus und dem Kult der Familie, der individuellen und kollektiven Ehre; von der Musse des Hirtenlebens, das anstrengend ist, aber Zeit für Kampfübungen, für die agonale Unterhaltung, für den epischen Gesang mit seinen geschichtlichen, ethischen und emotionellen Inhalten lässt. Eine Welt des härtesten Lebenskampfes, der schönsten Poesie, des striktesten Ehrenkodex und der brutalsten Gewalt. Die politisch wesentlichste Wirkung dieser Wanderung geht vom Transport der Autonomievorstellungen aus, von denen wir ein kleines Muster vorhin kennengelernt haben. Sie sind schon in den vorrömischen und vorlawischen gentilen Hirtensiedlungen zu beobachten, die mit den ursprünglich ebenfalls gentil aufgebauten Verbänden der slawischen Einwanderer amalgamierten. Sie bewiesen ihre Resistenz sowohl gegenüber dem Druck des byzantinischen wie des mittelalterlichen serbischen Staates und reaktivierten sich regelmässig in

Situationen fehlender, schwacher oder (wie im Osmanischen Reich) inkompletter Staatsgewalt. In Montenegro, der einzigen bis heute bestehenden historisch-politisch-staatlichen Formation des dinarischen Quellgebietes, beobachten wir die Isolation und Stilisierung dieser Kultur, im grossen Hinterland Belgrads dagegen deren Expansion und Transformation, und dann in der spätoosmanischen Zeit und beim Ausbruch des serbischen Aufstandes von 1804 ihre historische Rolle bei der Entstehung des modernen serbischen Staates.

### **Die Entstehung des modernen Serbien und die Gründung Jugoslawiens**

Anders als das mittelalterlich-feudale Kroatien, das in der von Habsburg übernommenen Union mit Ungarn seine staatliche Kontinuität, wenn auch sehr eingeschränkt und territorial geschrumpft, erhalten konnte, hatten die Serben schon gegen Ende des 15. Jahrhunderts durch die Ausdehnung und Herrschaft des Osmanischen Reiches jegliche Staatlichkeit verloren. Dafür gewannen die Serben aber in der weitmaschigen Reichsstruktur der Osmanen jene demographische Freiheit, die zu ihrer eben berührten Ausbreitung führte.

Der Autonomiegedanke, in der Sumadija verkörpert durch die Knezina, d.h. den sich selbst verwaltenden serbischen Gemeindeverband, der gegenüber der osmanischen Verwaltung durch den Knesen vertreten wurde, konnte sich Ende des 18. Jahrhunderts mit der Reformpolitik des Sultans Selim III. (1789-1806) verbinden. Im Pasaluk Belgrad ging es vom Reichszentrum her gesehen darum, die Willkürherrschaft der Janitscharen, der längst zu nutzlosen Parasiten herabgesunkenen ehemaligen Elitetruppe, zu beenden. Zu diesem Zweck verbanden sich Sultan und Serben auf der Grundlage eines um 1793 vereinbarten Autonomiestatuts zur Kooperation. Osmanische Präsenz und Autorität waren aber schon zu schwach, um diese symbiotische Etappe ausleben zu können. Die Rückkehr der Janitscharen, die im Frühjahr 1804 zu einer Bartholomäusnacht gegen die Knesen schritten, löste den Aufstand aus, der rasch zum Erfolg und 1815, nach einem vorübergehenden Kollaps, zur endgültigen Etablierung eines weitgehend unabhängigen, völkerrechtlich allerdings noch bis 1878 zum Osmanischen Reich gehörenden serbischen Staates führte. Dieser erfuhr die erste territoriale Erweiterung und den ersten Schritt zu einer der europäischen entsprechenden politischen Entwicklung nach 1830, als die kroatische Nationalbewegung des Illyrismus in Fahrt kam, die aber bis 1918, als Serbien auf der Siegerseite des Ersten Weltkriegs die Vereinigung der Südslawen in einem Staat massgebend formte, zu keinem politisch durchdringenden Erfolg gelangte.

Das "Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen", wie der neue Staat bis 1929 hiess, hatte politisch einen schlechten Start. Das Grundübel war die fehlende Legitimation des Zusammenschlusses. Wir können beobachten, dass seit dem späteren 18. Jahrhundert territoriale Veränderungen von einigem Gewicht des Aktes einer wie immer beschaffenen allgemeinen Zustimmung bedürfen, um langfristig und ohne grössere Schwierigkeiten haltbar zu sein. Wir haben im Juraproblem ein Beispiel dafür im eigenen Land. Dieser Mangel wurde durch die Einführung eines unitarischen Systems nach dem Muster des

Königreichs Serbien bzw. Frankreichs noch verschärft. Die schicksalshafte Auflehnung kam von Kroatien her. Hier wurde der Einfluss der gesamtsüd-slawisch gesinnten politischen Elite durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zurückgedrängt. Die Kroatische Bauernpartei, angeführt von Stjepan Radic, verfocht gegenüber dem unitarischen Gesamtstaat das feudale kroatische Staatsrecht auf plebiszitärer Basis und zumeist in der Form der Obstruktion, der Nichtteilnahme am politischen Prozess. So wurde die Verfassung vom 28. Juni 1921 nur von einer Mehrheit der serbischen, der bosnisch-muslimischen und mit Hilfe der türkisch-albanischen Abgeordneten aus Mazedonien und dem Kosovo angenommen. Diese Obstruktion von kroatischer Seite hat, wie immer man sie beurteilt, dem jungen jugoslawischen Staat objektiv mehr als irgend etwas anderes geschadet.

Ganz eindeutig ist aber auch, dass sich Serbien mit seinem Konzept eines jugoslawischen Staates überforderte. Es hatte in den Balkankriegen und im Ersten Weltkrieg ungeheure materielle und vor allem menschliche Verluste erlitten. Zudem wies die serbische Politik schon in den 1912 eroberten Gebieten - Mazedonien und Kosovo-Metochija - schwere Mängel im Grundkonzept, im Verhalten insbesondere gegenüber der nichtserbischen Bevölkerung, in der Qualität der Beamtenschaft und im Zusammenspiel der militärischen und zivilen Instanzen auf. Darüber kam es im Sommer 1914, als die künftigen Attentäter von Sarajevo schon am Werk waren, zu einer schweren politischen Krise, in deren Folge König Petar I. faktisch abdankte. Nur der russische Einfluss hielt die Regierung der herrschenden Radikalen im Amt, die von einer um den Chef des Nachrichtendienstes im Generalstab, Oberst Dragutin Dimitrijevic (genannt Apis) gebildeten extremistischen, subversiven und terroristischen Geheimorganisation politisch herausgefordert worden war ("Ujedinjenje ili smrt" [Vereinigung oder Tod], auch "Crna Ruka" [Schwarze Hand]). Dieser Oberst war zur selben Zeit ein aktiver Mitwisser des Attentatsplans bosnischer Serben gegen den österreichischen Erzherzog und Thronfolger Franz Ferdinand, nach dessen Durchführung in Sarajevo Österreich-Ungarn zum Krieg gegen Serbien schritt und Deutschland das Wagnis eines Weltkriegs einging. Apis gehörte zu den Offizieren, die 1903 König Aleksandar und dessen Gattin mit ganz Europa erschreckender Brutalität beseitigt hatten. Mit diesem Mord begann die Serie der 1914 und 1941 fortgesetzten fatalen Eingriffe serbischer Militärs in die Politik.

Der Überforderung der serbischen Möglichkeiten von oben entspricht von unten die nahtlos in die zeitgeschichtlichen Erfahrungen übergehende historische Erinnerung der Serben an Untergang, Verfolgung, Unterdrückung und Missachtung. Es gibt aus serbischer Sicht und serbischem Empfinden so etwas wie eine im Doppelsinn des Wortes "unerhörte" serbische Opfer- und Leidensgeschichte. Sie kann hier nicht nachgezeichnet, müsste aber in einer eingehenderen Ausführung unseres Themas in ihrer schwergewichtigen subjektiven Realität zu Kenntnis genommen werden. An ihrem Anfang und an ihrem Ende steht Kosovo. Historisch: die türkisch-serbische Schlacht auf dem Amselfeld vom 28. Juni 1389. Aktuell: Das Schicksal und die Lage der Serben und Montenegriner in Kosovo-Metochija. Dazwischen liegen die Leiden der Serben im Ersten Weltkrieg und im Zweiten Weltkrieg die Vernichtungsaktion

der kroatischen Ustascha mit dem Lager von Jasenovac als einem Auschwitz der Serben. Der Ort fehlt im Meyer und im Brockhaus.

### **Das Kosovo-Problem**

Es ist unumgänglich, an dieser Stelle das Kosovo-Problem zu berühren. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass die nationale Aktivierung der Serben in Massen mit dem Kosovo-Problem zusammenhängt, mit den Drangsalen der im Kosovo-Metochija-Gebiet lebenden Serben und Montenegriner und mit der zwielichtigen und zweiseitigen Politik der jugoslawischen Kommunisten.

Das Gebiet von Kosovo-Metochija ist heute etwa zu 90% von Albanern bewohnt. Ich lasse dabei die gegenüber den statistischen Erhebungen bestehenden Vorbehalte beiseite. Die Albaner betrachten sich als die Nachkommen der Illyrer und die Anwesenheit der Serben als jahrhundertelange Fremdherrschaft. Das mindeste, was man dazu sagen kann, ist, dass sicher nicht alle Illyrer Albaner waren, auch wenn wir die Albaner als Illyrer betrachten. Ganz allgemein sind ethnogenetische Ableitungen aus den spärlichen und verwirrenden Quellen für die Zeit vor der Völkerwanderung fragwürdig und als Stützen für spätere politische Ansprüche untauglich. Stellt man auf das historisch Feststellbare ab, so ist die Existenz eines albanischen Ethnikums und einer albanischen Sprache evident, jedoch - ich zitiere den mazedonisch-albanischen Historiker Hasan Kaleshi - "nichts über eine albanische Staatstradition und ein albanisches kulturelles Erbe" zu finden; es bestehen aus der Zeit vom 2. Jahrhundert v. Chr. bis zur türkischen Eroberung im 15. Jahrhundert "keinerlei Anzeichen für eine albanische Staatlichkeit, für eine eigenständige albanische Kultur oder Kirchenorganisation." Kulturell und sprachlich dominant waren die byzantinisch-griechischen und später die slawisch-serbischen Einflüsse. Die Einwanderung der Slawen hatte das albanische Siedlungsgebiet, das sich etwa mit dem heutigen Staatsgebiet deckt, gespalten. Es folgte mit der slawischen Kolonisation bestimmter Gebiete eine urkundlich fassbare, mehrere Jahrhunderte dauernde slawisch-albanische Symbiose. Zu ihr gehört auch eine albanische Bevölkerung im Gebiet von Kosovo-Metochija. Die Auswertung von Katastern aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts lässt auf einen Anteil von etwa 5% Albanern bei 90% Serben schliessen. Es ist möglich, dass der albanische Anteil etwas höher lag, weil die wahrscheinlichen Fälle der völligen Slawisierung der Namen von Bewohnern albanischer Herkunft eine Dunkelziffer schaffen.

Mit der türkischen Herrschaft beginnt sich nun das Bild in nie mehr unterbrochener Kontinuität zu ändern. Der Staat der Serben verschwindet, es schlägt die Stunde der in Rückzugslagen lebenden slawischen, wlachischen und albanischen Viehzüchtergemeinschaften. "Diesen vitalen und aggressiven Viehzüchtern" - ich zitiere wieder Kaleshi -, "die ständig auf der Suche nach neuen Weideplätzen für ihre Herden waren, fielen die Dörfer der Ackerbauern in den Ebenen zum Opfer. Aus diesen Viehzüchtergemeinschaften entwickelten sich in der Türkenzeit die albanischen Stämme, die sich bis in die Ebenen ausbreiteten, geschützt durch die Stammesorganisation und die Institution der Blutrache." Der gleiche Prozess ist auch im slawischen Montenegro zu

beobachten. Er verläuft aber insofern anders, als die Montenegriner Christen bleiben, sich im eigenen Ethnikum bewegen und ihre Wanderungsziele weit entfernte, schwach besiedelte Gebiete sind. Die Albaner dagegen beginnen sich zu islamisieren, und ihre Wanderungsziele liegen in den nahe gelegenen, dichtbesiedelten Ebenen von Metochija und des Kosovo. Die nun exponierte serbische Bevölkerung beginnt sich zunächst aus den peripheren Gebieten zurückzuziehen. Sie wird bedrängt von der osmanischen Obrigkeit, die ab 1730 zur organisierten Islamisierung der Balkanbevölkerung übergeht. Die islamisierten Serben neigen im Kosovo-Metochija-Gebiet unter dem Druck des aggressiven Ethnikums der Albaner, die als Moslems von den Behörden in ihren Aktionen geschützt und ermuntert werden, dazu, sich zu albanisieren. Die überwiegende Mehrheit widersteht allerdings und weicht aus, wenn der Druck unwiderstehlich wird. Dramatische Akzente werden gesetzt durch die grossen Auszüge serbischer Bevölkerung unter den Patriarchen von Pec 1690 und 1739, im Anschluss an den Rückzug österreichischer Verbände nach missglückten militärischen Vorstössen gegen Süden.

Mit der Existenz eines serbischen und eines montenegrinischen Staates im 19. Jahrhundert wurde das Kosovo-Metochija-Gebiet zusammen mit dem Sandschak von Novipazar (der Verbindung nach Bosnien-Herzegowina) strategisch noch wesentlich aufgewertet. Das erklärt, dass die urtümliche, unveränderte Aggressivität des albanischen Elements von der osmanischen Staatsführung und Verwaltung durch die ganze ihr noch verbleibende Zeit ihrer Herrschaft, d.h. bis ins 20. Jahrhundert, ganz bewusst zur demographischen Sicherung, d.h. zur islamischen Verdichtung dieser Gebiete eingesetzt wird. Ebenfalls gegen Serbien und Montenegro gerichtet ist die österreichische Unterstützung der Albaner, deren im historischen Sinn primitive, durch und durch vorstaatliche soziale Organisation und Verhaltensweise ihnen erlaubt hat, in praktisch jeder Situation ihren Vormarsch fortzusetzen. So haben sie die plumpen serbischen Gegenmassnahmen nach 1912 und 1918 unterlaufen, im Zweiten Weltkrieg mit den Italienern und Deutschen gegen die Serben kooperiert und nach dem Krieg sich aus der Affäre gezogen, weil Tito mehr daran gelegen war, innerhalb des Konzepts der präventiven politischen Lähmung Serbiens die Rückkehr der ab 1941 vertriebenen Serben und Montenegriner zu unterbinden, als mit der albanischen Kollaboration abzurechnen. Der Zufluss grosser Bevölkerungskontingente aus Albanien selbst, die extrem hohe Natalität der Albaner und die Bagatellisierung des endemischen antiserbischen Kleinterrors bei gleichzeitiger korrumpativer Bedrückung beider Bevölkerungsteile durch das titoistische Belgrader Regime haben dann - in der allgemeinen Protestwelle gegen das abgetakelte nachtitoistische Regime - das Kosovo-Problem als serbisches vehement artikuliert und zur gegenwärtigen Lage geführt.

Ich habe Ihnen diese grobe Skizze aus zwei Gründen vorgetragen. Einmal, um darzulegen, dass das Kosovo-Problem nicht einfach über die statistische Feststellung von 90% Albanern gegen 10% Serben beurteilt werden kann. Es handelt sich nicht um ein mehr oder weniger historisch-statisches Minderheitenproblem à la Südtirol, Ungarn in der Vojvodina, Deutsche in Belgien, Dänen in Deutschland etc., sondern um einen seit 500 Jahren dauernden und



weitergehenden Volkskampf. Der albanische Teil drängt ganz eindeutig auf weitere Expansion und ist dabei begünstigt, dass er keine haltgebietenden Grenzen vor sich hat und durch die Internationalisierung seiner demographischen Position über Minderheitenschutz und europäische Integration, KSZE und EG, auf einen weiterhin offenen Auslauf rechnet.

### **Der Kosovo-Mythos**

Mit dem Stichwort Kosovo verbindet sich ein zweites, ein geistiges Moment: der historisch-literarisch-ideologische Komplex des sogenannten Kosovo-Mythos. Es geht literarisch um die epische Gestaltung der 1389 ausgetragenen Schlacht zwischen dem serbischen und dem türkischen Heer auf dem Kosovopolje, den Kosovo-Zyklus, dessen moderne deutsche Übersetzung von der serbischen Schriftstellerin Katarina Jovanovic stammt, die in Zürich gelebt hat. Darin wird in zwölf Szenen die Vorgeschichte, die Schlacht und ihr Ende in sehr freiem Umgang mit dem, was geschichtlich belegt ist, erzählt. Die tiefere Wirkung dieses Epos geht aber weniger von den geschilderten Ereignissen als von den Darstellungen menschlicher Tugenden und Schwächen aus, von seinem sinndeutenden, verinnerlichenden und normgebenden Gehalt: Treue und Verrat, Klarsicht und Verblendung, Versöhnung und Rache, Liebe und Hass, Gerechtigkeit und Willkür, Mut und Feigheit, Friedfertigkeit und Streitsucht. Sie verbinden sich zum Entwurf eines sowohl menschlichen als auch serbischen idealen Helden, aber ebenso zur Entfaltung einer menschlichen wie nationalen Selbstkritik. In nuce enthält die Dichtung eine politische Lehre und in der Form eines nationalen Anathemas expressis verbis das Gebot zu unbedingter Treue zum Serbentum:

"Wer ein Serbe ist, vom Serbenstamme,  
Seine Blutes und Geschlechts ein Serbe,  
Und er kommt zum Kampf nicht auf Kosovo,  
Der hab' niemals einen Spross vom Herzen,  
Keinen Erben, männlich nicht noch weiblich.  
Dem mög' nichts von seiner Hand geraten,  
Nicht der weisse Weizen ihm im Felde,  
Nicht gerat' die Weinfrucht ihm am Berge,  
Elend mög' sein Stamm zugrunde gehen!"

Diese und andere, im Volk von Generation zu Generation überlieferte Epik hat unter den besonderen Bedingungen des Serbentums nach Kosovo - sei es im Abwehrkampf gegen, sei es in der Abschliessung durch die türkische Herrschaft - eine uns nicht mehr vertraute Seh- und Empfindungsweise erzeugt, in welcher der zeitliche Abstand zwischen dem in der Vergangenheit Geschehenen und seiner Vergegenwärtigung aufgehoben ist. Kosovo ist für die Serben nicht einfach ein fatales historisches Faktum, nicht nach und nach zurücktretende, am Ende nichtssagende, obsolete, vielleicht noch folklorisierte Vergangenheit, sondern durch das Wort Gegenwart, Wirklichkeit, Tatsächlichkeit. Carl Spitteler hat in seiner berühmten "Standpunktrede" von 1914 mit dem Blick auf das von Österreich-Ungarn und Deutschland mit Krieg überzogene Serbien gesagt: "So herrliche epische Gesänge wie die serbischen hat seit Homers Zeiten

keine andere Nation hervorgebracht." Das ist ein grosses Wort, aber es weist mit dem Namen Homers auf den springenden Punkt: so wie in der Homerischen Dichtung das Sprechen Tun ist, so geht es im serbischen Epos durch das Wort unmittelbar, ohne zeitliche Distanz, ohne subjektive Reflexion, um das Wirkliche und Tatsächliche in der "ursprünglichen Bedeutung des 'Wortes', das der Grieche mit 'Mythos' bezeichnet hat" (Walter F. Otto). Aufsummierte erinnerte Geschichte ist so durch das Wort jederzeit Gegenwart. Auch das heutige Geschehen steht in solcher Gegenwart.

**Manfred Pohl**

## **"Konflikt" oder "Konfrontation" - Japan und die USA vor der Neudefinition ihrer Beziehungen?**

Der Golfkrieg von 1990 hat in vielfacher Hinsicht die Definitionsparameter für die Beziehungen zwischen den USA und Japan auf ein neues Niveau gehoben; die Hilfsaktionen für Somalia zu Beginn des Dezembers 1992 haben diese neue Qualität von bilateralen und multilateralen Kontakten im Verhältnis beider Staaten noch unterstrichen. Die weltgrösste Militärmacht und die gegenwärtig (Ende 1992) vielleicht leistungsfähigste Wirtschaftsmacht der Welt gleiten möglicherweise in eine weitere Konfrontationsphase über die Frage, wie Krisen international zu lösen sind. Die Frage spitzt sich auf den grundsätzlichen Gegensatz zu: Sind internationale Krisen heute mit militärischen Mitteln zu lösen? Kann militärische Gewalt bürgerkriegsartige Konfrontationen mit Kampfhandlungen aufheben?

Während im sogenannten Golfkrieg bis zu Beginn der Kämpfe die nicht-militärische Option zumindest theoretisch noch gegeben war, scheint das innere Chaos Somalias nur eine militärische Lösung zuzulassen - die Versorgung der Zivilbevölkerung ohne bewaffneten Schutz der Hilfslieferungen dürfte unmöglich sein. Die USA planen einen massiven Truppeneinsatz, andere Uno-Staaten werden sich beteiligen - nur Japan und Deutschland nicht, zumindest nicht mit Kampftruppen. Die militärische Option in Somalia ist nur auf den ersten Blick unumstritten: Der US-Botschafter in Nairobi hat nachdrücklich vor einem militärischen Engagement dort gewarnt; seiner Überzeugung nach übersteigen die finanziellen Belastungen in der Nachfolge der militärischen Operationen sowohl die Möglichkeiten der USA als auch vor allem die Möglichkeiten der Uno, wie das Beispiel Kambodscha zeige: Dort müssten jährlich zwei Milliarden US-Dollar eingesetzt werden.

Japan und die Bundesrepublik Deutschland haben inzwischen durch weitreichende innenpolitische Arrangements (Deutschland) oder sogar durch konkrete gesetzliche Massnahmen unterhalb einer Verfassungsänderung (Japan) den Einsatz eigener Soldaten für Uno-Blauhelmaktionen ermöglicht, aber beide Staaten zögern noch immer, angesichts der ablehnenden öffentlichen Mehrheitsmeinung vorbehaltlos auch die militärische Beteiligung an Uno-Aktionen durchzusetzen. Im Fall Jugoslawien wird generell argumentiert, dass militärische Optionen nicht realistisch seien; zumindest scheint kein westlicher (oder muslimischer) Staat bereit, jene massiven Truppeneinsätze zu erwägen, die allein die Kampfhandlungen beenden könnten. Für Deutschland kommt eine solche Überlegung de facto allein aufgrund der historischen Bedingungen nicht in Frage; Japan kann aufgrund seiner rechtlichen Beschränkungen kein denkbarer Akteur sein.

## **"Neue Weltordnung" der USA - kein Vorteil für Japan und Deutschland**

Aus japanischer (und deutscher) Sicht ist das System einer "neuen

Weltordnung", wie sie US-Präsident Bush vorgeschlagen hat, weder erstrebenswert noch realistisch. Nach dem Zusammenbruch des sowjetisch geprägten Sozialismus ist das ursprünglich bipolare Blocksystem mit dem Gegensatz Kapitalismus (USA und Verbündete/Nato) - Kommunismus (Sowjetunion/Warschauer Pakt) nur scheinbar in eine unipolare Ordnung mit amerikanischer Dominanz übergegangen. Auch in einer solchen Weltordnung ist das friedliche Nebeneinander der Demokratien nicht selbstverständlich, vielmehr treten jetzt ökonomische Konflikte schärfer hervor. Bereits heute ist in den Gatt-Verhandlungen erkennbar, dass die USA versuchen, aus ihrer vermeintlich dominierenden Position Japan und der Europäischen Gemeinschaft amerikanische Vorstellungen von einer zukünftigen Struktur des Welthandels aufzudrängen; das gilt besonders für den Handel mit Agrargütern: Europa wird sich den amerikanischen Vorstellungen einer "industrialisierten Landwirtschaft" in Riesenbetrieben nicht anpassen, sondern kleinere Betriebseinheiten als Teil der europäischen Kultur verteidigen; dabei wird aber die Europäische Gemeinschaft bereit sein, Zugeständnisse zu machen, das wird auch Japan tun müssen. Seltsamerweise finden sich in dieser Frage dennoch Interessenparallelitäten zwischen Japan und Deutschland, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen.

Selbst wenn man das Konzept einer amerikanisch dominierten unipolaren Weltordnung akzeptierte, bleibt es aus deutscher Sicht höchst fraglich, ob die USA wirklich über *alle* Voraussetzungen zur Weltführerschaft verfügen. Zweifellos haben die USA gegenwärtig ein deutliches militärisches Übergewicht gegenüber jeder anderen Grossmacht - oder anders: Die USA sind heute militärisch (noch) die einzige Grossmacht; weder China noch Indien verfügen zur Zeit über eine militärische Stärke, die mit den USA zu vergleichen wäre. Militärische Überlegenheit allein aber begründet heute nicht mehr den Anspruch auf eine weltweite Führungsrolle. Neben die militärischen Kräfte muss wirtschaftliche Leistungsfähigkeit treten. Hier haben die USA erkennbare Schwächen. Die USA sind nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes wieder auf die wirtschaftlichen Konfliktpotentiale in der Triade USA - Japan - Europa gestossen. Aus amerikanischer Sicht: Die USA haben zu lange auf einer weltpolitischen Position beharrt, die nur im Kalten Krieg logisch war, d.h. die westliche Führungsmacht baute ihre Militärpotentiale aus und vernachlässigte dabei teilweise die zivile Wettbewerbsfähigkeit.

Denkbare Krisen in der modernen Welt sind kaum noch mit militärischen Mitteln beizulegen, wie die jüngsten Ereignisse zeigen: Weder endete der Krieg gegen den Irak mit einem überzeugenden Sieg der Alliierten, noch kann der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien mit militärischen Mitteln beendet werden, und auch das militärische Eingreifen in Somalia ist im Ergebnis völlig unkalkulierbar. Der Krieg gegen den Irak hat gezeigt, dass die USA - und mit ihr Grossbritannien und Frankreich - zunehmend die Uno zum Instrument einer Grossmachtpolitik machen, die allein den Interessen in erster Linie einer Macht, den USA, und daneben ihren Bündnispartnern Grossbritannien und Frankreich dient. Natürlich darf ein Aggressionskrieg gegen Nachbarstaaten nicht hingenommen werden, aber diese Einstellung muss für *alle* Aggressionshandlungen gelten und nicht nur dort, wo ökonomische Interessen westlicher

Industriestaaten direkt berührt sind, also beispielsweise bei der Ölversorgung. Zynische Beobachter des Bürgerkriegs in Jugoslawien sind mit Recht der Ansicht, dass der Krieg längst beendet wäre, wenn in diesem Land vitale Wirtschaftsinteressen von Industrieländern auf dem Spiele stünden: Energische Wirtschaftssanktionen - nicht militärische Mittel - hätten alle Beteiligten längst zum Aufgeben gezwungen.

Das Beispiel Jugoslawien zeigt aber auch - wie zuvor schon der Vietnam-Krieg -, dass auch Kriege der Zukunft nicht mit High-Tech-Waffen zu gewinnen sind, sondern als bewegliche Guerilla-Kriege mehr und mehr den Einsatz modernster Waffentechnologie wirkungslos machen. Denkbare Krisenherde der Zukunft, die zu militärischen Konflikten führen könnten, werden in Regionen liegen, die solche bewegliche Kriegsführung begünstigen und die traditionellen Bedingungen militärischer Überlegenheit - also die Fähigkeit zum Einsatz von sogenannten "smart weapons" - in ihrer Bedeutung verringern.

Haben Japan und Deutschland mit ihrer Zurückhaltung bei internationalen Militäroperationen den Anspruch auf Mitsprache bei der Lösung weltpolitischer Krisen verspielt? Die Antwort ist eindeutig: keineswegs. Die Beispiele Irak, Jugoslawien und Somalia sprechen für sich; im Falle Japans liesse sich ein weiteres Beispiel nennen: Ohne die geduldige japanische Vermittlertätigkeit wäre das Kambodscha-Problem keinen Schritt einer Lösung nähergekommen, und die Bundesrepublik Deutschland hat von Anfang an in der Jugoslawien-Problematik wohl einen realistischeren Kurs vertreten als ihre Nato-, WEU- und EG-Partner. Der blutige Bürgerkrieg in Jugoslawien ist zumindest nicht auf deutsches Versagen zurückzuführen. Auch die Probleme in Südostasien sind nicht durch japanische Politik bestimmt worden.

Die USA haben also seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wieder den Faktor "militärische Macht" zu einem bestimmenden Element, zur definitorischen Grundlage von Weltführerschaft erhoben; amerikanische Staatsinstitutionen haben diese Idee aufgegriffen und genauer definiert, z.B. das Pentagon: Die Militärs der USA wollen in ihrer "Defence Planning Guidance" auch weiterhin (d.h. nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion) eine aktive Rolle der USA als alleiniger (militärischer) Supermacht; das genannte Dokument verlangt nach einer amerikanischen Rolle, die explizit auf multilaterale Strategien in einer multipolaren Welt verzichtet. Die neue Weltordnung sollte entwickelt und genügend geschützt werden, um die Interessen anderer industriell weit entwickelter Nationen zu wahren und diese davon abhalten, die Führung der USA in Frage zu stellen. Es müsse eine militärische Vorherrschaft angestrebt werden, die mögliche Konkurrenten davon abhalte, eine globale oder regionale Rolle auch nur anzustreben. Als solche Konkurrenten nennt die Pentagon-Studie logischerweise Japan, Deutschland - und Indien.<sup>13</sup>

In einer Übergangsphase von einem amtierenden US-Präsidenten (Bush) zu einem gewählten anderen Präsidenten (Clinton) ist es fast unmöglich, gültige

---

<sup>13</sup> "The Lone Ranger - Pentagon's Blueprint for the New World Order", in: The Far Eastern Economic Review, March 26, 1991, p.11.

Aussagen über die amerikanische Aussenpolitik hinsichtlich ihrer Bündnispartner ohne einen gegenwärtig erkennbaren gemeinsamen Gegner zu machen. Der erste Eindruck ist: Die Partner selbst sind diese Gegner. Deutschland erscheint aus der Sicht amerikanischer Medien jüngst wieder in einen rechtsradikalen Taumel zu verfallen (was immer an realen Argumenten und verborgenen Beweggründen hinter dieser pauschalisierenden Deutung und den willkommenen Klischees steht); Japan schickt sich aus amerikanischer Sicht an, die Vorherrschaft der USA wirtschaftlich herauszufordern, die augenblickliche Anpassungsrezession wird dabei als vorübergehend gewertet.

### **"Globale Partnerschaft" - übernimmt Clinton das Bush-Modell?**

Bei seinem Besuch in Japan im Januar 1992 hat US-Präsident Bush versucht, den absoluten Führungsanspruch der USA als alleiniger militärischer Supermacht zu mildern, indem er den Begriff der "globalen Partnerschaft" einfuhrte. Dieses Konzept ist aus japanischer Sicht ebenso verführerisch wie falsch aus der europäischen Perspektive: Die einseitige amerikanische Kooptation eines globalen "Juniorpartners" ignoriert die europäische Lage und die sich dort neu strukturierende Machtbalance: Deutschland hat wohl gegenwärtig gewaltige Probleme aus der Vereinigung zu bewältigen, aber die Lösung dieser Probleme ist eine Zeitfrage. Das "neue Europa" nach 1993 zu ignorieren, ist gleichbedeutend mit neuen Konfrontationen.

In dem Abschlusskommuniqué des Bush-Besuchs sind eine Reihe von Punkten festgeschrieben, die jede sogenannte "globale Partnerschaft" Japan-USA von Anfang an starken Spannungen aussetzen:

- Japan und die USA wollen einen engen Dialog fortführen, um eine reibungslose und effiziente Stationierung amerikanischer Truppen in Japan sicherzustellen, indem sie erkennen, dass es für die USA wichtig ist, qualifizierte ("capable"), vorne stationierte militärische Kräfte auf einem angemessenen Niveau in der Region zu unterhalten.
- Ausbau der integrierten Operationsbasis zu komplementären Verteidigungsanstrengungen als Teil der bilateralen Sicherheitsbeziehungen.

Bezeichnenderweise folgt in den übrigen Punkten die verdeckte Anerkennung von Defiziten im militärisch-industriellen Forschungsbereich, wo man sich japanisches Know-how sichern möchte:

- Japan und die USA werden Vereinbarungen zu gemeinsamer Forschung bei der Entwicklung von Raketenmotoren und Verteidigungstechnologien schliessen, darunter für Treibsysteme für Kampfmittel, in den Bereichen Keramik, Infrarot-Zielgeräte, Bekämpfung von Stahlmängeln bei Überwasser-Kampfschiffen, Entwicklung von leistungsfähigen neuen Panzerungen für Schiffe und Kampfwagen im Rahmen des bilateralen Abkommens über Verteidigungshilfe.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> "Global Partnership of Action" (full text), Kyodo News Agency, January 9, 1992, quoted in Summaries of World Broadcast (London), January 11, 1992.

Auch Clinton dürfte nicht an den Rahmenbedingungen dieser "globalen Partnerschaft" vorbeikommen; allerdings wird in Japan befürchtet, dass mit Clinton wieder einmal ein "binnenorientierter Präsident" die Regierung übernehmen könnte. In diesem Falle werden die bilateralen Handelsprobleme zwischen beiden Staaten als Hindernisse für eine solche globale Partnerschaft viel stärker in den Vordergrund treten, als das unter Bush der Fall war - trotz der Uruguay-Runde des Gatt. Clinton will sich stärker den innenpolitischen Problemen der USA widmen, wenn man seinen Wahlkampfaussagen glauben darf; auch gilt er als aussenpolitisch wenig erfahren. Er wird sich auch weiterhin mit der Frage einer Liberalisierung der japanischen Reimporte auseinandersetzen müssen; damit würde in die bilateralen amerikanisch-japanischen Beziehungen auch ein regional wirksamer Aspekt eindringen: Die japanische Weigerung, den eigenen Reismarkt zu öffnen, wird in Südkorea vehement unterstützt; Japan ist zur "agro-politischen Schutzmacht" mindestens eines der "kleinen Tiger" geworden, die anderen beobachten die Entwicklung der bilateralen Beziehungen Japan-USA mit grösster Aufmerksamkeit. Die amerikanische Drohpolitik gegenüber Japan könnte als ein Modell für die zukünftigen Beziehungen der USA zu anderen asiatischen Industrienationen gewertet werden.

Aussenpolitische "Unerfahrenheit" hat einen US-Präsidenten noch nie daran gehindert, offensive Aussenpolitik zu betreiben - gerade in Asien. Deshalb wird Japan weiter mit dem unbedingten Führungsanspruch der USA in der Region zurechtkommen müssen, mit anderen Worten: Statt eines Nachlassens aussenpolitischer Präsenz der USA in Asien ist damit zu rechnen, dass Japan viel stärker als unter Bush an seine Aufgaben im Rahmen der "globalen Partnerschaft" erinnert werden wird - zum Beispiel wenn es um die Einhaltung von Menschenrechten in Asien (und in der Welt) geht; Japan wird hier seine Zusage einlösen müssen, seine Wirtschaftshilfe stärker unter dem Aspekt der Bewertung von Partnerregimen zu vergeben. An dem japanischen Partner werden die USA ihre weitere Politik in Asien demonstrieren.

### **Die "revisionistische" Position der USA in der "neuen Weltordnung"**

Es bleibt vorläufig noch völlig offen, welche Position die neue Clinton-Regierung hinsichtlich Japans (und Europas, d.h. Deutschlands) verfolgen wird. Mit Sicherheit aber wird dabei die sogenannte "revisionistische Position" weiter von Bedeutung sein. Der "ausserpolitische" Präsident stimmte zwar z.B. in die Kritik an Japans zögernder Beteiligung am Golfkrieg ein, aber er würdigte später den erheblichen finanziellen Beitrag Japans und Deutschlands zum Gelingen der militärischen Massnahmen. Die revisionistische Position aber war dabei nie vergessen: Nicht Handelsreibereien zwischen den USA und Japan, nicht die Kriegserinnerungen und auch nicht ethnische Konflikte führen danach zu einem Kollisionskurs zwischen Japan und den USA, sondern der Anspruch auf die "Weltführerschaft". Die "neue Weltordnung" unter amerikanischer Dominanz wird nämlich nicht automatisch zu einem friedlichen Nebeneinander von Demokratien führen. Vielmehr werden eine Reihe von Grundsätzen und zwangsläufigen Entwicklungen neue Konfrontationen auslösen, denn

- die internationalen Beziehungen sind letztlich "anarchisch", jeder Staat hat seinen Eigennutz als Ziel,
- ein Rückzug der USA auf die alleinige militärische Macht darf nicht befriedigen, denn diese allein begründet keinen Führungsanspruch - auf die Dauer hängt das Überleben eines Staates von ökonomischer Leistungsfähigkeit ab,
- der Zusammenbruch der Sowjetunion lässt wieder die alte Rivalität zwischen den USA, Japan und Europa erkennen, nachdem der Kalte Krieg diesen latenten Konflikt jahrelang überdeckt hatte.<sup>15</sup>

### **US-Gegenstrategien gegen japanische Vorherrschaftsansprüche**

Die amerikanischen Vorschläge, eine scheinbar wachsende japanische Dominanz abzufangen, sind höchst riskant, denn sie betreffen in der Wirkung unmittelbar auch andere Partner der USA; daneben scheint die US-Wirtschaft gegenwärtig auch nicht in der Lage, die notwendigen Instrumente bereitzustellen. Nach "revisionistischer" Auffassung

- müssten Japan weit höhere eigene Verteidigungslasten aufgebürdet werden; das wäre durch gezielte "Löcher im (amerikanischen) Verteidigungsschirm" zu erreichen.
- müssten die USA endlich zugeben, dass der freie Welthandel eine Fiktion ist. Die amerikanischen Planer müssten vielmehr zu einer geo-ökonomischen Strategie finden, die amerikanische Interessen gegenüber Japan stärkt. Fast überflüssig zu erwähnen, dass eine solche Strategie zwangsläufig auch zum Konflikt mit anderen wichtigen Partnern der USA führt.

Die Instrumente, die für diese Ziele eingesetzt werden sollten, erscheinen überzeugend, stehen aber der amerikanischen Politik und Wirtschaft gegenwärtig nicht zur Verfügung: Es sollte kein Technologietransfer in Richtung Japan stattfinden; aber ohne einen solchen Transfer würde die weitere technologische Entwicklung auch der USA gebremst (Stichwort: "strategische Allianzen"). Auch die Beibehaltung einer "strategischen" Basis in der verarbeitenden Industrie erscheint als Wunschdenken: Die USA haben in weiten Bereichen der sogenannten "Einfachtechnologien" mit geringer Wertschöpfung schon vor vielen Jahren durch mehr oder weniger freiwilligen Verzicht auf das Angebot konkurrenzfähiger Produkte die Marktführung auf dem eigenen Binnenmarkt an Anbieter aus Südkorea, Europa - und Japan abgegeben (Beispiel: "Weisse Ware" im Küchenbereich und noch immer Personenwagen). Die weitere Forderung nach einer (administrativen) Stärkung des US-Dollars gegenüber dem japanischen Yen, um Japans Einfuhren zu verteuern und also die "terms of trade" zu verschlechtern, ist weltweit nicht zu verwirklichen.

---

<sup>15</sup> The International Herald Tribune, 6. Januar 1992.



## **Eine andere "neue Weltordnung"**

Die heftige Kritik aus den USA, aus Grossbritannien und Frankreich an der zögernden Haltung Japans und Deutschlands, sich direkt an militärischen Einsätzen im Golfkrieg zu beteiligen, war emotional und völlig unbegründet. Deutschland und Japan haben konsequent im Rahmen ihrer Verfassungen gehandelt, die eindeutig den Einsatz ihrer Soldaten ausserhalb der Gebiete ihrer jeweiligen Bündnissysteme verbieten. Nicht zuletzt die westlichen Alliierten selbst haben entscheidend dazu beigetragen, dass die japanische und die deutsche Verfassung nach 1945 die Grundsätze einer friedlichen Aussenpolitik festlegten. Unter dieser Voraussetzung war es widersinnig, von den beiden Ländern ein militärisches Eingreifen - in welcher Form auch immer - zu fordern. Früher wurden Japan und Deutschland von ihren Nachbarn sofort heftig kritisiert, wenn es den Anschein hatte, dass sie stärker rüsteten; während des Golfkrieges aber wurden beide Länder genau von diesen Nachbarn angegriffen, weil sie sich konsequent verfassungskonform verhielten.

Theoretisch mag eine Beteiligung an Uno-Aktionen gegen einen Aggressor im Rahmen der deutschen und japanischen Verfassung denkbar gewesen sein, aber gerade der Golfkrieg wirft die Frage auf: Handelte es sich überhaupt um eine echte Uno-Aktion? Meiner Auffassung nach nicht: Die USA und ihre militärischen Verbündeten handelten im Auftrag der Uno, aber nicht als Uno-Verbände; der Golfkrieg war ein bedenkliches Beispiel dafür, dass die USA die Weltorganisation für eigene Grossmachtinteressen instrumentalisieren. Daran dürfen Staaten wie Japan und Deutschland nicht mitwirken.

Die Reaktionen der USA und ihrer militärischen Verbündeten gegenüber Japan und Deutschland hat eine Reihe von Erkenntnissen in diesen beiden Ländern ausgelöst, die zur Grundlage einer neuen Orientierung in der Aussenpolitik Japans und Deutschlands werden musste. Diese Neuorientierung liesse sich in einem Satz zusammenfassen: An die Stelle einer unipolaren Weltordnung mit Dominanz durch eine Supermacht, die sich allein auf militärische Potentiale stützt und nicht vorwiegend auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, muss eine multipolare Konstruktion treten, in der wirtschaftliche hochleistungsfähige mittelgrosse Mächte wie Japan (und Deutschland - oder Europa?) eine führende Position einnehmen müssen. Der Aufbau einer solchen Weltordnung ist zu einem vordringlichen Ziel japanischer Aussenpolitik geworden, ausgedrückt in einer Grundforderung: ein ständiger Sitz für Japan im Uno-Sicherheitsrat.

Anders als Deutschland hat die japanische Aussenpolitik immer ein unscharfes Profil im Schatten der USA gesucht. Die BRD war das Frontland des Kalten Krieges mit langen Landgrenzen zu den früheren sozialistischen Staaten, es musste mit einem unmittelbaren "deutschen" Nachbarn DDR leben, der sich zum brutalen Musterschüler sowjetischer Grossmachtpolitik entwickelt hatte. Schliesslich war die BRD sowohl wichtiger Bündnispartner in einem multilateralen Militärpakt (Nato), als auch zugleich das erwartete Schlachtfeld jedes denkbaren militärischen Konfliktes zwischen Ost und West in Europa. Eine aktiv gestaltende Aussenpolitik war (und ist) für Deutschland unverzichtbar; nur durch die grundsätzliche Einigkeit zwischen Regierung und

Opposition war die deutsche Ostpolitik möglich, die die Grundlage für die Vereinigung gelegt hat. Zweifellos ist diese Einigung ohne das politische Nachgeben Russlands unter Gorbatschow nicht vorstellbar, aber diese Haltung wurde wiederum nur möglich, weil die deutsche Aussenpolitik zwei Instrumente einsetzte, die kennzeichnend für ihre aussenpolitische Dynamik sind: Förderung der aussenwirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern des ehemaligen Ostblocks (Comecon) und konsequente Eigenständigkeit gegenüber Interessen der eigenen Bündnispartner. Die deutsche Aussenpolitik hat es dabei in Kauf genommen, als unsicherer Verbündeter kritisiert zu werden und in den Verdacht von Neutralitätsbestrebungen zu geraten.

Gemessen daran hat es die japanische Aussenpolitik bisher an Dynamik fehlen lassen, vielmehr haben sich japanische Regierungen in der Vergangenheit in einen exzessiven Bilateralismus mit den USA hineinziehen lassen, der jahrelang eine autonome japanische Aussenpolitik blockierte. Präsident Bushs sogenannte "globale Partnerschaft" war dann kein natürliches Zusammengehen zweier pazifischer Partner, sondern liess sich als Abwehrkoalition gegen europäische Konkurrenz werten. Letztlich ist die "globale Partnerschaft" von den USA mit wirtschaftlichen Drohungen erzwungen worden, sie ist im Grunde ein Zeichen amerikanischer Wirtschaftsschwäche. Mit dieser Regelung haben die USA aber auch eine mögliche Konfrontation mit der Europäischen Gemeinschaft bewirkt, die ebenfalls die exklusive Partnerschaft USA - Japan kritisiert: "Managed trade" in bilateralen Abkommen zwischen den USA und Japan wird als Diskriminierung gegen Europa gewertet. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft aber spielt Deutschland eine zentrale Rolle, auch wenn Frankreich oder Grossbritannien gern den Eindruck politischer Führung in der Staatengruppe erwecken wollen. Wieder zeigt es sich: Militärisches Potential wie in Frankreich und Grossbritannien definiert auch in Europa keine Führungsrolle, sondern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist entscheidend.

Damit ist die Bewertung auf die aussenwirtschaftliche Ebene geschoben: Die Bedingungen japanischer Sicherheitspolitik, das bilaterale Bündnis mit den USA, berauben Japan eines Teils seiner aussenwirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Amerikanischer Druck führt zu stärkeren Rüstungsanstrengungen Japans und löst damit Besorgnisse in den Nachbarstaaten aus. Eine schleichende Aushöhlung des Sicherheitsvertrages mit den USA durch mehr militärische Aufgaben für Japan wird in Südostasien und in China als gefährlich angesehen, denn in seiner bestehenden Form funktioniert der Sicherheitsvertrag auch als Kontrollinstrument japanischer Rüstungsanstrengungen.

### **Japan: Regionale Ordnungsmacht ohne Militärpotential - Ein Gegengewicht zu den USA?**

Vergleichbar mit der deutschen Position in der Europäischen Gemeinschaft und in der Nato bzw. auch der KSZE kann man zukünftig mit einer dynamischen Rolle Japans als zweiter regionaler Ordnungsmacht im pazifischen Raum rechnen. Ohne die amerikanische Militärpräsenz in Asien und damit einen entscheidenden Einfluss der USA in Frage zu stellen, muss der

überwiegend militärisch begründeten Ordnungsrolle der USA das japanische Steuerungsinstrument wirtschaftlichen Engagements an die Seite gestellt werden; Japan muss neben den USA zur gleichberechtigten Ordnungsmacht in Asien werden. Japanische Direktinvestitionen und japanische Wirtschaftshilfe sind zur sichersten Garantie für politische Stabilität in Asien geworden. Japan und Deutschland sind vor vergleichbare Aufgaben gestellt: Sie müssen energisch dazu beitragen, dass mächtige Nachbarländer, die sich im politischen Umbruch befinden bzw. wo ein solcher Umbruch zu erwarten ist, stabilisiert werden: Deutschland wird weiter Russland helfen, Japan muss China berechenbar halten und durch Kooperation die wirtschaftliche Modernisierung vorantreiben, die dann unvermeidlich auch in politische Modernisierung umschlagen wird, also in Liberalisierung im Inneren. Wie Deutschland den Nachbarn Russland in das "europäische Haus" bringen muss, so wird Japan durch enge Wirtschaftsbeziehungen zu China den Nachbarn in eine asiatische Staatengemeinschaft führen müssen; nur so ist ein späterer Hegemonieanspruch Chinas zu vermeiden. In allen Äusserungen chinesischer Politiker wird deutlich, dass China ein militärisch starkes Japan nicht akzeptieren wird.

### **Japan und die USA aus der Sicht anderer asiatischer Staaten**

Zweifel an der amerikanischen Bereitschaft - und Fähigkeit -, die Präsenz in Asien weiterhin beizubehalten und zu stärken, lösen in Asien die Sorge aus, dass sich Japan und China in eine Art Wettrüsten hineinsteigern könnten, nachdem die sowjetische Bedrohung verschwunden ist. Ohne wirksame amerikanische Kontrolle über mögliche japanische Rüstungspläne und die nordkoreanischen Kernwaffenabenteuer wird eine Periode der sicherheitspolitischen Unwägbarkeit erwartet. Sinkende amerikanische Präsenz könnte vergleichsweise stärkere asiatische Nationen wie Japan und China dazu verleiten, ein solches Vakuum zu füllen, befürchtete der indonesische Generalstabschef Try Sutrisno. Der General rechnet damit, dass China in den nächsten zehn Jahren zunehmend ökonomischen und militärischen Einfluss in Asien gewinnen wird. Auch singapurische Beobachter gehen davon aus, dass die südostasiatischen Staaten sich auf Hegemonieansprüche Japans oder Chinas einstellen müssen. Die grösste Gefahr wird dabei von einer möglichen Rivalität zwischen Japan und China ausgelöst, wenn die gegenwärtige Phase bilateraler Kooperation die ökonomische Notwendigkeit verliert. Beide Staaten betrachten die Rüstungsanstrengungen der jeweils anderen Seite mit grösstem Misstrauen, wobei China sich sorgt, dass Japan angesichts einer vermuteten nordkoreanischen Nuklearbedrohung ebenfalls nuklear rüsten könnte. Beide Staaten wollen um jeden Preis verhindern, dass der andere Partner einen militärischen Vorteil "herausrüstet". Ein Vertreter der amerikanischen Rand Corporation verwies auf Schätzungen, wonach China in den vergangenen drei Jahren die Militärausgaben um jeweils zehn Prozent gesteigert habe; militärische Spitzentechnologie werde dabei nach dem Zerfall der Sowjetunion von Russland erworben. Die Staaten des Westpazifik sind sich darüber einig, dass die US-Präsenz in der Region um jeden Preis erhalten werden muss, um ein Gegengewicht zu schaffen.

Der ehemalige singapurische Uno-Botschafter und jetzige Direktor des

Institute of Policy Studies (Singapur) warnte in einem Beitrag für die "International Herald Tribune" vor einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den USA und Japan; ein Umschwung von Wettbewerb zu Konflikt der beiden wirtschaftlichen Supermächte hätte besonders für Asien verhängnisvolle Konsequenzen:

- Wenn Japan sich bei verschlechterten Beziehungen zu den USA gezwungen sähe, auf den Schutz durch die US-Nuklearpotentiale zu verzichten und zu einer selbständigen Militärmacht werden, würde diese Entwicklung die gesamte Region destabilisieren.
- Andererseits kritisieren japanische Nachbarstaaten die Politik der USA, Japan zu weiteren eigenen Rüstungsanstrengungen zu drängen; Korea, China oder die Philippinen werden Japan nicht als "Polizisten Asiens" (Koh) akzeptieren.

Aufgabe z.B. der Asean-Staaten muss es sein, daran mitzuwirken, die Spannungen zwischen den USA und Japan abzubauen. Japan muss endlich von seiner Zwangsvorstellung Abschied nehmen, ein "armes, bedrohtes Land" zu sein; das protektionistische Gedankengut, ausgedrückt durch nichttarifäre Handelshemmnisse, muss aufgegeben werden. Die USA ihrerseits müssen ihr Haushaltsdefizit abbauen, sie müssen damit aufhören, über ihre Verhältnisse zu leben, die Sparrate erhöhen, die Investitionen steigern und die grundlegende Schulausbildung entscheidend verbessern. Bisher scheinen die USA noch nicht das ganze Ausmass ihrer ökonomischen Probleme erkannt zu haben.

Eine Lösung für die insgesamt tendenziell noch instabile Sicherheitslage in Asien ist die Schaffung einer multilateralen Organisation wie der KSZE in Europa; eine solche Organisation würde die Asean-Staaten, Japan, die USA, China, Russland, Indien und andere Länder der Region umfassen. Koh erkennt, dass die USA einer KSZE-artigen Organisation in Asien skeptisch gegenüberstehen, aber er hält ihnen vor, dass sie kein anderes sicherheitspolitisches Konzept entwickelt haben. Gegen Bedenken, dass eine solche Organisation erst ins Leben gerufen werden könne, wenn verschiedene subregionale Konflikte - z.B. auf der koreanischen Halbinsel - gelöst sind, argumentiert Koh, dass die KSZE in Europa vor dem Ende des Kalten Krieges gegründet worden sei. In Asien könne man bestehende Konsultativorgane wie das jährliche Asean-Aussenministertreffen mit den Dialogpartnern nutzen, um Schritt für Schritt ein Dialogforum zur Sicherheitspolitik aufzubauen.

Die Einschätzung Kohs wird in anderen asiatischen Ländern geteilt. Die wachsenden Ressentiments in den USA über den stetig steigenden japanischen Handelsbilanzüberschuss, der Zerfall der Sowjetunion mit dem Aufstieg Russlands und erkennbarer Kompromissbereitschaft in der Kurilenfrage lassen die Bedeutung der strategischen Partnerschaft zwischen Japan und den USA verblassen. Der bilaterale Sicherheitsvertrag hat entscheidend zur Stabilität in Asien beigetragen; das Ende der sowjetischen Bedrohung macht es nach Einschätzung des japanischen Aussenministeriums immer schwieriger, in der Öffentlichkeit des Landes die Notwendigkeit dieses Vertrages zu verdeutlichen. Indonesien wie auch Singapur befürchten, dass jetzt die Einschränkungen bei den Rüstungsanstrengungen Japans, die als Folge des Vertrages gelten

konnten, zunehmend wegfallen und Japan wieder aufzurüsten beginnt - paradoxerweise auch unter amerikanischem Druck. Amerikanische Truppenpräsenz in Asien ist nötig, damit Japan nicht einem stets vorhandenen Verwundbarkeitsdenken unterliegt, z.B. beim Schutz seiner Seerouten. Ohne amerikanische Präsenz wären etwa japanische Tanker ungeschützt - Japan könnte seine Flottenstärke ausbauen und damit wiederum bei anderen pazifisch-asiatischen Staaten neue Bedrohungsgefühle auslösen. In Malaysia, Indonesien und Singapur vertreten Politiker die Auffassung, dass der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag nach dem Ende des Kalten Krieges dazu dienen müsse, im pazifischen Raum ein "Klima der Nichtbedrohung" zu sichern, in dem kein Staat einen anderen bedroht.

### **Neue Formeln für Sicherheitspolitik in Japan ?**

Der ehemalige Generalsekretär der japanischen Regierungspartei (LDP) Ozawa Ichiro, ein überaus ehrgeiziger Politiker mit Anspruch auf die Macht, hat Anfang 1991 einen Profilierungscoup gelandet: Als Vorsitzender des Sonderausschusses in der LDP zur Erörterung der "Rolle Japans in einer globalen Gesellschaft" (Kokusai shakai ni okeru Nihon no yakuwari) konnte er einen Entwurf vorstellen, der die japanische Sicherheitspolitik radikal neu definiert. Der Sonderausschuss war noch im Juni 1991 von dem damaligen Regierungs- und Parteichef Kaifu eingesetzt worden.<sup>16</sup> Die wesentlichen Punkte des Entwurfs:

- In der japanischen Bevölkerung hat sich die Formel festgesetzt "Frieden entspricht Demilitarisierung"; dadurch ist Japan in eine Position des "unilateralen Pazifismus" geraten. Die zunehmenden Forderungen aus den USA, mehr Eigenleistungen für die Verteidigung zu erbringen und auch international als wirtschaftliche Supermacht stärker Einfluss auszuüben bzw. sich an internationalen Operationen auch mit Personal zu beteiligen, haben einen Umdenkprozess in der Sicherheitspolitik ausgelöst. Der Golfkrieg hat gezeigt, wie stark die emotionalen und rechtlichen Beschränkungen für eine solche stärkere Rolle Japans in der Welt sind. Zugleich ist die japanische "Scheckbuch-Diplomatie" massiv angegriffen worden.
- Der Entwurf stellt aufgrund der Erfahrungen aus dem Golfkrieg fest, dass es Zeiten gibt, in denen die Weltgemeinschaft gegen einen Tyrannen und Aggressor aufstehen und ihn in die Schranken weisen muss; die Verweigerung, an solchen Aktionen teilzunehmen, bedeutet eine stillschweigende Billigung von Tyrannei.
- Japan muss bereit sein, bei Friedensaktionen "auch etwas Blut zu vergießen", eine aktive Kooperation mit der Uno bei nicht-militärischen Aktionen versteht sich ohnehin von selbst. Die übliche Interpretation des Artikels 9 ("Kriegsverzichtsartikel") gilt nicht mehr, so die Ozawa-Kommission, wenn japanische Truppen unter Uno-Kommando im Rahmen des Artikels 43 der Uno-Charta im Ausland eingesetzt werden. Bisher lehnte die

---

<sup>16</sup> Tokyo shimbun, January 22, 1992.

gängige japanische Rechtslehre stets ein Recht auf kollektive Verteidigung ab, aber das Konzept "internationale Sicherheit" der Uno-Charta müsste eine Neuinterpretation des Artikels 9 möglich machen.

Massiver Widerstand gegen die Denkanstöße Ozawas - und mehr sind es gegenwärtig nicht - formierte sich in den unterschiedlichsten Lagern: Das Büro für Gesetzgebungsfragen beim Kabinett (zuständig für die Überprüfung aller Gesetzesentwürfe auf Konformität mit bestehendem Recht) hat sich entschieden gegen die neue Interpretation der Verfassung ausgesprochen, und auch der Verteidigungsminister, Miyashita Sohei, macht klar: "Die Self Defense Forces (SDF) sind auf der Grundlage des Artikels 9 zur individuellen (!) Selbstverteidigung aufgestellt worden, die Anstrengungen, die in die Aufstellung investiert wurden, müssen respektiert werden. In diesem Rahmen sind auch Uno-Friedenssicherungsoperationen vorstellbar. Ich begründe die Idee internationaler Sicherheit als Argument, doch glaube ich nicht, dass diese Interpretation angesichts der globalen Lage aufrecht erhalten werden kann." Auch der LDP-Ausschuss für Verfassungsfragen hat sich entschieden gegen eine neue Interpretation der Verfassung ausgesprochen. Widerstand seitens der sozialistischen Oppositionspartei SDPJ und der buddhistischen Komeito war zu erwarten; dagegen haben die Sozialdemokraten DSP vorsichtige Unterstützung signalisiert.

Entscheidend für eine Bewertung des Vorstosses, den Ozawa offenbar mit gezielter Einbeziehung aller Kritiken begonnen hat, ist die Tatsache, dass Ozawa zur Gruppe der "Revisionisten" in der LDP gehört, also jener Gruppe, die eine Änderung besonders des Artikels 9 in der japanischen Verfassung anstrebt. Das wird auch in dem Entwurf Ozawas vorausgesetzt, wobei er an eine Ergänzung des Art. 9 durch einen dritten Absatz denkt, in dem ausdrücklich eine Beteiligung japanischer Verbände an Uno-Aktionen erlaubt wird. Aber Ozawa geht noch über diese Änderung hinaus: "Eine Verfassungsänderung sollte nicht auf den Artikel 9 beschränkt bleiben. Es gibt viele andere Gebiete, die Handeln erfordern. Aber man sollte nicht davon ausgehen, dass Japan nicht ohne Verfassungsänderung an internationalen Operationen teilnehmen könnte; der Geist dieses Dokuments verlangt geradezu, dass Japan international kooperiert. Artikel 9 stellt fest, dass das japanische Volk für immer auf den Krieg als das souveräne Recht einer Nation sowie auf Androhung von Gewalt oder den Einsatz von Gewalt zur Lösung internationaler Konflikte verzichtet. Vielleicht sollte eine weitere Klausel an den Artikel 9 angefügt werden, in der z.B. festgelegt wird, dass dieses nicht für die Entsendung von Truppen in das Ausland zum Zweck der Uno-Kooperation gilt. Das würde sicher dazu beitragen, die Situation zu klären. Aber selbst das ist, denke ich, unnötig. Das Konzept voller Kooperation mit internationalen Organisationen wie der Uno liegt mit der ursprünglichen Ideologie der Verfassung auf einer Linie. Die Idee der Bereitstellung von Personal zum Beispiel. Es gibt viele verschiedene Arten von Personal." Und dann betont Ozawa gelassen, dass dazu selbstverständlich auch Kampftruppen gehörten. Japanische Truppen müssten bei der Lösung internationaler Konflikte beteiligt werden können. Ozawa rechnet fest damit, dass bald auch die Bevölkerung diese Notwendigkeit einsieht, es bleibe aber noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Denn die Vorschläge Ozawas sind

gegenwärtig nicht mehrheitsfähig, und er selbst durchläuft gerade einen "Karriereknick", aber die Diskussion ist eröffnet. Eine Verfestigung weltweiter Handelsblöcke wie der NAFTA und der EG wird auch in Japan wieder die Frage nach einer Überprüfung des Konzepts "umfassender Sicherheitspolitik" - also unter gezielter Einbeziehung enger Handels- und Investitionsbeziehungen zu potentiellen Gegnerstaaten - aufwerfen. Der exzessive Bilateralismus mit den USA als Grundlage japanischer Sicherheitspolitik wird unter Clinton von einer neuen japanischen Regierung vielleicht in Frage gestellt werden.

**Ernst-Otto Czempiel**

## **Japans Rolle in einer neuen pazifischen Ordnung**

Das Ende des Ost-West-Konfliktes, die Auflösung der Sowjetunion, das Erlöschen des Kommunismus als alternative Herrschaftsorganisation, die Auflösung der Sowjetunion insgesamt, haben das asiatische Subsystem dreifach beeinflusst.

Das Ende des Ost-West-Konfliktes hob die Teilung Asiens in Anhänger der USA und der Sowjetunion auf, neutralisierte den damit verbundenen Einfluss der beiden Supermächte und profilierte die Eigenständigkeit der regionalen Mächte. An die Stelle, die auch in Asien die beherrschende Systemstruktur gewesen war, ist jetzt eine Polyarchie getreten, die sich mit Multipolarität paart. Polyarchie in dem Sinne, dass es eben nicht mehr zwei Lager gibt, sondern die einzelnen Staaten in einer neu zu bestimmenden Position. Multipolarität bedeutet, dass es jetzt nicht mehr nur den Ost-West-Konflikt gibt, sondern eine Fülle von regionalen, lokalen, nationalen und internationalen Konflikten. Die Auflösung der Sowjetunion hat zu dieser Veränderung weiter dadurch beigetragen, dass sie die von ihr ausgehende militärische Bedrohung der nichtkommunistischen asiatischen Staaten beseitigt hat. Gleichzeitig hat die Auflösung der Sowjetunion ein Machtvakuum geschaffen.

Dadurch verändert sich auch in Asien die Bedeutung des Sachbereichs der Sicherheit. Sie wurde einerseits drastisch reduziert und gab ihren bisherigen Vorrang an den Sachbereich der wirtschaftlichen Wohlfahrt ab, der auch in Asien auf absehbare Zeit die internationale wie die nationale Politik der Staaten dominieren wird. Mit der Frage, wer das vom Ende der Sowjetunion hinterlassene militärische Machtvakuum auffüllen wird, bleibt freilich der politische Sachbereich der Sicherheit latent sensibel.

Der Sachbereich der Herrschaft hat sich ebenfalls verändert. Die faktische Eliminierung des Kommunismus als lebensfähige oder gar attraktive Alternative hat der westlich-liberalen Herrschaftsordnung einen demonstrativen Sieg beschert, aber natürlich deren Durchsetzung nicht ohne weiteres gesichert. Die Situation im Sachbereich der Herrschaft ist in Asien ganz anders als in Europa. Die demokratischen Strukturen sind bei weitem nicht so vorgebildet, wie sie in Osteuropa und auch in einigen Teilen der GUS zweifellos bereits vorgebildet worden waren. Nichtsdestoweniger ist der Kommunismus als die von der Sowjetunion angebotene, von China praktizierte, in Indochina weitgehend akzeptierte Alternative zur liberalen Herrschaftsform nicht mehr existent oder nur noch in bestimmten Nischen. Ich zähle auch China zu diesen Nischen. China ist in seiner internen Verfassung bei weitem nicht mehr so kommunistisch, wie es nach aussen durch die noch immer herrschende Parteilite gerne dargestellt wird.

Für die neue Figur der Machtverteilung im asiatisch-pazifischen Raum bildet zweifellos die Auflösung der Sowjetunion das entscheidende Ereignis. Obwohl Russland im Besitz der meisten Nuklearwaffen ist, will und kann Russland das



Erbe der Sowjetunion nicht antreten. Das militärische Machtpotential dieses Staates existiert nicht mehr. Es kann in absehbarer Zukunft nicht restauriert werden, so dass wir an seiner Stelle das schon erwähnte entsprechend grosse Machtvakuum zu registrieren haben.

Damit habe ich, wenn auch nur in ganz groben Strichen natürlich, die Machtfigur beschrieben, in der die Aussenpolitik Japans zu analysieren sein wird. Asien, von den USA in einer Koalition gegen die Sowjetunion, gegen China und Vietnam zusammengehalten, befindet sich auf dem Weg in eine neue Struktur. Die alte, von den USA hegemonial gestaltete Struktur bildet sich zurück, eine neue ist in der Entwicklung. Wie sie aussehen wird, weiss heute noch niemand. Die Prozesse sind erst am Beginn ihrer Entwicklung. Zu fragen ist, wie sich Japan in der sich entwickelnden neuen Struktur bewegen und einbetten wird.

Wir befinden uns am Anfang eines solchen Prozesses, und das heisst, wir können die Linien nur mit grosser Behutsamkeit und Vorsicht ziehen. Der Anfang dieses Prozesses ist dadurch gekennzeichnet, dass noch immer die alten Strukturen sich fortgeschrieben haben, auch fortgesetzt werden durch die Politik der Staaten. Das bedeutet konkret, auf Japan bezogen, dass die japanische Politik im Moment noch immer zurückgehalten wird durch die enge japanisch-amerikanische Kooperation, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine kontinuierliche Struktur im asiatischen Raum gebildet hat. Die amerikanisch-japanische Zusammenarbeit ist gerade auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik nach wie vor ausserordentlich eng, funktioniert hervorragend und wird auf absehbare Zeit auch im Bereich der militärischen Sicherheit weiter gut funktionieren. Diese sicherheitspolitische Zusammenarbeit hat seit dem Vertrag von 1960 mehrere Phasen durchlaufen. Es ist dabei wichtig, festzustellen, dass die beiden hauptsächlichen Regelungen, die dieser Vertrag geschaffen hat, nämlich im Artikel 5 den Schutz Japans durch die USA und im Artikel 6 Stationierungsrechte für amerikanische Truppen auf japanischem Boden, nach wie vor in Kraft sind. Sie strukturieren das amerikanisch-japanische Verhältnis, wenn sich auch intern bestimmte Verschiebungen ergeben haben. Die wichtigsten Verschiebungen liegen im 'burden sharing'. Japan hat immer schon die Kosten für die Stationierung amerikanischer Truppen in grossen Anteilen getragen. Seit dem 20. Dezember 1990 trägt Japan diese Kosten vollständig. Es hätte nicht viel gefehlt, und Japan hätte auch noch den Sold der amerikanischen Soldaten bezahlt. Dies ist viel diskutiert worden, bis der amerikanische Kongress und auch das amerikanische Verteidigungsministerium sagten, dies verträge sich schlecht mit der amerikanischen Unabhängigkeit. So wird also der Sold der amerikanischen Soldaten nach wie vor von Amerika, aber alles andere von Japan bezahlt. Es ist heute für die amerikanische Marine wie auch für die amerikanische Luftwaffe billiger, sich in Japan aufzuhalten als irgendwo in Kalifornien.

Diese Struktur, insbesondere also der Artikel 5 mit der Schutzgarantie der USA für Japan, hat die japanische Position in den vergangenen Jahrzehnten so eindeutig definiert, dass Japan den berühmten Artikel 9 seiner Verfassung, der eine Absage an die militärische Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele, eine Absage an die Tradition eines stehenden Heeres, eine Absage sogar an das

Kriegsführungsrecht der Staaten ist, beibehalten und auch in seinem politischen Bewusstsein aktiv weiter bewahren konnte. Zwar haben sich die Dinge inzwischen etwas geändert; Japan hat sich eine Wehrmacht zugelegt, die aber unter dem etwas verschämten Titel der "Selbstverteidigungskräfte" bis 1980 einigermaßen begrenzt blieb. Erst der amerikanische Präsident Reagan hat die Japaner veranlasst, hier mehr zu tun. Reagan verlangte von Japan, die Beschränkung der Rüstungsausgaben auf maximal 1 Prozent des Bruttosozialprodukts aufzugeben und die Verteidigung des Inselreiches in einem Umkreis von 1000 nautischen Meilen zu übernehmen. Das hat Japan auch gemacht, nichtsdestoweniger aber die Beschränkung auf 1 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Rüstungsausgaben beibehalten. Da aber Japan ausserordentlich reich ist, hatte es 1991 ein Rüstungsbudget von 4,3 Billionen Yen, das seiner Höhe nach nur noch hinter dem der USA zurückblieb. Zu registrieren ist auch, dass inzwischen die japanische Industrie erneut ihr Interesse an der Rüstungsproduktion entdeckt hat, auf die inzwischen 26 bis 28 Prozent des Verteidigungsbudgets entfallen. Ich nenne diese Zahl, um darauf aufmerksam zu machen, dass unter der Schale der militärischen Beschränkung, die gerade auch von der japanischen Öffentlichkeit nach wie vor akzeptiert und thematisiert wird, sich inzwischen doch ein militärischer Komplex herausgebildet hat, der allein von seiner Dimension her Achtung erfahren muss. Japan verfügte trotz der Beschränkung auf 1 Prozent des BSP 1991 über das grösste Rüstungsbudget in Asien. 1990 gab Japan 16,3 Milliarden Dollar aus. China gab 5,6 Milliarden Dollar aus, Indien 8,5, Indonesien eine Milliarde. Aus der Relation kann man erkennen, dass die Japaner, obwohl sie, gemessen am Prozentsatz ihres BSP, am wenigsten für ihre Rüstung aufwenden, nämlich nur 1 Prozent, in absoluten monetären Grössen einen ausserordentlich beachtlichen militärischen Aufwand betreiben. Er steckt im wesentlichen in ihrer militärischen Technik. Wenn man sich das Streitkräftepotential ansieht, sehen die Zahlen ganz anders aus. Hier ist China 1990 mit 3 Millionen Mann verzeichnet, Indien mit 1,2 Millionen, Japan mit 249.000.

Man findet also, wenn man bei der sicherheitspolitischen Seite verweilt, dass Japan im Zuge der letzten Jahre des Kalten Krieges ein doch beträchtliches Rüstungspotential aufgebaut hat. Dem wird zwar das Militärpotential nicht ganz gerecht, doch hat es überall in Asien erhebliche Aufmerksamkeit erfahren. Nachdem jetzt die Sowjetunion als Bedrohungsfaktor nicht mehr existiert und die Militärmacht Chinas an der geringen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieses Landes seine Grenze findet, wächst in Asien die Sorge vor einer erneuten militärischen Potenz Japans. Diese Sorge ist so gross geworden, dass sie inzwischen auch von den USA geteilt wird. Im Pentagon wird offen davon gesprochen, dass es jetzt darauf ankomme zu verhindern, dass der Anstieg der japanischen Rüstung in dem Masse weitergeht, dass Japan sich eine 'power projection'-Fähigkeit zulegt. Im Pentagon wird ebenso offen darüber gesprochen, dass eine Funktion der amerikanischen Truppen auf japanischem Boden auch darin besteht, die Hand auf die japanische militärische Macht zu halten.

Das Ende des Kalten Krieges und vor allen Dingen die Auflösung der Sowjetunion - dieses möchte ich immer auseinanderhalten, es sind zwei unterschiedliche Ereignisse, die zwar miteinander zu tun, aber durchaus unterschiedliche

Wirkungen haben - sind für Asien die entscheidenden Faktoren. Dadurch hat sich die Funktion der amerikanischen Truppen auf japanischem Boden verändert. Nicht nur weil die USA, wie gesagt, ihre Hand jetzt auf die von ihnen selbst erzeugte japanische Rüstung legen wollen. Amerikanische Truppen dienen in den Augen Japans, aber auch in den Augen der japanischen Umwelt, also der asiatischen Staaten, als Bonitätsausweis für Japan. Solange die USA ihre Truppen in Japan unterhalten, sagt man in Asien, brauchen wir auch keine Angst vor Japan zu haben.

Statt Japan zu schützen, was nicht mehr erforderlich ist, verleihen die amerikanischen Truppen dem Wort Japans, dass es nicht wieder eine grosse Militärmacht werden wolle, internationale Glaubwürdigkeit und modifizieren auf diese Weise ein Problem, das zum Hauptproblem des asiatischen Mächtesystems zu werden droht: die Macht Japans. Dieses Problem wird sich vergrössern, da eine Verminderung der amerikanischen Militärpräsenz in Japan absehbar ist. Zwar werden die USA ihre Truppen nicht abziehen, aber sie werden sie reduzieren. Der stellvertretende Aussenminister hat im Februar 1992 ausdrücklich gesagt: "Wir werden in Japan bleiben, aber nicht in der Grössenordnung, in der wir gegenwärtig dort anwesend sind." In diesem Moment also wird das japanische Militärpotential zum Hauptproblem des asiatischen Mächtesystems werden, und zwar unabhängig davon, welche Absichten die Japaner mit diesem Militärpotential verbinden.

Durch das Ende der Sowjetunion und infolge dieser Veränderung relativ gross erscheinenden Kapazität Japans haben sich die Beziehungen Japans zu seinen asiatischen Nachbarn wieder so sensibilisiert, wie man das nach den vergangenen vierzig Jahren nicht für möglich gehalten hat und wie es in den letzten vier Jahrzehnten auch zweifellos nicht der Fall war. Ganz egal, was Japan beabsichtigt - und die Japaner beabsichtigen in der Tat nicht, eine grosse militärische Macht zu werden -, ganz gleichgültig, wie in Tokyo über den Einsatz oder Nichteinsatz des japanischen Militärpotentials gedacht wird: Aus der Perspektive der asiatischen Nachbarn Japans ist das existierende Militärpotential der Japaner das Hauptproblem. Japan ist längst zur politischen Hauptmacht Asiens herangereift.

Im asiatisch-pazifischen Raum ist Japan die dominierende Macht. Japan vergibt dort zweimal soviel Auslandhilfe wie die USA, insbesondere in China, in Indonesien und auf den Philippinen. Das Rettungsprogramm für die philippinische Wirtschaft hätte gar nicht gestartet werden können, wenn nicht Japan die Hauptlast davon getragen hätte. Nimmt man noch die japanischen Investitionen hinzu, so ist Japan in der Tat zur politischen und wirtschaftlichen Hauptmacht im asiatischen Raum geworden. Die asiatischen Staaten erkennen diese Vor- oder Hauptmachtstellung Japans sehr wohl an, machen aber von der praktisch-politischen Ausgestaltung dieser Beziehungen bisher keinen besonderen Gebrauch. Es zeigt sich nämlich jetzt, nachdem die Gemeinsamkeit der antikommunistischen und antisowjetischen Allianz zerfallen ist, dass Japan in den Augen seiner asiatischen Nachbarn bei weitem nicht den Grad der Akzeptanz erfährt, den die Bundesrepublik etwa in Europa geniesst. Der Grund dafür ist einfach: Japan hat seine Vergangenheit im Zweiten Weltkrieg und davor nicht aufgearbeitet. Japan hat sich nie zur Frage der Kriegsschuld

geäussert. Japan hat mit äusserster Zurückhaltung nur die geringsten Kriegsfolgenregelungen mit den von ihm besetzten Ländern betrieben und hat sich im übrigen bis heute eigentlich nicht dazu bekannt, dass es am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und an den zahllosen Greueln, die von japanischen Soldaten in Asien verübt wurden, schuld gewesen sei. Es gibt erst unter der Regierung Miazawa und unter der Regentschaft des neuen Kaisers ganz vorsichtige und ausserordentlich zurückhaltende Bemerkungen über den Anteil japanischer Schuld an der Kriegsmisere in Asien.

Das hat dazu geführt, dass die Beziehungen zwischen den asiatischen Nachbarn und Japan jetzt, nachdem die sie überdeckende Gemeinsamkeit des Kampfes gegen die Sowjetunion und gegen den Kommunismus entfallen ist, als das erscheinen, was sie immer waren: gespannt, in jedem Falle nicht freundlich, gekennzeichnet durch übergrosse Vorsicht und Sorge. Die Zurückhaltung, die in Japan insbesondere die Sozialdemokratische Partei, aber auch generell das japanische Oberhaus gegen den Einsatz japanischer Truppen für 'peace keeping'-Operationen der Vereinten Nationen an den Tag gelegt haben, etwa im Fall Kambodscha, wo ja die 'peace keeping'-Truppen der Vereinten Nationen von einem Japaner befehligt werden (an denen aber keine Japaner teilnehmen), diese interne Zurückhaltung wird auf der Seite der asiatischen Nachbarn von einer grossen Ablehnung gegenüber der Wiederkehr japanischer Soldaten auf asiatischem Boden widerspiegelt. Hier haben sich Spannungen erhalten, die gar nicht zu vergleichen sind mit der Reserve und gegebenenfalls auch dem Misstrauen, das die Bundesrepublik Deutschland seitens der westeuropäischen Nachbarn gelegentlich noch immer erfährt. Das Umfeld ist ganz anders. Ich führe das darauf zurück, dass Japan sich eben bisher geweigert hat, über seinen Anteil am Krieg und über die Opfer, die dieser Krieg in den asiatischen Ländern gefordert hat, überhaupt nur zu reden. Nicht einmal die Entschädigung der von den japanischen Truppen direkt geschädigten Personen, insbesondere beispielsweise von Frauen in Korea, ist bisher von den Japanern als angemessen und richtig angesehen worden.

Man muss dieses psychische Umfeld unbedingt im Auge haben, wenn man die japanische Politik im asiatischen Raum betrachtet. Japan hat sich nicht zuletzt deswegen ausserordentlich vorsichtig verhalten und beginnt eigentlich erst seit dem Regierungsantritt von Miazawa mehr, sich in der asiatischen Politik zu bewegen. Unterhalb der Oberfläche, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, ist das schon seit längerem etwas anders. Politisch aber hat sich Japan sehr zurückgehalten. Erst langsam beginnt es eine etwas dezidiertere asiatische Politik zu betreiben. Beispielsweise hat sich Japan sehr um den Friedensschluss in Kambodscha bemüht. Es hat massgeblich zur Vermittlung zwischen Prinz Sihanouk und Sun Han beigetragen und damit die Vermittlungsaktionen der Vereinten Nationen sehr erleichtert.

Japan hat sich gegenüber der koreanischen Frage sehr zurückhaltend verhalten. Auf der einen Seite teilt es die Sorge Seouls gegenüber der nuklearen Potenz und Ambition Nordkoreas. Demzufolge hat Japan Südkorea stets unterstützt. Japan fürchtet aber nichts mehr als die Wiedervereinigung der beiden Korea, weil man in Tokyo gar nicht ausschliesst, dass trotz der japanischen Unterstützung, die Südkorea zuteil wurde, nach einer möglichen

Wiedervereinigung ein Konflikt zwischen Japan und Gesamtkorea wiederaufleben könnte.

Japan hat sich gegenüber China sehr differenziert verhalten. Während die USA und der Westen das Massaker auf dem Tiananmenplatz verurteilt haben, hat Japan eine ausserordentlich milde Kritik geäussert mit dem Hinweis darauf, dass man Zustände in Asien nicht mit westlichen Massstäben messen dürfe. Japan hat seine Interessen an China, die wirtschaftlicher Art sind, dabei natürlich auch berücksichtigt. Trotz alledem ist nicht erreicht worden, dass China seine Besorgnisse über Japan vergessen hat. Umgekehrt schaut Japan mit grosser Sorge auf die Entwicklung der chinesischen Politik gegenüber der Frage der Wiedereingliederung Hongkongs in China. In Japan sieht man deutlich, dass China den Vertrag als offensichtlich sehr einseitig interpretiert, und reagiert darauf. Ebenso sind die Japaner besorgt über das mögliche Schicksal Taiwans nach der Integration Hongkongs in die Volksrepublik China 1992.

In Japan registriert man auch das wiedererwachende Interesse Chinas an einer stärkeren Grossmachtpolitik. Sie manifestiert sich in der Auseinandersetzung um die Spratley-Inseln, aber sie hat Japan nicht davon abgebracht, China nach wie vor mit Entgegenkommen und Nachsicht zu behandeln, gleichgültig, in welchem Ausmass in China gegen die Menschenrechte verstossen, Waffenexport und Grossmachtpolitik betrieben wird. Japan hat sich der Aufforderung des amerikanischen Aussenministers, sich stärker um die Menschenrechte in Asien zu kümmern, bisher zu entziehen verstanden mit der Bemerkung, dass die Menschenrechte in Asien höchstens drittrangige Bedeutung aufwiesen, dass Asien viel zu weit in seiner Entwicklung zurück sei, um den Menschenrechten eine ähnliche Aufmerksamkeit zuzuwenden, wie das in Europa der Fall ist. Einer der Hauptwünsche der USA, der in meinen Augen berechtigt ist, nämlich die Verstärkung und die Unterstützung der Menschenrechtspolitik, wird von den Japanern nicht erfüllt.

Dagegen hat sich die japanische Russlandpolitik mehrfach gewandelt. Vor Gorbatschow, als der Kalte Krieg noch auf Hochtouren lief, verhielt sich Japan immer vorsichtiger gegenüber Russland, als es der Westen tat, drängte mehr auf Entspannung und Beruhigung als der Westen. Nach dem Regierungsantritt Gorbatschows und vor allem nach der sich ausbildenden Entspannung im russisch-westlichen Verhältnis, insbesondere natürlich nach dem Ende des Kalten Krieges, drehte sich die japanische Position sozusagen um 180 Grad. Jetzt sind es die Japaner, die vor einer zu grosszügigen Behandlung Russlands warnen, die eher Zurückhaltung gegenüber den GUS und gegenüber Russland predigen. Der Grund ist relativ einfach zu erkennen: Es ist die Sorge, dass in einer Annäherung zwischen Russland und den USA Japan der Hebel entgleitet, mit dem es Russland die Kurilen wieder nehmen kann. Der Streit um die Kurilen hat die russisch-japanischen Beziehungen bisher daran gehindert, sich überhaupt zu verbessern. Noch immer ist kein Frieden zwischen den beiden Ländern abgeschlossen worden. Es ist auch kein Ende dieses Streits abzusehen, weil Jelzin seine für den Sommer 1992 geplante Reise nach Tokyo plötzlich abgesagt hat. Aber wenn eines Tages das Kurilenproblem gelöst ist, wird sich Japan sehr intensiv mit Russland beschäftigen, wird dort vor allem ökonomisch

aktiv werden und zur Entwicklung vor allem des asiatischen Teil Russlands beitragen.

Mit den Asean-Staaten ist Japan nicht nur ökonomisch eng verbunden, es wird auch politisch von dieser Gruppe am meisten akzeptiert. Auch in den Asean-Staaten herrschen Besorgnis und Zurückhaltung gegenüber Japan, aber die Asean-Staaten haben sich dazu durchgerungen, Japan zu akzeptieren, mit Japan aus den verschiedensten Gründen zusammenzuarbeiten. Einer der Gründe ist das, was man in den Asean-Hauptstädten die "Balance der Balance" nennt. Die Asean-Staaten versuchen, durch die Unterhaltung bestimmter Achsen nach Washington, früher nach Moskau, dann nach Brüssel und nach Tokyo, ihre eigene Unabhängigkeit möglichst optimal zu gestalten. Unter diesem Gesichtspunkt ist Japan dort als Ausgleich zum Einfluss der Europäischen Gemeinschaft und auch der USA sehr willkommen. Auf dem Asean-Gipfel im Januar 1992 konnte man die Kooperationsbereitschaft der Asean-Staaten mit Japan ganz deutlich erkennen, und es bedurfte schon der Intervention der USA, um zu verhindern, dass aus dieser Kooperationsbereitschaft fast schon eine Institution geworden wäre.

Japan selbst hat im vergangenen Jahr die Idee entwickelt, dass die Asean-Staaten einen Ausschuss für Sicherheitsfragen einrichten sollten, mit dem es dann kooperieren wolle. Dieser Vorschlag ist in den Asean-Staaten mit Zustimmung aufgegriffen worden in der sehr richtigen Einsicht, dass Japan eingebunden werden müsse, dass es darauf ankomme, Japan nicht in der Isolierung zu lassen, in die es mehr und mehr eintaucht. Die Asean-Staaten versuchten, diesen Vorschlag auf der Gipfelkonferenz in Singapur weiterzuentwickeln. Es kam nicht dazu, weil Washington auf diese Vorschläge strikt negativ reagierte. Auch ein auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit gerichtetes Projekt, das Malaysia vorgeschlagen hatte, nämlich die Bildung eines East-Asia Economic Caucus, wurde von Washington torpediert. So wurde aufgrund des amerikanischen Einflusses und der Schlussformel dieses Gipfeltreffens der Bereich der Sicherheit nur ganz vage angesprochen und die Sicherheit Asiens wieder den Grossmächten bzw. den Vereinten Nationen überantwortet. Der mögliche Fortschritt, der sich in dem Vorschlag Japans abzeichnete, ist für die Gegenwart, zumindest für dieses Jahr und vielleicht noch auf absehbare Zeit, vertan.

Ich messe dieser verpassten Chance eine besondere Bedeutung bei, weil sie, wenn sie realisiert worden wäre, im asiatischen Raum etwas geschaffen hätte, was es dort nicht gibt und was im Gegensatz dazu in Europa reichlich vorhanden ist, nämlich eine multilaterale Organisation. In Europa hat das Ende des Ost-West-Konfliktes insofern keine besondere Störung hervorgerufen, weil hier die Nato, die Europäische Gemeinschaft, die Westeuropäische Union und seit 1975 - wenn man so will - auch die KSZE existieren, internationale Organisationen, die eine Art Struktur für die Kooperation der aus dem Ost-West-Konflikt auftauchenden Staaten darstellen. In meinem Buch "Friedensstrategien" habe ich mich über die Funktionen solcher internationaler Organisationen sehr ausführlich geäußert. Ich bin der Meinung, dass sie etwas zustande bringen können, was auf andere Weise nicht erreicht werden kann, nämlich in einem internationalen System Übersichtlichkeit, Information und

deswegen auch Vertrauen zu schaffen. Das ist in Westeuropa durch die genannten Organisationen voll erreicht worden, über die KSZE inzwischen auch in Gesamteuropa. In Asien gibt es gar nichts. Was es gegeben hat, ist die von den USA hergestellte und hegemonial geführte Kooperation gegen die Sowjetunion, vor allen Dingen im Bereich der militärischen Sicherheit. Darüber hinaus ist keinerlei Organisation entstanden. Nicht einmal die amerikanisch-japanische Beziehung ist in einer Weise institutionalisiert worden, dass wenigstens diese bilaterale Formation als eine künftige vertrauensschaffende Konstruktion in Asien wirken könnte. Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat diesen Mantel der Gemeinsamkeit einfach weggerissen und hinterlässt die Staaten in einer Vereinzelung, wie sie vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, vor Beginn der japanischen Expansion, ebenfalls bestanden hat.

Wirft man einen Blick auf die amerikanische Politik gegenüber Asien, so sieht man, dass die USA diese Nicht-Struktur geradezu noch verstärken. Amerika konzentriert seine Asienpolitik in einem Bündel zweiseitiger Beziehungen. Aussenminister Baker hat das einmal als "flexible construction of bilateral realism" bezeichnet, ein Bündel von zweiseitigen Beziehungen. Baker hat diese Politik mit einem Fächer verglichen, dessen einzelne Speichen Amerika mit den einzelnen asiatischen Ländern verbinden. Die Speichen laufen natürlich in den USA zusammen. Amerika hat also eine Strategie des Bilateralismus an die Stelle der Hegemonie gesetzt, die es während des Ost-West-Konfliktes im asiatischen Raum ausgeübt hat. Diese bilaterale Struktur ist darauf angewiesen, dass keine multilaterale Organisation entsteht, die den Bilateralismus abschwächen könnte.

Als Folge des Bilateralismus aber und als Folge des Ausbleibens, des Verhinderns der Entstehung einer internationalen Organisation, findet sich Japan in der Situation wieder, die es aufgrund seiner Geschichte und seines eigenen Selbstverständnisses für die traditionelle hält, nämlich die der Isolation. Wenn man in die Entwicklung des historischen Selbstverständnisses der Japaner blickt, dann sieht man, dass Japan sich immer als Einzelgänger gesehen hat, allein gegen den Rest der asiatischen Welt, von allen missverstanden, von allen misstrauisch beäugt, immer nur auf sich selber angewiesen und immer nur mit sich selber und über sich selber redend. In diese Situation ist Japan zurückgekehrt, weil a) während des Ost-West-Konfliktes keine multilaterale Struktur aufgebaut worden ist und weil b) die zarten Ansätze zu einer solchen multilateralen Struktur von den USA verhindert worden sind. Ich will dabei die Schuld nicht den USA zuschieben, so weit waren die Dinge nicht entwickelt. Ich will nur darauf hinweisen, dass selbst diese zarten Ansätze nicht weiter gefördert werden konnten aufgrund, dass muss man wohl sagen, des amerikanischen Einspruchs.

Die einzige einigermaßen organisierte Verbindung, die Japan zur Aussenwelt hat, ist die Beziehung zu den USA aufgrund des Freundschafts- und Verteidigungsvertrags von 1960 und die daran sich knüpfende langjährige militärische Kooperation. Unglücklicherweise wird diese Tradition zunehmend durch Vorgänge auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Wohlfahrt, des zweiten grossen Sachbereichs der Politik, belastet. Wie man weiss, hat sich seit Beginn der achtziger Jahre das amerikanisch-japanische Verhältnis im Sachbereich der

Wirtschaft ausserordentlich verschlechtert. Wir haben es hier mit einer asymmetrischen Entwicklung zu tun, auf die ich jetzt einen kurzen Blick werfen möchte.

Auf Asien entfallen zwischen 25 Prozent des Welthandels, vor dreissig Jahren waren es noch 10 Prozent gewesen. Das rechtfertigt das Wort vom "pazifischen Zeitalter", obwohl man darüber auch noch einmal reden muss. Als Folge dieser Verschiebung hat sich das amerikanische Aussenhandelsdefizit erheblich gesteigert. 108 Milliarden Dollar betrug es im Jahre 1989, mit 49 Milliarden war Japan daran zur Hälfte beteiligt. Die USA sind zwar nach wie vor Japans grösster Handelspartner, aber der Austausch ist eben stark asymmetrisch. Trotzdem sind die USA und Japan ökonomisch sehr aufeinander angewiesen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden sind eng. Für Japan sind die USA nach wie vor der wichtigste Handelspartner, der ein Drittel aller japanischen Exporte aufnimmt und knapp ein Drittel aller japanischen Importe liefert. Für die USA liefert Japan 18,1 Prozent aller Importe und bildet, indem es 12,3 Prozent aller amerikanischen Exporte aufnimmt, immerhin den zweitgrössten Auslandmarkt der USA.

Im Gegensatz zum Handel, wo die Asymmetrie, wie man an den Zahlen sehen kann, ausgeprägt, aber immerhin noch tragbar ist, ist sie bei den Investitionen wirklich dramatisch. Japan investierte 1990 26 Milliarden Dollar in den USA. Im Zeitraum von 1950 bis 1990 wuchs das Gesamtvolumen der japanischen Investitionen in den USA auf 130,5 Milliarden Dollar an. Im Gegensatz dazu konnten die Amerikaner im gleichen Zeitraum in Japan nur 8,5 Milliarden Dollar investieren, also ungefähr 6 Prozent des Volumens, das die Japaner in Amerika investierten.

Das Missverhältnis bei den Investitionen und im Handel ist seit den achtziger Jahren eigentlich bekannt, es führt aber erst seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes dazu, dass die politischen Beziehungen zwischen Japan und den USA sich derart verschlechtern. Die politischen Beziehungen sind im Juni 1992 einfach schlecht. Schlecht, weil sie auf beiden Seiten weitgehend mit Vorwürfen unterhalten werden. Die USA unterstellen, dass Japan eine aggressive Aussen- und Wirtschaftspolitik betreibe und die Japaner beschuldigen ihrerseits den USA, dass ihre Wirtschaft einfach nicht mehr wettbewerbsfähig sei.

Nun sind die Fakten, die dazu geführt haben, seit langem bekannt, und sie haben sich seit den achtziger Jahren kaum geändert. Die Tatsache, dass die gegenseitige Beschimpfung erst im letzten Jahr zugenommen hat und auf der japanischen Seite nach dem Besuch von Bush im Januar 1992 überhaupt erst begonnen hat, führe ich darauf zurück, dass im amerikanisch-japanischen Verhältnis strukturelle Divergenzen anzutreffen sind, die die USA bisher nicht beseitigt haben. Sie bestehen meines Erachtens darin, dass Japan eine wirtschaftliche und eine politische Grossmacht in Asien geworden ist, im wirtschaftlichen wie im finanziellen Bereich sogar eine Supermacht, dass Japan von den USA aber immer noch wie der Verlierer des Zweiten Weltkriegs behandelt wird, der es zwar zu etwas gebracht hat, aber im Grunde genommen noch immer der kleine asiatische Staat mit schlechtem Gewissen ist.



Ich führe auf diese sich im politischen Untergrund abspielenden Veränderungen zurück, dass die Asymmetrie in den Aussen- und Wirtschaftsbeziehungen solche grossen politischen Folgen hat. Erstens sind die USA keineswegs in der schlechten Position, in der sie immer gezeichnet werden, zweitens verschiebt sich aufgrund verschiedener Anstrengungen das Aussenhandelsdefizit der USA gegenüber Japan, wird sozusagen tendenziell geringer. Darüber hinaus gibt es in verschiedenen Bereichen der Hochtechnologie, etwa im Bereich der Computertechnik, der Telekommunikation, der Raumfahrt, der Biotechnologie, der Chemie, um nur einige zu nennen, ein absolutes amerikanisches Übergewicht. Die Amerikaner haben auch seit einiger Zeit angefangen, regelrechte ökonomische Strategien gegenüber Japan anzuwenden, unter denen ich aber nur eine nennen möchte, weil ich sie für besonders interessant halte, nämlich die "Structural Impediments Initiative". Sie wurde 1989 von den USA in Gang gesetzt und folgt der These, dass man die Struktur des japanischen Herrschafts-, Gesellschafts- und Wirtschaftssystems ändern muss, wenn man die Disparitäten im Handel beseitigen will. Japan wird von Amerika aus als ein geschlossener, sich noch immer in traditionalistischen Formen bewegender, allen Einflüssen von aussen normalerweise trotztender Staat gesehen. Er hält aufgrund dieser Tradition den Binnenkonsum niedrig und die Sparquote hoch und führt eine Aussen- und Wirtschaftspolitik, die als aggressiv angesehen wird. In einem Bericht des amerikanischen Nachrichtendienstes CIA wird die japanische Devise in der Aussen- und Wirtschaftspolitik so beschrieben: "Schütze den Binnenmarkt vor dem Eindringen des Auslands. Gewinne so viele Marktanteile des Konkurrenten wie möglich. Erhalte Japan als geschlossenen politischen und wirtschaftlichen Markt". Was immer an diesem Japanbild falsch ist, und das ist eine ganze Menge, es bestimmt jedenfalls die "Structural Impediments Initiative" insoweit, als Amerika daraus folgerte, die Binnenstruktur Japans verändern zu müssen, damit die amerikanische wie auch die westliche Industrie Zugang zu dem japanischen Markt bekommt.

Die Binnenstruktur Japans verändern, d.h. auch dafür sorgen, dass die japanischen Arbeitnehmer bessergestellt werden, als sie es gegenwärtig sind. Obwohl der japanische Arbeitnehmer mehr verdient als sein amerikanisches Pendant, lebt der amerikanische Kollege besser als der japanische, weil die Lebenshaltungskosten in Japan so unendlich hochgehalten werden. Amerika will das Konsumangebot in Japan verbessern, es will die Infrastruktur modernisieren und auf diese Weise auch den Zugang der amerikanischen Wirtschaft nach Japan erweitern. Um es auf einen kurzen Nenner zu bringen, die "Structural Impediments Initiative" versucht sich an der Demokratisierung Japans, um auf diese Weise den wirtschaftlichen Nutzen der USA zu verbessern. Damit wird in der Tat der japanische Markt verändert. Die Konsumgüterversorgung läuft besser als zuvor. Die Infrastruktur wird verbessert, der Wohnungsbau kommt langsam in Gang.

Von diesem Wandlungs- und Öffnungsprozess ist nur ein Sektor ausgenommen: die Landwirtschaft. In Japan, wie anderswo, ist sie eine Hochburg des Protektionismus. Der Reismarkt ist komplett geschlossen: Kein Reiskorn darf nach Japan eingeführt werden. Im Gespräch ist seit langem die "tariffication",

also der Ersatz des Einfuhrverbots durch einen hohen Zoll von 60 Prozent.

Sieht man vom Reis und von der Landwirtschaft ab, so ist davon auszugehen, dass sich bei der hohen wechselseitigen Abhängigkeit das amerikanisch-japanische Verhältnis wieder bessert. Aber hier ist meines Erachtens eben weniger das reale Austauschverhältnis als vielmehr die noch immer nicht angepasste Politik der USA der massgebende Faktor. Die USA können sich nicht vorstellen, dass sie als grösste Wirtschaftsmacht den Japanern unterlegen sein sollten. Deswegen unterstellen sie den Japanern unredliche und unfaire Handelsmethoden. Die Japaner ihrerseits können sich nicht vorstellen, dass sie die grösste Finanzmacht der Welt sind, denen die USA 1990 Partnerschaft angeboten haben, dass sie faktisch immer noch von den USA wie ein Paria behandelt werden. Deswegen reagieren sie entsprechend, indem sie nun ihrerseits das "America-bashing" praktizieren.

Wie lässt sich von dieser Ausgangsposition her eine Zukunft des pazifischen Raumes entwerfen mit der bedeutenden Rolle Japans darin? Ich sagte zu Beginn, dass wir erst am Anfang einer Entwicklung stehen, und es gibt eigentlich im Moment, wenn man um sich sieht, keinen Anlass, besorgt zu sein; es ist alles in schönster Ordnung. Der Konflikt mit der Sowjetunion ist beseitigt, andere Konflikte in Asien gibt es im Moment nicht. Kambodscha ist auf dem Wege, beruhigt zu werden. Es gibt natürlich einige offengebliebene Probleme, Nichtverbreitung der Nuklearwaffen, Kaschmir, aber davon abgesehen ist ein grosser Konflikt eigentlich gar nicht in Sicht. Die Diversifikation dieses riesigen Raumes, die unterschiedlichen ethnischen, politischen, geographischen, geopolitischen Bedingungen, die in diesem Raum zutage treten, machen es ohnehin sehr schwer für ihn, eine einheitliche Organisation zu finden. Und da gegenwärtig nichts am Horizont zu sehen ist, was auf einen neuen, etwa gar noch militärischen Konflikt hindeutet, gibt es in den Hauptstädten sowohl Japans wie Asiens wie in den USA offensichtlich keinen Anlass, über eine Veränderung nachzudenken.

In den Studierstuben der Wissenschaft aber gibt es sehr wohl einen Anlass, nachzudenken. Es fällt gar nicht schwer, die Prognose zu wagen, dass, wenn keine Veränderung in der Machtfigur des asiatischen Raumes stattfindet, wir nicht heute, aber in absehbarer Zeit eine neue Konfliktformation vor uns haben werden. Um es etwas zu konkretisieren: Wenn nichts passiert in Richtung Multilateralisierung der Machtfigur, wird Japan unvermeidlich in eine hegemoniale Position gedrängt, die es früher gehabt hat und die es heute nicht haben will, die es aber bekommen wird, weil keine andere Option im Moment übrigbleibt. Schon, wenn die USA ihre Militäropotenz weiter reduzieren, wird Japan als die hegemoniale Vormacht gelten, weil keine Struktur entstanden bzw. hergestellt worden ist, innerhalb deren die hegemoniale Position aufgehoben und damit also auch gemildert werden kann.

Entscheidend wird sein, wie sich das Verhältnis Japans zu den USA entwickelt. Es ist nicht auszuschliessen, dass wenn die Wirtschaftsbeziehungen nicht sorgfältig geführt werden, sie in der gleichen Weise das politische Verhältnis zwischen den beiden Staaten beschädigen werden, wie das in den dreissiger Jahren bereits der Fall war. Das Wichtigste also, was die japanische

Position bestimmen wird, ist das Verhältnis zu den USA, und hier wäre die erste Option, dass die USA ihre Beziehung zu Japan institutionalisieren. Darunter verstehe ich eine Organisation der Kontakte in einem Rahmenwerk, innerhalb dessen die amerikanisch-japanischen Probleme behandelt werden können. Dieses Rahmenwerk würde den Japanern denjenigen Eindruck vermitteln, auf den sie geradezu verbittert warten, nämlich den Eindruck der Anerkennung der Gleichberechtigung durch die USA. Wenn man die Tokyo-Deklaration vom Januar 1992 vergleicht mit der Rom-Deklaration zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft vom November 1990, dann sieht man den grossen Unterschied. Im EG-Bereich haben sich die USA bereiterklärt, regelmässige Treffen von der Präsidentenebene hinunter bis zur Arbeitsebene zu veranstalten. Im amerikanisch-japanischen Verhältnis ist davon gar nicht die Rede. Die Tokyo-Deklaration ist eine der üblichen nichtssagenden, in den Absichten weitschweifenden, im Implementierungsbereich sehr kurzatmigen Erklärungen, wie sie dutzendweise zu finden sind. In Japan ist ausserordentlich kritisch vermerkt worden, dass der amerikanische Präsident nichts anderes angeboten hat als diplomatische Routine. Dabei wäre es wichtig, und auch relativ rasch zu realisieren, dass Amerika die Beziehungen zu Japan aus der Fülle seiner anderen Beziehungen zu den asiatischen Staaten hervorhebt, den Japanern die Anerkennung zuteil werden lässt, auf die sie, so glaube ich, Anrecht haben. Damit wäre die gefährlichste Entwicklung vermieden, die Entwicklung nämlich, dass sich Japan von Amerika verlassen und diskreditiert fühlt. Wenn hier nicht aufgepasst wird, wird sich aus der ehemaligen Allianz unter Umständen ein neuer Konflikt entwickeln. Auf beiden Seiten gibt es Stimmen in dieser Richtung. Japanische Politiker haben zwar anonym, aber immerhin in Unterredungen mit der ausländischen Presse gesagt, dass die amerikanisch-japanischen Beziehungen in einem Zustand seien, wie er kurz vor 1941 herrschte. Das ist ein ganz erstaunliches Wort, das zeigt, wie sehr diese Beziehungen gefährdet sind, wenn sie nicht gepflegt werden. Deswegen sollte man mit grosser Aufmerksamkeit zumindest diese bilaterale Beziehung verbessern.

Amerika und Japan sollten eine grosse, formale, gleichberechtigte Vertragsbeziehung eingehen und die regelmässigen Kontakte in den Rang einer Institution erheben. Damit hätte Japan eine wichtige Sicherheitsstruktur, die nicht allein bleiben sollte. Die Asean-Staaten und Japan könnten zusammen mit China, Russland und den USA eine KSZA bilden, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien. Australien und Neuseeland gehören auch dazu. Eine solche multilaterale Organisation bietet die beste Garantie dagegen, dass eine der grössten Gewaltursachen wiederbelebt wird: das Sicherheitsdilemma. Es zeichnet sich in den Ängsten, die die Asiaten vor Japan haben, erneut ab. Diese Ängste haben keine Ursache, aber sie sind real. Sie können abgebaut werden, wenn in der regelmässigen Kooperation in einer internationalen Organisation Übersicht, Vertrauen und Verlass entstehen. Am meisten würde davon Japan profitieren. Japan sollte daher diesen Vorschlag propagieren und realisieren. Und die USA sollten aktiv dabei mitwirken, anstatt wie bisher zu bremsen.

**Gerhard Will**

## **Kambodscha: Frieden durch Einsicht oder durch Abnutzung?<sup>17</sup>**

Ich weiss nicht, ob es sie gibt, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass auf eine Umfrage mit der Fragestellung: "Was assoziieren Sie mit Kambodscha?" diejenigen, die mit diesem Begriff überhaupt etwas anfangen können, wohl antworten würden: Krieg, Völkermord, Flüchtlingselend, und es würden wohl - so möchte ich vermuten - mehr Befragte den Namen Pol Pot als Sihanouk kennen.

Es scheint völlig in Vergessenheit geraten zu sein, dass Kambodscha in den sechziger Jahren das Muster eines Entwicklungslandes war. Ein Land, dem es offenbar gelungen war, ohne grössere Erschütterungen den Übergang in die Moderne zu vollziehen und eine Synthese aus traditionell buddhistisch geprägter bäuerlicher Kultur und moderner westlich, vor allem französisch geprägter Kultur herzustellen. Verkörpert wurde dieses Bemühen durch Prinz Sihanouk, der in beiden Kulturen gleichermassen zuhause ist und es lange Zeit verstanden hatte, durch geschicktes diplomatisches Taktieren sein Land aus jenem mörderischen Konflikt herauszuhalten, der das Nachbarland Vietnam seit den dreissiger Jahren zerrüttete. Kambodscha schien von diesem Krieg, der nicht einmal 200 Kilometer von seiner Hauptstadt Phnom Penh tobte, völlig unbehelligt zu sein und galt als "peaceful land", "le pays gentil", dessen Friedfertigkeit auf der tiefverwurzelten Religion des Theravada-Buddhismus beruhte.

Nur wenige Jahre später sollte sich dieses Bild des "peaceful land" als Chimäre erweisen. Kambodscha wurde nicht nur in den Strudel des Vietnamkrieges hineingerissen, sondern es etablierte sich dort nach dem Sieg der Kommunisten im Jahre 1975 ein Regime, dessen barbarische Grausamkeit schauerliche Berühmtheit erlangt hat. Der Einmarsch vietnamesischer Truppen zur Jahreswende 1978/79 setzte diesem Regime zwar ein Ende, bildete aber gleichzeitig den Ausgangspunkt des dritten Indochinakrieges, der dem Land weitere ungeheure Opfer abverlangte.

Ebenso eifertig und voreilig, wie man zu Beginn der sechziger Jahre Kambodscha mit dem Attribut "peaceful land" belegt hatte, so wurden nun verschiedene Erklärungsmodelle und Schlagworte in die Debatte gebracht, die die Ursachen des Krieges in Kambodscha erklären bzw. die eigene Politik rechtfertigen sollten.

Argumentierten Hanoi und die mit vietnamesischer Hilfe in Phnom Penh

---

<sup>17</sup> Dieser Vortrag beruht auf Forschungsergebnissen, die in folgenden Berichten des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien ausführlich dargestellt und dokumentiert sind: Die Konflikte in Indochina seit dem Ende des Zweiten Vietnamkrieges: Entstehung und Eskalation. (Nr. 56-1988); Ansätze zu einer politischen Lösung des Kambodschakonflikts. (Nr. 41-1990); Die Politik der Volksrepublik China gegenüber Südostasien nach dem Pekinger Massaker. (Nr. 62-1991).

eingesetzte Regierung, dass es sich hier vor allem um eine innerkambodschanische Auseinandersetzung, einen Bürgerkrieg zwischen den Roten Khmer und der Mehrheit der kambodschanischen Bevölkerung handle, den die Volksrepublik China durch Waffenlieferungen für ihre Interessen nutzen wolle, so postulierten die gegen die vietnamesische Besetzung kämpfenden Kambodschaner, dass es sich bei diesem Konflikt schlicht um eine Fortsetzung der seit etlichen Jahrhunderten betriebenen aggressiven Politik Vietnams gegenüber Kambodscha handle, gegen die sich das kambodschanische Volk geschlossen zur Wehr setze.

Ausländische Beobachter betonten dagegen stärker die internationale Dimension dieses Konflikts. Berühmt wurde der Ausspruch des damaligen amerikanischen Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski, der Kambodscha-Konflikt sei "a proxy war", ein "Stellvertreterkrieg", dessen eigentliche Kontrahenten die Volksrepublik China und die UdSSR seien. Da die USA und China zum damaligen Zeitpunkt eine strategische Zusammenarbeit gegen die expansive Politik Breschnews anstrebten, bezog sich diese These vom "Stellvertreterkrieg" nicht zuletzt auch auf den Ost-West-Konflikt.

Alle diese Theorien und Selbstrechtfertigungen sind nicht völlig von der Hand zu weisen, sie enthalten ein Stück Wahrheit. Tatsache ist, dass sich im Kambodscha-Konflikt eine ganze Reihe historischer, regionaler, aber auch internationaler Konflikte verschränken, sich gegenseitig bedingen und verstärken. Um die einzelnen Ebenen dieses Konflikts besser analysieren zu können, will ich versuchen, einige Konfliktebenen herauszuarbeiten und getrennt darzustellen, obgleich ich mir bewusst bin, dass eine solche analytisch notwendige Trennung der konkreten und komplexen Wirklichkeit nur bedingt gerecht werden kann.

### **Zum historischen Verhältnis zwischen Kambodscha und Vietnam**

Die Bezeichnung "Indochina", spätestens seit der französischen Kolonialzeit ein gängiger Begriff, unterstellt eine Einheit, die es weder im geographischen noch im kulturellen Sinne jemals gegeben hat. Getrennt von der anamitischen Gebirgskette, die die indochinesische Halbinsel in nord-südlicher Richtung durchschneidet, entstand in dem östlich gelegenen Küstenstreifen die stark am chinesischen Vorbild orientierte vietnamesische Nation und Kultur, während in den östlich gelegenen Gebieten Kulturen entstanden, die wesentlich von Indien beeinflusst waren. Eine dieser letztgenannten Kulturen, die Khmer, hatten in den ersten beiden Jahrhunderten des 2. Jahrtausends n. Chr. weite Teile der indochinesischen Halbinsel unter ihre Kontrolle gebracht und sich in Angkor ein bleibendes Denkmal für die Grösse dieser Kultur gesetzt. Doch ab dem 15. Jahrhundert geriet das mächtige Angkor-Reich zunehmend unter Druck. Vom Westen her drängten die Thais, die die Hauptstadt Angkor niederbrannten, vom Osten die Vietnamesen, die sich in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts das Mekong-Delta einverleibten, das dereinst zum kambodschanischen Kernland gezählt hatte. Paradoxe Weise war es der französische Kolonialismus, der im 19. Jahrhundert die totale Aufteilung Kambodschas zwischen Vietnam und Thailand verhinderte, aber gleichzeitig die Vormachtstellung Vietnams in der

"Union Indochinoise" weiter festigte, indem er grössere Gebiete Kambodschas der Kolonie Cochinchina zuschlug und bevorzugt Vietnamesen in der Kolonialverwaltung von Laos und Kambodscha beschäftigte.

Unterstützt von der Komintern, später von der Kominform, hielten auch die vietnamesischen Kommunisten mit verblüffender Selbstverständlichkeit an der überkommenen Position ihres Landes in Indochina fest und beanspruchten frühzeitig eine Führungsrolle in der "indochinesischen Revolution", die sie als einen integrierten Prozess verstanden. Die "kämpferische Solidarität der Völker Indochinas" war für sie eine unabdingbare Voraussetzung ihres Kampfes gegen die französische Kolonialmacht wie gegen die von den USA unterstützte Regierung in Saigon. In diesem Sinne schulten sie auch ihre kambodschanischen und laotischen Genossen.

Erst in den fünfziger Jahren bildete sich in der kommunistischen Bewegung Kambodschas eine neue Führungsgeneration heraus, die nicht mehr in oder durch Vietnam, sondern während ihres Studiums in Frankreich zum Marxismus-Leninismus gefunden hatte. Diese kambodschanischen Kommunisten unter der Führung von Saloth Sar, besser unter seinem Pseudonym Pol Pot bekannt, waren nicht mehr bereit, sich den Wünschen der vietnamesischen Kommunisten unterzuordnen. Der Streit entzündete sich um die Einschätzung der Person Prinz Sihanouks. Für die vietnamesischen Kommunisten war er ein wichtiger Bundesgenosse, der den Nachschub über kambodschanisches Territorium für den Vietcong ermöglichte. Für Pol Pot und seine Anhänger war Prinz Sihanouk der Repräsentant des Feudalsystems, der die kommunistische Bewegung in Kambodscha mit viel Geschick, wenn es sein musste auch mit grosser Brutalität unterdrückte und deshalb gestürzt werden musste. Ein Stillhalten bis zum Sieg der vietnamesischen Revolution war für Pol Pot schlicht Verrat an den Interessen Kambodschas zugunsten des - und hier war Pol Pot ganz Nationalist - Erbfeindes Vietnam. Er organisierte daher auch gegen den manifesten Widerstand Hanois 1967/68 erste Bauernaufstände gegen die Regierung Sihanouks.

Der Sturz Sihanouks im März 1970 und die Ausdehnung des Vietnamkrieges auf Kambodscha konnten nur für eine relativ kurze Zeit jene Widersprüche überbrücken, die sich zwischen kambodschanischen und vietnamesischen Kommunisten aufgetan hatten. Je schwächer der gemeinsame Gegner, die USA und ihre kambodschanischen und vietnamesischen Bundesgenossen, um so stärker wurden die Risse in der im Mai 1970 geschmiedeten Einheitsfront zwischen kambodschanischen, laotischen und vietnamesischen Kommunisten. Nach dem Sieg der Kommunisten in Indochina kam es sehr bald zu offenen militärischen Auseinandersetzungen an der kambodschanisch-vietnamesischen Grenze und zu Massakern an der vietnamesischen Zivilbevölkerung. Pol Pot, der weniger eine traditionell marxistisch-leninistische Doktrin als einen Ultrationalismus, ja Rassismus propagierte, zielte bewusst darauf ab, die traditionell vorhandenen Spannungen zu verschärfen und die Übergriffe auf Vietnam als Selbstbehauptungskampf des kambodschanischen Volkes zu deklarieren und alle seine Gegner als "Lakaien der Vietnamesen" zu diffamieren und zu exekutieren.

In Hanoi war man sich zunächst unschlüssig, wie man auf diese aggressive Politik Pol Pots reagieren sollte. Klar war, dass eine indochinesische Föderation nach vietnamesischen Vorstellungen, d.h. unter vietnamesischer Vorherrschaft, mit Pol Pot nicht zu verwirklichen war; strittig war jedoch, wie man sich Pol Pots entledigen sollte. Erst Anfang 1978 wurde im Hanoier Politbüro die Grundsatzentscheidung gefällt, alle Vorbereitungen für eine militärische Besetzung Kambodschas zu treffen. Zur Jahreswende 1978/79 marschierten denn auch vietnamesische Verbände auf breiter Front nach Kambodscha ein, in wenigen Tagen wurde die Hauptstadt Phnom Penh eingenommen und eine Vietnam genehme kambodschanische Regierung eingesetzt.

Um diese Entscheidung Hanois zu verstehen, die ja auch eine Entscheidung für den Konflikt mit der Volksrepublik China, für ein enges Bündnis mit der UdSSR und gegen eine sich damals abzeichnende Entspannung mit dem politischen Westen war, muss man sich eine weitere Dimension des Kambodschakonflikts vor Augen führen.

### **Die Stellung Vietnams im chinesisch-sowjetischen Konflikt**

Die vietnamesische Parteiführung hatte es während der sechziger und siebziger Jahre meisterhaft verstanden, zwischen den beiden verfeindeten sozialistischen Grossmächten zu laviieren, sie gegeneinander auszuspielen und sich so nicht nur ein Maximum an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe, sondern auch einen grossen politischen Handlungsspielraum zu verschaffen. Hanoi hatte dabei keine strikte Politik der Äquidistanz betrieben, sondern seit Ende der sechziger Jahre deutliche Sympathien für den sowjetischen Kurs gezeigt, ohne sich jedoch der sowjetischen Kritik an China anzuschliessen. In Peking waren die prosowjetischen Neigungen Hanois nicht verborgen geblieben, aber man liess sich lange Zeit von der Überlegung leiten, dass irgendwelche Zwangsmassnahmen Vietnam nur noch stärker in die sowjetischen Arme treiben würden. Erst 1975, als die ersten sowjetischen Schiffe in Vietnam landeten, setzte sich in Peking eine ganz andere politische Strategie durch. Sie lässt sich auf die Formel verkürzen: All unsere Hilfe konnte nicht verhindern, dass die Sowjetunion in Vietnam immer stärker Fuss fasste und uns nun auch an der Südgrenze bedroht. Vietnam muss daher unmissverständlich klar gemacht werden, dass wir eine weitere Zunahme des sowjetischen Einflusses in Vietnam nicht mit grösseren Zugeständnissen, sondern mit empfindlichen Sanktionen ahnden werden.

Gemäss dieser Strategie kürzte China seine Entwicklungshilfe an Vietnam drastisch und gewährte statt dessen Pol Pot grosszügig wirtschaftliche und militärische Hilfe, so dass dieser für seine aggressive Politik gegenüber Vietnam die notwendige Rückenstärkung erhielt. Vietnam sah sich daher ebenfalls einer bedrohlichen Zangenbewegung ausgesetzt. An der Grenze zu China häuften sich ab 1977 die militärischen Zusammenstösse und an der Grenze zu Kambodscha nahmen die Übergriffe der Roten Khmer immer brutalere Formen an. Angesichts der eigenen wirtschaftlichen Schwäche war Vietnam dringend auf Hilfe von aussen angewiesen. Die Sowjetunion war gerne bereit, diese Hilfe zu gewähren, doch wusste man in Hanoi nur allzu gut, dass eine solche Hilfe

auch Abhängigkeit bedeuten würde. Doch alle Versuche, sich andere Hilfsquellen zu erschliessen, das Verhältnis zu den Asean-Staaten und den westlich orientierten Industriestaaten zu verbessern, scheiterten.

So musste die vietnamesische Führung im Jahre 1978 mehr nolens als volens jenen Weg gehen, den sie lange Zeit zu vermeiden gesucht hatte: die einseitige Anbindung und damit Abhängigkeit von der UdSSR und den offenen Konflikt mit der Volksrepublik China. Gestützt auf einen Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der Sowjetunion, den Vietnam im November 1978 abgeschlossen hatte, erfolgten der Einmarsch in Kambodscha und die Einsetzung einer vietnamfreundlichen Regierung. Der Traum von einem Indochina unter vietnamesischer Führung schien nun Wirklichkeit geworden zu sein.

Doch die militärische Besetzung Kambodschas, in der der politische Westen nicht zu Unrecht eine erneute Ausweitung des sowjetischen Hegemonialsystems sah, brachte Kambodscha nun auch in das Gravitationsfeld des *Ost-West-Konfliktes*, der fortan eine weitere Dimension dieser sehr komplexen Konfliktstruktur bildete.

All die oben genannten Konfliktebenen, der Kampf der kambodschanischen Kommunisten gegen die "feudalistische" kambodschanische Gesellschaft, die historisch tief verwurzelten Spannungen zwischen Vietnam und Kambodscha, der chinesisch-sowjetische Konflikt und schliesslich der Ost-West-Konflikt, verdichteten sich zu Beginn der achtziger Jahre zu einer strikt bipolaren Konfliktkonstellation.

Auf der einen Seite standen Vietnam und die von ihm eingesetzte kambodschanische Regierung in Phnom Penh, beide international weitgehend isoliert und daher nahezu vollständig von der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten Osteuropas abhängig.

Auf der anderen Seite hatten sich sehr heterogene Kräfte zu einer gemeinsamen Front gegen Vietnam zusammengefunden. Ihr militärisch stärkster Faktor waren zweifellos die Roten Khmer, die sich im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet neu formieren konnten und durch die bereitwillige Kooperation des thailändischen Militärs von der Volksrepublik China mit Waffen versorgt wurden. Um ihre mörderische Politik etwas in Vergessenheit geraten zu lassen, hatten sie - offensichtlich auf massiven chinesischen Druck - formell die KP aufgelöst und sich verbal von ihrer früheren Politik distanziert.

Darüber hinaus hatten die Asean-Staaten - hinter den Kulissen unterstützt von den USA - das Kunststück fertiggebracht, jene drei kambodschanischen Gruppierungen, die Anhänger Prinz Sihanouks, die eher rechtsgerichteten Anhänger des ehemaligen Ministerpräsidenten Son Sanns und die Roten Khmer, die sich jahrzehntelang bitter befehdet hatten, dazu zu bringen, eine Koalitionsregierung zu bilden, die eigentlich nur ein gemeinsames Ziel hatte: die Vertreibung der Vietnamesen aus Kambodscha. Für den politischen Westen war damit eine Konstruktion geschaffen worden, die es ermöglichte, die militärische Schlagkraft der Roten Khmer zu nutzen, ohne ihnen direkte politische Unterstützung gewähren zu müssen; denn man unterstützte ja die



kambodschanische Koalitionsregierung, als deren Präsident Prinz Sihanouk fungierte.

Beide Lager waren damit so weit formiert, dass sie darauf vertrauten, dass die Zeit für die eigene Position arbeiten und den Gegner zermürben werde, wenn man nur den militärischen Kampf mit unnachgiebiger Härte und Zähigkeit fortführen würde. Für Versuche, zu einer friedlichen Beilegung des Kambodscha-Konflikts zu gelangen, war dagegen wenig Raum, nicht zuletzt deshalb, weil die politische Grosswetterlage, sprich: die erneute Verschärfung des chinesisch-sowjetischen Konflikts und des Ost-Westkonflikts nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan Ende 1979, solchen Bemühungen wenig förderlich war.

### **Internationale Bemühungen zur Beilegung des Konflikts**

Seit Mitte der achtziger Jahre zeichneten sich jedoch erste Risse in dieser bipolaren Konfliktkonstellation ab. Zunehmend, wenn auch zögerlich brach sich die Erkenntnis Bahn, dass alleiniges Setzen auf militärische Mittel nur weitere Kosten, aber keinen dauerhaften Erfolg bringen würde und dass letztlich nur jene Parteien ihre Interessen optimal verwirklichen könnten, die es verstanden, ihr militärisches Vorgehen durch eine politische Strategie zu ergänzen, wenn nicht gar zu ersetzen. Dies galt, wenn auch in unterschiedlichem Masse, für nahezu alle Konfliktparteien.

Auf vietnamesischer Seite bzw. auf Seiten der von Vietnam eingesetzten Phnom Penh Regierung hatte man einsehen müssen, dass man nicht über die Voraussetzungen für einen militärischen Sieg in Kambodscha verfügte. Vietnam musste in Kambodscha die Erfahrung der USA in Vietnam machen, dass eine Guerillaarmee mit relativ geringen Mitteln reguläre Streitkräfte in sehr kräftezehrende Auseinandersetzungen verwickeln kann, die das ohnehin geringe Wirtschaftspotential Vietnam überforderten, immer grössere Opposition in der Bevölkerung gegen diesen Krieg hervorriefen und nicht zuletzt Vietnam auf internationaler Ebene isolierten.

Hinzu kam, dass auch der wichtigste Bundesgenosse Vietnams, die UdSSR, seit der Amtsübernahme Gorbatschows auch in der Kambodschafrage neue Akzente setzen wollte. In seiner ersten asienpolitischen Rede am 28.7.1986 in Wladiwostok machte Gorbatschow unmissverständlich klar, dass er die UdSSR aus jener Konfrontation herausholen wollte, in die sie in Asien wie in anderen Teilen der Welt durch die Politik seiner Vorgänger geraten war. Daher kam es ihm darauf an, das Verhältnis zur Volksrepublik China wie zu den USA auf eine neue Grundlage zu stellen und sich in Südostasien als eine Macht zu profilieren, die nicht die Konfrontation, sondern den politischen Ausgleich sucht. Die Glaubwürdigkeit dieser Politik hing natürlich nicht zuletzt von einer konstruktiven Haltung in der Kambodschafrage ab.

Auf der Gegenseite war es Prinz Sihanouk, der relativ frühzeitig das Gespräch mit Vietnam und der Regierung in Phnom Penh suchte, da er nur allzu gut wusste, dass ein blosses Verharren in der Koalition mit den Roten Khmer seiner nationalen wie internationalen Reputation und auch der Zukunft

seines Landes abträglich sein würde.

Sihanouks Bemühungen um einen politischen Dialog wurden zunächst vor allem von Indonesien unterstützt, das 1985 von den anderen Asean-Staaten beauftragt worden war, Möglichkeiten zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts zu erkunden. Auf Initiative des damaligen indonesischen Aussenministers Mochtar wurde denn auch 1987 der Vorschlag erarbeitet, dass alle vier kambodschanischen Parteien sich zu einem informellen Treffen ohne gegenseitige Anerkennung zusammenfinden sollten, um erste Gespräche über eine Konfliktregelung zu führen. Stieß dieses Bemühen Indonesiens zunächst auf den heftigen Widerstand Thailands, das als Frontstaat unmittelbar mit dem Krieg in Kambodscha konfrontiert war, so änderte sich dies ebenso schlagartig wie nachhaltig, als im Sommer 1988 der neue thailändische Ministerpräsident Chastichai Choonavan wenige Monate nach seiner Amtsübernahme erklärte, das Schlachtfeld Indochina müsse in einen Markt verwandelt werden. Im Klartext: Thailand sei nicht an einer Fortsetzung der militärischen Auseinandersetzungen, sondern an der wirtschaftlichen Durchdringung Indochinas interessiert.

Im Unterschied zu den eben erwähnten Konfliktparteien zeigten die Volksrepublik China und ihre kambodschanischen Bündnispartner, die Roten Khmer, lange Zeit wenig Kompromissbereitschaft. Doch Peking gab 1986/87 zu verstehen, dass es nicht an einer Restauration des Pol-Pot-Regimes interessiert sei und dass es, wenn die anderen Konfliktparteien zu einer einvernehmlichen Lösung gekommen seien, dieser Lösung zustimmen würde.

Nachdem nun nahezu alle Konfliktparteien ihre Bereitschaft zum Dialog bekundet hatten, fanden zwischen 1987 und 1989 eine Unzahl von Gesprächen, Verhandlungen, informellen Treffen sowohl zwischen den kambodschanischen Konfliktparteien als auch zwischen den am Konflikt mittelbar engagierten Grossmächten statt. Sie im einzelnen aufzuführen würde sicherlich den Rahmen dieses Vortrages sprengen. Wichtig erscheint mir festzuhalten, dass man sich relativ rasch darauf verständigen konnte,

- 1) dass das Kambodschaproblem mit friedlichen Mitteln gelöst werden sollte,
- 2) dass freie und geheime Wahlen abgehalten werden sollten, aus denen die zukünftige Regierung Kambodschas hervorgehen würde,
- 3) dass alle getroffenen Vereinbarungen durch internationale Garantien abgesichert werden müssten,
- 4) dass die vietnamesischen Truppen bis 1990 aus Kambodscha abgezogen sein sollten,
- 5) dass alle ausländischen Waffenlieferungen an die kambodschanischen Parteien einzustellen seien.

War man sich, wenn auch nur scheinbar, über das "Wohin" einig geworden, so warf die Frage, wie man denn dorthin gelangen sollte, erhebliche Probleme auf.

Strittig waren vor allem folgende Punkte:

- 1) Wer soll Kambodscha bis zur Abhaltung freier Wahlen regieren? Soll die

gegenwärtige Macht- und Kontrollverteilung beibehalten oder eine Koalitionsregierung gebildet werden? In welchem Verhältnis sollte eine solche Koalitionsregierung zusammengesetzt sein?

- 2) Was soll mit den Armeen der Bürgerkriegsparteien geschehen?
- 3) Wer soll die Wahlen organisieren und überwachen?
- 4) Wie kann gewährleistet werden, dass die getroffenen Vereinbarungen verwirklicht und eingehalten werden?

Die erste internationale Kambodschakonferenz, die im Sommer 1989 nach Paris einberufen worden war, scheiterte denn auch genau an den genannten Fragenkomplexen. Ohne zu einem gemeinsamen Nenner gefunden zu haben, trennte man sich Anfang September 1989. Ungeachtet dessen zog Vietnam Ende September 1989 seine Truppen aus Kambodscha ab. Obwohl kein internationales Gremium die Vollständigkeit dieses Abzuges kontrolliert hatte, waren sich doch westliche Militärexperten nach wenigen Wochen einig, dass Vietnam alle regulären Einheiten im wesentlichen abgezogen, aber sicherlich noch einige Spezialeinheiten in Kambodscha zurückgelassen hatte.

Um auch am Verhandlungstisch aus jener Sackgasse herauszukommen, in die alle bisherigen Gespräche geraten waren, legte im Oktober 1989 Stephen Solarz, Demokrat im amerikanischen Kongress und langjähriger Befürworter der Politik Sihanouks, einen gänzlich neuen Vorschlag vor. Nach seinen Vorstellungen sollte Kambodscha - ähnlich wie bereits in Namibia praktiziert - eine Uno-Interimsverwaltung erhalten, die für die Einhaltung des Waffenstillstandes und die Durchführung freier und fairer Wahlen verantwortlich sein würde. Die von Solarz geäußerten Vorstellungen wurden vom damaligen australischen Aussenminister Evans weiterentwickelt und im Verlauf des Jahres 1990 von den fünf ständigen Mitgliedern des Uno-Sicherheitsrates weiter präzisiert und gegenseitig abgestimmt.

Die Umsetzung dieser Vorstellungen scheiterte zunächst daran, dass die kambodschanischen Parteien nicht bereit waren, die von den fünf ständigen Mitgliedern des Uno-Sicherheitsrates ausgearbeiteten Vorstellungen zu übernehmen. Doch dieser Widerstand schwand im Sommer 1991 innerhalb weniger Monate, nachdem China und Vietnam ihre Beziehungen normalisiert hatten und nun auch ihre kambodschanischen Klienten von der Notwendigkeit eines Kompromisses überzeugen konnten. Jahrelang unlösbare Probleme zwischen den kambodschanischen Parteien konnten daher im Sommer und Herbst 1991 einer einvernehmlichen Lösung zugeführt werden.

Die Vertreter der Roten Khmer und der Regierung in Phnom Penh, die sich bislang als "Landesverräter" und "Völkermörder" titulierte hatten, redeten sich nun mit "geschätzte Exzellenzen" an. Alle vier Parteien einigten sich darauf,

- unter der Präsidentschaft Prinz Sihanouks einen Obersten Nationalrat zu bilden, der je zur Hälfte aus Vertretern der Phnom Penher Regierung und der Widerstandskoalition besetzt sein und Kambodscha bei den Vereinten Nationen vertreten würde,

- die Streitkräfte aller vier Parteien um jeweils 70 Prozent zu reduzieren und die verbleibenden Truppen unter Uno-Kontrolle zu stellen,
- die Wahlen zu einer neuen kambodschanischen Wahlversammlung nach dem Verhältniswahlrecht durchzuführen.

### **Ergebnisse der internationalen Kambodscha-Konferenz vom Oktober 1991**

Die - jedenfalls formelle - Einigkeit unter den kambodschanischen Parteien schuf hervorragende Voraussetzungen für eine erneute Einberufung der internationalen Kambodscha-Konferenz nach Paris am 21. Oktober 1991. Im Unterschied zur vorangegangenen Konferenz im Sommer 1989 konnten dieses Mal nach nur drei Konferenztagen vier Dokumente mit entsprechenden Anhängen (in der englischen Übersetzung mehr als 18 Seiten) unterzeichnet werden, wobei man sich auf die umfassenden und umfangreichen Vorarbeiten stützen konnte, die von den fünf ständigen Mitgliedern des Uno-Sicherheitsrates und von den vier kambodschanischen Parteien geleistet worden waren.

Nach diesen Vereinbarungen soll der Friedensprozess in Kambodscha durch folgende Massnahmen in die Wege geleitet und gewährleistet werden:

- Alle Unterzeichnerstaaten und Parteien garantieren die Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Unverletzlichkeit sowie Neutralität und nationale Einheit Kambodschas und laden andere Staaten ein, sich ebenfalls an dieser Garantie zu beteiligen.
- Der Oberste Nationalrat repräsentiert Kambodscha auf internationaler Ebene und überträgt bis zur Abhaltung freier Wahlen die Regierungsvollmachten der Uno.
- Bis zur Abhaltung freier Wahlen wird eine "United Nations Transitional Authority in Cambodia" (UNTAC) etabliert werden, die den Abzug aller ausländischen Streitkräfte, die Einhaltung des Waffenstillstandes, die Organisation und Überwachung der freien Wahlen und die Voraussetzungen (environment) für die Einhaltung der Menschenrechte organisieren soll.
- Ebenfalls unter Einschaltung der Uno soll allen Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben werden, an ihre ursprünglichen Wohnorte zurückzukehren.
- Alle Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen sollen entlassen werden.
- Ein "International Committee on the Reconstruction of Cambodia" (ICORC) wird ebenfalls unter Einschaltung der Uno die internationalen Anstrengungen zum Wiederaufbau Kambodschas mobilisieren und aufeinander abstimmen.

### **Erfolgsaussichten der Friedensbemühungen**

Bleibt zu fragen: Welche Realisierungschancen hat dieses Abkommen bzw. die dort vorgesehene Konfliktregelung durch die Uno? Welche Prognosen können gewagt werden?

Zunächst ist festzuhalten, dass die Grossmächte, die die kambodschanischen Konfliktparteien jahrelang mit Waffen beliefert haben, kein Interesse mehr an der Fortsetzung des Konfliktes haben. Eine wesentliche Voraussetzung für den Friedensprozess in Kambodscha ist damit geschaffen.

Zweitens: Es gibt zu dem Weg, eine Friedensregelung durch massives Uno-Engagement herbeizuführen, schlicht keine Alternative, die erfolgversprechend wäre. Nach massiven anfänglichen Schwierigkeiten ist es, nicht zuletzt dank des beherzten Eintretens des neuen Uno-Generalsekretärs Boutros Ghali, auch gelungen, die Uno-Mission in Gang zu bringen. Insgesamt werden 22'000 Personen unter Uno-Kommando in Kambodscha tätig sein, davon 16'000 militärisches Personal. Bislang sind 2,5 Milliarden US \$ für das Unternehmen veranschlagt, das unter der Leitung eines Japaners, Yasushi Akashi steht und das grösste Unternehmen ist, das jemals von der Uno durchgeführt worden ist.

Doch diese gigantischen Anstrengungen sind leider keine Garantie für einen Erfolg dieses Unternehmens, denn die Aufgaben, die es zu lösen gilt, sind noch gigantischer.

Das Land ist zerstört. Seit mehr als zwanzig Jahren wurden keinerlei Investitionen in die Infrastruktur vorgenommen. Weite Flächen des Landes sind von Minen verseucht und können erst nach aufwendigen Minensucharbeiten wieder landwirtschaftlich genutzt werden.

Noch gravierender als die materiellen Verluste ist die Tatsache, dass nahezu alle Strukturen und Loyalitäten der kambodschanischen Gesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre wahrscheinlich ein für allemal zerstört sind. Prinz Sihanouk ist nach Phnom Penh zurückgekehrt. Viele Kambodschaner, aber auch viele ausländische Beobachter erwarten von ihm die Rettung des Landes. Prinz Sihanouk ist sicherlich ein gewiefter Politiker, der stets mit grossem Geschick auf der internationalen Bühne agiert hat. Doch er verfügt in Kambodscha über keine Partei, keine Organisation, keinen Apparat, mit dem er vor Ort seinen Einfluss geltend machen könnte. Gleichzeitig ist er mit riesigen Erwartungen, ja mit einem geradezu mythischen Glauben in seine Allmacht konfrontiert.

Viele Anhänger Son Sanns wie Vertreter der einst von Vietnam eingesetzten Regierung in Phnom Penh haben dagegen kaum Zweifel daran gelassen, dass sie ihre persönliche Zukunft nicht mit der Kambodschas verbinden. D.h. sie versuchen durch Korruption, exorbitante Mieten für ausländisches Personal und andere dubiose Geschäfte, wie z.B. den illegalen Verkauf von Edelhölzern und Edelsteinen, möglichst rasch möglichst viel Geld zu machen, um sich in ein, zwei Jahren mit diesem Geld ins Ausland absetzen zu können. Konzeptionen und Anstrengungen für den Wiederaufbau Kambodschas sind von ihnen kaum zu erwarten.

Bleibt die letzte Gruppe: die Roten Khmer. Sie haben in der Tat ihre eigene Zukunft mit der Zukunft Kambodschas verbunden. Die Kompromisse, die sie eingingen und eingehen, sind rein taktischer Natur. Auch wenn die Führungsspitze keine totale Neuauflage der Terrorherrschaft von 1975-79 anstrebt, ist sie doch nicht bereit, die Macht mit anderen Gruppierungen wirklich und ehrlich zu teilen. Ihre Kämpfer sind der Führung bedingungslos

ergeben. Sie haben seit ihrer Kindheit nichts anderes gelernt als den bewaffneten Kampf. Ihr weiteres Schicksal ist daher unabdingbar mit der Machtposition der Roten Khmer verknüpft. Für sie stehen keine wohlgefüllten Konten in Übersee bereit. Der Kampf in Kambodscha ist für sie ein Kampf ums Überleben, den sie mit unerbittlicher Härte führen werden.

Die Masse der kambodschanischen Bevölkerung, die Bevölkerung in den Städten, ist hier sicherlich nicht repräsentativ, ist durch die 20jährige Leidenszeit apathisch geworden. Hunderttausende von Kambodschanern haben viele Jahre in Flüchtlingslagern zugebracht und eine entsprechende Mentalität entwickelt. Ihre grundlegende Versorgung war nicht von ihrer Arbeitsleistung abhängig, für eigene Initiativen und Engagement war wenig Raum. Die Mehrheit der Kambodschaner sind ihrer Familienverbände und anderer traditioneller Gemeinschafts- und Organisationsstrukturen beraubt, sie werden daher denjenigen Gefolgschaft leisten, die sich als die Stärkeren erweisen und ihnen ein Existenzminimum garantieren können.

Angesichts all dieser Probleme erscheint der Versuch, die kambodschanische Gesellschaft von aussen her neu zu konstituieren, als ein äusserst waghalsiges Unterfangen. Dennoch stehen meines Erachtens die Vereinten Nationen in der Pflicht, alles zu tun und auch die kleinste Chance zu nutzen, um jene Schäden zu beheben und Wunden zu heilen, die nicht zuletzt durch die Rivalität zwischen der Volksrepublik China, der UdSSR und den USA, dreier ständiger Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates, verursacht wurden. Das grosse Engagement der Uno beweist, dass man sich dieser Verantwortung, wenn auch spät, bewusst geworden ist. Doch letztlich wird es an den Kambodschanern selbst, an ihrer Fähigkeit zur Versöhnung wie an ihrem Fleiss und Engagement liegen, ob ihr Land eine Zukunft hat oder ob künftigen Generationen "Kambodscha" nur noch ein historischer Begriff sein wird.

**Arnold Hottinger**

## **Iran am Kreuzweg: Eine neue Phase der iranischen Politik?**

Um die iranische Politik nach der Machtergreifung der Geistlichen in der Revolution von 1978-79 zu verstehen, muss man sich die Lage dieser heutigen Machthaber vor und nach der Revolution vergegenwärtigen. In der Zeit der Pahlawi-Dynastie, d.h. 1925 bis 1979, sank die soziale, wirtschaftliche und politische Position des Standes der Geistlichen immer weiter ab. Dies war eine Folge der nationalistischen und auf Modernisierung, im Sinne der Übernahme von technologischen und organisatorischen Errungenschaften des Westens (Europa und USA), ausgerichteten Politik beider Herrscher der Dynastie.

Die "Mullahs" wurden als Hindernisse auf dem Weg der Erneuerung verstanden. Die Religion, die sie vertraten, war aber so tief im Volk verwurzelt, dass sie nicht einfach abgeschafft werden konnte, wie dies in der Türkei unter Atatürk weitgehend geschah. Atatürk war ein Vorbild für Reza Schah (1925-41), doch im Iran wurden seine Reformen nicht vollständig nachgeahmt. Es gab vorübergehend ein Verschleierungsverbot und ein Verbot der traditionellen Kleidung, auch für Geistliche, doch die arabische Schrift wurde beibehalten. Die geistlichen Schulen, Medrese und höhere Ausbildungsstätten, wurden im Iran im Gegensatz zur Türkei nicht verboten.

Unter beiden Herrschern der iranischen Dynastie wurden Gesetzeskodizes und Prozedurvorschriften promulgiert, die den Bereich der Schari'a, d.h. des islamischen Gottesgesetzes, einengten und ihn schliesslich auf eine beinahe ausschliesslich geistliche Geltung ohne praktische juristische Bedeutung reduzierten. Dadurch wurde auch der Machtbereich der Geistlichen weitgehend eingeschränkt. Sie waren in früheren Zeiten die Fachleute eines allumfassenden Gottesrechtes gewesen, das auch im praktischen Leben zur Anwendung gekommen war.

Schah Reza liess sogar Eingriffe in das Familienrecht vornehmen, wodurch die überaus empfindliche Frage der Rechte und Pflichten der Frauen berührt wurde (Reform des Ehe-, Scheidungs- und Erbrechtes). Weltliche Gerichte traten an die Stelle der islamischen Geistlichen, und an der Universität ausgebildete Rechtsfachleute, nicht mehr Geistliche, befassten sich mit der Anwendung der neuen Legislation. Das ganze lief darauf hinaus, dass die Geistlichen in den Bereich der Moschee zurückgedrängt wurden (entsprechend dem westlichen, aber nicht dem muslimischen Verständnis von "Religion" als etwas, das nach Möglichkeit vom weltlichen Bereich zu trennen sei).

Im Bereich des Sozialprestiges war diese Zurückdrängung mit einer deutlichen Verachtung für die Mullahs verbunden. Sie wurden als "altmodisch", als "überholt" angesehen und oft verdächtigt, blosse Scharlatane zu sein, die allerhand Tricks und Kunstgriffe anwendeten, um die unwissenden Teile der Bevölkerung dazu zu veranlassen, für ihr Auskommen zu sorgen und ihnen Ehrfurcht zu erweisen. Die neue "Intelligenz" Irans schaute auf sie herab und schien sich von ihnen losgesagt zu haben. Ihr galten sie als blosse Relikte vergangener Zeiten, die man freilich nicht ganz beseitigen konnte, weil die

einfache Bevölkerung ihnen "immer noch" anzuhängen schien, und auch weil die Regierenden glaubten, "die Religion" erfülle eine stabilisierende Funktion, auf die man "noch" nicht verzichten könne, insbesondere im Kampf gegen den Kommunismus.

Die Revolution hat jedoch diese bisherigen Gegebenheiten in ihr Gegenteil verkehrt. Es gelang dem Stand der Geistlichen, die Erhebung gegen den Schah anzuführen, die Massen zu mobilisieren und zu beseelen, und sie vermochten auch unmittelbar nach dem Sturz des Regimes alle konkurrierenden Gruppen, die in der Revolution mit ihnen marschiert waren, auszuschalten: bürgerliche Demokraten so gut wie Linksgruppen aller Art und Schattierungen, ja sogar jene Geistlichen und ihren Anhang, die der These Khomeinis nicht zustimmten, nach welcher die Geistlichen direkt die Macht ausüben sollten (z.B. Schariat Madari und seine Anhänger).

Die Geistlichen unter der Führung Khomeinis fanden sich plötzlich an der Spitze der sozialen Hierarchie - wohin sie nach der Lehre Khomeinis aus religiösen und politischen Gründen auch gehörten. Sie waren natürlich fester denn je entschlossen, diese hart erkämpfte Führungsposition nicht mehr aufzugeben, und heute ist deutlicher denn je erkennbar, dass die Bewahrung der Führung durch die Geistlichen die Priorität Nummer Eins des sich selbst immer noch "revolutionär" nennenden Regimes darstellt.

Die "Mullahs" üben heute Macht- und Kontrollfunktionen im gesamten staatlichen Gebäude aus. Nicht nur in den Ministerien selber, sondern auch in den Provinzdelegationen aller Ministerien nehmen sie die Spitzenfunktionen wahr. Wenn nicht ein Geistlicher als Minister oder Delegierter des Ministers wirkt, wird jedenfalls dafür gesorgt, dass die Minister und Provinzdelegierten Geistliche als Berater und Aufseher neben sich haben, die über ihre Kollegen und Studiengenossen ihre eigenen Informationskanäle "nach oben" besitzen. Zudem sind alle Politiker und Beamten, die nicht dem geistlichen Stand angehören, gehalten, den Geistlichen stets und unter allen Umständen den Respekt zu erweisen, der Höhergestellten zukommt. Lassen sie es daran fehlen, wird ihre Karriere rasch beendet.

Es ist selbstverständlich, dass jene Gesetze und Vorschriften des Schahs, welche die Privilegien und die Sonderstellung der Geistlichen aus der früheren Zeit eingeschränkt hatten, als erste wieder aufgehoben wurden, und die Zurückweisung der iranischen Frauen aus der Öffentlichkeit unter den Schleier und soweit möglich in den Raum der Familien ist nur das sichtbarste Zeichen der alten Ordnung, die den Geistlichen als die göttliche Ordnung gilt und gleichzeitig für sie den Vorteil besitzt, dass sie ihre unter den Pahlawis angeschlagene Machtposition nicht nur wiederherstellt, sondern sogar noch steigert.

Aus alledem geht hervor, dass die Politik der iranischen Oberschicht heute in erster Linie durch das Bestreben bestimmt wird, die Macht in Händen des geistlichen Standes zu bewahren. Alle anderen Fragen sind demgegenüber sekundär, sogar jene, welche das Wohlbefinden der iranischen Bevölkerung angehen.



## **Notwendigkeit eines Schiedsrichters**

Die Geistlichen wissen, dass ein Streit innerhalb ihres Standes für dessen Verbleiben an der Herrschaft äusserst gefährlich wäre. Sie tun deshalb systematisch, was sie vermögen, um alle sich abzeichnenden Gegensätze innerhalb ihres Standes zu entschärfen. Sie anerkennen auch die Notwendigkeit eines Schiedsrichters unter ihnen, der Streite, die sich nicht mit anderen Mitteln beilegen lassen, kraft seiner Entscheidungsvollmacht arbitriert. Dieser Schiedsrichter war Khomeini, solange er lebte; seine Funktion wurde nach ihm von Khamenei übernommen.

Da das Informationswesen lückenlos von den Geistlichen beherrscht und kontrolliert wird, sorgen sie auch dafür, dass innere Gegensätze innerhalb ihres Standes möglichst wenig, und falls überhaupt, nur sehr abgeschwächt ans Licht der Öffentlichkeit gelangen. Diskussionen über die zu ergreifenden Massnahmen und innere Kritik an der Regierung und ihren Entscheiden, an der es keineswegs fehlt, werden hinter verschlossenen Türen geführt und geübt.

## **Die Radikalen als Störenfriede**

Doch im Parlament ist in den vergangenen Jahren immer wieder Kritik laut geworden, besonders seit 1988, als eine grössere Gruppe von Radikalen ins Parlament gewählt wurde, die jede Abweichung von den Lehren Khomeinis bekämpft. Dies war jedoch den führenden Geistlichen offensichtlich höchst unbequem und galt ihnen als äusserst gefährlich. Deshalb wurde in den Wahlen von 1992 dafür gesorgt, dass jene widerspenstigen Abgeordneten beinahe ausnahmslos aus dem Parlament verschwanden, so dass heute die "Einigkeit der Muslime", die Khomeini seinerzeit so oft beschworen hatte, zumindest formal wiederhergestellt sein dürfte.

Khamenei hatte zwei Tage vor der Eröffnung der Wahlkampagne vom 28. März 1992 in einer öffentlichen Rede den Wählern erklärt: "Stellt euch vor, ihr wählt einen Abgeordneten, und dieser macht dann von der Plattform, die ihm das Parlament (Majlis) gewährt, Gebrauch, um die Regierung zu beleidigen und ihre Arbeit zu behindern. Was denkt ihr von einem solchen Kandidaten? Braucht das Volk einen solchen Kandidaten? Begehrt dies die Seele des Imams (Khomeini)?"<sup>18</sup> Und nach den Wahlen erklärte Präsident Rafsanjani, das Haupt der Exekutive, in der ersten Sitzung des neuen Majlis, eine "permanente und enge Koordination zwischen dem Parlament und der Regierung" sei unentbehrlich, "um die Kämpfe und Rivalitäten zu vermeiden, welche die Autorität des Staates schwächen".<sup>19</sup>

Das vorausgehende Parlament war im Frühling 1988 in den letzten Monaten des Kriegs gegen den Irak und noch zu Lebzeiten Khomeinis gewählt worden. In ihm hatten viele ausgesprochen radikale Anhänger der Islamischen Revolution Sitze erlangt. Ihre Richtung wurde angeführt durch den ehemaligen

---

<sup>18</sup> Le Monde, 18. April 92, Artikel von Jean Gueyras.

<sup>19</sup> afp, 28.5.92.

Innenminister Muhtaschemi und andere Radikale wie den damaligen Parlamentsvorsitzenden Mehdawi Kani.

Im August 1989, als der Krieg mit Bagdad beendet und Khomeini gestorben war, gewann Rafsanjani die Präsidentenwahl, nachdem er sich mit Khamenei in der Absicht verbündet hatte, die Nachfolge Khomeinis als Doppelgespann zu übernehmen. Doch die beiden wagten nicht, das gewählte Parlament aufzulösen, und daher hatte Rafsanjani während seiner ganzen bisherigen Amtszeit mit der Kritik und Obstruktion der radikalen Parlamentarier zu rechnen.

Erst die jüngste Wahl vom vergangenen April hat sie ausgeschaltet, wobei die Weichen zu dieser Entwicklung schon im Oktober 1990 gestellt worden waren, als der sogenannte Rat der Experten von Khamenei unter den konservativsten der grossen Geistlichen Irans ausgewählt worden war. Ein weiterer (gelenkter) Vorentscheid war gefallen, als der sogenannte Überwachungsrat, ebenfalls unter dem Einfluss Khameneis, zu Beginn dieses Jahres fast 80 Kandidaten der Radikalen nicht zuließ.

Doch dieses langsame und sich pro forma an die Spielregeln haltende Vorgehen zur Eliminierung der Radikalen hatte den Nachteil, dass es viel Zeit benötigte. Fast drei Jahre des Mandates Rafsanjanis vergingen, bevor das Hindernis der Radikalen im Majlis behoben werden konnte.

Es war natürlich nicht nur die Präsenz der Radikalen im Parlament, die Rafsanjani daran hinderte, seine versprochenen wirtschaftlichen Reformen energisch an die Hand zu nehmen. Die durch den Zweiten Golfkrieg gegebene Unsicherheit wirkte ebenfalls mit, und die wirtschaftliche und soziale Lage, in der sich der Iran nach dem Ende des Krieges mit dem Irak befand (1988), war ganz abgesehen von den anderen Schäden, welche die Revolution gebracht hatte, keineswegs leicht zu bewältigen.

Die wirtschaftliche Bilanz der Revolutions- und Kriegsjahre von 1979 bis 1989 lässt sich mit den folgenden Zahlen zusammenfassen:

- Bevölkerung: + 30 Prozent von 38,25 auf 53 Mio. Bis 1991 stieg diese Zahl auf 55 Mio.
- Bruttonationalprodukt: -50%
- Anlagen: -35%
- Inflation: 1800%
- Arbeitslosigkeit: 48%

Die Universitäten, die nach der Revolution stillgelegt worden waren, um islamisiert zu werden, wurden wiedereröffnet. Die einzige Islamisierungsmassnahme von Gewicht ist ein "islamisches" Zulassungsexamen, in dem versucht wird, neben dem religiösen Wissen auch die religiöse Aufrichtigkeit und Verlässlichkeit der künftigen Studierenden zu prüfen.

Die Entwicklungspläne, die von der Regierung Rafsanjani festgelegt wurden, sind die gleichen, welche zuvor in den Schubladen des Schahs und seiner Minister gelegen hatten. Angesichts der grossen Pläne zur Zeit der Revolution,

alles ganz anders zu machen und besonders das Landleben wieder attraktiv werden zu lassen, muss dies als das vielleicht schlimmste aller Armutszeugnisse angesehen werden, weil es für geistige Armut und politische Einfallslosigkeit spricht.

### Zeichen der Ungeduld

Die Jahre des Zögerns scheinen sich nun insofern auszuwirken, als die Bevölkerung ihre Geduld zu verlieren droht. Sie hatte sich schon zur Zeit der Präsidentenwahl Rafsanjanis vorgestellt, dass alles bald viel besser werde und dass die Zeit der Kriegsentbehungen vorüber sei. Doch die versprochenen Zeiten rascher Entwicklung und Prosperität haben sich nicht eingestellt, und die ersten Massnahmen, welche die Regierung Rafsanjani nun, nach der Einsetzung eines "zahmen" Parlamentes ergreift, scheinen in erster Linie darauf auszugehen, den Markt und seine Gesetze wiederherzustellen. Die Preise sind weitgehend "dollarisiert", die Löhne allerdings nicht.<sup>20</sup> Die Regierung ergriff neuerlich Massnahmen, um die Subventionen für Grundnahrungsmittel abzubauen, und sie versuchte offenbar auch, dem bisher geduldeten wilden Wachstum der Städte Schranken zu setzen.

Solche Massnahmen dürfte die Regierung in erster Linie unter dem Druck der Basaris, der Händler, ergreifen, die in den Wahlen als ihre Verbündeten wirkten und nun fordern, dass die iranische Gesellschaft sich von den staatlichen Unterstützungsmassnahmen und der Geldbewirtschaftung weg und auf einen freien Markt hinbewege. Dies dürfte in der Tat grundsätzlich die richtige Wirtschaftspolitik sein. Doch die Übergänge sind schwierig, weil Revolution und Krieg bisher bewirkten, dass staatliche Sonderlösungen und Provisorien den armen Teilen der Bevölkerung ein bescheidenes Auskommen sicherten.

Der wilde Wohnungsbau, oft auf Landstücken, die entweder dem Staat oder irgendeinem Reichen gehörten, war einer der Auswege gewesen, welche der Staat seit der Revolution offen gelassen hatte. Da in den Städten eine gewaltige Wohnungsnot besteht und Mietpreise für grosse Teile der Bevölkerung unbezahlbar sind, waren die "wilden" Siedlungen für die Bevölkerung wichtig. Die jüngsten Unruhen in verschiedenen iranischen Städten - *Meschhed* (am 30. Mai) und *Arak* wurden genannt - hatten damit zu tun, dass die lokalen

---

<sup>20</sup> Die Inflation beträgt gegenwärtig 40 % jährlich. Der offizielle Wechselkurs beträgt 70 Rial pro Dollar, der offene Markt ("Schwarzmarkt", aber für jedermann ohne Risiko zugänglich) fordert 1'500 Rial pro Dollar. Zwischen diesen beiden Kursen gibt es zahlreiche andere, vom Staat für bestimmte Zwecke festgelegte Vergünstigungskurse. Das Durchschnittsgehalt eines Staatsangestellten beträgt rund 60'000 Rial monatlich. Ein Kilo Fleisch kostet 5'000 Rial, eine bescheidene Mietwohnung in Teheran 400'000 Rial monatlich (Neumiete)! Ein Ingenieur, der 300'000 Rial im Monat verdient, muss am Nachmittag eine zweite Arbeit verrichten, für die er 200'000 Rial erhält. Dennoch bleiben ihm nach Abzug der Miete nur 100'000 Rial zum Leben übrig. Die Nahrungsmittelsubventionen, die der Staat bisher geleistet hat, machen 15% des gesamten Budgets aus, sollen nun aber abgebaut werden. Dennoch reichen die subventionierten Nahrungsmittel nicht aus, um eine Person zu ernähren. Ergänzungen müssen auf dem offenen Markt gekauft werden. (Siehe dazu Jean Geyras, *Le Monde*, 26.-27. April 1992).

Behörden versuchten, gegen illegal errichtete Hüttenstädte vorzugehen. Dagegen begannen die Unruhen in *Schiras* vom 16. April damit, dass die Kriegsversehrten von der Finanzverwaltung der Stadt gegen eine Reduktion der Vergünstigungscoupons für Lebensmittel protestierten, die ihnen bisher gewährt worden waren.

In diesen Städten, und auch schon zwei Monate zuvor in *Khorramabad*, war es zu Angriffen auf Banken, Läden, Automobile usw. gekommen. Es waren die heftigsten Unruhen, welche das islamische Revolutionsregime bisher kennenlernte. Der Staat nahm Hunderte von Leuten fest und sprach dreizehn Todesurteile gegen "Rädelsführer" aus, von denen bisher mindestens acht vollstreckt wurden.

Ob die Oppositionsgruppe der Volksmujahedin hinter diesen Unruhen steckt oder nicht, muss zur Zeit offen bleiben. Die Volksmujahedin pflegen alle Unmutsäusserungen gegen das Regime als Beweise für ihre unterirdische Aktivität im Iran darzustellen.

Davon, dass die islamische Revolution im Interesse der "Mustazafin", d.h. der sozial Schwachen und Benachteiligten, wirken wolle, wie Khomeini es immer betonte, ist zur Zeit offenbar nicht mehr viel zu vernehmen. Vielmehr scheinen es die Basari zu sein, - Rafsanjani selbst kommt aus einer Händlerfamilie -, die nun als Hauptverbündete der Geistlichen die Wirtschaftspolitik beeinflussen.

### **Aussenpolitik**

Die aussenpolitischen Vorstellungen Rafsanjanis sind offenbar weitgehend durch die Notwendigkeit bestimmt, die Wirtschaft seines Landes wieder in Gang zu bringen. Der Iran als Erdölland ohne starke Verschuldung könnte leicht internationale Kredite erhalten, wenn seine Auslandbeziehungen besser wären. Doch die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die Lehren Khomeinis, wie sie die Radikalen verteidigen, hat Rafsanjani bisher daran gehindert, diese Beziehungen entscheidend zu verbessern.

Er setzte es nach langem Zögern und nach zweifellos harten, aber verborgenen Kämpfen mit seinen radikalen Gegenspielern durch, dass die von pro-iranischen Geiselnernern im Libanon festgehaltenen amerikanischen und europäischen Geiseln frei kamen. Nur zwei Deutsche blieben übrig, die nun, im Juni 92, ebenfalls ihre Freiheit wiedererlangt haben.

Es waren die radikalen Elemente im Parlament, die immer wieder dafür eintraten, dass die Geiseln weiter festgehalten werden müssten, weil der Iran nicht genügend Vorteil aus ihnen gezogen habe. (Der erwähnte radikale Politiker *Muhtaschemi* dürfte die Figur gewesen sein, welche die Geiselnahmen im Libanon ursprünglich organisiert hatte. Er war iranischer Botschafter in Damaskus gewesen, bevor er Innenminister wurde.) Rafsanjani hatte dagegen längst erkannt und ausgesprochen, dass die "Geiselhalterei" dem Iran nur Nachteile brachte.

Ob Rafsanjani der Mordaktion an alt Ministerpräsident Bakhtiar in Paris zugestimmt hatte, oder ob es gewissen Elementen der Radikalen möglich

gewesen war, sie ohne sein Zutun und Wissen zu organisieren, ist zur Zeit angesichts der iranischen Dementis in dieser Angelegenheit, denen man freilich keinen Glauben schenken kann, nicht zu eruieren. Gewiss ist nur, dass die Mordtat dem internationalen Prestige des Irans - kaum hatte es sich von der Belastung durch die Geiselafläre befreit - erneut schweren Schaden zufügte.

Dass Rafsanjani entweder selbst den Anstrengungen zustimmt, den Iran erneut zu bewaffnen, oder sich zumindest gezwungen sieht, dies zu tun, um sich die Loyalität der Armee zu erhalten, ist hingegen wahrscheinlich. Keine Rolle scheint dabei der Umstand zu spielen, dass diese Wiederaufrüstungsversuche, anscheinend mit Hilfe der Nordkoreaner und wohl auch Pekings, mit ein Grund sind, dass Washington sich wenig bereit zeigt, die Vergangenheit zu vergessen und zu vergeben. Es scheint sogar möglich, dass auch Versuche unternommen werden, dem Iran Atomwaffen zu verschaffen.

Teheran hat sich darauf konzentriert, zunächst seine Wirtschaftsbeziehungen zu den europäischen Staaten und zu Japan zu verbessern. Deutschland bleibt nach wie vor der wichtigste Handelspartner, und Japan ist ebenfalls bereit, gegen Erdöl Technologie zu liefern. Doch der Zugang zu Weltbankkrediten dürfte versperrt bleiben, solange keine Aussöhnung mit den Amerikanern stattfindet.

Erdölverkäufe des Irans an die USA sind weiterhin nicht zugelassen. Die gegenwärtige Administration in Washington soll beschlossen haben, den Entscheid über eine mögliche Verbesserung der Beziehungen zu Teheran der kommenden Regierung zu überlassen.<sup>21</sup>

Die Iraner betonen auch, sie möchten vermeiden, dass die Frage des Mordes an Bakhtiar die Beziehungen zu Frankreich langfristig belastet. Die Schweiz ist bekanntlich ebenfalls in diese Affäre verwickelt, und die Beziehungen mit Bern sind, jedenfalls kurzfristig, auch nicht die besten.<sup>22</sup>

### **Neues Aktionsfeld in Zentralasien**

Die Lage in Zentralasien und im Kaukasus wird in Teheran mit Spannung verfolgt. Eine Rivalität zwischen Ankara und Teheran ist spürbar; beide Nachbarstaaten versuchen, eine Hauptrolle als Partner der neuen Staaten in Zentralasien zu spielen. Bisher scheinen die Türken den Iranern den Rang abzulaufen. Sie verfügen über einige gewichtige Vorteile: Ihr "säkularistisches" Entwicklungsmodell ist den in Turkmenistan und Usbekistan herrschenden Altkommunisten, Saparmurad Niazow und Islam Karimow, weniger verdächtig als das "islamische" der Iraner, und dies dürfte einer der Hauptgründe dafür sein, dass die Türkei die Möglichkeit erhielt, ein Fernsehnetz in Zentralasien aufzubauen, das demnächst in türkischer Sprache zu senden beginnen soll. Auch die Pläne in Aserbaidschan, in Usbekistan und in Turkmenistan das "türkische" (d.h. lateinische) Alphabet anstatt des oder neben dem kyrillischen

---

<sup>21</sup> International Herald Tribune, 8. Juni 1992.

<sup>22</sup> Le Monde, 7.-8. Juni. 1992.

einzuführen, dürften damit zusammenhängen, dass die heutigen Machthaber eher der Türkei als der islamischen Revolution Irans zuneigen.

Im Falle von Aserbaidshan wirkt sich der Krieg mit Armenien dahin aus, dass die Türkei als der einzige wirkliche Freund des Landes angesehen wird. Den Iranern wirft man vor, sie stellten die Armenier und die Aseri auf den gleichen Plan, indem sie zwischen ihnen vermitteln wollten. In der Tat muss Iran diese Haltung einnehmen, weil es sowohl eine bedeutende armenische Minderheit wie auch rund die Hälfte des aserbaidshanischen Volkes in seinen Grenzen beherbergt.

Die Türkei kann als jene Brückenmacht auftreten, über welche die Europäer und Amerikaner möglicherweise ihre Hilfe und Anlagegelder nach Zentralasien leiten könnten. Jedenfalls versucht Ankara sich in dieser Brückenfunktion anzubieten, und Iran kann den zentralasiatischen Staaten nichts Vergleichbares in Aussicht stellen.

Doch Teheran besitzt seinerseits wichtige geographische Vorteile: während die Türkei vor dem Riegel Armenien steht, hat Iran eine lange gemeinsame Grenze mit Turkmenistan und eine kulturelle Affinität zu Tadschikistan, da sich die tadschikische von der persischen Sprache kaum unterscheidet. Die alten Kulturstädte Usbekistans, Samarkand und Buchara, sind ebenfalls weitgehend tadschikischer - nicht usbekischer - Sprache und persischer Kulturtradition.

Schliesslich kann Iran auch darauf zählen, dass die gegenwärtigen Altkommunisten schwerlich sehr lange an der Macht bleiben werden. In Aserbaidshan haben sie bereits von der Macht weichen müssen, und in Tadschikistan sind sie zur Hälfte entmachtet. Angesichts des Umstandes, dass in diesen beiden Staaten die frühere sowjetische Armee nicht zu Gunsten der alten Machthaber eingriff, sondern es vorzog, sich neutral zu verhalten, kann man vermuten, dass auch im turkmenischen Aschkabad und im usbekischen Taschkent die heutigen Regierungen zu Fall kommen könnten, sobald es einmal zum Ausbruch von Unruhen kommt. Eines der Unruhe stiftenden Elemente könnte leicht, wie in Tadschikistan, das islamische werden. (Islamische politische Parteien sind zur Zeit in Turkmenistan und Usbekistan verboten, wie auch pantürkische und demokratische). Aus einem derartigen Machtumschwung könnte dann leicht eine engere Zusammenarbeit mit dem Iran und eine grössere Distanznahme zur Türkei hervorgehen.

### **Rohrleitungsprojekte**

Die türkisch-iranische Rivalität dreht sich u.a. um die wichtige Frage einer Rohrleitung für turkmenisches Erdgas und möglicherweise kasachisches Erdöl - Chevron hat soeben einen Fördervertrag mit Kasachstan abgeschlossen - nach Süden und Westen. Der von den Türken vorgeschlagene Weg einer Rohrleitung durch das Kaspische Meer, den Kaukasus und die Türkei scheint schwer realisierbar, weil die Kämpfe im Kaukasus wohl nicht so bald aufhören werden. Iran bietet sich seinerseits für eine Verbindung südlich des Kaspischen Meeres an und auch für eine mögliche Strassen- und Bahnverbindung von Mery nach

Meschhed und von dort möglicherweise weiter an die Arabische See sowie westlich über die bereits bestehende Eisenbahnverbindung nach der Türkei.

### **Neue Lage Afghanistans**

Die Unabhängigkeit der neuen zentralasiatischen Staaten hat es mit sich gebracht, dass sich die geostrategische Lage Afghanistans völlig geändert hat. Seit dem 19. Jahrhundert war das Gebirgsland eine Grenzfestung und ein Pufferstaat zwischen dem Indischen Subkontinent und dem Reich der Russen. Nun aber wird es wieder wie in früheren Jahrhunderten seiner Geschichte ein Durchgangsland, das den Weg nach Zentralasien beherrscht. Die einzige zur Zeit wohlausgebaute Strasse nach Zentralasien von Süden her ist die Salangstrasse, welche die Sowjetunion in den sechziger Jahren in Afghanistan baute, damals ohne Zweifel im Hinblick auf sowjetische Penetration nach Süden.

Der am leichtesten erreichbare südliche Hafen für die Baumwolle von Tadschikistan und Usbekistan wäre heute Karatschi in Pakistan - wenn der Krieg in Afghanistan zu Ende ginge.

Für seine südlichen und westlichen Nachbarländer, die heute alle Einfluss in Zentralasien suchen, ist Afghanistan von einem Grenzbollwerk zu einem Durchgangsland geworden, und sie haben nun mehr Interesse daran, es als Durchgangsland zu benützen als, wie zuvor, in Afghanistan selbst Einfluss zu gewinnen und Rivalen Einfluss zu verweigern. Deshalb treten nun Pakistan, Iran, Indien, sogar Saudiarabien und die Türkei, für eine möglichst rasche Beilegung der afghanischen Konflikte ein.

Insbesondere Pakistan ist praktisch von Zentralasien ausgeschlossen, solange die Kämpfe in und um Kabul andauern. Sollten sie aber enden, wäre sein Zugang der beste aller sich um Zentralasien bemühenden Staaten.

Auch Iran ist von der neuen Lage Afghanistans betroffen. Teheran nahm sich stets in besonderem Masse der afghanischen Schiiten an, die meist zum Volk der Hazara gehören und vielleicht 10 bis 15 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Ausserdem unterhielten die Iraner stets gute Verbindungen zur afghanischen Widerstandsbewegung Hizb-e-Islami von Hekmatyar, obgleich es sich bei ihm um einen sunnitischen, nicht einen schiitischen Fundamentalisten handelt. Für die iranische Diplomatie stellt sich nun die Frage, inwieweit sie ihre bisherigen Versuche, in Iran Einfluss zu gewinnen (der immer nur ein Teileinfluss zu werden versprach), aufgeben und ebenfalls versuchen soll, auf eine möglichst rasche Befriedung des Nachbarlandes hinzuwirken, wie sie nur auf Grund eines Kompromissfriedens zwischen allen afghanischen Ausrichtungen und Kampfgruppen denkbar wäre.

**Prof. Dr. Bassam Tibi**

## **Neudefinition des Arabismus nach dem Golfkrieg**

Seit der Bildung des arabischen Staatensystems im Gefolge der Dekolonisation arabischer Gebiete ist die Rhetorik der arabischen Einheit stets der vorherrschende Anspruch in der interarabischen Politik. Und dennoch ist Konflikt das zentrale Merkmal dieser Politik, die mehr von zerstrittenen Koalitionen als von wirklicher Integration gekennzeichnet ist.

### **Einleitende Bemerkungen**

Bis zu Beginn der Golfkrise 1990/91 lag der panarabischen Rhetorik der gemeinsame Glaube zugrunde, dass die Araber alles auf sämtlichen Ebenen teilen würden und somit konsequenterweise in einem einzigen zentral regierten Nationalstaat vereint werden sollten. Die Tatsache, dass die arabischen Einheit eher ein Traum als eine reale Politik war, wurde als ein Resultat externer Verschwörungen erklärt, die von den Feinden der Araber angezettelt worden waren. Der prominente Baath-Politiker Sa'dun Hammadi behauptet denn auch: "Im arabischen Kernland gibt es keine Bewegung, die mehr unter der Feindschaft des westlichen Imperialismus leidet als der Panarabismus. Der Grund hierfür ist, dass sich der Westen durchaus der Folgen für seine Präsenz in der Region bewusst ist, wenn ein mächtiger panarabischer Staat aufgebaut werden könnte." Hammadi beschuldigt auch die Araber selbst, für den Misserfolg im Aufbau eines solchen "mächtigen arabischen Staates" verantwortlich zu sein, ohne jedoch die Vorstellung von einer externen "Mu'amarah" (Verschwörung) als Erklärung für das Fehlen der beschworenen arabischen Einheit aufzugeben. In dem Text zur Annexion Kuwaits stellt der irakische Staatschef Saddam Hussein die Teilung des arabischen Kernlands als das Hauptverbrechen dar, das der Westen gegen die Araber begangen habe. Saddam erinnert daran, dass die Region "eine Einheit war, als sie von Bagdad aus regiert wurde". Die bewusste Verquickung des Osmanischen Reiches mit dem Abbasiden-Kalifat ist bezeichnend in dieser Äußerung, die auf der Perzeption einer finsternen "Mu'amarah" basiert. Das Verschwörungsdenken und die damit verbundene Bedrohungsperzeption ist das vorherrschende Merkmal in dieser panarabischen Rhetorik. Solche der Idee eines Vereinigten Arabischen Staates zugrundeliegenden Glaubenssätze zu hinterfragen, kommt einer Infragestellung quasi-religiöser Glaubensvorstellungen gleich. Die Golfkrise hat diese Situation verändert, weil sie durch die Invasion eines souveränen arabischen Staates durch einen anderen arabischen Staat, nicht aber durch ausserregionale Mächte eingeleitet wurde. Zu Beginn waren keine externen Kräfte involviert. Die Versuche, den Konflikt auf einer regionalen Ebene, d.h. im Kontext einer "Hall'Arabi" (arabischen Lösung), zu deeskalieren, mussten angesichts eines mangelnden institutionellen arabischen Rahmens für Konfliktlösung scheitern. Auch die Tatsache, dass das arabische Staatensystem über eine Regionalorganisation, die Arabische Liga, verfügt, änderte wenig an dieser Realität. Der Arabischen Liga fehlen die Institutionen und die



entsprechenden Mechanismen für eine kollektive Politikgestaltung, die für eine regionale Konfliktlösung notwendig ist. Im Vergleich zur Europäischen Gemeinschaft mangelt es dem arabischen Staatensystem an der erforderlichen Effizienz. Die europäische Integration bietet ein Modell, von dem die Araber in ihrem Versuch einer Neudefinition des Arabismus nach der Golfkrise lernen könnten. Wäre die Arabische Liga institutionell und im Hinblick auf politische Entscheidungsprozesse von gleichem Format wie die Europäische Gemeinschaft, dann hätte es - so mein Argument - keinen zwischenstaatlichen Konflikt zwischen dem Irak und Kuwait gegeben, ganz zu schweigen von den Rückwirkungen, die das Versagen der Arabischen Liga auf die Möglichkeiten der regionalen Konfliktlösung hatte.

Das bis zur Golfkrise dominierende Konzept des Arabismus stand im Kontext der Ideologie und Rhetorik des panarabischen Nationalismus, bezog sich aber weder auf ein bestehendes Muster der Staatsangehörigkeit ("citizenship pattern") noch auf ein Integrationsmodell regionaler Staaten. Die panarabische Ideologie richtet sich gegen die Institution des Nationalstaats, nach dessen Prinzipien sämtliche Staaten der Region organisiert sind. Die heutigen arabischen Staaten sind in der politischen Sprache der panarabischen Ideologie niemals als Nationalstaaten beschrieben und akzeptiert worden; sie waren qualitativ herabgesetzt und mit dem Etikett "al-dawla al gitriyya" (der private Staat) versehen worden. Der Begriff des arabischen Nationalstaats "al-dawla al gawmiyya" wurde auf den angestrebten und vorgeblich bisher durch westliche Verschwörungen verhinderten panarabischen Staat beschränkt. Obwohl die panarabische Ideologie die bestehenden arabischen Nationalstaaten negiert, ist sie somit selber in der Nationalstaatsidee gefangen, da sie einen grösseren, alle Araber vereinigenden panarabischen Staat zum Ziel hat. In der Tat waren Harmonie und Brüderlichkeit die zentralen Themen der panarabischen Ideologie, während die reale zwischenstaatliche arabische Politik wie jede andere Politik von Konflikt gekennzeichnet war. Der Unterschied zwischen Europäern und Arabern ist nicht ein Unterschied zwischen einer von Harmonie und einer von Konflikt geprägten Staatengruppe. Es ist vielmehr ein Unterschied zwischen europäischen Staaten als einer Gruppe, die über Mechanismen zur Konfliktlösung und ein realistisches Konzept vom Europäertum verfügt, und arabischen Staaten, die sich durch ideologische Formeln wie Brüderlichkeit und panarabische Harmonie blenden lassen. Kurzum, eine der Lehren der Golfkrise sollte die Stärke einer politikorientierten im Gegensatz zu einer ideologieorientierten Neuformulierung des Arabertums sein. Wie bereits gezeigt, waren die bestehenden Nationalstaaten in der panarabischen Ideologie als "dawla gitriyya" (privater Staat) gebrandmarkt worden, die dem "dawla al-gawmiyya" (Nationalstaat), d.h. dem panarabischen Staat, im Wege stehen. Tatsächlich können alle heutigen arabischen Staaten - mit Ausnahme von Ägypten und Marokko - als rein nominelle Nationalstaaten umschrieben werden, da ihnen die Substanz der Institution Nationalstaat, die zuerst in Europa entwickelt und im Laufe der Globalisierung auf die gesamte Welt übertragen wurde, fehlt. Dritte-Welt-Staaten sind von Vertretern der Disziplin internationale Beziehungen als "Quasi-Staaten" qualifiziert worden. Und dennoch haben die heutigen arabischen Nationalstaaten Bestand. Die erste Lehre des Golfkrieges sollte deshalb sein, dass jeder Versuch, Grenzverän-

derungen im bestehenden arabischen Staatensystem herbeizuführen, Konflikte auslösen würde. Das ideologische Konzept des Panarabismus infragezustellen und für eine Neudefinition des Arabismus zu plädieren heisst nicht, das arabische Streben nach Integration zurückzuweisen. Wenn dieses Streben in realen politischen Begriffen neu definiert würde, könnte es sich zu einer pragmatischen Politik der Integration entwickeln. In Hinblick auf eine so verstandene Neuformulierung des Arabertums möchte ich im folgenden auf die europäische Integration Bezug nehmen, um deren Nützlichkeit als ein Modell für die arabische Politik zu untersuchen.

Ich möchte zwei Vorschläge machen, die meine zentralen Hypothesen nochmals hervorheben: Eine Neudefinition des Arabertums sollte darauf gerichtet sein, ein neues Muster für interarabische Beziehungen als zwischenstaatliche Struktur souveräner Staaten zu entwickeln. Das benötigte Integrationsmuster sollte dabei nicht die nationale Souveränität der bestehenden arabischen Staaten infragestellen oder verletzen. Aus diesem Grund möchte ich auf die europäische Integration als ein Modell für die arabische Welt verweisen. Der zweite Vorschlag betrifft die Neudefinition des Arabers im Sinne eines Bürgers eines demokratischen Staates, um den Begriff des Arabers von seinen bislang vorherrschenden ethnischen Konnotationen zu trennen. Auf diese Weise könnten sich die Kurden in Syrien und Irak, die Dinka im Süden und die Berber in Algerien und Marokko als arabische Bürger fühlen, ohne von einer quasi-rassistisch-ethnischen exklusiven Definition eines Arabers geächtet zu werden. Darüber hinaus sollte die Neudefinition des Arabers nichtethnisch-säkular sein, da nicht alle Araber auch Muslime sind. Eine säkulare Neuformulierung des Arabers würde es nichtmuslimischen Arabern ermöglichen, das Arabersein als ein Bürgerrecht zu schätzen, das sie mit ihren muslimischen Mitbürgern auf eine Stufe stellt.

### **Europäische Integration als Modell für die Redefinition des "Arabertums"**

Es ist sicher allgemein anerkannt, dass die umfassenden Probleme der Gemeinschaft der arabischen Staaten nicht auf der Ebene der einzelnen bestehenden Nationalstaaten gelöst werden können. In dem Versuch, diese Probleme ernsthaft - jenseits propagandistischer Rhetorik - zu bewältigen, scheint die Integration neue Wege zur Lösung zu versprechen. In dieser Hinsicht bietet die Europäische Gemeinschaft ein Modell, von dem arabische Politiker viel lernen könnten, wenn sie in demokratische Regierungen eingebunden wären; da sie aber - im Gegensatz zu europäischen Politikern - nicht mit der Bedrohung konfrontiert sind, von den Wählern aus dem Amt entlassen zu werden, ist es sehr wahrscheinlich, dass sie keine Lehren daraus ziehen. Integration ist dennoch kein neues Thema in der arabischen Politik. Das Problem dabei ist aber, dass dieser Begriff stets von arabischen Politikern als Äquivalent für das diffuse Konzept der panarabischen staatlichen Einheit verwendet wurde. So verstanden kann die Europäische Gemeinschaft nicht als Modell für die Araber dienen, da die Europäer - wie später detailliert gezeigt wird - nicht die Vereinigten Staaten von Europa anstreben. Im Arabischen gibt es wichtige Nuancen zwischen Integration ("indimaj"), Kooperation ("ta'awun")

und Einheit ("wihda"). Alle diese Bedeutungen werden jedoch in der Sprache der arabischen Politik unter dem panarabischen Konzept der Einheit, wie es durch die Ideologie des arabischen Nationalismus bestimmt wird, zusammengefasst. Wenn arabische Politiker in der Reformulierung des "Arabismus" vom Golfkrieg in produktiver Weise lernen wollen, dann ist es unentbehrlich, dass sie einen ernsthaften Blick auf die Struktur und die Errungenschaften der Europäischen Gemeinschaft werfen. Das ist der zentrale Punkt in diesen Gedanken zur Neubestimmung des "Arabertums". Gegenwärtig bestehen im Nahen Osten zwei konfligierende Paradigmata: das panarabische Paradigma auf der einen Seite und das islamische auf der anderen Seite, ganz zu schweigen von den ethnischen und lokal-nationalen Unterteilungen, die die Struktur des arabischen Nationalstaates unterminieren und so einer arabischen Integration im Wege stehen.

In einem Interview, das ich mit Scheich al-Azhar, Gadulhaq Ali Gadulhaq, im September 1989 führte, antwortete er auf meine Frage zur muslimischen Einheit mit einer Gegenfrage: "Sie kommen aus Europa. Was tun die Europäer dort?" Nach Ansicht Scheich al-Azhars bietet die Europäische Gemeinschaft den geeigneten Rahmen für die arabische und muslimische Einheit. Wenn die Europäer sich vereinigten, warum - so die Logik seiner Frage - könnten sich dann nicht auch die Muslime und Araber in einer ähnlichen Weise vereinigen? Die gleiche Logik findet sich in den panarabischen politischen Gedanken, die die von Sati al-Husri einst beschriebene gewaltsame Vereinigung Deutschlands im 19. Jahrhundert als ein Modell für die Araber verstehen und diese als Grundstein für die europäische Einheit ansehen. Ein genauerer Blick auf die Europäische Gemeinschaft korrigiert diese Fehleinschätzung und verdeutlicht, dass die Realitäten der fortschreitenden europäischen Integration nicht zur Vorstellung entweder eines "Superstaats" oder der "Vereinigten Staaten von Europa" passen. Was aber ist dann die europäische Integration? Und in welchem Masse kann sie als Modell für das Ziel der arabischen Integration dienen und zugleich die Neubestimmung des "Arabertums" erleichtern?

In einer kürzlich veröffentlichten Studie der Brookings Institution betonen die Autoren, "dass die nationalen Regierungen die zentralen Akteure in der (Europäischen) Gemeinschaft sind und einen integralen Bestandteil ihrer Identität bilden". Diese Beobachtung wird jene im Nahen Osten, die die Europäische Gemeinschaft als Modell für die arabische staatliche Einheit betrachten, entweder schockieren oder aber desillusionieren. Sie könnte auch jenen arabischen Staatsmännern ihre Angst nehmen, die zwar Lippenbekenntnisse zur panarabischen Einheit formulieren, diese jedoch gleichzeitig - als eine Bedrohung ihrer Souveränität - tief in ihrem Herzen und im Rahmen ihrer Realpolitik ablehnen. Um die wahre Bedeutung der europäischen Integration nochmals hervorzuheben, möchte ich betonen, dass die europäischen Staaten - ohne grossen Lärm - ihre Integrationspolitik verfolgen und zugleich die bestehenden staatlichen Einheiten als Repräsentationsbasis innerhalb der Gemeinschaft aufrechterhalten und anerkennen. Und dennoch: die Europäische Gemeinschaft ist nicht mit der Arabischen Liga zu vergleichen. Sie realisiert Integration substantiell. Der Kern der Integration im europäischen Modell betrifft zwei Bereiche: Zunächst wird ein interner Markt gebildet, der sämtliche

Mitgliedstaaten umfasst und Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit einschliesst. Dieser über die nationalen Grenzen hinausgehende Markt hebt alle früheren nichttarifären Barrieren unter den teilnehmenden Mitgliedstaaten auf. Die zweite Ebene der Integration bezieht sich auf politische Prozesse. Der politische Integrationsprozess in Westeuropa bedeutet im wesentlichen nichts anderes als den Aufbau von Institutionen, die einen Rahmen für politische Entscheidungsprozesse bieten. Das ist keine Einheit, aber ein tiefgreifendes Modell für Integration. Ein bekanntes Beispiel für solche politisch relevanten Institutionen ist der Europäische Gerichtshof. Ein anderes Beispiel bietet das Europäische Parlament. Weitere zentrale Institutionen sind die Europäische Kommission, der Ministerrat und der Europarat. Diese Institutionen formieren ein ausserordentlich komplexes System der Politikgestaltung auf allen Ebenen, das dennoch die nationale Souveränität der Entscheidung und Verhandlung nicht verletzt und in der Lage ist, "die institutionelle Kapazität ... in eine effektive Repräsentation unterschiedlicher nationaler Interessen und Bedürfnisse auf Gemeinschaftsebene" umzusetzen. Von besonderer Bedeutung ist, dass diesem System eine wirklich demokratische politische Kultur zugrunde liegt, in der qualifizierte Mehrheitsentscheidungen anerkannt werden und Einstimmigkeit nicht erforderlich ist. Demokratische Führung, demokratische Koalitionen, Pluralität, Verhandlung, Annäherung, politische Differenzierung und Zurückhaltung nationaler Regierungen - dies sind die Begriffe, mit denen das System der europäischen Integration umschrieben werden kann. Die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Gemeinschaft gestalten sich somit als Wechselspiel zwischen den Mitgliedstaaten und den Institutionen der Gemeinschaft. Kurzum, die europäische politische Integration basiert auf dem institutionellen Rahmen für eine enge Beziehung und einen Austausch unter souveränen Staaten. Der innereuropäische Markt untermauert diese Integration ökonomisch. Dieses Integrationsmodell scheint für die arabischen Staaten höchst vielversprechend, wenn sie einen ehrlichen und ernsthaften Versuch in der Neubestimmung des "Arabertums" unternehmen wollen.

Verdeutlicht man sich die Wesenszüge der europäischen Integration, so scheint sie nicht länger attraktiv zu sein für jene Araber, für die "al-wihda" (Einheit) einen Religionsersatz, eine Art "religion civile", darstellt. Nach dem Golfkrieg ist die Gemeinschaft derer, die an diese politische Religion glauben, kleiner geworden. Leider ist die arabische Sprache reich an Begriffen, mit denen jene, die nicht an diese politische Religion glauben, bezeichnet werden - sei dies "kha'in" (Verräter) oder "amil" (Agent) oder ähnliches mehr. In der irakischen "Republik der Angst" haben Anschuldigungen dieser Art eine Welt der Furcht geschaffen. In einer neuen Studie über die Beziehungen zwischen den beiden Varianten des Panarabismus, die in Syrien und in Irak herrschen, analysiert Eberhard Kienle den ideologischen Krieg zwischen den beiden Regimen in einer höchst aufschlussreichen Weise: Während sich beide Regime in ihrem Krieg der Worte rhetorisch zum Panarabismus bekannten, waren sie doch stets eifersüchtig darum bemüht, die eigene nationalstaatliche Souveränität zu schützen. In Hinblick auf die notwendige arabische Integration ist eine solche Politik kein Modell für eine Redefinition des Begriffs "Arabertum". Ebenso wenig kann die Invasion Kuwaits durch den ersehnten und selbsterklärten "arabischen Bismarck" ein akzeptables Modell für Integration

darstellen. Die Araber haben Jahrzehnte lang in den Begriffen der panarabischen Einheit über Integration gesprochen, ohne jedoch irgendeinen Fortschritt in Richtung auf dieses rhetorisch proklamierte Ziel zu erreichen. Im Gegensatz zu dieser kläglichen historischen Bilanz in der arabischen Welt war Integration in Europa stets Teil der Politik und nicht blosse panideologische Rhetorik. Diese Politik beinhaltete immer auch die Würdigung der bestehenden Nationalstaaten in Europa. Die institutionell untermauerte Achtung der nationalen Unterschiede auf allen Ebenen und somit der Pluralität ist das entscheidende und prägende Merkmal der Europäischen Gemeinschaft. Anstatt Unterschiede abschaffen zu wollen - panarabische Nationalisten ignorieren diese Unterschiede als "iglimiyya" -, entwickelten die Europäer den institutionellen Rahmen, um die Konflikte, die aus diesen Verschiedenheiten entstehen, in einer demokratischen und pluralistischen Weise bewältigen zu können. Eine der Lehren des Golfkrieges war, dass die gegenwärtigen arabischen Nationalstaaten - ungeachtet ihrer historischen Entwicklung - weiterhin Bestand haben. Diese Einsicht lässt das europäische Integrationsmodell, das Verschiedenheit als Pluralität würdigt und nationale Regierungen als die zentralen Akteure im politischen Entscheidungsprozess betrachtet, für eher pragmatisch orientierte Araber an Bedeutung gewinnen; sie wollen sich von dem Zeitalter der Ideologien lösen, die ihre Vorgängergenerationen dermassen geblendet haben, dass sie ihre Energien und damit arabische Ressourcen in hohem Masse verschwendet haben, ohne dass ein positives Ergebnis, eine Leistung oder ein Beitrag für die arabische Integration erkennbar wäre. Ghassan Salame erinnert uns in seiner Untersuchung der arabischen Integration daran, dass die bekannte Ideologie des panarabischen Nationalismus eindeutig auf der "utopischen Idee eines einzigen arabischen Staates" basiert, sämtliche arabischen Regierungen aber die sich zu dieser Utopie bekannten, haben stattdessen eine "isolationistische Politik mit panarabischem Vokabular" praktiziert. Diese Diskrepanz zwischen Rhetorik und Realpolitik ist das zentrale Kennzeichen arabischer Politik seit der Entstehung des arabischen Staatensystems.

Kurz gesagt, im Lichte der Golfkrise ist die historische Bilanz aller panarabischen Experimente und Ideologien im Hinblick auf das Ziel eines einzigen arabischen Staates gleich Null. Wie Ghassan Salame bin ich der Ansicht, dass die Arabische Liga aus genau dem gleichen Grunde kein einziges erwähnenswertes Ergebnis für die arabische Integration erzielte: Man gibt Lippenbekenntnisse für die utopische Idee des panarabischen Staates ab und unternimmt zugleich alles, um diesen zu verhindern. Selbst in bezug auf bescheidene Integrationsziele wie institutionelle Rahmen für Kooperation ist die Bilanz der Arabischen Liga äusserst schwach. In einer Umwelt, in der die erforderliche politische Kultur für Demokratie fehlt, ersetzt der rhetorische Aufruf zu Einmütigkeit faktisch die politische Verhandlung, die auf einer gegenseitigen Akzeptanz der Souveränität gründet. Ghassan Salame verweist auf 4000 Resolutionen, die von der Arabischen Liga seit ihrer Gründung verabschiedet wurden: "80 Prozent der Resolutionen wurden trotz einstimmiger Annahme niemals in die Realität umgesetzt ... es ist unnötig, Mehrheitsregeln zu etablieren, da - auch wenn Einstimmigkeit möglich ist - diese ohne Wirkung bleibt". Salame weist auch auf die beeindruckende Zahl an Verträgen hin, die

unter der Schirmherrschaft der Arabischen Liga unterzeichnet wurden, und kommentiert dazu: "Würden sie angewandt, hätten sie ein sehr hohes Mass an panarabischer Integration verwirklicht. Dies ist aber offensichtlich nicht der Fall ... Das zentrale Hindernis ist die mangelnde Umsetzung selbst einstimmig befürworteter Resolutionen ... Es gibt eine Diskrepanz ... zwischen dem Traum von der Einheit und der Realität der inter-arabischen Politik. Arabische Regime ... würden durch ein höheres Mass an Integration in der arabischen Welt bedroht werden. Und zweifellos widersetzen sie sich systematisch dieser Integration, auch wenn der arabische Nationalismus die Staatsreligion ist." Integration wird von den arabischen Regimen als Bedrohung wahrgenommen, nicht aber weil die Amtsinhaber "Verräter", "Agenten des Imperialismus und Zionismus" oder ähnliches sind. Jeder Student der internationalen Beziehungen ist mit der Tatsache vertraut, dass Nationalstaaten eigene nationale Interessen verfolgen. Die utopische und illusionäre Ideologie des panarabischen Nationalismus hat eine Abschaffung der Grenzen und eine Etablierung einer wie auch immer gearteten zentralen panarabischen Regierung - auf Kosten der geringgeschätzten nationalen Interessen - zum Ziel. Kein arabischer Staat wünscht aufrichtig, einer solch unbestimmten Politik unterworfen zu sein. Wenn aber Integration als ein politisch-institutioneller Rahmen für politische Prozesse unter gleichberechtigten Nationalstaaten verstanden wird - wie dies in der Europäischen Gemeinschaft der Fall ist -, dann würde die beschriebene Bedrohungsperspektive arabischer Politiker aufgehoben. Ich denke, dass die Araber vom politischen und ökonomischen Integrationsprozess in Europa viel lernen können, da kein einzelner arabischer Staat seine Probleme allein - ohne eine solche Integration - bewältigen kann. Dieser Prozess arabischer Integration könnte gleichzeitig die Bedeutung nationaler Regierungen, die an diesem Prozess als souveräne Akteure teilnehmen, aufrechterhalten und anerkennen. Die Gestaltung von Politik im Rahmen einer Integration nach den Prinzipien der Europäischen Gemeinschaft wäre dann ein demokratischer Prozess, der die nationalen Interessen seiner Mitgliedstaaten nicht verletzen würde. Solchermassen konzeptualisiert, kann die Rolle nationaler Regierungen zu einem besseren Verständnis von Politik innerhalb der Gemeinschaft beitragen, wie uns das europäische Modell lehrt. Dieses Modell kann als ein erfolgreiches Muster dienen, um ihm nachzueifern und das umfassende Versagen des Panarabismus und seines rhetorischen Konzepts von "Arabertum" nochmals kritisch zu überdenken.

### **Warum ist die europäische Integration für die Neudefinition des Arabertums von Bedeutung?**

Im folgenden möchte ich Problembereiche aufzählen und diskutieren, die im Zusammenhang mit dem europäischen Integrationsmodell stehen und somit für ein neues Verständnis von arabischer Integration - jenseits der populistischen und undemokratischen Ideologie des Panarabismus, der durch Nasser und die Baath-Partei geprägt und praktiziert wurde - hilfreich sein können. Für eine Neugestaltung des arabischen Integrationskonzepts, das als Basis einer neuen Definition von Arabertum dienen könnte, wird ein demokratischer Rahmen benötigt. Dieses neue Konzept sollte sich an den Bedürfnissen der Bevölke-

rungen orientieren und keine Ideologie sein, die von politischen Utopien mit rhetorischer Legitimationswirkung geradezu besessen ist.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Europäische Gemeinschaft weder ein Staat noch eine internationale Organisation, sondern ein Staatensystem für Politikgestaltung ist, wird deutlich, dass im europäischen Integrationsmodell der Nationalstaat wahrhaftig zu einem Mitgliedstaat wird. Sollte dieses Modell für jene verantwortungsbewussten arabischen Politiker, die eine Alternative zu den bisherigen gescheiterten Modellen suchen, akzeptabel scheinen, werden folgende Problembereiche - wie die Erfahrungen des europäischen Beispiels zeigen - relevant:

1. Die politische Kultur der Entscheidungsfindung in der Europäischen Gemeinschaft erscheint mir als Modell für die Förderung von Integration geeignet - nicht jedoch im ideologischen Sinne des Arabismus, sondern vielmehr in der Bildung institutioneller Muster für regionale Kooperation.
2. In einer solchen Kultur werden Entscheidungen auf der Basis von erklärten interessenorientierten Verhandlungen und nicht auf der Grundlage von anmassenden Begriffen wie "Brüderlichkeit" und ähnlichem getroffen. Würde dieser Rahmen akzeptiert, dann stellt sich das Problem, wie die Interessen der souveränen arabischen Staaten vernünftig in Einklang gebracht werden können und wie eine Kooperation im Rahmen einer Staatengemeinschaft entwickelt werden kann, die ihre Mitglieder durch ein System der Politikgestaltung untereinander verbindet. Politik ist immer mit Interessen verbunden und nicht mit primordialen Formeln wie etwa "ukhuwwa" (Brüderlichkeit).
3. In der Europäischen Gemeinschaft besteht ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Staat und der umfassenden gemeinschaftlichen Struktur, das auf einem Wechselspiel zwischen nationalen Regierungen und den Institutionen der Gemeinschaft basiert. Dieses Muster scheint für den Aufbau interarabischer Beziehungen mit dem Ziel der Integration von besonderer Relevanz.
4. Eine der Lehren des Golfkrieges sollte die Schlussfolgerung sein, dass der Arabischen Liga die benötigten institutionellen Fähigkeiten - im Sinne des englischen Wortes "capabilities" - für eine regionale Konfliktbewältigung fehlen. Es macht keinen Sinn zu argumentieren, dass die Liga nicht in der Lage war, eine arabische Lösung der Golfkrise zustande zu bringen, ohne dabei auf den Mangel an hierfür erforderlichen Institutionen zu verweisen. Die Formel "Hall al-Arabi" (arabische Lösung) wurde unter diesen Bedingungen auf eine irakische Propagandaformel reduziert. Das Ergebnis war eine umfassende Fragmentierung des arabischen Staatensystems.

Vergleicht man die arabische Situation mit der Europäischen Gemeinschaft, wird deutlich, dass das europäische Integrationssystem fähig war, eine Vielzahl zwischenstaatlicher europäischer Konflikte auf den verschiedensten Ebenen innerhalb des bestehenden institutionellen Rahmens zu lösen. Das arabische Staatensystem benötigt zum Beispiel dringend eine Institution wie den Europäischen Gerichtshof mit all seinen rechtlich-institutionellen Möglichkeiten für eine friedliche Konfliktlösung. Integration ist nicht nur ein

System der Brüderlichkeit und Harmonie, sondern es ist zuallererst ein System der Politikgestaltung, das die institutionellen Instrumente für Konfliktlösung und den Umgang mit Streitigkeiten einschliesst.

5. In Anlehnung an Ghassan Salame möchte ich das Problem der Glaubwürdigkeit im arabischen System ansprechen und dieses mit der Europäischen Gemeinschaft vergleichen. In der arabischen Politik ist Glaubwürdigkeit entweder mit Ideologien verbunden, wie dem Panarabismus als einer rhetorischen Superlegitimität, oder sie ist mit primordialen Normen und Werten wie der persönlichen Ehre eines Politikers und ähnlichem verknüpft. In der Europäischen Gemeinschaft dagegen ergibt sich Glaubwürdigkeit aus pragmatischen Fragen, die mit Kosten verbunden sind. Kann ein Akteur in den internationalen Beziehungen diese mit der Politik zusammenhängenden Kosten nicht tragen, dann gerät die Glaubwürdigkeit des Akteurs in Gefahr. Im Hinblick auf die arabische Integration hat weder ein einzelner arabischer Staat noch die Arabische Liga jemals eine Verbindung zwischen der Glaubwürdigkeit und den Fähigkeiten angestrebt; selbst die Bereitschaft, auch die Kosten für die erklärte Politik zu tragen, war niemals erkennbar. Dies ist die Hauptursache für den Verlust an Glaubwürdigkeit im System arabischer Integration. Ein Politiker kann nicht eine Politik versprechen, die er nicht umsetzen kann oder überhaupt nicht gewillt ist umzusetzen. Wenn er es trotzdem tut, verliert er seine Glaubwürdigkeit. Und genau dies ist der Fall in der arabischen Politik. Im Gegensatz zum arabischen Staatensystem ist die Glaubwürdigkeit in der Europäischen Gemeinschaft eine säkulare Frage, die sich auf das Kalkül der Politiker bezieht.
6. Ich möchte an dieser Stelle noch einen letzten Punkt auf der Liste anführen, die ich endlos fortsetzen könnte. Vor dem Golfkrieg, und in noch intensiverer Weise nach dem Krieg, gab es in der arabischen Politik eine Diskussion über den Kapitaltransfer von den reichen in die armen arabischen Staaten. Die Europäer haben ganz ähnliche Probleme, da die ärmeren Mitglieder der Gemeinschaft, die südlichen europäischen Staaten, insbesondere Spanien, ebenso einen Kapitaltransfer von den Reichen zu den Armen fordern. Dieses Problem ist auf dem Gipfel von Maastricht im Dezember 1991 von Spanien wieder auf die Tagesordnung gebracht worden. Anstelle von Zahlungen der reichen an die armen Länder Europas wurde einer Strukturpolitik Vorrang gegenüber einem ungebundenen Kapitaltransfer gegeben. Zahlungen der reichen Staaten an die armen Länder können ohne einen entsprechenden Rahmen für Entwicklung in der Tat als eine Art Bestechungsgeld dienen, um das politische Verhalten in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen. Das saudische Kapital, das in die armen arabischen Staaten fließt, ist oft als "Daumenschraube" beschrieben worden. Dieses Kapital hatte häufig die Funktion eines Bestechungsgeldes. In krassem Gegensatz dazu steht das europäische System der Strukturpolitik, das den Kapitaltransfer in einen entwicklungspolitischen Rahmen integriert. Formal gesehen gibt es auch im arabischen Staatensystem einen ähnlich entwicklungsorientierten Transfer von Petrodollars. Aber die Mehrheit der bestehenden Institutionen sind so unfähig, dass sie nutzlos und unglaubwürdig sind.



## **Die Neudefinition des Arabers: Eine säkulare nichtethnische arabische Staatsbürgerschaft**

Sati al-Husri, der als früherer Osmane das Arabische selbst nicht als Muttersprache pflegte, definierte den Arabismus in der panarabischen Ideologie in Anlehnung an Herders romantischen Begriff von der Nation als eine Kulturgemeinschaft, d.h. eine Gemeinschaft, die durch eine gemeinsame Sprache und eine gemeinsam geteilte Geschichte bestimmt ist. In den Grundzügen war das Konzept von al-Husri säkular orientiert. Trotzdem wurde dieses Konzept mit dem Islam und der arabischen Ethnizität in der arabischen Politik vermischt. Nichtarabische Minderheiten wie die Kurden, die Dinka und die Berber wurden ebenso wie nichtsunnitische Muslime auf arabischem Boden wie die Christen oder die Schiiten entweder faktisch geächtet oder nicht als vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft betrachtet. Qadhafi hat diesen Sachverhalt unmissverständlich deutlich gemacht, indem er erklärte, dass die arabischen Christen zum Islam konvertieren müssten, wenn sie richtige Araber werden wollten. Hypothetisch ist es möglich, durch Konversion von einer Religion zu einer anderen zu wechseln. Niemand aber kann seiner eigenen Ethnizität entfliehen. Die Kurden, Dinka und Berber könnten niemals ethnische Araber werden, auch wenn sie dies sein wollten. Die Aufstände der Kurden und Schiiten im Irak nach dem Golfkrieg lassen die Folgen einer Bindung des Arabertums an die Konzeption eines sunnitischen arabischen Islams erkennen. Im Lichte der Golfkrise ist eine Neudefinition des Arabers dringend gefordert. Meiner Ansicht nach bietet ein säkulares nichtethnisches Konzept der Staatsbürgerschaft in einer bürgerlichen, d.h. demokratischen Gesellschaft einen Ausweg aus diesem Dilemma.

Selbst die ethnischen Araber haben keine gemeinsame Identität, da sie immer auch mit subethnischen, sektiererischen und tribalistischen Gemeinschaften verbunden sind. Die arabischen Gesellschaften sind nach wie vor traditionelle Gesellschaften, die durch ethnische Spaltungen und tribale Identitäten charakterisiert sind. Giddens führt hierzu aus: "Die Bevölkerungen traditioneller Staaten sehen sich selbst nicht als 'Bürger' dieser Staaten, noch haben sie besonderen Einfluss auf die Ausübung von Macht in diesen Staaten ... Die Expansion der staatlichen Souveränität bedeutet, dass jene, die dieser untergeordnet sind, sich in gewisser Weise ... ihrer Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft bewusst sind." Die Staatsbürgerschaft basiert nicht auf gemeinsam geteilten ethnischen Wurzeln, sie ist vielmehr psychologisch in bestimmten Mustern der modernen Gesellschaften verankert ... Die Ausweitung der Kommunikation kann nicht ohne die 'konzeptuelle Einbeziehung' der gesamten Gemeinschaft stattfinden, die in traditionellen Staaten nicht gegeben wäre".

Kurzum, die Neudefinition des Arabers nach der Golfkrise sollte sich an den nichtethnischen und säkularen Mustern der Staatsbürgerschaft orientieren. Es ist bedauerlich, dass das Resultat der Golfkrise eher eine Stärkung des islamischen Fundamentalismus war als ein erhöhtes Bewusstsein für die so dringend benötigte säkulare und nichtethnische Staatsbürgerschaft.

## Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die einzelnen arabischen Nationalstaaten unter den gegenwärtigen Bedingungen einer umfassenden Globalisierung auf allen Ebenen nicht für sich selbst überleben können. Der alte arabische Traum von einem Vereinten Arabischen Staat hat sich als Irrtum erwiesen. Zwischen den zwei Extremen - der Isolation der einen und dem Expansionismus der anderen arabischen Staaten, getarnt als Panarabismus - gibt es einen Mittelweg der Integration, für den die Europäische Gemeinschaft als höchst erfolgreiches Beispiel dienen kann. Die Araber können bei der Neudefinition des Arabismus viel von diesem Modell lernen. Als erstes könnten sie lernen, dass eine weit entwickelte institutionalisierte Struktur, nicht aber ein Superstaat und eine damit verbundene gemeinsame einheitliche Staatsbürgerschaft benötigt wird. Die meisten der Problembereiche, die bisher angesprochen wurden, um zu zeigen, wo und inwieweit arabische Politiker von Europa lernen könnten, lassen sich unter wenigen Begriffen zusammenfassen: einer höchst institutionalisierten Struktur und einer politischen Kultur der Politikgestaltung sowie einer demokratischen Staatsbürgerschaft in einer bürgerlichen Gesellschaft. Diese Punkte sind für das Integrationskonzept arabischer Staaten, das diese dringend für ihre Entwicklung und eine effektive Konfliktbewältigung brauchen, von zentraler Bedeutung. Es wäre jedoch unaufrichtig, das Lernmodell Europa hier hervorzuheben, ohne gleichzeitig darauf zu verweisen, dass die Institutionalisierung des gemeinschaftlichen Systems in Europa ohne eine entscheidende Voraussetzung undenkbar gewesen wäre: den Prozess, für den Charles Tilly den Begriff "Zivilisierung der Regierungen" in Europa geprägt hat. Der prominente Sozialhistoriker führt weiter aus: "Die staatlichen Umbildungsprozesse ... brachten ... eine Zivilisierung der Regierung hervor". Diese Prozesse bildeten die Substanz des Nationalstaats. An anderer Stelle habe ich gezeigt, dass die heutigen Nationalstaaten im Nahen Osten nominelle Nationalstaaten sind, denen diese Substanz fehlt. Die Arbeit an der Neudefinition des Arabismus und des Arabers muss an dieser zentralen Handlungseinheit, dem Staat, ansetzen. Die Zivilisierung der Regierungen und die entsprechende Institutionalisierung der nominellen arabischen Nationalstaaten wäre die erste Voraussetzung für den Aufbau eines stabilen und funktionsfähigen interarabischen Staatensystems und einer demokratischen Staatsbürgerschaft als einer unverzichtbaren Basis für Integration. In diesem Kontext wird auch eine neue Definition der Arabischen Liga erforderlich. Die Liga, die seinerzeit von "Politikern, die eher in Intrigen als in der Debatte, der Vermittlung und dem Kompromiss in den internationalen Beziehungen erfahren waren", gegründet wurde, erwies sich - wie wir gesehen haben - als völlig erfolglos. Neben dem bereits erwähnten Mangel an einer institutionellen Struktur der Politikgestaltung war die Weigerung der Arabischen Liga, ihre Rolle als Regionalorganisation zu akzeptieren, für ihr fortgesetztes Versagen verantwortlich. Die Arabische Liga wurde mit Vorliebe als ein Schritt in Richtung auf die arabische Einheit gesehen. Diese Einstellung ist jedoch niemals über bloße Rhetorik hinausgekommen. Mit anderen Worten: Die Araber müssen sich selbst von der Rhetorik befreien und ernsthafte Versuche in der Demokratisierung und

Zivilisierung ihrer Regierungen unternehmen. Alles andere wäre reines Wunschdenken, und davon hat es in der Vergangenheit genug gegeben. Im Lichte der Golfkrise sollte der ideologische und rhetorische Panarabismus ein für allemal begraben werden, nicht um einer weiteren Fragmentation der arabischen Politik willen, sondern zugunsten einer stabilen arabischen Integration, die auf einem neuen Konzept von Arabertum und einem demokratischen, nichtethnischen und säkularen Verständnis des Arabers basiert.

**Erich Gysling**

## **Keine "neue Weltordnung" im Nahen Osten**

Eine "neue Weltordnung" verkündete Amerikas Präsident, George Bush, nach dem Ende der Bombardements, der Schiessereien, der Zerstörungen im Krieg gegen den Irak. Das war Anfang März 1991. Fast überall in den Ländern des Westens fand die Proklamation des obersten Kriegsherrn der USA ein positives Echo: man zwang sich zum Glauben an die Möglichkeit, die inneren Gesetzmässigkeiten des Nahen Ostens von aussen zu verändern, zumindest entscheidend zu beeinflussen. "Neue Weltordnung", das sollte in erster Linie heissen: Demokratie für alle; politischer Pluralismus in allen Ländern; Chancengleichheit für die Menschen in den so unterschiedlich strukturierten Gesellschaften; Ende des Wettrüstens; Ende des sich gegenseitig Ausspielens - ein solches Verhalten sei ein Relikt des Kalten Kriegs, und da es den nicht mehr gebe, sei das aussenpolitische Spiel der nahöstlichen Regime von einst obsolet geworden.

Man könnte die Grundidee der "neuen Weltordnung" auch anders umschreiben, mit ein paar Worten aus der amerikanischen Verfassung von 1776. Dort ist von "pursuit of happiness" die Rede, vom Recht des Verfolgens eigener Glückseligkeit. Für eine Gesellschaft mit westlichen Wertvorstellungen hat dieser Gedanke eine befreiende Faszination - aber gilt das auch für eine nahöstliche?

Die islamisch geprägte nahöstliche Welt steht der Idee der individuellen Freiheit distanziert, bisweilen sogar feindselig, gegenüber. Ein Widerstandsrecht beispielsweise gegen religiöse Entscheide gibt es nicht. Demokratie lässt sich schlecht mit den aus dem Islam abgeleiteten Wertvorstellungen in Übereinstimmung bringen. Politischer Pluralismus im westlichen Sinne ist für die heutige - und wahrscheinlich auch für die künftige - nahöstliche Welt eine fremdartige Vorstellung. Kommt in bezug auf die "neue Weltordnung" hinzu, dass dieses Ideengebäude für praktisch jeden Menschen in Nahost als amerikanisches oder allenfalls europäisches Exportgut verstanden wird, als ein weiteres von vielen schon bekannten Instrumenten des Westens zur Manipulation der Welt der Araber und des Islam.

Hat der Krieg der 28-Nationen-Allianz unter amerikanischer Führung gegen den Irak vom Januar und Februar 1991 wirklich etwas an den Grundkomponenten der vielschichtigen nahöstlichen Konfliktnetze geändert? Führte die gegen den Irak gerichtete Koalition (an der sich so unterschiedliche Regime wie jene Syriens, Saudiarabiens und der USA beteiligten) zur Bildung eines auch für die Zukunft tragfähigen Bündnisses? Änderte der Tod von wahrscheinlich fast 200'000 irakischen Soldaten und Zivilisten etwas an der innerirakischen Situation?

Zunächst eine Bilanz in Stichworten: Der Irak hat die Fähigkeit verloren, zu einer Atommacht zu werden. Er besitzt ausserdem nicht mehr das Potential zu einem grösseren Angriffskrieg gegen andere Staaten. Das politische System des Iraks aber hat sich nicht geändert. Saddam Hussein ist nach wie vor

Staatspräsident. Die Probleme der Kurden sind in der alten Schärfe noch immer vorhanden. Die Schiiten im Irak warten nach wie vor auf die Anerkennung ihrer Mehrheitsrechte - sie bilden schliesslich rund 55 Prozent der irakischen Bevölkerung. Gemäss Aussagen des exilierten Schiiten-Politikers Ayatollah Mohammed Bakr al-Hakim unterdrückt die irakische Armee die schiitischen Eigenständigkeitsbewegungen im Sumpfdelta sogar mit brutalsten Mitteln. Der Machtapparat der Baath-Partei ist ungebrochen, ja gemäss einer im Sommer 1992 bekanntgewordenen Untersuchung amerikanischer Geheimdienste ist Saddam Husseins Position heute sogar gefestigter als noch vor einem Jahr. Er vermittelt seinem Volk den Eindruck von Stärke, stellt im nachhinein den Krieg als Sieg des Iraks hin, taktiert mit viel Risikobereitschaft in bezug auf die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen vom Frühjahr 1991. Wenn immer die Uno-Beamten sich wegen verschlossenen Türen vor verdächtigen Installationen enervieren, gewinnt Saddam Hussein innenpolitisch zusätzliche Punkte: "Seht ihr", so sagt er sinngemäss, "so will das westliche Ausland uns demütigen - und so standhaft bin ich angesichts der fremden Einmischungsversuche."

Wirtschaftlich leidet der Irak - leiden vor allem die unteren Bevölkerungsschichten des Landes - unter dem Embargo, aber es gibt keine Anzeichen für einen bevorstehenden Kollaps. Das Embargo wird ausserdem regelmässig umgangen, durch Ausfuhren auch von Bau- und von elektronischem Material aus und über Jordanien. Und sowohl Nahrungsmittel als auch Medikamente können ja jetzt auch wieder legal aus Jordanien nach dem Irak transportiert werden.

Wer ist Saddam Hussein, was ist der Wesenszug des Iraks unter seiner Herrschaft? Ich vergesse nicht die ersten Spontaneindrücke Bagdads bei einem ersten Besuch in den siebziger Jahren. Da begegnete man einer im arabischen Kontext aufgeschlossenen Gesellschaft, die sich von manchen traditionalistischen Erblasten befreit hatte. Die intellektuellen Diskussionen waren, sofern sie die aktuelle Politik umschiffen konnten, angeregter als irgendwo sonst in der arabischen Welt. Die Beziehungen zwischen irakischen Männern und irakischen Frauen waren nach aussen hin, zumindest in der Stadt, entspannter als anderswo. In der Kultur ging der Irak neue Wege, ja es gab in Bagdad sogar ein Museum für moderne Kunst, das äusserst besuchenswert war. Mit den damals noch vorhandenen Resten einer schönen, alten Bausubstanz allerdings gingen die Iraker hemdsärmelig um: man riss ab, was nicht modern war, und hielt nur in Ehren, was aus Beton bestand.

Politische Diskussionen waren immer schwierig und frustrierend. Die Kontrolle durch den Staatsapparat schien allgegenwärtig und gleichzeitig raffiniert wie primitiv. Bei Interviews, selbst auf der Ebene von Ministern, liess das Informations- respektive Zensurministerium nicht nur ein eigenes Tonband mitlaufen, sondern schickte auch noch einen Stenografen mit, der die Mienen und Gesten der Anwesenden, das nonverbale Umfeld sozusagen, protokollierte und wohl auch getreulich weiterleitete. Dass unter solchen Umständen keine auch nur halbwegs interessante Äusserung gemacht wurde, versteht sich von selbst.

An all dem, an der politischen Kultur, respektive Unkultur, hat sich seither wenig oder nichts geändert. Gewiss, nicht alle Iraker finden sich mit der Repression ab. Man schätzt, dass seit der Machtergreifung der Baathisten mehr als eine Million das Land verlassen haben - Menschen aus der gebildeten Oberschicht, welche die Möglichkeit der Ausreise nutzen konnten, nicht aber Leute aus den mittleren und unteren Schichten des Volkes. Wer ausharrte und erfolgreich sein wollte, dem blieb nichts anderes übrig, als den Proklamationen des Herrschers zu applaudieren und dessen Zielsetzungen zu unterstützen. Sie lauteten in erster Linie:

- Der Irak müsse eine zumindest regionale Grossmacht werden,
- der Irak habe das Recht, den internationalen Erdölpreis entscheidend mitzubestimmen,
- der Irak habe die Mission, die Ansprüche Irans einzudämmen,
- der Irak sei dazu berufen, in der Auseinandersetzung mit Israel eine wesentliche Rolle zu spielen,
- der Irak besitze eine Führungsaufgabe hinsichtlich der arabischen Einheit, und
- der Irak habe eine Mission als Brücke zwischen der Dritten Welt und den Industriestaaten des Westens.

Soweit die Vorstellungen Saddam Husseins. Er versuchte, sie mit mächtigen Sprüngen über die Grenzen der vom Baathismus selbst geschaffenen Ideologie zu verwirklichen. Sozialistisch bedeutete vor allem: Machtkonzentration an der Spitze der Pyramide, deren Bausteine jene aufstrebenden Persönlichkeiten und Kreise waren, die sich in den Dienst Saddam Husseins stellten. Allianzen mit der Sowjetunion und Annäherung an den Westen konnten freischwebend vertauscht werden. Der sogenannte Freundschaftsvertrag mit Breschnews Sowjetunion bedeutete nicht, dass sich der Irak dem Marxismus-Leninismus verpflichtet gefühlt hätte. Er war vor allem ein Instrument, das man gegebenenfalls gegen den Westen einsetzen konnte - und er war ein Mittel zur Beschaffung von Waffen. Die Beziehungen mit der DDR führten unter anderem dazu, dass der Geheimdienst entlang der Linie der SED aufgebaut werden konnte. Als der Ölreichtum sich in den siebziger Jahren auszuwirken begann, öffnete sich das Baath-Regime gegenüber dem Westen, der in den achtziger Jahren nicht zögerte, Saddam Hussein die gewünschten Militärgüter zu liefern, welche den sowjetischen Panzern und Flugzeugen überlegen waren. Der Westen tat dies nicht nur aus wirtschaftlichem Profitdenken, sondern auch aufgrund strategischer Überlegungen: Der Irak, so die Denkweise, müsse als potentieller Verbündeter gewonnen werden, um eine Expansion des islamischen Fundamentalismus iranischer Ausprägung zu verhindern. Im Krieg gegen den Iran, zwischen 1980 und 1988, setzte der Irak fast ebenso viele westliche wie sowjetische Waffen ein, und als 1990 der Krieg gegen Kuwait entfesselt wurde, besass er etwa zu fünfzig Prozent Waffen westlicher Provenienz.

In den Jahren davor hatte man westlicherseits Saddam Hussein sogar eine ganze Menge verziehen: die irakische Attacke auf die amerikanische Fregatte "Stark" im Jahr 1987, ausgeführt mit französischen Mirages und französischen

Exocet-Raketen, forderte zwar das Leben von mehr als 30 Amerikanern, aber die Tragödie wurde unter dem Stichwort "Missverständnis" notiert. Ähnlich verfuhr man mit den unzähligen rapportierten Menschenrechtsverletzungen von seiten des irakischen Diktators, ja selbst die Giftgas-Attacke auf die Kurden in der Stadt Halabjah wurde im Westen, auf der Ebene der Regierungen, eher heruntergespielt. Vorstösse von zwei Abgeordneten im amerikanischen Kongress, mit denen der Irak durch Wirtschaftssanktionen hätte bestraft werden sollen, wurden unter den Tisch gewischt. Zur gleichen Zeit - und bis weit ins Jahr 1990 hinein - gewährten die USA dem Irak wirtschaftliche Hilfe im Umfang von fünf Milliarden Dollar. Ein Teil dieser Gelder soll selbst für den Erwerb von Atomwaffentechnologie abgezweigt worden sein.

Die Meinungsstreitigkeiten über die Geschichte der amerikanisch-irakischen Beziehungen im Vorfeld der irakischen Attacke auf Kuwait möchte ich hier übergehen - darüber gibt es eine reichhaltige, wenn auch oft recht spekulative Literatur. Die Autoren Pierre Salinger und Eric Laurent vertraten in ihrem Buch "Krieg am Golf", untertitelt mit "Die Katastrophe hätte verhindert werden können", bekanntlich die These, es habe eine heimliche Interessengemeinschaft zwischen den USA und dem Irak in bezug auf die Erdölpreispolitik gegeben und Amerika habe sich eigentlich gewünscht, dass Kuwait, das zu viel Erdöl förderte, ein Denkkzettel verabreicht würde. Diese Erwartung stand in einem fernen Zusammenhang mit Hoffnungen im Kreis der amerikanischen Erdöl-Magnaten hinsichtlich einer Anhebung des Erdölpreises von 18 auf etwa 25 Dollar pro Fass - weil erst bei einem Ölpreis in dieser Höhe die Ausschöpfung in den USA liegender, noch nicht genutzter Ölvorkommen profitabel sein könnte. Andererseits hätten die USA den irakischen Diktator bewusst in eine Falle gehen lassen. Eine Politik voller Widersprüche, gewiss, eine Politik voller Absurditäten sogar.

Solche Interpretationen mögen einen Teil der Wahrheit treffen, insgesamt aber entsprechen sie zu sehr einer Verschwörungstheorie: so geradlinig, wie in Publikationen der Art Salingers und Laurents dargestellt, verläuft die Politik praktisch nie.

Was uns interessieren muss, ist die Frage, weshalb Saddam Hussein nach wie vor an der Macht ist und wohin der Irak, wohin der Nahe Osten sich bewegt.

Man übertreibt nicht mit der Feststellung, dass durch den Baathismus irakischer Ausprägung gewisse Abhängigkeiten innerhalb der irakischen Gesellschaft erneut zementiert worden sind - die Ebene der Abhängigkeit verlagerte sich allerdings sehr oft, entsprechend auch den rasanten Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur, der Urbanisierung, dem Vormarsch der Technik und der Kommunikation.

Der Orientalist Hanna Batatu beschrieb in seinem Buch "The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq" (erschienen 1978 in der Princeton University Press) die Gesellschaftsstruktur zur Zeit der Jahrhundertwende. Städtische und stammesmächtig geprägte ländliche Araber hätten damals im Irak in zwei Welten gelebt, die praktisch keine Gemeinsamkeiten kannten. Die Stammeswelt war extrem aufgespalten und von inneren

Gegensätzen geprägt. Wer zu den Besitzenden zählte, musste sich genau auskennen in bezug auf das, was Eigentum, was Besitz tatsächlich bedeutete - mit unserem westlichen Begriff hatte es wenig gemeinsam. Oder genauer: es gab uneingeschränkte Verfügungsgewalt über Landbesitz nur innerhalb der Städte oder in deren unmittelbarer Umgebung. Ausserhalb der Städte hatten die Menschen fast immer Land erhalten, sei es aufgrund von türkisch-ottomanischen Landreformverfügungen, sei es aufgrund einer weiteren Landreform von 1932, also aus der Zeit nach der türkischen Herrschaft. Die beiden wesentlichsten Reformen hatten die Bezeichnungen Tapu und Lazmah - die erste stammte aus dem Jahr 1858, die andere aus dem Jahr 1932. Das Land, das durch diese Reformen verteilt worden war, gehörte theoretisch bis zu einem gewissen Grade weiterhin dem Staat. Wurde ein Grundstück während drei oder fünf Jahren nicht bebaut, fiel es sogar automatisch an den Staat zurück. Und wer ein Grundstück durch die Landreform namens Lazmah erhalten hatte, konnte es nur dann weiterverkaufen oder weitergeben, wenn der Staat, d.h. der vom Staat beauftragte Mächtige, die Zustimmung gab. Dies als Hinweis darauf, dass im Irak die Abhängigkeit von Persönlichkeiten, die vom Staat ernannt wurden, traditionell gross war, als Hinweis darauf auch, dass der Irak u.a. aufgrund solcher Bedingtheiten eine extrem steile Pyramide von Abhängigkeit kennt und gleichzeitig Instabilität, die aus einer verbreiteten Unsicherheit in bezug auf den Besitz resultiert. Das allerdings ist nicht ein spezifisch irakisches Phänomen: Palästinenser, die in Cisjordanien leben, kennen diese Unsicherheit in extrem ausgeprägtem Masse. Sie haben im allgemeinen keine schriftlichen Dokumente in bezug auf das Grundeigentum und ziehen den kürzeren, wenn sie von den israelischen Behörden auf Beweise über die Rechtmässigkeit des Besitzes angesprochen werden. Im Irak kam zudem die zuvor erwähnte Aufsplitterung von Besitz im Gebiet von Schiiten, Sunniten und Kurden hinzu, der Flickenteppich von Besitz und Abhängigkeit quer über die ethnischen und religiösen Gegensätze hinweg.

Aufsplitterung und Instabilität gingen im Irak weiter als in manchen anderen nahöstlichen Ländern. Besitzer von Grundeigentum beispielsweise standen im Kampf gegen die Briten auf entgegengesetzten Seiten. Der Islam war im Irak im Gegensatz zu anderen Ländern aufgrund der Rivalitäten zwischen Sunniten und Schiiten mehr ein Element der Polarisierung als der Harmonisierung. Um nochmals Hanna Batatu zu zitieren: "Muslime fühlten sich überlegen gegenüber den Christen, Juden und Nestorianern. Das betraf die Religion. In bezug auf die Sekten standen die Sunniten über den Schiiten. Hinzu kamen die Gegensätze ethnischer Art: wer von Georgiern oder Türken abstammte, hatte eine höhere Stufe als Araber, Kurden oder Perser. Und schliesslich gab es zur Zeit der ottomanischen Herrschaft noch die auf Gewalt, auf Macht, beruhende Überlegenheit der georgischen Paschas."

Nach dem Untergang des ottomanischen Reichs am Ende des Ersten Weltkriegs schufen die Briten den Irak als ein künstliches Gebilde, dessen Fläche aufgrund von kolonialistisch-strategischen Überlegungen bestimmt wurde. Machtzersplitterung und Machtkonzentration, bezogen vor allem auf die wirtschaftlichen Ressourcen, sollten in ein gewisses Gleichgewicht gebracht werden. Von gerechten Grenzen kann man unmöglich sprechen, weder in bezug



auf Irak noch in bezug auf einen anderen Staat jener Region. Daher hatte Saddam Hussein ja ebenso Recht wie Unrecht, als er im Sommer 1990 von den willkürlich gezogenen Grenzen Kuwaits sprach. Willkürlich gezogen waren auch die Grenzen des Iraks, und es ist nur gewissen Gedankengängen der Briten zuzuschreiben, dass das ölreiche Gebiet um Mossul zum Irak gekommen ist.

Mit dem Verschwinden der ottomanischen Herrschaft über das Gebiet des jetzigen Iraks verschwanden soziale und auf Macht beruhende Strukturen natürlich nicht sofort - manche, das habe ich angedeutet, bestehen sogar heute noch mit Schattierungen. 1932 wurde der Irak unabhängig, aber das bedeutete keineswegs den Beginn von Stabilität, im Gegenteil: Die Geschichte des Landes bestand in den Folgejahren aus einer Vielzahl von Umsturzversuchen und erfolgreichen Coups d'Etat. Der Nationalismus gewann an Boden, Ägyptens Gamal Abd el-Nasser wurde zum Vorbild. Die Baathisten, die ihre Ideologie (sofern man wirklich von Ideologie sprechen kann) sozialistisch und panarabisch nannten, übernahmen im Juli 1968 die Macht. Eine Gruppe von Männern aus der Stadt Takrit am Tigris übernahm die Regierung, wobei Ahmad Hassan al Bakr erster baathistischer Präsident wurde. Im Hintergrund aber stand schon damals der junge Saddam Hussein, der gute zehn Jahre später an die Spitze des Staates treten konnte und der nun bereits dreizehn Jahre lang über das schwer regierbare Reich an Euphrat und Tigris herrscht.

Saddam Hussein ist für jenen Teil der Welt, welcher zur Zeit das Sagen hat, das geringere Übel. Man nimmt in Kauf, dass der Diktator die Minderheiten unterdrückt und die Menschenrechte mit Füßen tritt. Gravierender wäre offenkundig für die USA, möglicherweise auch für London oder Paris, wenn auf dem Territorium des jetzigen Irak ein Machtvakuum entstünde. Diese Befürchtung gewann die Oberhand, als sich im März 1991 die Möglichkeit abzeichnete, dass die innerirakische Opposition die Macht übernehmen könnte. Man schilderte die Opposition als Sammelsurium von etwa zwölf verschiedenen Gruppierungen. Einerseits sei nirgendwo eine Führungspersönlichkeit zu erkennen, welche den Irak zusammenhalten könnte. Andererseits dominierten bei jenen Kräften, welche Saddam Hussein stürzen wollten, auf der einen Seite die Schiiten und auf der anderen Seite die Kurden. Die Aussicht, dass Schiiten allenfalls in Bagdad an die Macht kommen könnten, löste bei der westlichen Supermacht Schrecken aus: da könnte ja der islamische Fundamentalismus einen weiteren Aufschwung und die iranischen Herrscher plötzlich Sukturs erhalten. Und was, wenn die Kurden entscheidend an Terrain gewannen? Dann würden sie sicherlich einen kurdischen Staat proklamieren, und ein kurdischer Staat würde sich bestimmt nicht auf das Gebiet Iraks beschränken, sondern wesentliche Gebiete auch der Türkei beanspruchen. Und der türkischen Herrschaft wollte man von seiten der USA nun wirklich nicht schaden - schliesslich hatte die Türkei im Krieg gegen Irak mustergültig loyal mitgewirkt.

Spät, nämlich nach der Verweigerung der Unterstützung zugunsten der gegen Saddam Hussein antretenden Kurden und Schiiten, im Frühjahr 1991, wuchs im Westen eine Erkenntnis: Der Irak ohne Saddam Hussein würde sich nicht genau entgegengesetzt dem Irak mit Saddam Hussein verhalten. Mit anderen Worten: Saddam Hussein wurde als Teil des politischen Selbstver-

ständnisses Iraks erkannt - als extremer Teil allerdings. Aber die immer schon naive Hoffnung, der Irak würde sich zu westlichen Werten, zu Demokratie und Pluralismus bekennen, sie wurde jetzt ins Reich der Illusionen verbannt. Man hielt zwar noch am Feindbild Saddam Hussein fest, zeigte aber keinen Willen mehr, dieses Feindbild, den "Satan", zu stürzen. Die Nahostpolitik des Westens war fortan zweigleisig: man trieb die Nahostverhandlungen voran - begnügte sich vorerst auch mit reiner Etikette -, und man schwieg in bezug auf die Erkenntnis, dass Verhandlungen dieser Art an zahlreichen Grundproblemen des Nahen Ostens nichts ändern könnten. Und je weiter die Zeit voranschritt, desto mehr verwischten sich in der internationalen Nahostdiplomatie die Spuren des Kriegs gegen den Irak: bald konzentrierten sich die sogenannten Friedensverhandlungen auf das Verhältnis zwischen Israel einerseits und den benachbarten arabischen Regierungen sowie den Palästinensern andererseits. Alles andere, was man angeblich als Resultat der mächtigen Militäroperation gegen das Regime Saddam Husseins für den ganzen Nahen Osten erwartet hatte, geriet in Vergessenheit oder glitt zumindest aus den Schlagzeilen und den Reden der handelnden Politiker.

Aber bleiben wir beim Irak: das Land darbt, die Menschen (das heisst jene, die nicht zum Günstlingskreis der Staatsführung zählen) mussten den Gürtel enger schnallen, und in den Spitälern litten die Kleinkinder unter dem Mangel an Medikamenten und Babynahrung. Internationale Organisationen veröffentlichten Berichte, welche die Welt hätten erschüttern müssen - sie taten es nicht. Man fand immer schnell den Weg zu Erklärungen etwa der Art, dass Saddam Hussein Propagandakapital aus einem vielleicht nur punktuellen Mangel schlagen wolle. Abgesehen von wenigen Ausnahmen liessen auch die internationalen Medien die Alltagsnot der Iraki verdächtig schnell in den Hintergrund treten. Darin lag allerdings eine gewisse Konsequenz: Die Medienwelt hatte sich schon während des Kriegs gegen den Irak allzu bereitwillig Sand in die Augen streuen lassen. Man nahm für bare Münze, was die Informationsbeauftragten von General Schwarzkopf weitergaben, und verbreitete die Legende vom klinisch reinen Krieg, vom quasi chirurgischen Eingriff per lasergesteuerte Bomben. Dass von den im Krieg abgeworfenen 83'000 Tonnen Bomben nur sieben Prozent zielgenau gesteuert worden waren, erwähnten im nachhinein nur ein paar wenige Medien, angeführt von der New York Times. Auch die Greuel der Schlussphase des Kriegs, als Zehntausende von irakischen Soldaten auf dem Rückmarsch aus Kuwait mit Bomben aus der Luft vernichtet wurden, schien nicht viel mehr wert als einen Absatz in der Berichterstattung. Die Beispiele könnten vermehrt werden - doch dies ist wohl nicht unser Thema. Das wäre eine eigene, eingehende Darstellung wert. Für die Medien insgesamt ist die Nachbearbeitung der allmählich bekanntgewordenen Realität des Kriegs jedenfalls kein Ruhmesblatt.

Man muss sich allerdings auch diese Frage stellen: Warum setzte Saddam Hussein nach der Niederlage nicht seinen Propagandaapparat in Bewegung, um die Greuel des Kriegs anzuprangern? Dafür gibt es mehrere Erklärungen. Einerseits wollte die irakische Führung das Ausmass der Katastrophe verschweigen. Andererseits, und das konnte durch Recherchen nachgewiesen werden, vergoss Saddam Hussein allenfalls Krokodils-, aber keine echten

Tränen angesichts des Todes von Zehntausenden von Soldaten und Offizieren beim Rückzug aus Kuwait. Denn nach Kuwait selbst hatte er jene Einheiten entsandt, denen er selbst zutiefst misstraute und die für die nähere oder fernere Zukunft eine Bedrohung des Regimes darstellen konnten. Die als völlig verlässlich geltenden Divisionen waren anderswo stationiert, zu einem grösseren Teil in der Region um Bagdad. Betrachtet man die vom Regime unmittelbar vor dem Ausbruch des Kriegs getroffenen Dispositionen, so kommt man nicht um die Vermutung herum: Saddam Hussein sorgte sich mehr um die Frage, ob seine Armeen im Innern des Landes zerfallen und ob Meutereien ausbrechen würden, als um das Problem der Abwehr der ausländischen Truppenkoalition.

Um diese Sorge zu verstehen, muss man etwas weiter zurückblicken. Seit einigen Jahren hatte es sporadische Anzeichen für Unzufriedenheit und Rebellionsbereitschaft in der Armee gegeben. Seit dem Ende der siebziger Jahre waren die Streitkräfte von 140'000 auf eine Million Mann aufgestockt worden. Hinzu kamen zeitweilig bis zu 700'000 Zivilisten, die für Hilfsdienste zugunsten der Armee für längere oder kürzere Zeit rekrutiert wurden. Innerhalb der Einheiten zeigte sich immer wieder einmal Unzufriedenheit. Die führenden Positionen wurden einerseits von Baathisten gehalten, und die ganz entscheidenden Funktionen besetzten Baathisten aus Takrit, aus der Herkunftsgegend Saddam Husseins. Bei den Soldaten andererseits betrug der Anteil von Schiiten etwa 80 Prozent.

Durch den Krieg gegen den Iran, der von 1980 bis 1988 dauerte, erlangte die Armee bei breiten Schichten der irakischen Bevölkerung eine gewaltige Popularität. Die Legende, dass der Irak den Sieg errungen habe, wurde weithin für bare Münze genommen. Teile der Armee aber verhielten sich offenkundig nicht immer so, wie Saddam Hussein sich das wünschte. Mit anderen Worten: einzelne Bereiche der Armee wurden für ihn zu einem Problem. Die für ihn besonders problematischen Divisionen schickte er dann an die Front und in den Untergang.

Versucht man, die Faktoren der Unsicherheit für Saddam Hussein zu erfassen, so darf man an dieser Tatsache nicht vorbeischaun: es gab zwar eine - verbotene - Opposition gegen Saddam Hussein, aber diese Opposition entsprach - und entspricht, soweit es sie noch gibt - nicht den Wunschvorstellungen des Westens. Man kann die Opposition in drei Kategorien einteilen, ungeachtet der Tatsache, dass es bedeutende Einzelgruppen gibt: in eine pro-iranische schiitische Opposition, in eine kommunistisch beeinflusste und schliesslich in eine kurdische Kraft, die wiederum mehrheitlich vom Iran unterstützt wurde respektive wird. Aber all diesen Kräften war und ist gemeinsam: sie richten sich nicht in prowestlichem Sinne aus, sondern verstanden und verstehen sich als patriotische Kräfte. Bei den einen ist ein religiöses Element dominierend, bei den anderen ein arabisch-nationalistisches. Man kann es noch etwas pointierter sagen: die oppositionellen Kräfte wünschen sich einen Irak innerhalb der gewachsenen politischen Tradition, aber ohne Saddam Hussein. Sie streben nach einem nationalistisch geprägten, eigenständigen Irak, der regional eine gewichtige Rolle spielen sollte. Als der Krieg der 28-Nationen-Koalition unter Führung der USA am 17. Januar 1991 begann, taten verschiedene

Oppositionspolitiker Äusserungen des Inhalts, ihre Anhänger sollten standhaft bleiben gegen die amerikanische Aggression. In Kurdistan wurde die Parole ausgegeben, alle Aktionen gegen die irakische Armee müssten eingestellt werden, um nicht der irakischen Armee in den Rücken zu fallen. (Ich beziehe mich bei diesen Hinweisen auf Äusserungen aus oppositionellen Kreisen zum Kriegsbeginn auf den in London lebenden irakischen Publizisten Faleh Abd al-Jabbar und auf einen Beitrag, den er in einer Ausgabe des "Middle East Report" veröffentlicht hat.)

Wie verhielt sich die Opposition später, als der Irak die vernichtende Niederlage hatte einstecken müssen? Die oppositionellen Parteien versuchten zunächst, sich als Führung des Volksaufstands gegen Saddam Hussein auszugeben. Aber als klar wurde, dass der Aufstand von der Armee des Regimes zerschlagen werden würde, gingen die Chefs der Opposition auf Distanz. Plötzlich wurde allerorts die Version verbreitet, der Widerstand gegen Saddam Hussein nach dem Krieg sei das spontane Werk von unorganisierten Massen gewesen. Da spielte freilich nicht nur die Vermutung eine Rolle, man habe keine Kontrolle über die Massen, sondern auch die Meinung, der von den USA angeführte Krieg gegen Irak habe eigentlich gar nicht das Ziel verfolgt, Saddam Hussein zu stürzen, sondern sei lediglich geführt worden, um die vom Irak ausgehende Bedrohung der angrenzenden Länder zu beseitigen. Mit anderen Worten: man glaubte zu erkennen, dass die USA und deren Verbündete gar keine wesentliche Veränderung in Irak wollten. Und vielleicht hatten sie mit dieser Beurteilung gar nicht so unrecht ... Das grösste Schreckgespenst für den Westen scheint ein Machtvakuum, eine sogenannte Libanisierung des ölreichen Iraks zu sein. Verglichen mit solchen Schreckensvisionen sind die Nachteile einer fortgesetzten Herrschaft Saddam Husseins, ungeachtet der Menschenrechtsverletzungen, der Unterdrückung von Minderheiten, offenbar zumindest akzeptabel. Der Westen zieht ja die Menschenrechtsfrage ohnehin nach freiem Belieben einmal hervor und lässt sie dann wieder in der Versenkung verschwinden.

Die Opposition im Irak versuchte in jüngster Zeit, ihre internen Differenzen zu beseitigen, und traf sich im Juni in Wien, um die Ziele für einen Irak der Zukunft zu skizzieren. Man einigte sich auf eher Allgemeines: zuerst solle eine Verfassung für einen pluralistischen, demokratischen Staat mit Minderheitenschutz ausgearbeitet werden, dann müsse Saddam Hussein gestürzt werden. Das sind Wunschvorstellungen, vorgetragen von einer Gruppe von Männern ohne Macht und mit unklarem Rückhalt bei der Bevölkerung.

Bleibt das alles so, gibt es keine Aussicht auf eine Änderung im Irak? Das Regime versucht, sich innerhalb der eingeschränkten Möglichkeiten flexibel zu zeigen. Erstmals ist es jetzt, seit mehr als zehn Jahren, vom Staat aus wieder erlaubt, ins Ausland zu reisen. Flüge gibt es allerdings keine, was bedeutet, dass die Landreisen nicht weiter als bis nach Jordanien führen können. Der irakische Autor Isam al-Khafaji kommentierte das kürzlich sinngemäss so: Wer ins Ausland reist, gehört zu jener Gruppe, welche die Hoffnung auf ein besseres Leben nach einem Ende der Herrschaft Saddam Husseins aufgegeben hat. Und er meint im Hinblick auf die Zukunft: zwanzig Jahre brutaler Diktatur hätten nichts von einer wirklichen politischen Kultur übrig gelassen. Würde Saddam

Hussein verschwinden, so sei die Aussicht äusserst gering, dass von irgendwoher freiheitliche, demokratische Strukturen aufgebaut werden könnten.

Vorläufig aber ist Saddam Hussein weiterhin an der Macht und, wie erwähnt, ist sein Prestige ausserhalb des Iraks, bei den breiten Massen in anderen arabischen Ländern, heute grösser als vor dem Krieg. Bisweilen wird zwar von einer gewissen Nervosität der Baath-Führung gesprochen und geschrieben, und wer so spekuliert, weist gerne darauf hin, dass Saddam Hussein in letzter Zeit öfters die Minister ausgewechselt und Säuberungen an der Spitze der Armee vorgenommen hat. Das sollte man allerdings nicht überschätzen. Solche und ähnliche Rochaden gehören zum Ritual der Machterhaltung in zahlreichen nahöstlichen Ländern - König Hussein von Jordanien beispielsweise beherrscht diese Kunst meisterhaft.

Die Umstände des Kriegs geraten andererseits in Nahost allmählich in Vergessenheit - abgesehen davon, dass sie ohnehin nie dazu angetan waren, die Gemüter wirklich zu bewegen. Für Kuwait sterben, wozu? Man neigte und neigt wiederum viel eher zur Meinung, den Herrschern in den ölreichen Ländern sollte eine Lektion erteilt werden, und man zeigt manchmal sogar Übereinstimmung mit jenen merkwürdigen Sätzen, die Saddam Hussein nach der Invasion Kuwaits äusserte und die lauteten: "Gott ist mein Zeuge, er selbst wollte, dass das jetzt Geschehene geschehen sollte." Und er führte damals weiter aus: "Diese Entscheidung wurde uns fast fixfertig von Gott übermittelt - unsere eigene Rolle war fast gleich Null."

Je weiter der Krieg (jener des Iraks gegen Kuwait, dann jener der 28-Nationen-Allianz gegen den Irak) zeitlich in die Ferne rückt, desto stärker formt sich das Bild eines grossen Mannes, der sich vom Westen nicht hat einschüchtern lassen. Ein neuer arabischer Nationalismus als Resultat des letzten Kriegs? Leider, so meine ich, ist dies Teil der komplexen Realität im heutigen Nahen Osten.

Einen kleinen Hoffnungsschimmer gibt es immerhin aufgrund der israelischen Wahlen vom 23. Juni 1992. Yitzhak Rabin, der Wahlsieger, liess den Bau von neuen israelischen Siedlungen im besetzten Cisjordanien einstellen. Damit will die Regierung einerseits Washington günstig beeinflussen (schliesslich geht es um die Gewährung eines Kredits von zehn Milliarden Dollar), und sie sendet damit gleichzeitig Dialogsignale an die Adresse der Palästinenser und der Regierungen der arabischen Nachbarstaaten aus. Die seit Ende Oktober 1991 laufenden Verhandlungen könnten somit unter einem halbwegs günstigen Stern weitergeführt werden. Vergessen sollte man allerdings nicht: Israel hat sich nur verpflichtet, keine neuen Siedlungen zu bauen, die bestehenden aber können durchaus vervollständigt und erweitert werden. Schaut man sich in Cisjordanien um, so wird dies klar: es gibt eine grosse Zahl von angefangenen Siedlungen, manche nur aus Grundmauern oder ein paar wenigen Häusern bestehend, und diese können alle weitergebaut werden. Einen vollständigen Stopp der Siedlungstätigkeit beinhaltet das Programm des israelischen Premiers auf jeden Fall nicht. Und territoriale Konzessionen sind, geht es nach dem Willen Israels, höchstens symbolisch

denkbar. Ob das genügen wird, die Ansprüche arabischer Regierungen (da geht es vor allem um die syrische Forderung nach Rückgabe der Golan-Höhen) und jene der Palästinenser zu erfüllen? Da sind grösste Zweifel angebracht.

**Mohamed Suliman**

## **Der Bürgerkrieg im Sudan: Die Rolle der Ressourcenkrise**

### **Vorwort**

Seitdem im Jahre 1983 die erste Kugel fiel, wird die Wiederkehr des Krieges zwischen dem Norden und dem Süden des Sudans als ein typisch ethnisch-religiöser Konflikt, als ein Bürgerkrieg zwischen Moslems und Christen bzw. Arabern und Schwarzafrikanern, interpretiert.

Diese Kategorien haben den Konflikt in seiner Entstehungsphase in den fünfziger Jahren dominiert und sind auch jetzt noch relevant in bezug darauf, wie der Krieg geführt und wahrgenommen wird. Die Natur des Krieges hat sich aber in Wahrheit verändert. Konflikte sind historische Prozesse, keine statische Ereignisse. Die Entwicklung im Sudan während der letzten drei Jahrzehnte hat die Natur des Konflikts kaum wahrnehmbar, aber sehr entscheidend verändert - von einem klassischen ethnisch-religiösen zu einem vorherrschend ressourcenorientierten Konflikt. Einer der Gründe hierfür muss in der Wirtschafts- und Ressourcenkrise des Nordens gesucht werden.

Der Krieg im Süden kann am besten verstanden werden als ein Resultat von konträren politischen Einstellungen gegenüber der Realität verschwindender Ressourcen. Auf der Suche nach einem dauerhaften Frieden, den sich die leidtragenden Menschen so sehr wünschen, ist es deshalb unerlässlich, diese neue Dimension im alten Konflikt genau zu studieren und mitzubersichtigen. Dieses Ziel verfolgt der nachstehende Aufsatz.

### **Das Land**

Die Fläche des Sudans umfasst 2,5 Millionen km<sup>2</sup>; sie erstreckt sich vom 4. bis zum 22. nördlichen Breitengrad, hat eine Nord-Süd-Ausdehnung von mehr als 2000 km und eine West-Ost-Ausdehnung von mehr als 1000 km.

Der Sudan spiegelt nicht nur in seiner Form den afrikanischen Kontinent in Miniatur wider. Die Vielfalt der Klima- und Bodenverhältnisse ist ein weiterer Aspekt dieser Gemeinsamkeiten: Innerhalb der Grenzen des Sudans ist eine stufenweise Abfolge erkennbar von Wüste im Norden über niederschlagsarme Dornbusch- und Graslandsavanne hin zu niederschlagsreicher Savanne im Süden. Die Bodenverhältnisse sind bestimmt von weitläufigen eisenhaltigen Böden im Süden, Lehm und Ton in den mittleren Bereichen und Sand im Norden und Westen. Es gibt auch einige gebirgige Regionen, die grössten davon sind der Imatong im Süden, die Jebel Marra im Westen und die Red Sea Hills im Osten.

Das Klima ist tropisch, und die Verhältnisse variieren von heisser Wüste im Norden, in der nahezu kein Regen fällt, bis hin zu einem Gürtel mit Sommerniederschlägen unterschiedlicher Dauer und Intensität im Süden - d.h. von praktisch keinem Regen in der Wüste bis 1200 mm jährlich in der südlichen

Savanne. Auf Grund des Fehlens eines durchgehenden Gebirgszuges, der den Luftstrom zwischen Norden und Süden beeinflussen könnte, verläuft der Wechsel von Klimaverhältnissen graduell entlang der Breitengrade.

Der Nil durchfließt die gesamte Länge des Landes von Süden nach Norden und legt dabei eine Strecke von 2258 km zurück. Seine beiden Hauptzuflüsse - der Blaue und der Weisse Nil - vereinigen sich bei der historischen Hauptstadt Khartum.

## Die Leute

Ähnlichkeiten zum gesamten Kontinent finden sich aber auch in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung. Die Gesamtbevölkerung des Sudans liegt bei ungefähr 25 Millionen Menschen, wovon etwa 80% auf dem Land leben. Im Süden leben hauptsächlich Schwarzafrikaner, im Norden vorherrschend Stämme arabischer Herkunft und in der Mitte des Sudans Stämme gemischter Abstammung. 132 Stämme und stammesähnliche Gruppen lassen sich insgesamt unterscheiden.

Die letzte allgemeine Volkszählung (1955/56) schätzte den Anteil von "Arabern" auf 40% aller Einwohner. Im sudanesischen Kontext bedeutet dies jedoch eher eine kulturelle Identität als eine Rassenzugehörigkeit.

Nordsudanesen nichtarabischer Abstammung machen etwa 30% der Bevölkerung aus. Die grosse Mehrheit dieser nichtarabischen Nordsudanesen sind Moslems.

Die im Süden lebenden Sudanesen machen rund 30% der Bevölkerung aus und bestehen hauptsächlich aus zwei Gruppen. Die eine Gruppe sind die nilotischen Stämme (Dinka, Nuer, Shilluk u.a.). Sie bewohnen die zentralen Grasebenen des Südens. Sie sind hauptsächlich Viehzüchter. Die zweite Gruppe umfasst die Azande, Bari, Murle, Toposa und viele andere. Sie kultivieren die Waldflächen an den Grenzen des Südsudans. Islam und Christentum hatten auf diese Gruppe einen grösseren Einfluss als auf ihre nilotischen Nachbarn.

Ein wichtiges Segment der arabischen Sudanesen ist die städtische Handelsklasse, bekannt als die *Jellaba*, die über den gesamten Sudan und in einigen Nachbarstaaten verstreut sind. Sie sind die reichste Gruppe, und ihr wirtschaftlicher und politischer Einfluss auf die moderne Geschichte des Sudans ist gravierend.

Die Jellaba sind die Erben der alten arabischen "Händler", denen es vor einem Jahrtausend nicht gelungen ist, eine bürgerliche Revolution zu vollziehen. Während der Anfangsphase des Abbasidan-Kalifats schien die Gesellschaft reif für eine revolutionäre Umwälzung zu sein. Doch die Revolution fand nie statt. Die feudalen arabischen Adligen klammerten sich an ihre Ländereien und schlugen zurück. Die Kalifen brachten türkische und slawische Söldner ins Land, um ihr auflösendes Imperium zu verteidigen. Darauf folgte die Zersplitterung des islamischen Reiches.

Aus dieser potentiellen Bourgeoisie entstammen die Jellaba. Das Wort Jellaba kommt aus dem arabischen Verb "jaglob", "bringen". Sie sind also die



Überbringer, nicht die Hersteller von Gütern und Waren. Diese ein Jahrtausend alte Spezialisierung auf Handel, lokalen Handel und Fernhandel, hat eine Klasse hinterlassen, die alle Tricks und die Komplexität des Handels kennt und liebt, sich aber vor langfristigen Investitionen scheut, insbesondere vor solchen, die sie wenig kennt wie z.B. Industrieunternehmen.

### **Die natürlichen Ressourcen**

Haupterwerbsbereich der Sudanesen ist die Landwirtschaft. Ungefähr 80% der Erwerbstätigen betreiben Ackerbau und Viehzucht. Die Hauptanbauprodukte zur Nahrungsmittelversorgung sind Hirse und Mais; exportiert werden Baumwolle, Erdnüsse, Sesam und Gummi arabikum. Der Tierbestand setzt sich zum grössten Teil aus Rindern, Schafen, Ziegen und Kamelen zusammen.

Der Sudan besitzt ungefähr 36 Millionen Hektar kultivierbares Land (85 Mio. Feddan<sup>23</sup>). Bis jetzt werden jedoch nur 30 % davon genutzt - hauptsächlich wegen Wassermangels, Bodendegradierung oder ungünstiger Bodenbeschaffenheit. Ferner besitzt der Sudan 100 Mio. ha (240 Mio. Feddan) Weideland und 17,6 Mio. ha (42 Mio. Mio. Feddan) natürlichen Wald. Von den 13,5 Mio. ha (32,5 Mio. Feddan) bewirtschafteten Landes werden 1,9 Mio. ha bewässert, 7,5 Mio. ha stehen unter mechanisiertem Regenfeldbau, und 4 Mio. ha werden auf traditionelle Weise bestellt.

Der gegenwärtige Tierbestand wird auf 27,7 Mio. Tiereinheiten geschätzt. Dies ist viel mehr als das Optimum, das bei 22,1 Mio. Tiereinheiten liegt.

Die Weideflächen werden ferner vermindert durch die Ausdehnung der ackerbaulich genutzten Flächen, durch Waldrodung, Verwüstung und durch grosse Flächenbrände, die bis zu 30 % des Viehfutters vernichten.

Die Wälder im Norden des Landes wurden auf Grund der sich immer weiter ausdehnenden mechanisierten Landwirtschaft und des steigenden Bedarfs an Brennholz dezimiert. Hält das gegenwärtige Missverhältnis zwischen dem gegenwärtigen Verbrauch und der Regeneration und Aufforstung an, so würden die gesamten Waldflächen des Nordsudans bis zum Jahre 2003 verschwinden.

Alle Flüsse im Sudan sind Bestandteil des Nil-Systems, welches u.a. den Weissen und den Blauen Nil, den Dinder, den Rahad und den Atbara umfasst. Mit Ausnahme des Bahr al Arab, der in Darfur entspringt, stammen alle Zuflüsse dieser Flüsse entweder von ausserhalb des Sudans oder aus dem Südsudan. Das ist ein sehr wichtiges Faktum, das bei der Analyse des Bürgerkrieges im Sudan zu beachten sein wird.

Das normale Leben von Menschen und Tieren bewegt sich im Dreieck Boden, Wasser und Vegetation. Durch die Zerstörung von nur einem dieser lebensnotwendigen Elemente durch Klimaveränderung, Überbeanspruchung der Böden oder Missbrauch der Besitzverhältnisse zum Nachteil der Nutzer, durch Krieg oder Ausfuhr der Ressourcen kann das Gleichgewicht des Systems

---

<sup>23</sup> Feddan ist die traditionelle sudanesishe Rechnungseinheit. 1 Feddan entspricht 0,42 Hektar.

aus den Fugen geraten.

### *Die Subsistenzkrise*

Bis zur Kolonialisierung, die verhältnismässig spät durch die Briten erfolgte, war das Gebiet des heutigen Sudans ein weitgehend auf Selbstversorgung ausgerichtetes Wirtschaftssystem gewesen, mit einigen wenigen kommerziellen landwirtschaftlichen Unternehmungen auf der Basis von Leibeigenschaft und Sklaverei sowie mit Fernhandel nach Ägypten und nach Osten hin.

Im Jahre 1898 eroberte das britisch-ägyptische Bündnis den Sudan zurück. Der koloniale Kondominiumstaat sollte die Grundlagen für ein modernes kapitalistisches Wirtschaftssystem schaffen. Zur selben Zeit wurden seinem vollen Aufblühen in der einheimischen (lokalen) Entwicklung Hindernisse in den Weg gelegt, zum Beispiel durch die Wiedereinsetzung der Stammesverwaltung während der zwanziger Jahre, um die wirtschaftliche und politische Entwicklung der einheimischen Geschäftsleute zu bremsen.

Erst die Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1956 schaffte für die Jellaba die politischen Voraussetzungen, um sich von der Zwangsjacke des direkten Kolonialismus zu befreien. Seit den sechziger Jahren verlagerte sich daher ihr Interesse von den bewässerten Baumwollplantagen der fünfziger Jahre zum grossangelegten mechanisierten Anbau von Hirse und Sesam in Gebieten mit genügend Niederschlägen, zuerst im Osten des Sudans, dann im Süden in der Blue-Nile-Provinz und schliesslich im Westen, in Kordofan und Darfur.

Heute haben wir eine Situation erreicht, in der die Gebiete, die unter legaler mechanisierter Bewirtschaftung (über 4 Mio. ha bzw. 9 Mio. Feddan) stehen, die Gebiete mit traditionellem Regenfeldbau (etwa 4 Mio. ha) übertreffen. Die erstgenannten Gebiete gehören rund 8000, meist abwesenden Landbesitzern, die letztgenannten ungefähr 2-3 Millionen Bauern. Die Mechanisierung und Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion versetzte der traditionellen Kleinbauernlandwirtschaft einen kräftigen Schlag. Sie verursachte gravierende soziale und ökologische Veränderungen in der bäuerlichen und nomadischen Gesellschaft im gesamten Norden.

Die agrarnomadische Lebensweise mit ihren einfachen Technologien brach schliesslich zusammen. Eine neue Gruppe von Armen tauchte auf, die einzig und allein darauf angewiesen war, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um zu überleben. Ihre Wanderung hat die Anzahl der Armen in den Städten beachtlich ansteigen lassen. Im Gegensatz zu den Wanderungsbewegungen der europäischen Landbevölkerung während der industriellen Revolution führten diese nicht zu Zentren höherer wirtschaftlicher Produktivität, sondern zu Regionen mit besserer Nahrungsversorgung (hauptsächlich von ausländischen Hilfswerken organisiert). Die Geschichte wiederholte sich, nicht als Farce, sondern als Tragödie.

Ein weiterer Grund für die rapide Verarmung der nordsudanesischen Kleinbauern, Viehzüchter und Nomaden ist das langsame Verschwinden der schonenden Art des Umganges mit der Natur. Sie wurde durch moderne, aggressive Methoden ersetzt, wobei stillschweigend angenommen wurde, dass die natürlichen Ressourcen unbegrenzt seien.

Die Vorherrschaft der kapitalistischen Marktwirtschaft (bzw. Geldwirtschaft) unter den Bedingungen eines unterentwickelten Landes schuf eine Klasse von "im Ressourcenabbau spezialisierten Kapitalisten", die nur Ressourcenabbau betreiben und folglich diejenigen in Verarmung stürzen, die auf diese Ressourcenbasis angewiesen sind: die ländliche Bevölkerung.

Zum Unglück für den Sudan überkamen ihn alle diese Schicksalsschläge in der Zeitspanne von nur einer einzigen Generation: Mikro- und Makroklimaveränderungen (die praktisch seit 1967 anhaltende Sahel-Dürre); beinahe Verdoppelung der Bevölkerung innerhalb von 20 Jahren (1970 15,7 Millionen, 1990 25,4 Millionen); die Entwurzelung grosser Bevölkerungsgruppen (6 Millionen Zwangsumsiedler); Verdoppelung des Tierbestandes innerhalb von 20 Jahren; Waldrodungen in grossem Massstab; der erneute Ausbruch des Bürgerkrieges im Südsudan und seine Ausdehnung nach Westen und Osten; eine aggressive Ausdehnung von legalem und illegalem mechanisiertem Regenfeldbau (von 0,42 Mio. ha 1968 auf 7,5 Mio. ha 1989) und weitreichende staatliche Eingriffe in die Landbesitzverhältnisse (nur 1% des Acker- und Weidelandes ist in Privatbesitz). Fügt man dieser Liste die Ausdehnung der Wüste und die wachsenden Weltmarktzwänge, die den Anbau von agrarischen Exportprodukten ("cash-crops") gegenüber der Nahrungsmittelproduktion für den einheimischen Markt den Vorrang geben, hinzu, so ist das Bild der gegenwärtigen und bevorstehenden Katastrophen fast vollständig gezeichnet.

### **Der zweite sudanesischer Bürgerkrieg**

Als künstlich geschaffener Nationalstaat hat der Sudan Probleme zu bewältigen, deren Ursachen in der Kolonialpolitik liegen. Die Kolonialmächte brauchten 25 Jahre, um das gesamte Gebiet des heutigen Sudans unter ihre Kontrolle zu bringen. Dies galt besonders für den Süden, wo die Regierungskontrolle sich bis in die zwanziger Jahre darauf beschränkte, Strafexpeditionen zu entsenden, die viel Leid verursachten. Die Konzentration auf Baumwolle als Exportprodukt brachte bei den Infrastrukturinvestitionen, aber auch beim Aufbau einer modernen Verwaltung eine geographische Begrenzung auf den Norden. Der Süden und der Westen des Landes wurden unter der Administration der Scheichs und Stammeshäuptlinge belassen. Das Schulwesen blieb dort auf elementarem Niveau. Im Gegensatz zum Nordsudan wurde Englisch zur Verkehrssprache erhoben. Der Personenverkehr zwischen Norden und Süden war sehr stark eingeschränkt.

Diese später unter dem Namen "Südpolitik" bekannte Strategie zielte auf die totale Trennung zwischen beiden Landesteilen. Sie sollte den seit den dreissiger Jahren erstarkenden nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen unter den städtischen Eliten im Norden vorbeugen.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg lockerten die Briten den festen Griff der Südpolitik. Auch die Entkolonisierung stand dann unter dem Einfluss kolonialer Interessen, paradoxerweise aber unter entgegengesetzten Vorzeichen. Die Briten wollten einen Zusammenschluss des Nordsudans mit Ägypten verhindern, um nicht einen zu grossen und starken Staat in der Region entstehen zu lassen. Sie förderten deshalb die zentralistischen Tendenzen nord-

sudanesischer Politiker. Im Jahre 1948 fand die Juba-Konferenz statt, bei der sich die Stammeshäuptlinge aus dem Süden und die Nationalisten aus dem Norden darauf einigten, gemeinsam für einen einheitlichen Sudan zu arbeiten.

Das darauf folgende Integrationsprogramm kam zu spät und war nur halbherzig. Als im Jahre 1953 die 800 Administrationsposten, die von den Briten geräumt wurden, sudanisiert werden sollten, gewährten die nördlichen Politiker den Südsudanese nur gerade vier Posten. Das war eine Beleidigung, doch reflektierte es zugleich den niedrigen Stand des Erziehungswesens im Süden. Als die Unabhängigkeit näherrückte, sahen die Menschen im Süden, wie ihre britischen Herren durch andere Fremde aus dem Nordsudan ersetzt wurden.

Noch unter britischer Kolonialherrschaft im Jahr 1955 meuterte die Armeeeinheit von Torit, als die Nachricht sie erreichte, dass sie in den Norden verlegt werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt griffen die Briten nicht mehr ein und überliessen den am 1.1.1956 unabhängig gewordenen Sudan einer inneren Zerreißprobe, die bis heute andauert. Die Meuterei von Torit war der Auftakt der separatistischen Bewegung der Anyanya, die während der nächsten 17 Jahre den ersten sudanesischen Bürgerkrieg gegen die Zentralregierung führte.

#### *Der Vertrag von Addis Abeba*

Seit der Unabhängigkeit schwankte der Sudan zwischen zivilen und militärischen Regierungen, in der vergeblichen Suche nach gesellschaftlicher Entwicklung einerseits und einer Lösung des Südproblems andererseits. Massgeblich geprägt wurde die Entwicklung von der sechzehnjährigen Einparteienherrschaft des Obersten Jaáfar Muhammad an-Nimeiri, der 1969 mit einem Militärputsch der nasseristischen Bewegung freier Offiziere die Macht übernahm. Er wollte radikale islamische Gruppen als politische Machtfaktoren ausschalten, verbündete sich mit der kommunistischen Partei und intensivierte die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern. 1971, nach einem beinahe geglückten Putsch linksgerichteter Offiziere, wandte er sich jedoch von diesen wieder ab und begann sich dem Westen anzunähern, indem er eine neue "Politik der offenen Tür" proklamierte.

Für seine neuen Pläne brauchte Nimeiri dringend Frieden im Lande. Deshalb unterzeichnete er mit Joseph Lagu, der erst kurz davor die Anyanya unter ein einheitliches Kommando gebracht hatte, den Vertrag von Addis Abeba. Dieser beendete den 17 Jahre dauernden ersten Bürgerkrieg. Der Vertrag gewährte dem Süden eine Teilautonomie, doch wichtige Fragen bezüglich der genauen Befugnisse und der Souveränitäten der beiden Regionalregierungen wurden nur halb beantwortet.

Die Zeit zwischen 1972 und 1983 war deshalb eine Periode des unsicheren Friedens. Die meisten Südsudanese waren darüber verärgert, wie Nimeiri den Addis-Abeba-Vertrag interpretierte. Die Grenzen zwischen Norden und Süden wurden verändert, als Ende der siebziger Jahre bei Bentiu in der Upper-Nile-Region Öl entdeckt wurde. Nimeiri verfügte kurzerhand den Anschluss dieses Gebietes an die nördlichen Provinzen. Darüber hinaus gab die Zentralregierung den Startschuss für den Bau des Jongley-Kanals. Dieser sollte den Verlust an Nilwasser in den Sümpfen des Sudds im Südsudan verringern. Bei den Planungen wurde jedoch die betroffene lokale Bevölkerung kaum konsultiert.

Die politischen Vertreter der verschiedenen Volksgruppen des Südens waren auch unter sich uneins. Die Äquatorianer beklagten die Hegemonie der Dinka und Nuer in der Regionalregierung. Nimeiri versuchte diese Spannungen zu seinem Vorteil auszunutzen, indem er Südpolitiker nach taktischen Erwägungen ernannte und entliess. Seine Machenschaften erreichten 1983 einen Höhepunkt mit der faktischen Entmachtung der Regionalregierung und der "Wiederaufteilung" des Südens in drei Regionen.

Aus diesem Anlass ereigneten sich noch im selben Jahr verschiedene Aufstände, von denen der wichtigste der Aufstand der Garnison von Bor war. Er bildete der Kern der Sudan People's Liberation Army (SPLA) und des Sudan People's Liberation Movement (SPLM) unter der Führung von Oberst John Garang. Seitdem tobt der zweite sudanesishe Bürgerkrieg.

#### *Die SPLA/SPLM*

Die SPLA kämpft - im Gegensatz zur Anyanya-Bewegung im ersten Bürgerkrieg - nicht für die Abspaltung des Südens vom Sudan. Ihr erklärtes Ziel ist ein vereinigter weltlicher und demokratischer Einheitsstaat. Die SPLM betrachtet sich als untrennbarer Bestandteil des Kampfes aller marginalisierten Gruppen im Sudan, so also auch der Fur und der Nuba im Norden. John Garang fordert unnachgiebig die Einberufung einer nationalen Verfassungskonferenz, die eine weltliche und demokratische Verfassung für das gesamte Land ausarbeiten soll.

Es war schon immer fraglich, ob die SPLA/SPLM in der Lage sein würde, sich an diese Positionen zu halten, nicht zuletzt weil die Mehrheit ihrer Soldaten aufgrund von ethnischen oder religiösen Motiven und für die Unabhängigkeit des Südens kämpfen. Die Krise brach im August 1991 aus, als eine abgespaltene Gruppe, die sogenannte Nasir-Faktion, die Absetzung John Garangs und einen separaten Südstaat forderte. Obwohl es ihnen nicht gelang, Garang abzusetzen, erreichte die Nasir-Gruppe, dass dem Selbstbestimmungsprinzip in den Zielen der SPLA/SPLM die gleiche Priorität wie dem Einheitsprinzip eingeräumt wurde.

Während der ersten Jahre der Bewegung war die äthiopische Unterstützung für die SPLM/SPLA von sehr grosser Bedeutung. Da aber die äthiopische Regierung selbst mit mehreren separatistischen Aufständen zu kämpfen hatte, sank allmählich ihre Bereitschaft, eine Bewegung zu unterstützen, die das Ziel einer Veränderung der internationalen Grenzen verfolgt. Mit dem Sturz Menghistus endete schliesslich jede materielle und politische Unterstützung.

Auch das Ende des Kalten Krieges brachte eine grundlegende Veränderung der Lage in der Region. Die strategische Bedeutung des Sudans ist dramatisch gesunken. Andere Aspekte gewannen an Wichtigkeit. Besonders zu erwähnen sind die expansionistischen Bestrebungen der islamisch-fundamentalistischen Bewegung in der Region und die wachsenden Forderungen Ägyptens nach immer mehr Wasser aus dem Nil. Im Treibsand der neuen Situation in der Region ist jeder Akteur dauernd gezwungen, seinen Aktionskurs zu überdenken, falls er im Spiel bleiben will. Die SPLA/SPLM ist hier keine Ausnahme.

### *Das Koka-Dam-Abkommen*

Nach dem Sturz Nimeiris 1985 trafen sich die "Nationale Allianz" der radikalen politischen Kräfte, die den erfolgreichen Aufstand geführt hatten, im äthiopischen Koka Dam und die SPLA/SPLM, um sich auf einen Friedensplan zu einigen, der die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung einschloss. Doch bald entfernte sich der neue Ministerpräsident und Führer der Umma-Partei Sadiq-al-Mahdi wieder von diesen Vereinbarungen. Ihm gelang es, die alte mahdistische Allianz zwischen der Jellaba und den westlichen Baggara-Stämmen wiederzubeleben und grosse Waffenlieferungen aus Libyen und Irak zu bekommen. Der Krieg entfachte sich von neuem. Im Juli 1987 rief Sadiq den Ausnahmezustand aus.

Um die Jahreswende 1988/89 kam erneut Hoffnung auf eine Beendigung des Krieges auf. Die Democratic Unionist Party (DUP), die zweite der beiden traditionellen politischen Parteien im Sudan, suchte Ende 1988 in den "November Accords" einen Ausgleich mit der SPLM. Die Vereinbarung sah vor, die Einführung des islamischen Rechts bis zur verfassunggebenden Versammlung einzufrieren, einen Waffenstillstand abzuschliessen und den Ausnahmezustand aufzuheben. Führende Armeeoffiziere forderten schliesslich im Februar 1989 in einem Memorandum ultimativ eine politische Lösung des Konfliktes und einen nationalen Ausgleich.

Die Regierung versuchte daraufhin, mit einem Ausschluss der "National Islamic Front" (NIF) aus der Koalition der von der Bevölkerung mitgetragenen Forderung der Offiziere gerecht zu werden. Eine Koalition aus allen politischen Parteien nahm Verhandlungen mit der SPLA auf. Am 4. Juli sollte ein Treffen zwischen Sadiq und John Garang in Addis Adebä stattfinden, in dessen Zusammenhang das Ausserkrafttreten der islamischen Gesetzgebung und die Einberufung einer nationalen Verfassungskonferenz im September in Aussicht gestellt wurden.

Das Treffen fand nie statt. Am 30. Juni putschte sich eine kleine Gruppe von Offizieren unter Führung des bis dahin unbekanntem Generals Al-Bashir, unterstützt durch die NIF, an die Macht. Der Zeitpunkt des Putsches war so gewählt, dass den Friedensverhandlungen ein jähes Ende gesetzt wurde. Dem Putsch folgte eine Welle des Terrors sowohl im Norden wie im Süden. Die NIF hielt hartnäckig an ihrem Ziel einer sofortigen Islamisierung und Arabisierung des Südens fest. Unter der Losung der "Jihad", des "heiligen Krieges", liess sie den Bürgerkrieg von neuem eskalieren. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die enorme militärische und wirtschaftliche Unterstützung durch radikale islamische Länder, insbesondere den Iran.

### **Die Hintergründe des zweiten sudanesischen Bürgerkrieges**

Nur wenige Kriege werden offen im Namen ihrer wirklichen Gründe ausgetragen. Normalerweise werden alte Banner hochgehalten und neue Kriege unter den alten Losungen ausgefochten. Da die Erinnerungen nur langsam verblassen, kann es vorkommen, dass tapfere Krieger sich für Gründe schlagen, die gar nicht mehr gültig oder relevant sind - ja, dass sie manchmal sogar gegen

ihre eigenen Interessen kämpfen.

Dies ist teilweise im gegenwärtigen sudanesischen Bürgerkrieg der Fall. Lange nachdem der Krieg seinen ausschliesslich ethnischen Charakter verloren hat, sind die meisten Kämpfer auf beiden Seiten nach wie vor fest davon überzeugt, dass der Krieg ethnisch, kulturell und religiös bestimmt sei. Die Wahrnehmung des Krieges stimmt also mit seinen tatsächlichen Ursachen und Hintergründen nicht mehr überein.

Wie sind die verschiedenen Faktoren, die diesen Krieg prägen, zu bewerten?

#### *Die kulturell-ethnische Kluft*

Der Sudan ist ein so grosses Land, dass viele seiner Stämme während Jahrhunderten in relativer Getrenntheit voneinander in ihrer eigenen Heimat lebten und ihre eigene Kultur frei entfalten konnten. Jetzt, wo sie durch ökologischen und politischen Druck oft gezwungen werden, ihr Heimatland vorübergehend oder für immer zu verlassen, werden sie mit fremden Menschen und deren Kultur konfrontiert. Diese Berührungsstellen zwischen selbstbewussten ethnischen Gruppen stellen Friktionsstellen und Anlass für Konflikte dar.

Im schwarzafrikanischen Süden herrschen zwei einander gleichzeitig komplementierende und kontrahierende ethnisch-kulturelle Identitäten, die regionale Identität und die Stammesidentität. Gegenüber dem Norden dominiert die regionale Identität, während auf lokaler Ebene die Stammesmitgliedschaft viel wichtiger ist. Dies hilft zu begreifen, wie die Südsudanesen den Nordsudanesen gegenüber eine einheitliche Identität wahrnehmen und empfinden können, während sie gleichzeitig untereinander in blutige Stammeskonflikte verwickelt sind. Obwohl das Stammesbewusstsein auch im Norden verankert ist, spielt es - wegen der viel ausgeprägteren Klassenunterschiede - eine kleinere Rolle als im Süden.

#### *Die historischen Hypothesen*

Ein wichtiger Hintergrund des Gegensatzes zwischen Norden und Süden bilden die historischen Hypothesen aus der vorkolonialen und kolonialen Zeit. Die nordsudanesischen Eliten, die Jellaba, sind historisch mitverantwortlich für den Sklavenhandel. In den Jahrzehnten der kolonialen "Südpolitik", in denen der Süden vom Norden isoliert wurde, blieb die Erinnerung an den Sklavenhandel lebendig.

Als in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit Beamte aus dem Norden die Administration des Südens übernahmen, begegneten die Südsudanesen, viele zum ersten Mal, den Söhnen der verhassten Jellaba und betrachteten sie sofort als ihre neuen Herrscher. Der Aufstand gegen den vermeintlichen Kolonialismus durch den Norden führte im Jahre 1955 zu einem grausamen Blutbad, in dem Hunderte von nordsudanesischen Beamten und Geschäftsleuten ermordet wurden. Der Aufstand war eine Mahnung für den Norden, dass das tiefverwurzelte Misstrauen und die Bitterkeit nicht durch Regierungsdeklarationen zu überwinden sind.

### *Die Ressourcenbourgeoisie gegen den ländlichen Sudan*

Die ariden und semiariden Zonen, die den grössten Teil des Nordens ausmachen, sind in der Tat übervölkert, obwohl die Bevölkerungsdichte nur etwa zehn Einwohner pro km<sup>2</sup> beträgt. Zwei Umstände sind dafür verantwortlich: erstens sind die meisten Einwohner dort konzentriert, wo das Trinkwasser gesichert ist. Zweitens sind die bewohnbaren Gebiete durch eine geringe Bodenproduktivität beschränkt, die zudem durch übermässige Bodennutzung ständig abnimmt. Seit jeher schufen die Menschen in der Sahelzone gewisse Überlebensmechanismen, um die Dürren, die sie regelmässig heimsuchten, zu überstehen. Der Regen blieb jedoch seit 1967 ununterbrochen unter dem langfristigen Durchschnitt. Das Niederschlagsdefizit beträgt 40%-50% im Vergleich zu den vorhergehenden 15 Jahren. Gegen eine derart lang dauernde Dürre haben die Menschen nur sehr wenige Tricks bereit.

Während der siebziger und bis Anfang der achtziger Jahre wurden die Ursachen der Saheldürre allgemein in lokalen Faktoren gesehen, als eine Folge von Entwaldung und Überweidung. Seit Mitte der achtziger Jahre machen viele Forscher hingegen die globalen Klimaveränderungen mitverantwortlich.

Neben der anhaltenden Dürre sind es unangepasste Landwirtschaftspraktiken, vor allem die grossflächige mechanisierte Landwirtschaft, die sich auf das Ökosystem der Sahel, von dem 70% der Sudanesen leben, verheerend auswirken. Lokale anthropogene Einflüsse und globale Klimaveränderungen haben die Subsistenzökonomien in der sudanesischen Sahelzone fast irreversibel zerstört. Die natürlichen Abnutzungsprozesse sind durch die noch nie dagewesene Ressourcenausbeutung durch die Händler und Farmbetreiber beschleunigt worden. Ihre Rolle auf dem kapitalistischen Weltmarkt beschränkt sich, z.T. bedingt durch die Politik der Weltbank und des internationalen Währungsfonds, auf die eines reinen Ressourcenabbauers.

Unter diesen Bedingungen hatte die Verschlechterung der internationalen "terms of trade" durch die Abnahme der Exportpreise für Primärprodukte einen verheerenden Effekt auf den lokalen Markt. Um ihren Lebensstandard zu erhalten, müssen Bauern und Hirten mehr produzieren, d.h. mehr herausholen aus einer schrumpfenden Ressourcenbasis. Menschen, die diese zusätzliche Anforderung nicht schaffen, werden in das Heer der besitzlosen Armen abgedrängt.

### *Die Anfälligkeit der Trockengebiete*

Die südlichen Teile der semiariden Zone im Norden hatten in der Vergangenheit genug Regen, so dass dürreresistente Hirsesorten und andere widerstandsfähige Produkte angebaut werden konnten. Diese Zonen waren aber schon immer von Dürren heimgesucht worden, wogegen die Einheimischen entsprechende Strategien entwickelten. Behutsamkeit im Gebrauch der Ressourcen, die Mannigfaltigkeit des Viehbestandes und der selektive Gebrauch der vorhandenen ökologischen Räume in den verschiedenen Jahreszeiten wurden stets ergänzt durch Ausweichmöglichkeiten in das südlichere, von sesshaften und halbsesshaften Ackerbauern bewohnte zentrale Regengebiet im Falle langanhaltender Dürren.



Die Wanderung von Menschen und Tieren von einer ökologischen Zone in Gebiete, die von anderen ethnischen Gruppen bevölkert sind, stellt eine heikle Angelegenheit dar, die viel Vernunft und Sensibilität erfordert. Bedingte Vereinbarungen konnten normalerweise erreicht werden, wenn die Landnutzungs- und Aufenthaltsrechte zeitlich befristet waren. Jetzt, wo nach drei aufeinanderfolgenden Dürreperioden die Einwanderer sesshaft werden wollen, sind die Spannungen wesentlich grösser. Wenn die Pufferzone zwischen den ariden Gebieten und der Savanne durch die grossflächige mechanisierte Landwirtschaft blockiert ist, dann gehen die wandernden Menschen und mit ihnen ihre ganze Lebensweise zugrunde.

#### *Die mechanisierte Landwirtschaft im zentralen Regengebiet*

Die Gesamtfläche der "legalen" mechanisierten Landwirtschaft wuchs von weniger als 500'000 ha im Jahre 1968 auf etwa 5 Mio. ha 1986; weitere 5 Mio. ha werden illegal in der gleichen Art und Weise angebaut. Diese grossflächige Anbauweise entriss den traditionellen Bauern und Viehzüchtern grosse Flächen sowie Wasserstellen, Weideland, Tierrouten etc. und verdrängte Millionen von Kleinproduzenten. Grosse Waldflächen wurden zerstört - 95% der Wälder im Ostsudan sind schon verschwunden. Mit den Rodungen gingen auch Brennholzquellen und Einkommensmöglichkeiten aus dem Sammeln von Gummi arabikum verloren.

Die grossflächige mechanisierte Landwirtschaft ist für mindestens drei Konfliktarten verantwortlich:

1. Konflikte zwischen traditionellen Bauern und Besitzern von mechanisierten Farmen: Die Bauern sind gezwungen, ihre Arbeitskraft billig zu verkaufen, Hirten werden aus ihrem besten Weideland vertrieben. Die "Agropastoralisten" (Halbnomaden) werden gezwungen, die eine oder die andere Aktivität aufzugeben, um bezahlte Landarbeiter mit niedrigerem Lebensstandard zu werden.
2. Wachsende Konkurrenz unter den Einheimischen um das schwindende Acker- und Weideland sowie Konflikte wegen der Obstruktion der Tierrouten.
3. Der wohl gravierendste Konflikt ist der zwischen dem Staat als der Hauptstütze der Grossgrundbesitzer einerseits und den traditionellen Bauern und Viehzüchtern andererseits. Der Staat hat sogar mit Gewalt die spontane Migration der von Dürre betroffenen Menschen verhindert.

Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass in der Zeit der rapiden Expansion der grossflächigen mechanisierten Landwirtschaft zwischen 1970 und 1985 mehr als 20 grosse regionale Stammeskonferenzen organisiert wurden, um die entstandenen Konflikte unter den verschiedenen ethnischen Gruppen im zentralen Regengebiet zu lösen.

#### *Das Auftreten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds*

Während der fünfziger und sechziger Jahre produzierte die Landwirtschaft für den lokalen Markt gemäss den Grundbedürfnissen der Einheimischen. Dieser Umstand erklärt, warum der Sudan die Dürre der Jahre 1972 bis 1975 ohne Hungersnot überstand. Doch seit Mitte der siebziger Jahre, mit dem

Auftreten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, begann sich die Situation zu ändern.

Eine wichtige Kehrtwendung machten die sudanesischen Eliten mit der Öffnung zum Westen im Jahre 1972, nämlich die Kehrtwendung vom Binnenmarkt zum internationalen Markt. Mitte der siebziger Jahre wurde der Sudan als der zukünftige Brotkorb der arabischen Welt bezeichnet, und es wurden Pläne geschmiedet, die grossflächigen Plantagen nach Westsudan auszudehnen. Finanziert wurde dies mittels der damals leicht zu bekommenden Petrodollars. Gegen diese Vorhaben opponierten die Parteien der einheimischen Bauern. Sie versuchten zweimal die Regierung Nimeiris mit militärischen Aktionen zu stürzen.

Trotz der rapiden Expansion der bebaubaren Flächen und der Zunahme der Exporte war das Endresultat dieser exportorientierten Politik negativ. Die Preise der landwirtschaftlichen Rohstoffe auf dem internationalen Markt nahmen seit den frühen siebziger Jahren ständig ab, während gleichzeitig die Ölpreise sehr stark stiegen. Gleichzeitig nahmen die Auslandsschulden ständig zu und mit ihnen die Rückzahlungen. Das Land stürzte 1978 in eine schwere ökonomische Krise, so dass der IWF intervenieren musste.

Die strukturellen Anpassungsmassnahmen (SAPs) des IWF strebten danach, das staatliche Defizit herabzusetzen und gleichzeitig die Exporterlöse durch die selektive Forderung von landwirtschaftlichen Exporten wie auch durch Abwertung der sudanesischen Währung zu erweitern.

Durch die unverantwortliche Expansion der grossflächigen mechanisierten Landwirtschaft schrumpfte das Land, das dem traditionellen Sektor zugänglich ist. Die Abwertung von Geldersparnissen, verbunden mit der gleichzeitigen Verminderung der staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel und Sozialdienste, brachte die ganze Struktur des traditionellen agrarnomadischen Systems, der Lebensbasis von 14 Millionen Sudanesen, ins Wanken. Da die Landwirtschaft nicht mehr auf den Binnenmarkt ausgerichtet war, schien es von zweitrangiger Bedeutung zu sein, wie die Lebensbedingungen und die Kaufkraft dieser neuen Armen aussahen. Bis 1984 wuchs dadurch der Kreis der neuen Armen um etwa 4,5 Millionen Menschen. Das Resultat war die vielpublizierte Hungersnot der Jahre 1984/1985."

#### *Die Erfolgsgeschichte der Hirse*

Bis 1980/81 wurde die Hirse das zweitgrösste Exportprodukt des Sudans. Den Subventionen Saudiarabiens ist es zu verdanken, dass die Hirseexporte zunahmen. Saudiarabien zahlte dem Sudan 220 Dollar pro metrische Tonne, d.h. 50 Dollar mehr als für Hirse aus Thailand. Der Druck des IWF auf den Sudan, mehr und mehr Hirse zu exportieren, liess nicht nach, auch nicht während der Hungersnot von 1984/85. Während dieser Jahre exportierte der Sudan 621'000 metrische Tonnen Hirse! Der IWF lobte diesen Erfolg, und ihre Experten nannten dies: "... ein interessantes Beispiel für die Rolle der Währungsabwertung bei der Förderung nichttraditioneller Exporte".

#### *Baumwolle gegen Nahrung*

1978, vor der Implementierung der strukturellen Anpassungsprogramme des

IWF, betrug der durchschnittliche Selbstversorgungsgrad des Sudans beim Weizen 48%; bis 1987 sank diese Zahl auf 26%. Dieser Rückgang war eine unmittelbare Konsequenz der IWF- und Weltbank-Politik, die den Anbau von profitableren Exportprodukten, besonders Baumwolle, dem Weizen vorzog. Die Weltbank zahlte grosszügige Zuschüsse für die Modernisierung und den Ausbau der Gezira- und anderer Baumwollplantagen. Die Anbaufläche für Weizen wurde um mehr als die Hälfte verkleinert. Durch den späteren Fall der Baumwollpreise verlor der Sudan in zweierlei Hinsicht: an Valutaeinnahmen und an Nahrungssicherung. Nur die Weizenimporte nahmen zu.

### *Der politische Zwang oder die Privatisierung des Staates*

Die inneren Konflikte im Sudan, die seit der Mitte der siebziger Jahre rasch wuchsen, reflektieren den zunehmenden Widerstand der besitzlosen Vertriebenen gegen das neue, auf Ressourcenabbau spezialisierte ökonomische System. Die Durchsetzung dieses Systems verlangte deshalb auch nach einem neuen Staat, noch fester im Griff der Jellaba und über eine noch grössere Unterdrückungsgewalt verfügend als bisher.

Der zunehmende Widerstand der traditionellen Bauern und Viehzüchter wurde bald brutal unterdrückt. Sogar die vor Hungersnot und Dürre flüchtenden Menschen wurden oft von der Armee aufgehalten. Für Millionen von Menschen blieb als einziger Ausweg, in die Städte zu gehen, um dort in den Flüchtlingslagern von Almosen, unterbezahlter Arbeit, Diebstahl und Prostitution zu leben. Aber auch in den Städten werden diese Menschen als Bürger dritter Klasse behandelt.

In dem Masse, wie die Armut und der Widerstand der Armen zunahmen, nahm auch die Aggressivität des Staates zu. Nimeiri führte im Jahre 1983 die strengen Strafgesetze der Sharia ein, um den Widerstand gegen seine Wirtschaftspolitik zu ersticken. Die Polizei wurde beauftragt, willkürliche Säuberungsaktionen, als "Kasha" bekannt, zu organisieren und die Flüchtlinge wieder in ihre Herkunftsgebiete zurückzubringen, ungeachtet dessen, ob sie dort überleben können oder nicht. Diese Millionen Heimatloser sind den Behörden unter dem kollektiven Namen "Shamasa" bekannt, was wörtlich heisst: "diejenigen, die unter dem Sonnendach leben".

### *Die Hinwendung zum Süden*

Ende der siebziger Jahre erreichte das Ausgreifen der mechanisierten Landwirtschaft Südkordofan und die Rahad Reserve. Der Einsatz unangepasster Anbaumethoden hatte zur Folge, dass die Fruchtbarkeit des Bodens sehr stark abnahm. Die Erträge an Hirse, Mais und Erdnüssen sanken zum Teil um bis zu 80%, und etwa 17 Mio. ha Land fiel der Bodenerosion zum Opfer. Ähnlich einem Feuerball zerstörte dieser grossangelegte Intensivanbau innerhalb kurzer Zeit Wälder und Böden.

Mit der gleichen Geschwindigkeit, mit der sich die mechanisierte Landwirtschaft ausdehnte, wuchs das Bedürfnis nach Wasser zur Bewässerung. Deshalb wurde die Konstruktion des Jongley-Kanals vorangetrieben. Mit der Entdeckung von Öl in Bentiu im Süden wurde die Ressourcenbourgeoisie sich zudem einer neuen Reichtumsquelle bewusst. Ende der siebziger Jahre rückte

deshalb der bisher vernachlässigte Süden in das Interesse der Jellaba und ihres Staates.

### *Das Öl*

Im April 1981 verkündete Chevron, dass es im Unity Field, im Südwesten seines Bohrgebietes, kommerziell nutzbares Öl gefunden habe. Die entdeckten Reserven von Unity und den benachbarten Quellen wurden offiziell auf 236 Mio. Barrels geschätzt. Bestätigte Ölquellen für den gesamten Sudan werden auf 2 Milliarden Barrels geschätzt, was dem Land etwa 10 Mia. Dollar einbringen oder den errechneten Energiebedarf für das nächste Jahrzehnt decken könnte.

Die Pläne, das Öl lokal zu verarbeiten, wurden im September 1982 zurückgestellt. Stattdessen beschloss die Nimeiri-Regierung den Bau einer 1'400 km langen Pipeline zu einem neuen Terminal südlich von Port Sudan am Roten Meer, von wo aus das Öl exportiert werden sollte. Diese plötzliche Meinungsänderung warnte die Menschen im Süden vor den Absichten Nimeiris und der hinter ihm stehenden Kräfte.

Eine der ersten Aktionen der SPLA nach Ausbruch der Feindseligkeiten war deshalb ein Angriff auf die Bohranlagen von Chevron, der die Gesellschaft 1984 dazu zwang, ihre Arbeiten einzustellen. Seitdem ist es den verschiedenen Regierungen trotz massivem Druck nicht gelungen, die Bohrarbeiten wiederaufzunehmen.

### *Das Wasser*

Schon seit Anfang des Jahrhunderts gibt es Pläne, durch den Bau des Jongley-Kanals die riesigen Nilsümpfe des Sudd auszutrocknen, um dadurch zusätzliches Wasser für den Nordsudan und Ägypten zu gewinnen. Der Jongley-Kanal ist eines der am besten untersuchten Wasserprojekte der Welt. Was jedoch fehlt, sind eine Untersuchung über die Auswirkungen auf die direkt und indirekt betroffenen 1,7 Millionen Menschen in der Region sowie Pläne einer sozialverträglichen Gestaltung des Projektes.

Der Sudan und Ägypten nahmen 1978 gemeinsam den Bau des Kanals auf. Die Arbeiten mussten aber 1984 aufgrund der Angriffe der SPLA auf die Baustelle eingestellt werden, nachdem bereits 250 km der geplanten 360 km fertiggestellt waren.

Ägypten benötigt dringend seinen Anteil an dem zusätzlichen Wasser für seine expandierenden landwirtschaftlichen Projekte und um seine immer weiter wachsende Bevölkerung zu ernähren. Vor der Ausdehnung der mechanisierten Landwirtschaft hatte der Sudan keine weiteren Bedürfnisse nach mehr Wasser. Die Situation hat sich jedoch seit Mitte der siebziger Jahre geändert. Der begrenzende Faktor für die Ausdehnung der Landwirtschaft in vielen Gebieten des Nordsudan ist die Knappheit des Wassers.

Die lokale Bevölkerung befürchtet jedoch eine drastische Änderung ihrer gewohnten Lebensbedingungen. Der Sudd stellt für sie ein wichtiges Rückzugsgebiet während der Trockenzeit dar, in dem Fischfang, Jagd und Weideflächen das Überleben garantieren. Ferner befürchtet sie die Ansiedlung fremder

Menschen in ihrer Mitte. Das Misstrauen der Südsudanesen gegenüber einem Projekt, das die Lebensweise der lokalen Bevölkerung irreversibel verändert, die Sümpfe trocken legt und damit auch einen strategischen Schutz vor Truppenentsendungen in den Süden zerstören würde, ist sicherlich gerechtfertigt. All diese Faktoren veranlassten die SPLA, ihre ersten Angriffe auf die riesigen Bagger des Kanals zu richten. Zum Ärger der Regierung und zur Enttäuschung Ägyptens mussten die Arbeiten gestoppt werden.

### *Das Land*

Die Langgrassavanne ist bekannt als der "Brotkorb des Sudans". Der Boden ist fruchtbar, die Niederschläge sind voraussagbar, und das Klima ist günstig für den Anbau von Hirse, Mais, Sesam, Erdnüssen und Baumwolle. Auf der Suche nach immer neuen Anbauflächen stiess die mechanisierte Landwirtschaft immer weiter nach Süden vor, bis sie in die nördlichen Teile der Upper-Nile-Provinz gelangte, die sie als ihr "natürliches" Erweiterungsgebiet ansah.

Die Südsudanesen konnten jedoch einer solchen Ausdehnung nicht zustimmen, da sie wussten, dass die Nuba im Norden gerade wegen der mechanisierten Landwirtschaft aus ihrem Land verdrängt wurden. Viele Nuba schlossen sich aus diesem Grunde der SPLA/SPLM an. Sie griffen wiederholt die grossen mechanisierten Grossfarmen an. Auch im Südosten fanden ähnliche Aktionen statt. In den nördlichen Teilen der Upper-Nile-Provinz und in Bahr el Ghazal griff die SPLM vehement Regierungstruppen an und zwang die mechanisierten Landwirtschaftsbetriebe in diesen Gebieten, ihre Arbeiten einzustellen.

Die Pläne der Ressourcenbourgeoisie des Nordens wurden damit durchkreuzt und als Folge davon ertönte der Ruf nach einer starken Regierung. Der Putsch der Nationalen Islamischen Front hatte laut eines seiner Befürworter genau diese Rolle zu spielen, nämlich eine starke, effektive Regierung zu etablieren, die fähig ist, handfeste Aktionen zu unternehmen. El-Affendi, Angehöriger der sudanesischen Botschaft in London wandte sich im August 1991 mit folgenden Worten an das Uppsala-Forum:

"Das Haupthindernis für die Errichtung eines wirklichen Staates im Sudan war die Weigerung des Südens zu kooperieren. ... Ihr Widerstand schwächte den Staat und entzog ihm seine Rechtmässigkeit ..."

Neben der Inszenierung des Militärputsches und der Einführung einer Gewaltherrschaft intensivierte die NIF auch wieder den Krieg im Süden.

### *Der vermeidbare Aufstieg des islamischen Fundamentalismus*

Eine der Auswirkungen der strengen Anpassungsprogramme des IWF waren die Verarmung der Mittelklassen und eine gewisse Polarisierung innerhalb der Jellaba selbst. In der neuen ökonomischen Situation konnten nur diejenigen Teile der Jellaba prosperieren, die gute Beziehungen zum Finanzkapital und zur Staatsmacht hatten.

Infolge der verringerten Rentabilität konventioneller Aktivitäten nahmen Warenspekulation und die Nutzung eines öffentlichen Amtes für den eigenen Gewinn an Bedeutung zu. Der führende Zweig in diesem neuen Wirtschafts-

regime war das islamische Bankwesen, das 1978 mit der Eröffnung der Faisal Islamic Bank (FIB) im Sudan Fuss fasste. Diese Entwicklung fand ihren politischen Ausdruck in der Gründung der fundamentalistischen National Islamic Front (NIF).

Die Führungsschicht der islamischen fundamentalistischen Bewegung im Sudan setzt sich zusammen aus städtischen männlichen Nordsudanesen sowie Intellektuellen mit starken Verbindungen zum Geschäfts- und Finanzsektor. Aufgrund der verkürzten Zeitspannen für die Rückzahlung von Krediten gewöhnten sie sich kurzfristige und aggressive Formen der Investition an. Aggressive Kapitalakkumulationsformen verlangen jedoch oft auch einen aggressiven Staat und von seinen Dienern Ergebenheit und Unbarmherzigkeit. Die hinter der Bewegung stehende Ideologie musste deshalb rein, unmittelbar und einfach sein.

### *Die Süd-Süd-Konflikte*

Der Bürgerkrieg wurde von der Regierung mit schrankenloser Brutalität gegen die zivile Bevölkerung in den Kriegsgebieten geführt. SPLA-Kämpfer, die in Kriegsgefangenschaft gerieten, wurden im allgemeinen umgebracht. Africa Watch und Amnesty International berichten von zahlreichen aussergerichtlichen Hinrichtungen von SPLM-Sympathisanten.

Gewalttätigkeiten gegen die zivile Bevölkerung werden nicht nur von der Armee, sondern auch von Milizen verübt, die von der Regierung bewaffnet wurden. Diese Milizen rekrutieren sich aus den "arabischen" Stämmen des Westens, den Reizeigat, Misiriya Humur, Zurug und Rufaa-Stämmen, die schon von alters her mit den benachbarten Dinka in Auseinandersetzungen über Weiderechte stehen. Diese Feindseligkeiten eskalierten früher jedoch nie zu blutigen Kriegen. Durch die Abhaltung von Stammeskonferenzen und andere traditionelle Methoden der Konfliktbewältigung konnte normalerweise der Frieden erhalten bleiben.

Ein anderer tragischer Aspekt des Bürgerkrieges ist das Wiederaufflammen alter Stammeskonflikte im Süden und das Auftauchen der Stammesmilizen, die aufgrund eines tiefverwurzelten Misstrauens kleinerer Stämme gegen die Dinka-Hegemonie in Opposition zur SPLA/SPLM stehen.

Während im Nord-Süd-Konflikt der bisher vorherrschende ethnische Aspekt allmählich seine Bedeutung verliert, ist in Konflikten zwischen unterschiedlichen Stämmen im Süden diese ethnische Dimension noch sehr lebendig. Die neueste Spaltung in den Reihen der SPLM/SPLA durch die Nasir-Gruppe, die neben politischen auch ethnische Hintergründe hat, ist ein Ausdruck davon.

### **Fazit: Von einem ethnischen zu einem vorwiegend ökologischen Konflikt?**

Der heutige Sudan umfasst ein so grosses Gebiet, dass seine verschiedenen Stämme während Jahrhunderten in weitgehender Isolation voneinander gelebt haben. Diese Isolation förderte die Herausbildung starker ethnischer Identitäten. Der Sklavenhandel, betrieben von den nördlichen Jellaba, bei dem Zehntausende von Südsudanesen verschleppt und ermordet wurden, bildete

eine blutige Unterbrechung dieser Tradition. Durch die sogenannte "Südpolitik" während der Kolonialzeit schotteten sich der Norden und der Süden wieder voneinander ab. Im Zuge der Erlangung der Unabhängigkeit wurden im Süden die kolonialen Beamten durch Nordsudanesen ersetzt. Das nie versiegte Misstrauen und der Hass wurden dadurch von neuem geschürt. Der ethnische Konflikt spitzte sich ab 1953 zu und führte zum ersten Bürgerkrieg, der erst 1972 mit dem Vertrag von Addis Abeba beigelegt werden konnte. Im selben Jahr wurden alle Versuche einer unabhängigen Entwicklung und alle Schranken für das ausländische Kapital und die "internationale Kooperation" fallengelassen.

Zwei Jahrzehnte nach dieser Kapitulation sieht sich der Sudan mit einer Reihe schrecklicher Entwicklungen konfrontiert:

- Mehr als 6 Mio. Menschen wurden im Nordsudan heimat- und besitzlos. Etwa 4-5 Mio. Menschen wurden interne Flüchtlinge, 2-3 Millionen zogen als Migranten oder Flüchtlinge ins Ausland.
- Fast alle Waldbestände im Norden, eine Fläche so gross wie Westeuropa, wurden gerodet. 17 Mio. ha regengespeistes Ackerland, fast die Hälfte des Bestandes, verloren irreversibel ihre Ackerkrume. Die Erträge der regengespeisten Landwirtschaft fielen bis auf 30% der früheren Durchschnittswerte.
- Die durchschnittliche Niederschlagsmenge verringerte sich, und das Klima wurde unbeständiger.
- Die Industrieproduktion, hauptsächlich Substitutionsindustrie, fiel auf etwa 15% ihrer Kapazität. Die Auslandsschulden stiegen von 229 Mio. Dollar im Jahre 1972 auf 14 Milliarden im Jahre 1992, die Kapitalflucht erreichte die für den Sudan ungeheure Summe von ebenfalls 14 Milliarden Dollar. Das sudanesishe Pfund verlor 99,7% seines Wertes. Es fiel von drei Dollar für ein Pfund auf hundert Pfund für einen Dollar.
- Die Bevölkerungszuwachsrates stieg von 3,0 auf 3,5%, was eine Zunahme der Bevölkerung um über 60% in diesem Zeitraum bedeutet. Die sozialen Dienste verschlechterten sich auf ein absurd niedriges Niveau. Die Analphabetenquote, früher abnehmend, nahm wieder zu.

Die rücksichtslose Ausbeutung des zentralen Regengebietetes durch die Mechanisierung und Intensivierung der Landwirtschaft, verbunden mit langanhaltender Dürre führte zu einer Erschöpfung der Böden in diesem Gebiet und zwang die Grossgrundbesitzer nach den noch unberührten Ländereien erst in Ingessana und den Nuba Mountains auszugreifen, ab Ende der siebziger Jahre schliesslich auch nach dem Südsudan.

Die Antwort des Südens war die Gründung der SPLA/SPLM. Bezeichnenderweise richteten sich die ersten Angriffe gegen die Einrichtungen des Jongley-Kanals und der erdölfördernden Unternehmen. Dieser neue Ressourcenaspekt änderte den Charakter des Konfliktes. Das unterschiedslose Töten von Nordsudanesen ist nicht mehr ein Merkmal der Kriegsführung wie im ersten Bürgerkrieg, im Gegenteil: zahlreiche Menschen aus den Stämmen der Nuba und Ingessana und auch andere Nordsudanesen haben sich den Reihen

SPLA/SPLM angeschlossen. Die SPLA/SPLM versteht sich programmatisch als Interessenvertreterin des gesamten ländlichen Sudans gegenüber der ressourcenausbeutenden Jellaba.

Meines Erachtens stellt der Sudan ein Beispiel dafür dar, wie eine Drittweltbourgeoisie, zwangsspezialisiert auf Ressourcenabbau, ihre Ressourcenbasis so degradiert, dass es für sie notwendig wird, nach weiteren noch intakten Ressourcen auszugreifen, und hierbei nicht davor zurückschreckt, das eigene Volk oder die benachbarten Völker anzugreifen. Wir haben es hier mit einem ethnisch-religiösen Konflikt zu tun, der sich langsam aber stetig in einen ökonomisch-ökologischen Konflikt transformiert.

### **Perspektiven für den Frieden**

Bei der Suche nach Frieden ist es daher von grosser Bedeutung, diese veränderte Natur des Konflikts zu verstehen. Neben der Lösung des politischen Kerns des Konfliktes im Sinne eines föderalen Aufbaus sowie einer Säkularisierung des Staates verlangt ein dauerhafter Frieden nach einer totalen Kehrtwendung in der Art und Weise der Ressourcennutzung. Ein dauerhafter Frieden muss daher folgende Prinzipien miteinschliessen:

1. Eine tiefgreifende Landreform, die das Land ihren traditionellen Besitzern und Nutzern zurückgibt; ein Zurückdrängen der grossflächigen mechanisierten Landwirtschaft und die Aufhebung aller Konzessionen an nichtansässige Farmer;
2. Hilfen an die Bauern und Viehzüchter bei der Sanierung ihrer natürlichen Habitate;
3. die Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen; selektives und planvolles Disengagement vom internationalen Handel, jedenfalls solange er so strukturiert bleibt wie bisher;
4. die Ausschöpfung aller Möglichkeiten einer Verknüpfung von nachhaltigen Entwicklungswegen mit einem dauerhaften Frieden;
5. die Demokratisierung aller Lebensbereiche einschliesslich des Schutzes von Minderheiten in Gesetz und Praxis.

Die ländliche Bevölkerung, die Shamasa und die verarmten Mittelschichten kämpfen seit Jahrzehnten gegen den kurzsichtigen Ressourcenraub. Es wäre eine Tragödie für den Sudan, wenn am Ende des Bürgerkrieges der Ressourcenkrieg, von dem der Bürgerkrieg lediglich ein Ausdruck ist, weiterginge.

Ich habe am Anfang auf die geographischen Ähnlichkeiten zwischen dem Sudan und dem gesamten afrikanischen Kontinent hingewiesen. Diese Ähnlichkeit umfasst auch die enge Spezialisierung der Produktion auf Primärprodukte und damit die Spezialisierung der Produzenten auf Ressourcenabbau. Die hier entwickelten Thesen lassen sich deshalb zum Teil auch auf andere Länder und andere Konflikte auf dem Kontinent übertragen.



**Peter J. Opitz**

## **Migration und Konflikt**

Als Thema meines Vortrags war vorgeschlagen worden: "Migrationen als Konfliktursache?". Ich habe mir erlaubt, diese Fragestellung ein wenig zu modifizieren und werde generell über "Migration und Konflikt" sprechen. Diese Modifizierung weitet das Thema aus, insofern sie das Phänomen "Migration" nach zwei Seiten hin zum Phänomen "Konflikt" in Beziehung setzt: Migration als *Konfliktursache* und Migration als *Konfliktfolge*. Zweck dieser Erweiterung ist es nicht nur, die Thematik umfassender darzustellen als vorgegeben, sondern vor allem den besonders wichtigen Aspekt der Migration als *Konfliktfolge* einzubeziehen. Die zeitliche Abfolge - Konflikt - Migration - Konflikt - gibt auch die Gliederung meines Referates vor.

### **Konflikte als Ursache von Migration**

Die Suche nach den tieferen *Ursachen* der Flucht- und Migrationsbewegungen unserer Zeit stösst schnell auf drei Aspekte, die bei einer sachadäquaten und umfassenden Behandlung der Problematik zu berücksichtigen sind:

1. Die Ursachen wurzeln in den seltensten Fällen in Konstellationen der Gegenwart oder der jüngsten Vergangenheit, sondern reichen häufig bis tief in die Geschichte zurück. Die Vernachlässigung dieser historischen Tiefendimension hat eine unzureichende Erhellung der Ursachenketten zur Folge. Ein volles Verständnis der Prozesse und Probleme, die zu Migration und Flucht führen, erfordert deshalb die Freilegung zeitlich tiefer Ursachenketten und historischer Formationen.
2. Die unmittelbaren *Anlässe* von Flucht und Vertreibung mögen häufig im politischen oder im ökonomischen Bereich liegen. Gerade die Analyse der Tiefendimension zeigt hingegen, dass die unterschiedlichsten Faktoren eine Rolle spielen - psychologische ebenso wie politische, ökonomische ebenso wie ökologische -, die selbst wieder in den unterschiedlichsten Konstellationen zusammenkommen und wirksam werden können. Monokausale Erklärungen greifen deshalb ebenso kurz wie die Vernachlässigung der zeitlichen Tiefendimension.
3. Bei den zahllosen Phänomenen von individueller und kollektiver Migration handelt es sich nicht um isolierte Einzelphänomene, sondern viele von ihnen können grösseren Prozessen zugeordnet werden, die sie in umfassendere historische Zusammenhänge integrieren. Der Versuch, diese Zusammenhänge zu rekonstruieren, muss allerdings selbst wiederum weit über das Phänomen "Migration" hinausgreifen, insofern es sich bei diesem in der Regel um eine sekundäre Erscheinung handelt, die von anderen Prozessen ausgelöst wird. Ein solcher Zusammenhang kann in einem kurzen Vortrag allerdings nicht ausgeführt, sondern lediglich in den grössten Umrissen angedeutet werden.

Grob vereinfacht dargestellt, lassen sich die Migrationsbewegungen unserer

Zeit auf drei Ebenen ansiedeln, die nicht nur in einem engen sachlichen und historischen Zusammenhang stehen, sondern während der letzten Jahrzehnte auch deutlich konvergierten und sich damit in ihrer Wirkung gegenseitig verstärken. Diese Konvergenz erklärt sowohl den schnellen und steilen Anstieg der Zahl der Migranten wie auch die zunehmende Schwierigkeit, die unterschiedlichen Typen von Migration voneinander zu unterscheiden. Deutlich unterscheidbar sind indes drei Ebenen: eine politische, eine ökonomische und eine ökologische Ebene, wobei zunächst die erstere dominierte, inzwischen aber die beiden anderen in bedrohlichem Masse an Bedeutung gewinnen. Die Konsequenz ist eine Komplizierung beim Entwurf von Gegenstrategien, die sich nicht auf den politischen Bereich beschränken können, sondern demographische, ökonomische und ökologische Elemente mit berücksichtigen müssen. Ich werde mich im folgenden auf die politische Ebene konzentrieren, da hier der Zusammenhang zwischen Konflikt und Migration besonders deutlich sichtbar wird.

### Die politische Ebene

Eine Perspektive der politischen Grundströmungen, die das 20. Jahrhundert durchziehen und es bis in das letzte Jahrzehnt hinein nachhaltig prägen, eröffnet der Vergleich einer Weltkarte des Jahres 1900 mit einer Karte aus dem Jahre 1992. Der Unterschied ist unübersehbar. Breiten sich auf der Karte von 1900 eine Vielzahl multinationaler und multikultureller Reiche aus, so sucht man ein knappes Jahrhundert später vergebens nach ihnen. Fast alle sind von der Bildfläche verschwunden - das Osmanische Reich, das zu Beginn des Jahrhunderts noch von Südosteuropa bis tief in die arabische Halbinsel reichte, ebenso wie die Habsburger Donau-Monarchie, das Russische Reich und die riesigen Überseeimperien der europäischen Kolonialmächte. An ihre Stelle ist eine Vielzahl von Staaten getreten - derzeit fast 190; das ist mehr als eine Vervierfachung im Vergleich zur Jahrhundertwende.

Als zwei zentrale Grundstrukturen oder -strömungen des 20. Jahrhunderts erweisen sich in einer solchen Perspektive der Zerfall bzw. die gewaltsame Zerstörung der multikulturellen Reiche sowie die Bildung neuer Nationalstaaten. Der *erste* dieser beiden Prozesse ist weitgehend abgeschlossen. Ein Ende des anderen ist dagegen noch nicht absehbar; gerade während der letzten beiden Jahre hat sich die Zahl der neuen Staatsgründungen sprunghaft erhöht. Der Zerfallsprozess der multinationalen Reiche war wesentlich von zwei Typen von Konflikten geprägt: von inter-imperialen Konflikten zwischen den miteinander um Macht und Hegemonie ringenden Reichen sowie von inner-imperialen Konflikten zwischen nach Freiheit und Unabhängigkeit strebenden Völkern und den imperialen Eliten. Jeder dieser Konflikte war von Fluchtbewegungen, Zwangsumsiedlungen, Vertreibungen und freiwilliger Migration grössten Ausmasses begleitet. Das galt für das Osmanische Reich ebenso wie für die Aufteilung der Donau-Monarchie oder die Auflösung der westlichen Kolonialreiche.<sup>24</sup>

---

<sup>24</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden siehe Peter J. Opitz (Hrsg.), *Das Weltflüchtlingsproblem*.

Nicht minder konfliktrüchtig und gewalttätig entwickelte sich der *zweite* Prozess - die staatliche Neuordnung auf den Territorien der gestorbenen Reiche. Denn dieser Prozess orientierte sich selten am Willen und Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Völker, sondern wurde zumeist von den strategischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen der die Liquidation der Imperien vollziehenden Mächte dominiert. Wie kurzsichtig und dilettantisch man dabei verfuhr, zeigt sich gerade in diesen Tagen. So ist die territoriale Neuordnung des in Versailles aufgelösten Osmanischen Reiches bis heute nicht gelungen: die Kurdenfrage ist ungelöst und kann jederzeit wieder - in der Türkei ebenso wie im Irak wie im Iran - in blutigen Konflikten aufflammen, die von Fluchtbewegungen riesigen Ausmasses begleitet sind. Zypern bleibt weiterhin geteilt. Palästina bleibt in Aufruhr und Gegenstand einer stagnierenden Nahostfriedenskonferenz. Der Friede im Libanon ist labil. Der iranisch-irakische Konflikt und die irakische Annexion Kuwaits signalisierten weitere ungelöste Territorial- und Hegemonialkonflikte. Insgesamt weist die Region heute mehrere Millionen Flüchtlinge auf.

Dasselbe gilt für das ehemalige Habsburger Reich. So weisen die meisten der nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Balkan gegründeten oder arrondierten Staaten schwere innere Konfliktstrukturen und Bruchlinien auf; in vielen gibt es Volksgruppen, die nach Anschluss an die alten Heimatethnien streben, Autonomie (Kosovo) verlangen oder die Gründung neuer Staaten beabsichtigen (Mazedonien). Der unter blutigen Konflikten sich vollziehende Zerfall Jugoslawiens - mit derzeit etwa 2,2 Millionen Flüchtlingen - könnte in der Region leicht weitere Luntten entzünden.

Leicht entzündbares Konfliktpotential lagert insbesondere in den südlichen und östlichen Grenzregionen des letzten Imperiums, dessen Zerfall erst vor kurzem begonnen hat: der Sowjetunion, der Erbin des alten Zarenreiches. Brisante Spannungslinien bilden hier die Grenzgebiete zur Ukraine und zu Rumänien. So könnten sich die Bestrebungen um eine unabhängige Dnjester-Republik zu einem grösseren Konflikt ausweiten; ebenso könnte der Konflikt um die Krim leicht zum Sprengsatz werden, durch den - wie der russische Aussenminister warnte - Russland sehr rasch in "eine jugoslawische Lage" schlittern könnte. Einer solchen Situation schon näher ist der Grenzbereich zum früheren Osmanischen Reich, wo in Georgien, Armenien und Aserbaidshan die Auseinandersetzungen um eine territoriale und politische Neugliederung schon seit einiger Zeit mit Waffen ausgetragen werden und die KSZE sich - bislang mit zweifelhaftem Erfolg - um friedliche Regelungen bemüht.

Besonders betroffen von diesen staatlichen und territorialen Neuordnungen - ob sie sich wie in der Kaukasus-Region schon gewalttätig vollziehen oder wie im Baltikum bislang noch relativ gewaltfrei - sind die in diesen Gebieten inzwischen siedelnden Russen, deren Zahl auf etwa 25 Millionen geschätzt wird. Eine halbe Million von ihnen flüchtete im Jahre 1991 aufgrund von Diskriminierung und Verfolgung aus den bisherigen Siedlungsgebieten nach

Russland; für 1991 wird mit steigenden Zahlen gerechnet. Insgesamt erwartet die russische Regierung in den kommenden Jahren einen Zustrom von rund 7 Millionen Menschen.<sup>25</sup> Viele von ihnen werden aus den zentralasiatischen Gebieten kommen, in denen nicht nur nationalistische, sondern auch panturanische und radikalislamische Bewegungen Zulauf finden. Sofern hier die Schaffung pluralistischer und offener Gesellschaften misslingt - und die Aussichten sind nicht sonderlich gut -, drohen ethnische, religiöse und ideologische Konflikte und in ihrem Kielwasser weitere Migrationen. - Nicht weniger betroffen als die Russen sind jedoch auch andere ethnische Minoritäten.

Das Wiedererstehen zentralasiatischer Staaten dürfte - im Verein mit den genannten nationalistischen und islamischen Bewegungen - auch nicht ohne Auswirkungen auf die von Minoritäten besiedelten Gebiete Westchinas bleiben, sondern auch hier zu einer vorübergehenden Destabilisierung führen. Dabei könnten sich die Konfliktlinien von hier weiter bis nach Osten in die mongolischen Gebiete verlängern, in denen - nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen - ebenfalls eine nationale Renaissance einsetzte, die auch jenseits der Grenze in der zu China gehörenden Mongolei nicht ohne Echo blieb. Unruhe, Konflikt und Migration könnten dabei nicht nur von Bestrebungen nach einer Wiedervereinigung der mongolischen Nation ausgehen, sondern auch von Versuchen einer starken chinesischen Regierung, die von China beanspruchte Äussere Mongolei "heim ins Reich" zu holen.<sup>26</sup>

Genau besehen vollziehen sich in den hier flüchtig markierten Zonen zwischen den ehemaligen Imperien zwei unterschiedliche Prozesse:

1. die Wiederherstellung oder Neuentstehung von Staaten, die ihre Grenzen nach aussen hin gegenüber den anderen Nachfolgestaaten der alten Imperien bestimmen müssen, und
2. Versuche von einzelnen Ethnien innerhalb dieser Staaten, die Gelegenheit zu nutzen und selbst unabhängig zu werden.

Mit diesen beiden Konflikttypen reiht sich der breite Krisenbogen, der von der Slowakei über den Balkan, Transkaukasien, Zentralasien bis zur Mongolei reicht, in die *Nation-building*-Prozesse ein, die seit der Entkolonisierung in den Territorien der alten Kolonialreiche des Westens andauern. Obwohl die Liquidation der westlichen Kolonialreiche inzwischen längst vollzogen ist, ist die Konsolidierung der auf ihren Territorien entstandenen neuen Staaten - mit

---

<sup>25</sup> Süddeutsche Zeitung (SZ), 1. Juli 1992; zur Ost-West-Migration siehe im einzelnen Sidney Heitman, *Soviet Emigration in 1990*, BBiost 33-1991; Elmar Hönekopp, Ost-West-Wanderungen - Ursachen und Entwicklungstendenzen, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 24, 1991,1, S. 115-133; Klaus Segbers, Wanderungsbewegungen in und aus der früheren Sowjetunion (FSU). Zur Situation im Frühjahr 1992, SWP-IP 2741, April 1992.

<sup>26</sup> Vgl. dazu Thomas Hoppe, Die chinesische Position in Ost-Turkestan/Xinjiang, in: *CHINA aktuell*, Juli 1992, S. 358-365; Doris Götting, Mongolisch-chinesische Beziehungen auf dem Prüfstand, in: *Aktuelle Analysen*, Nr. 31/1992 (26. Juni 1992), hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

der Ausnahme Südamerika - noch in vollem Gange und von zentrischen Konflikten gekennzeichnet. Das gilt - wie angedeutet - für den Mittleren Osten. Es gilt aber ebenso für Afrika, wo nach dem Sturz des Mengistu-Regimes und der Vertreibung von Siad Barre der Zerfall Äthiopiens und Somalias entlang ethnischer Grenzen droht. Nicht auszuschliessen ist nach dem längst überfälligen Sturz Mobotus der Zerfall Zaires. Ungeklärt bleibt, sofern keine friedliche Einigung gelingt, auch die Zukunft des südlichen Sudans. Gefährdet wäre ferner die Einheit Südafrikas, sollte der gewaltfreie Übergang in die Post-Apartheid-Gesellschaft scheitern. Doch selbst wo die territoriale Einheit der postkolonialen Staaten nicht - oder noch nicht - zur Diskussion steht, drohen im Zuge ethnischer, politischer und wirtschaftlicher Konflikte grössere Fluchtbewegungen. Liberia, mit mehr als einer halben Million Flüchtlingen, markierte hier eine neue Tendenz, die andere afrikanische Staaten - etwa Kenia - bald verstärken könnten. Vorbeugende Repressionen dürften auch die seit 1989 sich abzeichnenden Demokratisierungsbestrebungen erzeugen, in deren Verlauf bis Mitte 1992 infolge freier Wahlen bislang drei Präsidenten - von Benin, Sambia und der Republik Kongo - ihr Amt verloren.

Viele dieser Gefahren drohen auch in Südasien: Hier schwelen nicht nur in Pakistan ethnische Konflikte, die sich schnell verschärfen könnten; auch im Süden des Subkontinents - auf Sri Lanka - tobt seit Jahren ein Bürgerkrieg, der auf eine Teilung der Insel abzielt. Doch selbst in Indien ist die territoriale Einheit keine heilige Kuh mehr. Im Punjab und Kaschmir könnten - sollte der Ausgleich zwischen Kasten, Religionen und ethnischen Gruppen scheitern - die separatistischen Bewegungen die Oberhand gewinnen; das gleiche gilt im Osten des Subkontinents für Assam. Die Abspaltung der nördlichen Teile könnte aber eine Kettenreaktion auslösen, die zum vollständigen Zerfall Indiens führt. Ein zusätzliches Konfliktpotential von nicht abzuschätzender Tragweite baut sich in den fundamentalistischen Strömungen des Islam und des Hinduismus auf, das sich in einer gewaltigen Implosion entladen und erneut zu riesigen Fluchtbewegungen führen könnte. Im Jahre 1947, bei der politischen Teilung des Subkontinents, hatten sich Millionen von Menschen auf die Flucht gemacht.

Obwohl die Regierungen der Dritten Welt seit geraumer Zeit das Selbstbestimmungsrecht zu entschärfen suchen, indem sie es für erfüllt erklären, haben die separatistischen Tendenzen in Afrika und Südasien durch den Zerfall der Sowjetunion neuen Auftrieb erhalten.

Diese imperialen Zerfallsprozesse, die die Geschichte des 20. Jahrhunderts prägen, waren und sind in zweifacher Hinsicht Ursache und Auslöser von Flüchtlings- und Migrationsbewegungen: *Zum einen*, weil der Zerfall dieser Imperien selbst von einer Vielzahl gewaltsamer Konflikte verursacht und begleitet wurde. Das klassische Beispiel aus jüngster Vergangenheit ist der Ost-West-Konflikt, dessen Spannungs- und Konfliktlinien schliesslich die ganze Welt überzogen und gerade in vielen Regionen der Dritten Welt zu direkten und indirekten Interventionen der Hegemonialmächte, zu Stellvertreter- und Bürgerkriegen mit vielen Millionen von Toten, Verwundeten und Flüchtlingen führten. *Zum anderen*, weil die "Produkte" dieser Zerfallsprozesse - weit über hundert neue Staaten seit 1945 - mit schweren Hypotheken belastet sind, die ihre politische und wirtschaftliche Konsolidierung behindern. Teil dieses Erbes

sind fehlende demokratische Traditionen; auf ihre Aufgabe unvorbereitete und unfähige Eliten; ethnische und religiöse Zersplitterung; ungenügende Ressourcen; ungerechte Grenzziehungen. Zu den Folgen gehörten und gehören noch immer: die Monopolisierung der Macht durch Einheitsparteien und Militärregime, die Verweigerung pluralistischer und partizipatorischer Strukturen; die Marginalisierung missbeliebiger Minderheiten, die Verfolgung von Regimekritikern; die Unterdrückung einer unabhängigen Presse; die Fehlleitung knapper Ressourcen in den Aufbau von Repressionsapparaten und Armeen; die Vergeudung knapper Mittel in unproduktive Prestigeprojekte oder, was noch schlimmer ist, die kritiklose Übernahme ungeeigneter Wirtschaftssysteme und Modernisierungsideologien, die den wirtschaftlichen Verfall und die ökologische Zerstörung beschleunigten. Das alles zeigt: Es gibt nicht *die* Ursache, die - bislang verborgen und nun endlich entdeckt - gezielt angegangen und beseitigt werden kann. Es gibt eine Vielzahl von Ursachen, und die meisten von ihnen sind uns durchaus seit längerem vertraut.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und der Zusammenbruch einer der beiden Supermächte haben inzwischen *eine* wichtige Konfliktstruktur beseitigt, die zur Anreicherung und Entladung des internen Konfliktpotentials vieler Länder beigetragen hatte. Die positiven Auswirkungen sind gerade auf dem Flüchtlingssektor spürbar: Eine Reihe von Regionalkonflikten in Afrika, Lateinamerika und Asien, die zahlreiche Flüchtlingsbewegungen ausgelöst hatte, konnte beendet werden. Darüber hinaus zeigt aber das Andauern alter und der Ausbruch neuer Bürgerkriege - in Afghanistan und Somalia -, dass die *internen* Konfliktursachen in vielen Regionen fortbestehen und von einer endgültigen Befriedung noch längst nicht die Rede sein kann. Hinzu kommt die Gefahr, dass sich die Austragung von Konflikten, die früher durch die Supermächte kontrolliert wurden, nun unkontrolliert vollzieht; sie sind globalstrategisch irrelevant geworden, und mit dem Interesse an ihrer Fortführung hat sich auch das internationale Interesse an ihrer Schlichtung verringert.

Daraus ergibt sich die Folgerung: Es reicht nicht aus, sich politisch zurückzuziehen und den Entwicklungen in der Dritten und der ehemaligen Zweiten Welt ihren Lauf zu lassen. Vielmehr ist der Aufbau internationaler und regionaler Sicherheitsstrukturen und Mechanismen geboten, die den Ausbruch neuer Konflikte entweder ganz verhindern oder wenigstens ihre friedliche Austragung und Lösung ermöglichen. Hier wäre ein erster grosser Ansatzpunkt, der auch für die Flüchtlingsproblematik von entscheidender Wirkung ist. Leider zeigt der Verlauf der Nahostfriedenskonferenz, aber auch das Scheitern der internationalen Befriedungsbemühungen auf dem Balkan, wie weit wir noch von solchen Strukturen entfernt sind. Dasselbe gilt für die Vereinten Nationen, deren Reform bislang noch wenig praktische Ergebnisse aufweist.

### **Migration als Ursache von Konflikten**

Während es in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere von inneren und internationalen Konflikten ausgelöste Migrationsbewegungen waren, die im Zentrum internationaler Aufmerksamkeit standen, schoben sich spätestens seit

Beginn der achtziger Jahre zunehmend Konflikte in den Vordergrund, die als *Folgen* wachsender Migrations- und Flüchtlingszahlen angesehen werden müssen. Besonders spektakulär ist dabei die Feindseligkeit, die in vielen Ländern Westeuropas den Flüchtlingen und Migranten entgegenschlägt und in Anschlägen auf Heime von Asylbewerbern immer offener zum Ausdruck kommt. Diese jüngste Aktualität verdeckt allerdings ein wenig, dass es sich hierbei lediglich um einen Sonderfall handelt. Bei genauerem Hinsehen erweist sich das Konfliktpotential, das sich als Folge von Migration ergibt, als erheblich umfangreicher und auf einer Vielzahl von Ebenen angesiedelt.

Eine *erste Ebene* befindet sich in jenen Ländern, die von der Auswanderung erhebliche Schäden befürchten und deshalb Massnahmen ergreifen, um sie zu erschweren oder gänzlich zu unterbinden. Konflikte zwischen den migrationsentschlossenen Teilen der Bevölkerung und den betroffenen Regierungen sind damit programmiert und finden ihren Ausdruck in der Verfolgung, Inhaftierung und Diskriminierung von Flüchtlingen und Migranten. Besonders verbreitet und ausgeprägt war diese restriktive Haltung in den Ländern des frühen Ostblocks, die durch die Abwanderung knapper Fachkräfte in den Westen Nachteile im Wettbewerb der Systeme befürchtet. In diesem Sinne diente der Eiserner Vorhang - und in noch höherem symbolischen Sinn die Berliner Mauer nicht nur als Schutz vor befürchteten westlichen Aggressionen, sondern auch als eine Massnahme zur Verhinderung von Flucht. Bezeichnenderweise gehörte "Republikflucht" in der ehemaligen DDR zu den besonders strafwürdigen Delikten.

Eine zusätzliche Dimension erhielt der Konflikt zwischen den ausreisewilligen Teilen der Bevölkerung Mittel- und Osteuropas und ihren Regierungen auch dadurch, dass ihre Bereitschaft zu Ausreise und Flucht durch die Ermunterung der Ausreisewilligen durch die westlichen Regierungen bewusst und gezielt gefördert wurde - nicht nur weil auch sie sich von der Auswanderung von Angehörigen hochqualifizierter Berufe eine Schwächung der östlichen Regime erhofften, sondern auch weil sie hohe Auswanderungszahlen als Symbol für die Unfreiheit des sozialistischen Systems insgesamt zu instrumentalisieren suchten. - Eine weitere Facette in dieser Strategie bildete die Forderung der USA an die Sowjetunion nach Gewährung von Ausreisefreiheit für die sowjetischen Juden und ihre Verknüpfung mit der Gewährung wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Zugeständnisse. Denn abgesehen davon, dass die massenhafte Auswanderung von in der Regel gut ausgebildeten Juden die Sowjetunion wirtschaftlich und wissenschaftlich schwächte, stärkte deren Einwanderung Israel und trug so zur Belastung der Beziehungen zwischen Moskau und den arabischen Nachbarstaaten Israels bei, die die Gewährung der Auswanderung als einen unfreundlichen Akt der sowjetischen Führung interpretierten.<sup>27</sup>

Sieht man einmal von der speziellen Situation des Ost-West-Konflikts ab, in der die gezielte Förderung des "brain drain" als Waffe eines umfassenden

---

<sup>27</sup> Gil Loescher, *Refugee Movement and International Security*, *Adelphi Papers* 268, IISS, London 1992, S. 36f und S. 46.

Systemkonflikts diene, so könnte der "brain drain" eines Tages auch die Beziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern belasten, dann nämlich, wenn die Entwicklungsländer in einer gezielten Abwerbung qualifizierter Fachkräfte eine gravierende Beeinträchtigung ihrer eigenen Entwicklungsprozesse sehen.

Auf einer *zweiten Ebene* entstehen Konflikte als Folge von Migration in den Zuwanderungsländern selbst, sobald die Zuwanderung eine bestimmte Akzeptanz- und Toleranzschwelle überschritten hat, weil Teile der einheimischen Bevölkerung in den Gastländern von der Zuwanderung negative Auswirkungen erwarten. Negative Reaktionen ereignen sich dabei zunächst und zumeist in jenen Bevölkerungsschichten, deren schwierige soziale Lage sich durch Zuwanderung - infolge zunehmender Konkurrenz um billigen Wohnraum und knappe Arbeitsplätze - weiter verschärft. Bei den Mittelklassen ist es dagegen eher die Sorge vor wachsender Kriminalität und die Erhaltung kultureller Identität, die aggressive Reaktionen und Fremdenfeindlichkeit provozieren können.

Auf dieser Ebene lassen sich mehrere Typen von Konfliktstufen und -formen unterscheiden:

Eine *erste Stufe* bildet die Diskriminierung von Migranten durch vereinzelte Bürger.

Eine *zweite Stufe* der Eskalation wird erreicht, wenn die Zahl der Menschen, die sich gegen Zuwanderung wenden, wächst und es zur Bildung von Aktionsgruppen kommt, die den Widerstand organisieren und koordinieren. Ihr Widerstand mag sich auf dieser Ebene noch friedlich und politisch artikulieren, er kann aber auch gewaltsame Formen annehmen; das Spektrum der Aggressivität reicht dabei - wie die jüngsten Ereignisse in vielen Ländern Westeuropas zeigen - von der Verfolgung und Verletzung einzelner Zuwanderer über Überfälle auf ihre Unterkünfte bis zu gross angelegten Pogromen. Schon auf dieser Stufe kann der Widerstand Gegenreaktionen auslösen - und zwar sowohl bei den angegriffenen Zuwanderern selbst, die sich zu Selbstschutzgruppen zusammenschliessen, wie auch bei Gruppen der einheimischen Bevölkerung, entweder um durch konkrete Massnahmen die betroffenen Ausländer zu schützen oder aber um über politische Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit gezielt vorzugehen. Generell kann es in Situationen, in denen die Zuwanderung zu einschränkenden Massnahmen in die Programme von politischen Parteien geführt hat, zu zwischen- und innerparteilichen Konflikten kommen. Gerade in der Bundesrepublik Deutschland haben sich angesichts rapide steigender Asylzuwandererzahlen seit Ende der achtziger Jahre und eines besonders liberalen Asylrechts die Konflikte zwischen den politischen Parteien über Grundfragen der Asyl- und Einwanderungspolitik zunehmend verschärft.

Eine *dritte Stufe* ist dann erreicht, wenn von der Regierung eines Landes - gegebenenfalls auch unter Anwendung von Zwangsmitteln - Massnahmen zur Abwehr und/oder zum Ausschluss von Migranten ergriffen werden. Zu Abwehrmassnahmen kann es kommen, wenn von der Zuwanderung eine ernsthafte Gefährdung des inneren Friedens befürchtet wird. Eine solche



Gefährdung tritt dann ein, wenn Migrationsgruppen unterschiedlicher politischer Couleur - z.B. Serben und Kroaten, Türken und Kurden - ihre politischen Konflikte gewaltsam in den Gastländern fortsetzen. Sie ist noch grösser, wenn von eingewanderten Gruppen feindselige Aktionen gegen das Gastland drohen. Ein Beispiel dafür war die Sorge, dass eine Parteinahme der westlichen Staaten zugunsten Israels terroristische Gegenmassnahmen islamischer Zuwanderer auslöst. Gravierender ist die Situation, wenn durch Einwanderung das ethnische Gleichgewicht von Staaten bedroht wird. Aus diesem Grunde verhinderten verschiedene südostasiatische Staaten das Anlanden chinesischstämmiger "boat people" aus Vietnam; aus demselben Grund verweigert Singapur grössere Zuwanderungen aus Malaysia und Indonesien.

Überaus fliessend ist der Übergang von der Störung der öffentlichen Sicherheit zur Sorge über eine Gefährdung der bestehenden Regierung oder gar der staatlichen Souveränität. Ein klassisches Beispiel dafür war die allmähliche Zurückdrängung des Machtbereichs der libanesischen Regierung durch starke palästinensische Einwanderungsgruppen, die den Libanon in ein Aufmarschgebiet gegen Israel verwandelten und so den Einmarsch israelischer Truppen provozierten. Der Drohung, im Falle eines Friedens mit dem Natschibullah-Regime Pakistan in einen zweiten Libanon zu verwandeln, sah sich auch die pakistanische Regierung durch afghanische Widerstandsgruppen ausgesetzt, die ihre Machtbasis in der millionenstarken afghanischen Flüchtlingsbevölkerung hatten. - Um eine Gefährdung ihrer eigenen Handlungsfähigkeit entgegenzuwirken, gingen die Roten Khmer unmittelbar nach ihrer Machtübernahme gegen die in Kambodscha wohnenden vietnamesischen Siedler vor, in denen sie - vermutlich nicht zu Unrecht - ein Instrument vietnamesischer Hegemonialpolitik sahen. Als noch bedrohlicher erscheint der Regierung des kleinen, nur 1,5 Millionen Einwohner zählenden Himalaya-Staates Bhutan die Überfremdung ihres Landes durch eine starke Zuwanderung aus Nepal und Indien; sie betreibt deshalb - auch unter Verwendung problematischer Mittel - die Herausdrängung der nepalesischen Siedler. Ohne Gegenwehr würde Bhutan das gleiche Schicksal drohen wie dem ehemaligen benachbarten Königreich Sikkim, dessen Herrscher 1975 unter dem Druck nepalesischer und indischer Einwanderer, durch den die tibetisch-buddhistische Urbevölkerung in die Minderheit abgedrängt worden war, abdanken musste, während Sikkim Indien angegliedert wurde.<sup>28</sup>

In dieselbe Kategorie gehört die systematische Vertreibung von 380'000 palästinensischen Einwanderern aus Kuwait und anderen Golfstaaten als Vergeltungsmassnahme für die Billigung der irakischen Annexion Kuwaits durch die PLO. Obwohl viele der Palästinenser weder die irakische Aggression noch die proirakische Haltung der PLO gebilligt hatten, wurden sie von dem um ihre Macht fürchtenden Herrscherclan Kuwaits aus dem Lande vertrieben. Zu einem wachsenden Problem, das die zwischenstaatlichen Beziehungen inzwischen schon in einer erheblichen Masse belastet, wird für die indische Regierung die illegale Massenauswanderung aus Bangladesch. So wurden von

---

<sup>28</sup> SZ, 7. November 1991.

der indischen Grenztruppe im Jahre 1991 über 82'000 Bangladescher bei dem Versuch der illegalen Grenzüberletzung abgefangen und gewaltsam zurückgewiesen. Berücksichtigt man, dass die indisch-bangladesische Grenze 4'096 Kilometern lang und kaum wirkungsvoll zu überwachen ist, so ist anzunehmen, dass nur ein kleiner Teil der illegalen Zuwanderer abgefangen werden konnte und sich jenseits der indischen Grenze deshalb ein neues Konfliktpotential aufstaut.<sup>29</sup>

Auf einer *dritten Ebene* liegen schliesslich jene durch Migration verursachten Konflikte, die auf zwischenstaatlicher Ebene ausgetragen werden. Konflikte dieser Art können entstehen, wenn ein Land die Einwanderung aus einem anderen Land verhindert, wie 1924, als das Einwanderungsverbot des amerikanischen Kongresses gegenüber Japanern die amerikanisch-japanischen Beziehungen belastete. Eine andere Konfliktursache ist gegeben, wenn die politische Betätigung von Flüchtlings- und Einwanderergruppen geduldet wird, die sich gegen ihr Heimatland richtet. Solche Betätigung mag sich auf einem niedrigen Niveau vollziehen - wie z.B. die Agitation iranischer Gruppen gegen das Schah-Regime -, sie kann sich jedoch zu einer realen Bedrohung steigern, wenn Staaten Flüchtlingsgruppen die Organisation und Durchführung gewaltsamen Widerstands gegen die Regierungen ihrer Heimatländer gestatten. So provozierten im südlichen Afrika die aus Flüchtlingslagern jenseits der Grenzen operierenden antikolonialen Widerstandsbewegungen nicht nur militärische Gegenschläge der Kolonialregime, sondern - wie im Fall Angolas und Mozambiques - auch die militärische und finanzielle Unterstützung von regimefeindlichen Aufstandsbewegungen und Terrorgruppen. - Die Gefahr eines Krieges zwischen Thailand und Vietnam beschwor auch die thailändisch-chinesische Unterstützung der Roten Khmer, die nach ihrer Vertreibung aus Kambodscha aus den Flüchtlingslagern entlang der thailändisch-kambodschanischen Grenze operierten, um das von Vietnam installierte Regime in Phnom Penh wieder zu vertreiben.

Einen Fall besonderer Art bildet die von Israel betriebene Einwanderungspolitik gegenüber besetzten arabischen Gebieten. Sie löste nicht nur gewaltsame Konflikte zwischen der betroffenen arabischen Bevölkerung auf der einen und den jüdischen Siedlern sowie der israelischen Armee auf der anderen Seite aus, sondern belastete auch in zunehmendem Masse die Beziehungen Israels zu den arabischen Nachbarstaaten sowie zu vielen Staaten der westlichen Welt. Neben diesem Sonderfall, der lange Zeit den Befriedigungsprozess im Nahen Osten behinderte, gibt es eine Reihe weiterer Beispiele für den Einsatz von Siedlern und Migranten als Instrument staatlicher Macht- und Expansionspolitik. So benutzt die indonesische Regierung Migration als ein Mittel, um ihre Macht auch in jenen Teilen des südostasiatischen Inselarchipels zu stabilisieren, die sich ihrer Kontrolle zu entziehen versuchen und nach staatlicher Eigenständigkeit streben. In gleichem Sinne forcierte Peking - neben dem Einsatz der Armee - die Besiedlung Tibets, Xinjiangs und der inneren Mongolei durch Han-Chinesen, um Unabhängigkeitsbestrebungen der dortigen Minderheiten im Keime ersticken zu können.

---

<sup>29</sup> All India Radio, IS, 7. Juni 1992, in: *DW - Monitor - Dienst*, Asien, 12. Juni 1992.

## Ausblick

Beide Teile des Vortrages sollten zeigen, dass die Flüchtlings- und Migrationsbewegungen unserer Zeit längst dem Bereich humanitärer Hilfe entwachsen und zu einem Kernbereich der Politik geworden sind. So könnte die Bekämpfung der *Ursachen* von Migrationsbewegungen zu einer Überlebensfrage der Staaten Westeuropas werden: Misslingt die Stabilisierung der Lebensbedingungen in Süd und Ost, so ist eine offene und verdeckte Zuwanderung grössten Umfangs nicht auszuschliessen - und das gilt noch mehr für den Fall, dass die von zahlreichen Experten entworfenen Katastrophenszenarios im Umweltbereich eintreten. Eine massive Verschlechterung der Umwelt wäre Ursache sowohl riesiger Wanderungen wie auch militärischer Abwehrkämpfe der von der Migration betroffenen Staaten und Regionen. Bislang bleibt der Begriff "Festung Europa" noch weitgehend im Bereich des Metaphorischen. Doch das könnte sich bald ändern, und die Metapher hätte dann auf eine blutige Realität hingewiesen.

Doch die Bekämpfung der *Ursachen* von Migration ist nur eine Komponente einer antizipatorischen und innovativen Politik. Sie muss ergänzt werden durch langfristige Strategien für eine Einwanderungspolitik. Zu den zentralen Elementen einer solchen Einwanderungspolitik gehören Massnahmen zur Senkung der Toleranz- und Akzeptanzschwelle der einheimischen Bevölkerung. Denn soviel erscheint sicher: Wie immer die Gesellschaften der Zukunft im Einzelnen aussehen mögen, es werden multikulturelle und multiethnische Gesellschaften sein. Solche Gesellschaften bergen zahlreiche Chancen des gegenseitigen Austausches und der Anregung; sie bergen jedoch auch ebensoviele Gefahren. Ein Blick auf die Vorgänge im ehemaligen Jugoslawien erspart hier weitere Ausführungen - er könnte sich als ein Blick in die Zukunft erweisen.

## Die Autoren dieses Heftes

**Prof. Dr. Kurt R. Spillmann:** Leiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse und Vorsteher der Abteilung für Militärwissenschaften der ETH Zürich. Zahlreiche Forschungsaufenthalte in den USA. Publikationen (u.a.): *Der Weltraum seit 1945*, Basel 1988; *Aggressive USA? Amerikanische Sicherheitspolitik 1945-1985*, Stuttgart 1985; *Amerikas Ideologie des Friedens*, Bern, Frankfurt am Main, New York 1984.

**Prof. Dr. Gerhard Simon:** Abteilungsleiter und Wissenschaftlicher Direktor, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), Köln. Professor für osteuropäische Geschichte, Universität Köln. Hauptarbeitsgebiete: Nationalismus und Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion; Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion; Zeitgeschichte der Sowjetunion. Publikationen (u.a.): *Die Kirchen in Russland*, 1970; *Neue Wege der Sowjetunion-Forschung*, 1980; *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion*, 1986, amerikan. Ausgabe: *Nationalism and Policy Toward the Nationalities in the Soviet Union*, Boulder, CO 1991; *Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien: Identität, Politik, Widerstand*, (hg. zusammen mit A. Kappeler und G. Brunner), Köln 1989.

**Dr. Andreas Oplatka:** Auslandredaktor der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich. Ehemaliger Auslandskorrespondent der NZZ, unter anderem in Paris und Moskau. Publikationen (u.a.): *Die Geschichte des jungen Noszty mit der Mari Toth*, deutsche Uebersetzung des Romans des ungarischen Schriftstellers Kalman Mikszath, Zürich 1989; *Der Eiserne Vorhang reißt: Ungarn als Wegbereiter*, Zürich 1990.

**Prof. Dr. Werner Gabriel Zimmermann:** alt Stadtarchivar der Stadt Zürich, Titularprofessor für neuere allgemeine Geschichte, besonders Südosteuropas an der Universität Zürich. Publikationen (u.a.): *Richard Wagner in Zürich: Materialien zu Aufenthalt und Wirken*, (Hg.), Zürich 1986-1988; *Schweiz-Russland*, (Hg.), Zürich 1989.

**Dr. Manfred Pohl:** Wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde, Hamburg und Lehrbeauftragter der Universität Hamburg und der Hochschule Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Politik und Wirtschaft Japans, japanische Beziehungen zur ASEAN, Politik und Wirtschaft Singapurs sowie innenpolitische Entwicklungen der Republik Korea. Publikationen: *Beck'sche Länderkunde: Japan*, München 1991; zahlreiche Monographien und Zeitschriftenaufsätze zur politischen Kultur Japans, zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sowie zu wirtschaftlichen Aspekten der japanischen Aussenpolitik.

**Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel:** Forschungsgruppenleiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Professor für internationale Beziehungen an der Universität Frankfurt am Main. Publikationen (u.a.): *Weltpolitik der USA nach 1945* (zus. mit Ch. Schweitzer), Leverkusen 1984; *Friedensstrategien*, Paderborn 1986; *Machtprobe: Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren*, München 1989; *Weltpolitik im Umbruch: Das internationale System nach dem Ost-West-Konflikt*, München 1991.

**Dr. Gerhard Will:** Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), Köln. Publikationen (u.a.): Entwicklungslinien der neuen chinesischen Aussenpolitik, Hamburg 1979; Vietnam 1975-79: von Krieg zu Krieg, Hamburg 1987; Die Konflikte in Indochina seit dem Ende des Zweiten Vietnamkrieges: Entstehung und Eskalation (= Berichte des BIOst, Nr. 56, 1988), Ansätze zu einer politischen Lösung des Kambodschakonflikts (= Berichte des BIOst, Nr. 41, 1990).

**Dr. Arnold Hottinger:** Publizist, Madrid, Lehrbeauftragter der Universität Bern (Sommersemester 1992), ehem. Auslandskorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung für den Iberischen Raum und den Nahen Osten. Publikationen (u.a.): Siebenmal Naher Osten, 1988; Die Araber vor ihrer Zukunft, Zürich 1989; Unbekannter Nachbar Türkei, Aarau 1990; Krisenherd Nahost (zusammen mit Erich Gysling), Zürich 1991.

**Prof. Dr. Bassam Tibi:** Professor an und Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen an der Georg-August-Universität, Göttingen. Research Associate am Center of International Affairs, Harvard University. Mitglied des Fundamentalism Project der American Academy of Arts and Sciences. Publikationen (u.a.): Die Krise des modernen Islam, Frankfurt 1991, amerikanische Ausgabe 1988; Konfliktregion Naher Osten, München 1991, britische Ausgabe 1992; Vom Gottesreich zum Nationalstaat, Frankfurt 1991, britische und amerikanische Ausgabe 1990; Islamischer Fundamentalismus, moderne Wissenschaft und Technologie, Frankfurt 1992; Die fundamentalistische Herausforderung: Der Islam und die Weltpolitik, München 1992.

**Erich Gysling:** Redaktionsleiter Rundschau und Kommentator, Fernsehen DRS, Zürich. Ausgewiesener Kenner der internationalen Politik, vor allem der USA und des Nahen Ostens. Publikationen: Zerreißprobe in Nahost: Menschen, Schicksale, Traditionen, Zürich, Köln 1986; Krisenherd Nahost (zusammen mit Arnold Hottinger), Zürich 1991.

**Dr. Mohamed Suliman:** Lehrtätigkeit an sudanesischen Universitäten, v.a. Khartum und Juba, ab 1968. Seit 1989 Head of the Environment Unit and Deputy Director, Research on Environment and Development in Africa, Institute for African Alternatives (IFAA), London. Publikationen (u.a.): Alternative Development Strategies for Africa; Environment and Women and the Greenhouse Effect and Its Impact on Africa; Civil War in Sudan: The Impact of Environmental Degradation (ENCOP Occasional Paper No. 4, Bern, Zürich 1992).

**Prof. Dr. Peter J. Opitz:** Professor für Politische Wissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München, Dozent an der Hochschule für Politik, München, Mitglied und derzeit Vorsitzender des wissenschaftlichen Direktoriums des Bundesinstituts für internationale und ostwissenschaftliche Studien (BIOst), Köln und Mitglied wissenschaftlicher Beiräte am Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und des Auswärtigen Amtes, Bonn. Publikationen (u.a.): Das Weltflüchtlingsproblem: Ursachen und Folgen, (Hg.), München 1988, Weltprobleme - Herausforderungen an der Schwelle zum dritten Jahrtausend,

(Hg.), München 1990; Gezeitenwechsel: Die sino-sowjetischen Beziehungen in historischer Perspektive, Köln 1990; Frieden für Kambodscha? Entwicklungen im Indochina-Konflikt seit 1975, (Hg.), Frankfurt 1991; Grundprobleme der Entwicklungsländer, (Hg.), München 1991; Gezeitenwechsel in China: Die Modernisierung der chinesischen Aussenpolitik, Zürich 1991.



## Bisher sind folgende Hefte erschienen:

- Nr. 1 Kurt R. Spillmann: Konfliktforschung und Friedenssicherung (1987) **vergriffen**
- Nr. 2 Kurt R. Spillmann: Beyond Soldiers and Arms: The Swiss Model of Comprehensive Security Policy (1987)
- Nr. 3 Kurt R. Spillmann: Die Kubakrise von 1962: geschichtliche, politische und strategische Hintergründe (1987)
- Nr. 4 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 29. Juni 1987 - Bericht und Auswertung (1987)
- Nr. 5 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 7. Dezember 1987 - Bericht und Auswertung (1988)
- Nr. 6 Jacques Freymond: La menace et son évolution dans les domaines militaires et civils dans l'optique de la recherche scientifique et universitaire (1988)
- Nr. 7 Christian Kind: Extended Deterrence - Amerikas Nukleargarantie für Europa (1989)
- Nr. 8 Franz Martin Aebi: Der Weg zum Weiterleben - Morphologische Studie zu einer zeitgemässen Planung einer Strategie der staatlichen und gesellschaftlichen Selbstbehauptung (1989)
- Nr. 9 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Nationale Aspekte - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988 (1989)
- Nr. 10 Richard D. Challener: John Foster Dulles: The Certainty/Uncertainty Principle (1989)
- Nr. 11 Dominique Wisler: Vers une nouvelle politique de sécurité (1989) **vergriffen**
- Nr. 12 Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann: Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus (1989)
- Nr. 13 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Rückwirkungen internationaler Entwicklungen auf die Schweiz - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 8. Juni 1989 (1989)
- Nr. 14 Fred Tanaer: Die Schweiz und Rüstungskontrolle: Grenzen und Möglichkeiten eines Kleinstaates (1990)
- Nr. 15 Jacques Hürlimann / Kurt R. Spillmann: Der Bericht 90 zur schweizerischen Sicherheitspolitik im Urteil ausländischer Expertinnen und Experten - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 6. Dez. 1990 (1991)
- Nr. 16 Urs Roemer: Die Strategie der "Flexible Response" und die Formulierung der amerikanischen Vietnampolitik unter Präsident Kennedy (1991)
- Nr. 17 Michael Fajnor: Die europäische Integration und ihre sicherheitspolitischen Folgen für die Schweiz (1991)
- Nr. 18 Christof Buri / Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Sicherheit 1991 - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung (1991)
- Nr. 19 Andreas Wenger: Kontinuität und Wandel in der amerikanischen Nuklearstrategie - Präsident Eisenhowers Strategie der massiven Vergeltung und die nuklearstrategische Neuevaluation der Administration Kennedy (1991)
- Nr. 20 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte I - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1991 (1991)

(Fortsetzung nächste Seite)



- Nr. 21 Stephan Kux: Decline and Reemergence of Soviet Federalism (1991) **vergriffen**
- Nr. 22 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Europäische Integration und Schweizerische Sicherheitspolitik - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 25./26. Oktober 1991 (1992)
- Nr. 23 Anton Bebler: The Yugoslav Crisis and the "Yugoslav People's Army" (1992)
- Nr. 24 Sabina Ann Fischer: Namibia Becomes Independent - The U.S. contribution to regional peace (1992)
- Nr. 25 Dominique Wisler: La violence politique en Suisse et les mouvements sociaux: 1969-1990 (1992)
- Nr. 26 Mauro Mantovani: Stand und Perspektiven der Sicherheitspolitik in Europa (1992)
- Nr. 27 Kurt R. Spillmann (Hg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte II - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1992 (1992)
- Nr. 28 Kurt R. Spillmann und Mauro Mantovani (Hg.): Die sicherheitspolitische Integration in Europa als Herausforderung für die Schweiz - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 26. Oktober 1992 (1993)
- Nr. 29 Günther Bächler: Bosnien-Herzegowina - Friedliche Streitbeilegung zwischen Realität und konkreter Utopie (1993) **vergriffen**
- Nr. 30 Ilja Kremer: Die Sowjetunion und Russland nach 1985: Von der Oktoberrevolution zur Oktoberkrise (1993)
- Nr. 31 Kurt R. Spillmann (Hg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte III - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1993 (1994)
- Nr. 32 Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend (1994)
- Nr. 33 Mauro Mantovani: Nato-Mitglied Schweiz? Voraussetzungen und Folgen einer sicherheitspolitischen Integration der Schweiz (1994)
- Nr. 34 Michael Fajnor: Multilaterale Anstrengungen zur Kontrolle konventioneller Rüstungstransfers und die Schweiz (1994)

Die Hefte können zu einem Preis zwischen Sfr. 10.- und 20.- (je nach Umfang) bei der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK, ETH-Zentrum SEU, CH-8092 Zürich, Tel. 01/632 40 25, Fax: 01/363 91 96 bezogen werden.